

OUTBREAK. LET'S TAKE OVER.

**AMERICAN EMPIRE
ALS WILLE UND VORSTELLUNG**

von
Rainer Rilling
[work in progress
letzte Version: 13.06.2004]

America has never been an Empire
G. W. Bush, 1999

America has no empire to extend
or utopia to establish.
G. W. Bush, 2002.

We have no territorial ambitions, we don't seek an empire.
G. W. Bush, 2002

We don't seek empires,
we're not imperialistic. We never have been.
D. Rumsfeld, 28.4.2003

Ich bitte Sie, die Vereinigten Staaten
sind doch kein Imperium.
J. Fischer, 2003

Imperialism is having one heck of a comeback
Time v.5.5.2003

First we take Baghdad , then we take Beijing
Leonard Cohen in der Fassung von J. Politex, 2003

So, call it as you prefer, ladies and gentlemen, but if it looks like an empire,
and acts like an empire, and increasingly quacks like an empire, well, perhaps you
know what it is?
Paul Kennedy 1.4.2003

Inhalt

- 1 Die neue Teilung der Welt
- 2 Fragen zur amerikanischen Ambition
- 3 Starke Ökonomie: Neoliberalismus
 - 3.1. Erfinder
 - 3.2. Ziele
 - 3.2.1. Beseitigung des Solidarprinzips
 - 3.2.2. Entgrenzung
 - 3.2.3. Ungleichheit
 - 3.2.4. Privatisierung
 - 3.2.5. Neukonfiguration der Macht
 - 3.2.6. Gewalt
 - 3.3. Zwischenbilanz
4. Krisen der Globalisierung
- 5 Starke Politik: Der Machtkörper des neuimperialen Projekts
 - 5.1. Das Cluster der Warriors
 - 5.2. Die Schlüsselpersonen
 - 5.3. Die Institutionen: Think-Tanks und politische Aktionskomitees
 - 5.4. Die Medien
 - 5.5. Die Finanzierung
- 6 Die Strategie und ihre Hauptelemente
 - 6.1. Die Grundlinien
 - 6.1.1. Der *Big Deal* und sein Modus: das *informal American Empire*
 - 6.1.2. *Decline* und neue neoliberale Hegemonie
 - 6.1.3. *Nineleven*: Durchbruch des *neuimperialen* Projekts
 - 6.2. Die militärischen Ziel- und Handlungsaspekte
 - 6.3. Militärische Überlegenheit
 - 6.4. Präventivkriege
 - 6.5. Globale Souveränität
 - 6.5.1. Imperiale Souveränität?
 - 6.5.2. Hegemoniales Recht
 - 6.5.3. Politik der Abwertung
 - 6.5.4. Politik der begrenzten Souveränität
 - 6.5.5. Militär und Empire
- 7 Empire reloaded
 - 7.1. Die neue Grammatik
 - 7.2. Milieus und Traditionen der Empire-Grammatik
 - 7.2.1. Die taktische Reserve der Eliten
 - 7.2.2. Die neokonservative Debatte
 - 7.2.3. Die liberale Debatte
 - 7.2.4. Linke Kritik und Positionen
 - 7.2.5. Eine alte Debatte in einer neuen Lage
 - 7.3. Was ist ein Empire?
 - 7.4. Breakout
- 8 Breakdown?

1 Die neue Teilung der Welt

Die Grand Strategy einer Weltordnungspolitik steht zur Debatte und Entscheidung. Ihr Gedanke ist: Sicherung des globalisierten Kapitalismus durch ein dauerhaftes American Empire, das nicht herausgefordert werden kann. *In der Welt, in der wir leben, haben wir es mit einem Versuch zu tun, das Projekt eines neoliberalen Empire zu realisieren.* Das kommt nicht von ungefähr. Die Tradition des Projekts hat eine Jahrhundertgeschichte – so gesehen ist es bislang nicht mehr als eine Episode. Sein neoliberales Milieu entstand in den letzten vier Jahrzehnten. Seine mächtigsten Akteure fanden sich im letzten Vierteljahrhundert. Seine Ambition, Praxis und das Profil seiner grand strategy konturierten sich in den 90er Jahren. Sein Katalysator und machtpolitischer Durchbruch endlich war Nineleven. Der lange Irakkrieg ist seine erste Probe. Schlägt sie fehl, womöglich dramatisch, ist dieses Projekt noch lange nicht aus der Wirklichkeit. Denn so etwas fällt nicht einfach vom Himmel.

Der Anschlag auf das World Trade Center im Jahr 2001 wurde zum „transformativen Moment“ (Jessica T. Mathews), der die Konzeptions- und Politikbildung in der amerikanischen politischen Klasse neu fokussierte und beschleunigte. Einen ersten Abschluß dieses Prozesses bildete die am 17. September 2002 veröffentlichte „National Security Strategy of the United States of America“ (NSS). Die Washington Post feierte sie als „eine brillante Synthese“ und für die Frankfurter Allgemeine Zeitung galt sie als Dokument, das „von „weitreichender, vielleicht epochaler Bedeutung sein wird.“¹ Der im Stil eines politischen Manifests gehaltene und im Unterschied zu seinen seit 1986 publizierten Vorgängern weit über militärische Fragen hinausgehende Text fixierte wie kein anderer das machtpolitische Selbstverständnis und die daraus folgende Konzeption einer Weltordnungspolitik der Regierung Bush, die dann im Projekt des neuen Irak-Krieges dramatisch exemplifiziert wurde. Er fasste auf der Ebene offizieller Politikformulierung explizit zusammen, was als politisches Ziel in einem jahrzehntelangen Bildungsprozess erdacht, formuliert und dann politisch durchgesetzt wurde. Der „transformative moment“, der oft mit dem Einfluß des „Moments“ Pearl Harbour verglichen wurde, verwandelte sich so in einen „imperial moment“. Der Krieg gegen den Irak wurde seine praktische Probe. National Security transformiert sich in imperial security, aus der Führungsmacht des

¹ FAZ v. 23.9.2002, WP v. 1.10.2002. Hervorhebungen bzw. Übersetzungen der NSS im Folgenden vom Verfasser. Die NSS ist dokumentiert auf: <http://www.state.gov/r/pa/ei/wh/c7889.htm>. Zugeschrieben wird der Textentwurf der NSS dem Professor an der Virginia Universität Philip Zelkow, der seit Jahren mit der Sicherheitsberaterin C. Rice zusammengearbeitet und publiziert hatte; weiter spielte Stephen Hadley eine Rolle dabei.

Westens sollte die Führungsmacht der *Welt* werden. Eine Betrachtung dieser „Nationalen Sicherheitsstrategie der USA“ zeigt erste Merkmale dieser neuen *Großen Strategie*.

Das von George W. Bush gezeichneten Geleitwort gibt eine grundsätzliche historische Standortbestimmung. Diese Bestimmung ist unmittelbar politisch, denn sie fragt nach der Macht und den Werten, die sich mit ihr verknüpfen. Danach hat der lange Kampf des letzten Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus mit einem „entscheidenden Sieg für die Kräfte der Freiheit“ geendet. Übrig geblieben ist „ein einziges haltbares Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.“ Dies sind die Werte der Freiheit. Sie haben in Sicht der amerikanischen Regierung eine globale Geltung, „sind richtig und wahr für *jede Person, in jeder Gesellschaft...für alle Menschen überall.*“ Auch das Modell der Marktwirtschaft und alle Politiken, die sie fördert, ist „*relevant für alle Ökonomien*“. Für die NSS gibt es also einen universellen moralischen, politischen und ökonomischen Code: „Keine Nation *besitzt* diese Werte und keine Nation ist von ihnen *ausgenommen*“, sie – wie zum Beispiel der „Respekt vor dem Privateigentum“ – sind „*unverhandelbar*“ und sie haben ihre globale Wahrheit und Gültigkeit überall und zu jeder Zeit: „Moral truth is the same in every culture, in every time, and in every place. . . . We are in a conflict between good and evil. . . . When it comes to the common rights and needs of men and women, there is no clash of civilizations.“² Diese Leitformulierungen akzentuieren somit *Moral*, sie betonen offenbar das *Absolute* und verstehen sich explizit als *global* und *universell* gültig. Sie gehen also aufs Ganze. Es gibt keine Ausnahme, keine Konzession: die Werte der Freiheit sind absolut, unverhandelbar, inklusiv. Für ein Verständnis von Politik ist dies eine äußerst relevante normative Formulierung: Konflikte um diese Werte sind zwingend und das Ende dieser Konflikte kann letztlich nur durch die Universalisierung dieser Werte erreicht werden. Ein solches Verständnis der Werte im politischen Raum ist folgenreich für politisches Verhalten. Denn dann ist es nicht nur die Aufgabe der USA, diese *Werte* gegen ihre Feinde zu verteidigen, sondern es geht auch um die *aktive* Ausweitung des Geltungsbereichs dieser Werte: „We will *extend* the peace by encouraging free and open societies on every continent“ und „We will *actively work* to bring the hope of democracy, development, free markets, and free trade to every corner of the globe...“ und „We will *work* to translate this moment of [national] influence into decades of peace, prosperity, and liberty....The aim of

² Remarks by the President at 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy,“ White House Press Release, v. 1.6.2002. Siehe auch die Bemerkungen Bushs am 19.11.2002 in einem Interview zu Bob Woodward: Bush at War, New York 2002: “There is a value system that cannot be compromised, and that is the values we praise. And if the values are good enough for our people, they ought to be good enough for others.”

this strategy is to help make the world *not just safer but better*". Der Anspruch könnte grundsätzlicher kaum sein, wie es den Worten des Präsidenten Bush nach 9/11 zu entnehmen ist: „Our responsibility to history is clear: to answer these attacks and rid the world of evil.“³ Aktuelle neoliberale Politikoptionen in der Wachstums- und Steuerpolitik („pro-growth legal and regulatory policies“, „lower marginal tax rates“) sollen übrigens ebenfalls in jeden Winkel der Welt gebracht werden. Diese Gedanken der universellen Wertegültigkeit und der gleichzeitigen Notwendigkeit, sie aktiv durchzusetzen, sind zentrale Elemente des *amerikanican project*, von dem Allan Bloom in seinem Bestseller *The Closing of the American Mind* sprach: “When we Americans speak seriously about politics, we mean that our principles of freedom and equality and the rights based on them are rational and everywhere applicable,” weshalb für ihn der zweite Weltkrieg nicht nur einfach ein Krieg gegen einen gefährlichen Feind war, sondern zugleich “really an educational project undertaken to force those who did not accept these principles to do so.”⁴

Durch die Ausbreitung dieser Werte, denen sich die USA verpflichtet fühlen und damit des letzten, „einzig haltbaren“ und in der Sicht seiner Proponenten auch besten, somit hegemoniefähigen Gesellschafts- und Politikmodells wird zugleich die neue Gefahr des transnationalen Terrorismus eingedämmt, dessen Aufschwung nach dieser Ansicht eben gerade auf die noch mangelnde Globalisierung dieses Modells zurückzuführen ist. Aus der neuen Bedrohung ergibt sich die zusätzliche Notwendigkeit einer neuen normativen oder sogar glaubensbasierten Politik. Und mehr noch: in der NSS gibt es zwar universelle Werte, Normen und Codes – aber keine universellen Normen und Regeln, die für *alle Staaten* gelten. Denn es gibt eine Ausnahme: die USA. Es ist offenbar *ihre* Aufgabe, die Staatenordnung zu sichern oder gar erst eine Ordnung in der Staatenwelt herzustellen. Die USA haben nach Ansicht der NSS die *Führung* inne bei der *aktiven* Verbreitung der Werte: „The United States welcomes our responsibility to *lead* in this great mission...“. Sie sind allerdings aber auch imstande, bei einer aktivistischen Politik der Werteexpansion die führende Rolle zu spielen. Warum kommt den USA diese Rolle zu?

Diese Frage, welche Position die USA im internationalen System gegenwärtig einnimmt bzw. einnehmen kann oder sollte ist weiterhin die umstrittene Kernfrage für jeden Beobachter und Analytiker des internationalen politischen Systems ebenso wie für alle handelnden politischen Akteure. Hier ist die NSS auf den ersten Blick weniger explizit. Sie akzentuiert aber ganz eindeutig als das substantielle Signum der Gegenwart *die Änderung der globalen Verteilung der Macht*. Dabei geht es ihr vor allem um die dominante

³ Remarks, National Cathedral, Sept. 14, 2002, www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09.

⁴ Allan Bloom, *The Closing of the American Mind*, New York 1987 S. 153.

militärische Position der USA. Dies ist nach dem offenbaren Selbstverständnis der Verfasser der letztlich entscheidende Sachverhalt, weil die Position der USA in der neuen Weltordnung dadurch eindeutig dominant wird: „Heute erfreuen sich die USA einer Position unvergleichlicher militärischer Macht und großen ökonomischen und politischen Einflusses.“⁵ Zwar spricht auch die NSS von Allianzen oder Kooperationen. Der älteste und mächtigste Alliierte – Europa – wird in dem Dokument jedoch kaum erwähnt. Offenbar hat sich sein Status geändert – sei's zum Konkurrenten oder zum abhängigen Gefolgsmann. Denn die Lage hat sich geändert: *es gibt eine qualitativ neue globale Disparität der Macht.*

Diese Einschätzung findet sich auch außerhalb der USA: "The United States of America today predominates on the economic level, the monetary level, on the technological level, and in the cultural area in the broadest sense of the word", bemerkte bereits Anfang 1999 der damalige französische Außenminister Hubert Védrine in einer Rede in Paris. "It is not comparable, in terms of power and influence, to anything known in modern history." Védrine sprach von der "hyperpower" USA⁶. Mehr noch wird diese Ansicht in den USA selbst breit geteilt. Paul Kennedy, der Autor von "The Rise and Fall of the Great Powers" formulierte: "Nichts hat jemals existiert wie diese Disparität der Macht; nichts"⁷ – und damit revidierte er seine in den 80ern und 90ern vorgetragene These vom Niedergang der Großmacht USA ebenso wie jene, die in dieser Zeit ein pazifisches Jahrhundert unter der Führung Japans prognostiziert hatten. Politisch breit aufgegriffen wurde eine Skizze dieser Situation durch Stephen G. Brooks und William C. Wohlforth, wonach die USA in „keiner kritischen Machtdimension...einen Rivalen (haben). Es hat niemals ein System souveräner Staaten gegeben, zu dem ein Staat mit einem solchen Mass an Dominanz gehörte." Und: "Wenn nicht das heutige Primat Amerikas Unipolarität konstituiert, dann wird dies nie der Fall sein." ⁸ Wir sind in das Zeitalter der amerikanischen Unipolarität eingetreten.

Es existiert also eine ganz außergewöhnliche Situation, wie James Kurth in der Frühjahrsausgabe 2003 der neokonservativen Zeitschrift "The National Interest" betont: "The first decade of the 21st century, like the first decade of the 20th, is an age of empire. A hundred years ago, however, there were many empires. They included both the overseas empires of the national

⁵ The National Security Strategy of the United States of America, Washington September 2002 (NSS), Vorwort George W. Bush, S.1.

⁶ Zit. nach G. John Ikenberry, Getting Hegemony Right, in: The National Interest, Nr. 63 (2001)

⁷ Financial Times v. 1. 2. 2002. Siehe auch Luis Teodoro, World Domination (2), ABS-CBNNews.com v. 30.9.2002.

⁸ American Primacy in Perspective, in: Foreign Affairs 4/2002 S.20-33. S.a. William Wohlforth: The Stability of a Unipolar World, in: International Security 1/1999 S.5-41 oder ähnlich Michael Cox: American power before and after 11 September: dizzy with success? In: International Affairs 2/2002 S. 269f. oder endlich der neokonservative Robert Kagan: America's Crisis of Legitimacy in: Foreign Affairs 2/2004 S.??? "Almost everyone concedes today that U.S. power will be nearly impossible to match for decades."

states of Western Europe -- particularly those of Britain, France, Portugal and the Netherlands -- and the overland empires of the multinational states ruled by the Hapsburg, Romanov and Ottoman dynasties. Today, there is only one empire -- the global empire of the United States ..."⁹. Dabei liegt in diesen zahlreichen Äußerungen wie in der NSS die Emphase deutlich auf der *militärischen* Dimension und der Möglichkeit, sie in außenpolitische Macht und Gestaltungsfähigkeit umsetzen zu können. Ökonomische, kulturelle, diplomatische oder ideologische Machtressourcen werden zumeist ignoriert oder bestenfalls gering bewertet. Tony Judt beschrieb diese Disparität der Macht in der *New York Review of Books* als eine neue globale Ungleichheit: „Unsere Welt ist in vielfacher Weise geteilt: Zwischen arm und reich, Nord und Süd, westlich / nichtwestlich. *Aber mehr und mehr ist die Spaltung, die zählt jene, welche Amerika von allem anderen trennt.*“¹⁰ Und für manche befindet sich gar Europa plötzlich in einer anderen Situation: „Willkommen beim Rest der Welt“.¹¹

Die Schlüsselbegriffe der neuen Leittexte sind Macht, Hegemonie, Empire. Sie sollen zwei zentrale Sachverhalte anzeigen: es gibt eine neue Qualität des Unterschieds zwischen den USA und dem „Rest der Welt“ und dieser Unterschied könne und müsse auf Dauer gesetzt werden.

Um die *Position des Unterschieds und Abstandes zu allen anderen Mächten der Erde* zu sichern, ist nach 1989 eine neue große global ansetzende Doktrin entwickelt, unter der zweiten Regierung Bush dann auch im innenpolitisch legitimierenden Windschatten des „Kampfes gegen den Terror“ schrittweise und hörbar expliziert, legitimiert und schließlich in der Form der Sicherheitsdirektive im Herbst 2002 offiziellisiert worden. Der amerikanische Präsident hat für den Umbruch, der zu dieser neuen Position der USA im internationalen System führte, den nicht unbescheidenen Vergleich mit der Situation der Entstehung der bürgerlichen Nationalstaaten nach dem Ende des Dreissigjährigen Krieges gefunden: „We have,“ erklärte er, „our best chance since the rise of the nation state in the 17th century to build a world where the great powers compete in peace instead of prepare to war.“¹² Etwas weniger weitgreifend verglich die für die Sicherheitsdirektive verantwortliche Sicherheitsberaterin Rice im April 2002 diese Entwicklung mit der Entstehung der Strategie der Eindämmung der Sowjetunion in der Phase nach dem zweiten Weltkrieg: „Seit dem Zusammenbruch der sowjetischen Macht war das internationale System im Fluß. Nun ist es möglich –

⁹ James Kurth, Migration and the Dynamics of Empire, in: The National Interest, Nr. 71 (2003)

¹⁰ Tony Judt: Review Its Own Worst Enemy, in: The New York Review of Books v. 15.8.2002 (Hervorh. RR)

¹¹ Walden Bello: Unraveling of the Atlantic Alliance? TNI Focus on Trade No. 81, September 2002

¹² George W. Bush: Remarks at 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy, West Point, New York, S.4

sogar wahrscheinlich – dass diese Periode des Übergangs zuende geht. Wenn das richtig ist, dann ... ist diese Periode nicht nur eine großer Gefahren, sondern auch enormer Möglichkeiten ... eine Periode, die jener von 1945 bis 1947 vergleichbar ist, als unter amerikanischer Führung die Zahl der freien und amerikanischen Staaten erhöht wurde...und eine neue Machtbalance entstand, welche die Freiheit begünstigte.“¹³ Dabei geht es nicht nur darum, eine grundsätzliche Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt festzustellen. Vielmehr soll es möglich sein, die klassische historische Gesetzmässigkeit der bürgerlichen Zeit *aufzuheben*, wonach die Entstehung einer großen Macht früher oder später die Formierung neuer, anderer großer Mächte als Gegengewicht hervorruft. *Der Gedanke ist, dass erstmals seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung das Ungleichgewicht der Mächte auf Dauer gestellt werden kann.* Rice: „Theoretically, the realists would predict that when you have a great power like the United States it would not be long before you had other great powers rising to challenge it. And I think what you're seeing is that there's at least a predilection this time to move to productive and co-operative relations with the United States, rather than to try to balance the United States.“¹⁴

Die strategische Idee der NSS operiert also im großen historischen Bezug: sie konstatiert den *Ausgangspunkt* einer neuartigen qualitativen Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt („*american empire*“), formuliert ein außerordentliches *Ziel*, diese global auf Dauer zu stellen („*pax americana*“) und hebt auch mit neuem Gewicht die *Methodik* einer aktivistischen Politik hierzu hervor („*military superiority beyond challenge*“, „*war against terror*“, „*prevention*“), die sie mit dem Verweis auf die neue Privatisierung des Krieges durch Terrorismus legitimiert.

Warum sollten potentielle oder wirklich große Mächte eine solche Entwicklung und ihre dauerhafte Ausschaltung aus dem Spiel um die Welthege-

¹³ S. Condoleezza Rice in einer Rede im April 2002: (zit. nach Frances FitzGerald: George Bush & the World, in: The New York Review of Books v. 26.9.2002); s. auch die Wriston Lecture von Rice am 1.10.2002 und die Reden Bush's am 17.7.2001 und am 14.3.2002. Zu historischen Referenz von Rice siehe die formelle Fixierung der Eindämmungspolitik im National Security Council Memorandum (NSC) vom April 1950, s. United States Objectives and Programs for National Security (NSC-68 v.14.4.1950) in: Thomas H. Etzold, John Lewis Gaddis (Hg.): Containment: Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950, New York 1978. Siehe auch G. John Ikenberry: America's Imperial Ambition, in: Foreign Affairs Sommer 5/2002, S.44-60 und insgesamt G. John Ikenberry, ed., America Unrivaled: The Future of the Balance of Power, Ithaca 2002; John J. Mearsheimer: The Tragedy of Great Power Politics, New York 2001. George Kennan als konzeptiver Vater der Eindämmungsstrategie bezeichnete in einem Interview Bush's NSS als "im Prinzip einen Riesenfehler" (The Hill v. 25.9.02).

¹⁴ Zit. nach Corey Robin, Endgame, in: Boston Review 1/2004 S.28. Vgl. auch mit offener Referenz auf das bekannte "General Motors"-Zitat John M. Owen, Transnational Liberalism and U.S. Primacy, in: International Security 3/2001-2, S.121: "for its own good as well as the general global good, the United States ought to try to maintain its primacy for as long as it can."

monie akzeptieren? Sie erhalten dafür eine *Dienstleistung*: eine globale Sicherung der kapitalistischen Weltordnung, die sie selbst oder kooperativ nicht leisten können. Eine große Dramatik also, fast unübertreffliche Ambitionen und eine Strategie mit dem Versprechen auf die Beantwortung der zentralen Frage der Macht im neuen Jahrhundert des Globalkapitalismus. Worauf baut dieses neue Stück auf? Und wer steht für das Design des *neuen* Big Deals?

2 Fragen zur amerikanischen Ambition

Dieses Stück und seine Ambition sind ein Beispiel dafür, dass wir in einer Zeit der Übergänge und Transformationen und in einer Welt der neuen Diversität und Spielarten des Kapitalismus leben - der Zeit des *le capitalisme contre le capitalisme* (Michel Albert) und der Welt der *varieties of capitalism* (Peter Hall). Also eine Zeit der Krisen und Kämpfe um Entwicklungswege. Ob diese Diversität freilich einen langen Atem hat und welche Varianten sich erst bilden, ob die Kapitalismen letztlich konvergieren oder zu hybriden Formen verwachsen - das ist offen. Erst recht, ob etwas und was *nach* den Kapitalismen kommt und wer dorthin treibt. Welche Pfade eingeschlagen werden, ist immer auch eine Frage der Politik.¹⁵ Vielleicht wird es im Rückblick heißen: es war die Zeit, die eine Fülle neuer Versuche der Arbeit an diesen Entwicklungspfaden und zugleich ganz neuartige Ausbruchversuche aus den Kapitalismen hervorbrachte. Oder: es war die Zeit des Übergangs zu einem neuen hegemonialen kapitalistischen Muster, wie es der Fordismus war. Vielfalt schließt ja eine hegemoniale Form nicht aus.

Die hegemoniale Struktur dieser Zeit des Übergangs war und ist jedenfalls der *Neoliberalismus*. Er allerdings steckt mittlerweile in einer doppelten Kalamität: die Macht und Kraft seiner noch jüngst so festen ideologischen Rechtfertigungen schwindet nicht nur in Lateinamerika, Europa oder auch, auf andere Weise, in Rußland – auch, weil die Überzeugungskraft seiner führenden rechtspopulistischen (Berlusconi, Haider) und sozialdemokratischen Verfechter (Blair, Schröder) doch verliert. Und der Kampf zwischen seinen Repräsentanten im kapitalistischen Zentrum um den Weg, den der Neoliberalismus in Zukunft nehmen soll, ist voll entbrannt: der zentrale gegenwärtige Konflikt ist, ob das Projekt eines *neuimperialen Neoliberalismus* oder eines in sich widersprüchlichen *neoliberalen Empire* innerhalb dieser Struktur dominant und – mehr noch - imstande sein wird, ein neues kapitalistisches Muster global durchzusetzen. Sicherlich steht dabei auch die Fra-

¹⁵ Dieter Klein (Hrsg.): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Berlin 2003

ge, ob ein solches Muster dann noch einem Ordnungsrahmen folgt, der neoliberal genannt werden kann. Doch man sollte nicht der verbreiteten Neigung nachgehen, sich gleichsam im Geist der neoliberalen *pensée unique* ein monolithisches Bild von dieser neoliberalen Konstellation zu machen. Längst schon ist sie in sich hoch differenziert. Die neue Rede vom *Empire* (sei es nun *american* oder nicht) geht zumeist davon aus, dass es dabei um eine bloße Macht- oder Kapitalismus-variation geht (zum Beispiel ein *Empire* als planetare politische Ordnung des postmodernen Globalkapitalismus). Worum es aber gegenwärtig geht, ist eine neuartige Strukturbildung wesentlich *innerhalb* der Konstellation des Neoliberalismus.

Das Bild ist dennoch keineswegs eindeutig. Denn einerseits repräsentiert der angloamerikanische Kapitalismus diese hegemoniale Struktur des Neoliberalismus am mächtigsten und hat sie auch entscheidend hervorgebracht: wir leben gegenwärtig im Zenit eines zweiten amerikanischen Hegemoniezyklus („USA II“), der Mitte der 70er begann [der erste - „USA I“ – dauerte von 1850 bis 1974 und zehrte von seiner Dominanz in den Leitsektoren Stahl, Chemie, Elektrotechnik, dann Automobil, Flugzeugbau und Energie] und sich auf die US-amerikanische Überlegenheit in der Informationstechnik, dem Finanzwesen, der Rüstungs- und der Kulturindustrie stützt. Schon deshalb ist von außerordentlicher Bedeutung, welche Entwicklungsrichtung die nachgerade seit 1830 hegemoniale angloamerikanische Kapitalismusvariante einschlägt. Andererseits ist der angloamerikanische Kapitalismus eine *minoritäre* Kapitalismusform gegenüber solchen Marktökonomien, die weiterhin durch relativ große Staatsintervention und vergleichsweise größere Gleichheit geprägt sind (von den kontinentalen Wohlfahrtsstaaten bis zu den asiatischen Entwicklungskapitalismen). Prognosen sind schwer.

Diese widersprüchliche Situation hat auch das Denken und Reden über sie geändert. In vielen kapitalistischen Staaten des Nordens durfte in den 50er und 60er Jahren das existierende Wirtschaftssystem nicht als *Kapitalismus* bezeichnet werden. Erst in den folgenden Jahren änderte sich dies. Und während in den 90ern die *Globalisierung* das „neutrale“ Leitthema in der Politik bzw. den Sozialwissenschaften war und über *Dritte Wege* oder *Good Governance* räsioniert wurde, sind im Folgejahrzehnt *Empire* und *Imperialismus* wieder legitime oder befragungswürdige Begriffe geworden. Innerhalb der politischen Linken ist damit eine neue Debatte entstanden, in der just jene Begriffe neu bewertet und ihr Verhältnis zueinander wieder vermessen wird, die in der jahrzehntelangen postmodernen Zeit der Absage an „große Erzählungen“ unter die ideologischen Räder geraten waren.

Die offensichtlichen „großen“ Fragen sind¹⁶: wie ist das Verhältnis von Globalisierung zu Empire und Imperialismus und wie beziehen sich letztere zueinander? Können wir „Empire“ denken ohne den modernen Kapitalismus als Imperialismus zu konzipieren – ist also beispielsweise Imperialismus etwas vergangenes, wie Hardt/Negri mehr oder weniger überzeugend darstellten?¹⁷ Sollen wir Imperialismus als Phase oder Modus der Globalisierung verstehen oder als eine grundsätzlich eigenartige Dynamik? Wenn Empire oder Imperialismus eine Form oder ein Teil der Globalisierung sind, wie müssen wir dann das Imperialwerden einer neoliberalen Globalisierung begreifen? Und wie ist in diesem Verständnis der US-amerikanische *regime change* von neoliberaler Globalisierung hin zu einem militärischen Globalismus zu verstehen? Und ist dies ein „unipolarer *moment*“, eine imperiale *Episode* oder nicht nur ein *regime change*, sondern ein *langer Wandel* des Systems, der den Charakter der neoliberalen Globalisierung substantiell ändert? Und endlich: während es weithin üblich ist, Kapitalismus bzw. Globalisierung und Neoliberalismus zusammenzudenken – wie steht es um das Verhältnis von Neoliberalismus, Empire und Imperialismus?

Überhaupt – Stichwort Imperialismus. Sollten wir einem traditionellen Verständnis folgen und allein schon angesichts des neuen Militarismus den gegenwärtigen Kapitalismus und seine Expansion in Form der neoliberalen Globalisierung einfach als Imperialismus begreifen? Oder haben wir es mit einem „*new imperialism*“ zu tun – und was ist dabei das „Neue“? Sein endgültig globaler Ausgriff nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus? Ist dies einfach informeller „imperialism without colonies“, wie dies Harry Magdorff 1969 formuliert hat? Oder ist dies (ganz anders) ein räuberisches Regime der *accumulation by dispossession*, wie David Harvey es skizziert hat?¹⁸

Und schließlich: wie ist die Rolle der USA zu bewerten? Gibt es ein American Empire? Gibt es einen besonderen *American way of imperialism*, das „*empire light*“ (Michael Ignatieff), das „*informal empire*“ (Leo Panitch oder Peter Gowan oder Joachim Hirsch) oder das „*benign empire*“, von dem die Neocons uns erzählen? Oder sollten wir die neuimperiale Wende der USA als die Bildung eines neoliberalen Empire begreifen, das auf sehr widersprüchliche Weise traditionell neoliberale und imperiale Praxen miteinander verbindet – also den starken nationalen Sicherheitsstaat und „*small government*“, den Shareholderkapitalismus mit einem staatsalimentierten Militär-Industrie - Komplex, die Unendlichkeit der globalen Finanzmärkte mit der Begrenztheit territorial ansetzender Geopolitik der Militär-, Rüstungs- und Extraktionsindustrie (Öl!), den Multilateralismus mit dem

¹⁶ Jan Nederveen Pieterse: *Globalization or Empire?* New York / London 2004 S.17ff.

¹⁷ Michael Hardt, Antonio Negri: *Empire*, Cambridge 2000

¹⁸ David Harvey: *The New Imperialism*, Oxford 2003

Unilateralismus, die Disziplin des freien Marktes mit der Disziplin des Militärischen und der neuen *landscapes of fear*, den politischen Kriegern, die für eine starke Politik kämpfen mit den Marktradikalen, die auf Schwächung des Staates und der Politik aus sind, den Besitzbürger und Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft mit dem Besatzer? Ist ein neoliberales Empire der Anfang vom Ende von drei Jahrzehnten Neoliberalismus oder ist es ein Neuaufschwung des neoliberalen Kapitalismus? Ist es eine relativ stabile Form oder sollten wir ein neoliberales American Empire als Passage zu etwas anderem begreifen? Ist dies ein *Empire in Decline* wie uns seit den Siebzigern viele linke Intellektuelle von Paul Kennedy über Lester Thurow und Giovanni Arrighi bis zu Immanuel Wallerstein, Robert Brenner, Emmanuel Todd oder David Harvey („nur noch dominant oberhalb 30 000 Fuß“) erzählen oder ist dies ein *Rising Empire*, eine neue Hypermacht, die erstmals in der Geschichte auf Dauer zwischen sich und dem Rest der Welt einen grundsätzlichen Machtunterschied setzen kann? Oder ist das alles viel Lärm um Nichts und die Welt der Blöcke um die *Triadenmächte* USA, Asien, Europa ist weitgehend unverändert?

Diese Fragen sind sicherlich theoretische Fragen. Doch sie sind zugleich von grundlegender politischer und moralischer Bedeutung. Ralph Peters, ein früherer Geheimdienstoffizier der US-Army, dessen Aufgabe das Nachdenken über zukünftige Kriege war, formulierte zu dieser Zukunft: „We are entering a new American Century, in which we will become still wealthier, culturally more lethal, and increasingly powerful. We will excite hatreds without precedent...The de facto role of the U.S. armed forces will be to keep the world safe for our economy and open to our cultural assault. To those ends, we will do a fair amount of killing.“¹⁹ Gelingt es, das Regiment des Neoliberalismus, seine ideologischen Positionen und politischen Versprechen weiter kritisieren und zu schwächen und seine Wirksamkeit im Alltagshandeln durch alternative Praxen zu erschüttern, dann wird auch die Wende zu einem neoliberalen Empire und einer *nach innen autoritär und nach außen vorwiegend militärisch durchgeführten konkurrenz- und finanzmarktgetriebenen Globalisierung* erschwert. Und gelingt eine Delegitimierung des neuimperialen Projekts und die weitere politische Schwächung der neuen *political warriors*, dann erschüttert dies auch seine Grundlage, den Neoliberalismus und seine Schlüsselprojekt: *die Lösung der Krise des Fordismus durch die (Re-)Kommodifizierung und Vermarktlichung aller Lebensbereiche (Kapitallogik) und damit die Beseitigung der verschiedenen Regimes sozialer Sicherheit und solidarischer Integration (Soziallogik)*.

¹⁹ Ralph Peters: Constant Conflict, in: Parameters [US Army War College Quarterly] Sommer 1997 S.4-14 (<http://carlisle-www.army.mil/usawc/Parameters/97summer/peters.htm>)

Diese drei zentralen Konfliktfelder in der Auseinandersetzung mit Neoliberalismus, neoliberaler Globalisierung und neuimperialem Projekt – also: *politische Teilhabe, Dekommodifizierung (Soziallogik) und Durchsetzung einer zivilen, ausgleichenden und demokratischen politischen Verfassung der Globalisierung* – sind nicht neu, wohl aber ihre Entwicklungsbedingungen: also die Zeit (Übergang), der Raum (Weltsystem) und die beteiligten Akteure. „Is the world a system shaping the actors in it and directing their strivings, or is it an arena, where actors who were formed outside act and interact?“ war die Frage in Göran Therborns Auseinandersetzung mit der Globalisierung²⁰ und er antwortet: die Welt ist System und Arena gleichermaßen. Das ist sicherlich richtig. Doch die Entwicklung im neuen Jahrzehnt und das ständige Hereinkommen der „großen“ Fragen in die „kleinen“ lokalen Konflikte und Prozesse zeigt, dass der Kampf um die politische Form des Globalkapitalismus und seine Entwicklungsrichtung – die „Systemfrage“ par excellence – ein eigenes Politikfeld von neuem Gewicht geworden ist. Immer noch geht es dabei vor allem um den Neoliberalismus.

3 Starke Ökonomie: Neoliberalismus

3.1. Erfinder

Dieser Neoliberalismus allerdings ist weder einfach von großen Theoretikern wie Hayek noch von den Ideologen der neoklassischen Chicagoer Schule erfunden, von großen PolitikerInnen wie Thatcher und Reagan durchgesetzt oder durch einen *Washington Konsensus* der kapitalistischen Welteliten besiegelt worden. Es waren nicht Theorien und ökonomische Konzepte, die den Neoliberalismus zur globalen Machtwirklichkeit werden liessen. Ideen blamieren sich bekanntlich, wenn sie ohne die Zuneigung der Wirklichkeit auskommen müssen. Seine Chance auf die *Wirklichkeit* waren die Krise des fordistischen Sozialstaatskapitalismus, der Hegemonieverlust der USA in den 60ern und frühen 70ern und die geduldig machteffiziente Diskurspolitik der neoliberalen Thinktanks und Netzwerke. Seine Chance zur *Verallgemeinerung* im globalen Rahmen war die Zäsur Mitte der 70er in zahlreichen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, die vergleichbar war mit jenen Anfang des 20. Jahrhunderts und seinen 20er/30er Jahren: im Unterschied zu früher wurde damals im Aufschwung der zyklischen Krise die Arbeitslosigkeit nicht mehr wesentlich abgebaut, die Armut nahm zu und es entstand die Situation einer strukturellen Überakkumulation, in welche der Lösungsvorschlag der neoliberalen Konstellation hineinstieß. Seine Chance auf *Hegemonie* endlich kam aus seiner Fähigkeit und Bereitschaft zur Verkoppelung und Bündelung ungewöhnlich unterschiedlicher

²⁰ Göran Therborn: 'Globalization', in: *International Sociology* 2 / 2000 S.155.

politisch-sozialer, ideologischer und kultureller Akteure, Strömungen und Kulturen.

Die wirkliche *materiale* Matrix der politischen *Ökonomie* des tatsächlich existierenden Neoliberalismus und sein starker *politischer* Muskel aber ist der *Süden* der USA gewesen. Der Pfad, dem sie folgten, war der Bedingungs- und Machtraum des Militarismus des Kalten Krieges. Insofern ist der Neoliberalismus ein US-amerikanisches Projekt.²¹ Neoliberalismus im mächtigsten Land der Welt bedeutete in den 70ern und 80ern die Durchsetzung des gewerkschaftsfeindlichen, arbeitsintensiven, reaktionären, rassistischen und bürgerrechtfeindlichen Niedriglohn- und Niedrigsteuermodells der Extraktions- und Ausbeutungsökonomie des amerikanischen Südens, das bereits vor Reagan existierte, von ihm aber in den USA auf nationaler Ebene endgültig durchgesetzt wurde. Diese Zielkulturen machen den *wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen* Kern des Neoliberalismus aus. In den liberalen 60ern und frühen 70ern hätte man erwarten können, dass sich der fordistische Amerikanismus des Nordens und Ostens der USA auch im Süden durchsetzen würde. Das Gegenteil geschah: neben der Revitalisierung der Dominanz der Wallstreet über die Zerschlagung des Bretton-Woods-Systems (welche die *finanzpolitische* Zielkultur des Neoliberalismus fixierte) ersetzte die republikanisch-konservative Ökonomie des Südens die liberalen und sozialpolitisch integrativen Werte des Nordens (New Deal, Great Society). Seit den 70ern dominierten die Konservativen des Südens die amerikanische Politik – eine Strömung, die fast siebenzig Jahre den verschiedenen Varianten eines amerikanischen Sozialstaats (New Deal) widerstanden hatte und mit Bush II mittlerweile außen- und innenpolitisch an die Macht kam. Diese Veränderungen in den USA waren Vorläufer der Umbauten im globalen Süden: der dortigen Strukturanpassungspolitik der Liberalisierung und Privatisierung ging in den USA unter Reagan die Entmachtung des Regulationsstaats voraus. Es waren also der *Dixie Capitalism* des Südens, das *Wallstreet-Dollar-Regime* des Nordens, die staatsverwobene Militärökonomie und Kriegerkultur des *Cold War* und die Ideologen aus der *Mont-Pelerin-Society* oder der *Chicago School* und ihrer Vorläufer mit ihrer *marktenthusiastischen* Zielkultur, die den global werdenden Neoliberalismus der 80er und 90er als ein neues politisches Projekt konfigurierten. Und vieles spricht dafür, dass über seine Varianten oder Ablösung auch in den USA entschieden wird.

²¹ Pieterse, Globalization, S.2ff.

3.2. Ziele

3.2.1. Beseitigung des Solidarprinzips

Dieses Konstrukt des Neoliberalismus war und ist militant. Es verstand sich seit jeher als aggressiv aktivistisches und *transformatorisches Projekt*. Auch der Neoliberalismus will – mindestens – „Reform“. Doch während der linke Reformismus die Reform des Kapitalismus erstrebte, will der neoliberale Reformismus der Rechten den Markt reformieren, *indem er ihn befreit* und jede/r soll und kann daran mittun. Diese gute Absicht verknüpft unvergleichlich praktisch Politik und Ökonomie – ist es doch schwer, „den Markt“ zu kritisieren, denn er nimmt keine Beschwerden entgegen. Er ist anonym. Er hat keine Postanschrift. Daher sind die Politiker für ihn nicht zuständig oder sie sind ohnmächtig wie die Bürger. Sie können aber dennoch alle helfen, die Hindernisse für die Unternehmensfreiheit und die Profitmaximierung zu beseitigen, vor allem indem kollektive institutionelle Strukturen ausgehöhlt werden. Das nützt der Marktbefreiung. Dazu gilt es Gesetze und soziale Rechte und den Sozialstaat zu demontieren – Neoliberalismus heisst auch: „vom Gesetz zurück zum Vertrag“²². Der Neoliberalismus macht Front gegen alle noch so peripheren Formen von Staat, die er als Träger eines *Solidarprinzips*, der *Systeme sozialer Reproduktion* oder eines *Sozialfordismus* aus keynesianischer Nachfragestabilisierung, Ressourcenbereitstellung und wohlfahrtstaatlicher Reparaturleistungen zur stabilisierenden Sozialintegration identifiziert – sei es der keynesianische Interventionsstaat in den kapitalistischen Zentren, der Entwicklungsstaat im Süden oder der geschwundene realsozialistische Planstaat im Osten. Er macht Front gegen die *soziale Staatsbürgerschaft*, die politische Demokratie und patriarchalischen Wohlfahrtsstaat zu einem Projekt der Zivilisierung des Kapitalismus verbinden wollte. Er kündigt den alten fordistischen Klassenkompromiss auf, der auf dem Tauschgeschäft zwischen der Anerkennung des Kapitalismus durch die reformistische Arbeiterbewegung und der Anerkennung der Vollbeschäftigungspolitik und des Sozialstaats durch das Kapital bestand. Endlich klaubt er die normativen Leitideen und moralischen Ideale des Sozialfordismus zusammen, um aus ihnen den *Geist des Kapitalismus* neu zu formulieren²³: Individualismus wird zur Flexibilitätchance, die Entgrenzungskulturen der authentischen Selbstverwirklichung mutieren zum schrankenlos libertären Marktunternehmertum und einem Lob der Kultur der Desorganisation, Autonomie wandelt sich zur befreiend antibürokratischen Entsicherung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und Eigenverantwortung realisiert sich nur noch „objektiv“ über ein Leistungs-

²² Sozialismus 4 / 2004, S.6

²³ Luc Boltanski, Eve Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003; Martin Hartmann, Axel Honneth: *Paradoxien des Kapitalismus*, in: *Berliner Debatte* Initial 1/2004.

prinzip, dessen Honorierung allein der Markt besorgt. Der hegemoniale Konsens des Neoliberalismus bildet sich über den Reiz eines bunten Kaleidoskops der Chancen – neoliberale *soft culture*.

3.2.2. Entgrenzung

Der politische Neoliberalismus operiert nicht mit zuerst Macht oder Moral. Den Kern seiner politischen Kraft macht seine radikale Option für das *Nicht*politische aus: den Markt. Seine Stärke ist geborgt und seine Dynamik ist geliehen. Der Markt aber ist das Beste, auf das man im Kapitalismus setzen kann – er ist die große Zusammenfassung und der unübertroffene Zugang. Für die Marktaktiven ist die Lebenswelt einzig Beute. Sie beanspruchen alles. Sie gehen aufs Ganze. Sie lassen keiner anderen Utopie Raum als der einen: *There is no alternative*. Sie empfehlen allen, sich individuell zu bereichern. Die innere Ratio ihres Bewegungsmodus ist daher die Überschreitung ohne Ende. Sie akzeptieren keine Schranken und keine Grenzen. Sie machen nicht Halt und lassen nichts aus. Sie zielen auf Entgrenzung bis zum Universellen. Entgrenzung, Kommodifizierung und Entsicherung verschlingen sich da.²⁴ Wo der Markt nur zu sich gekommen ist, wenn er die ganze Welt vermittelt, da muss und soll alles seinen Preis haben, alles gekauft und verkauft werden können. Maßloses Wachstum und ununterbrochene Arbeit an neuen Entgrenzungen und Einverleibungen sind eins. Was noch außen war, wird eingeschlossen, inkludiert. Auch die neuen Räume im Inneren – die Natur, Körper und Psyche des Menschen, die immaterielle Produktion und Konsumption – und die fremden Welten im weltdoppelnden Virtuellen werden in dieser neuen Bio- und Cyberpolitik ohne Maß eingemeindet. Die alten Gegensätze des Fordismus - Stadt und Land, Zentrum und Peripherie, Arbeit und Wohnen - werden geschleift und in neue Konstellationen der Polarisierung und Pluralisierung (Heterogenisierung) transformiert.

Im politischen Zentrum der entgrenzenden Kommodifizierung der Kapitallogik des Neoliberalismus steht also eine ausschließlich *marktbürgerliche Rekonstruktion des Sozialen*, die politische (Sozialstaat) und zivilgesellschaftliche (Bürgergesellschaft) Konkurrenzprojekte konterkariert. Vier politische Implikationen und Folgen des Neoliberalismus stechen dabei hervor:

3.2.3. Ungleichheit

Erstens bedeutet Neoliberalismus wachsende Ungleichheit. Wenn eine Gesellschaft aufgrund zunehmender Produktivität weniger Arbeitszeit benötigt, um die nachgefragten Bedarfsgüter zu erzeugen, so steigert das den allgemeinen Wohlstand in Form einer Verringerung der notwendigen Arbeits-

²⁴ Dieter Sauer: Die neue Unmittelbarkeit des Marktes, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/2003 S.257ff.

zeit – im Kapitalismus freilich nimmt die Zeitersparnis die Form von Arbeitslosigkeit an. 700 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Arbeitslosigkeit ist auch in den kapitalistischen Zentren in der Zeit des Neoliberalismus zum dauerhaften Massenphänomen geworden und fungiert als ein zentrales Medium der zunehmenden sozialen Spaltung und Fragmentierung, Prekarisierung, Informalisierung und Exklusion. In Lateinamerika sind mehr als 60 % der Erwerbspersonen, in Afrika südlich der Sahara an die 90 % und in den Industrieländern in der Regel bis zu 30 % der Arbeitskräfte informell tätig: ohne gewerkschaftlichen Schutz, ausreichende Sozialversicherung, Arbeitsverträge, Tarifverträge. Es ist eine neue Konstellation der sozialen Ungleichheit und enormen Polarisierung entstanden. Sie fasst sich zusammen in der Rekommodifizierung der Arbeitskraft. Drei Nachkriegsjahrzehnte fordristischen Wachstums brachten zwar keineswegs eine Angleichung der Vermögen, aber mehr Einkommensgleichheit. Es folgten zwei Jahrzehnte Neoliberalismus mit *mehr Ungleichheit* der Vermögen und Einkommen. Der Einkommensabstand zwischen dem Fünftel der Weltbevölkerung in den reichen Ländern und dem Fünftel in den ärmsten entwickelte sich wie folgt²⁵:

1820	3:1
1870	7:1
1913	11:1
1960	30:1
1990	60:1
1998	78:1

Während ein Drittel der Weltbevölkerung ein Einkommen von weniger als einem Dollar am Tag hat (und nimmt man 2 Dollar als Armutslinie, dann lebten Anfang der 90er 2,8 von 6 Mrd Menschen in Armut), ist das Einkommen des reichsten 1 % der Einkommensbezieher der Welt äquivalent dem der ärmsten 57 %. Der Reichtum der drei reichsten Menschen der Welt entspricht dem Bruttosozialprodukt der geringst entwickelten Länder, in denen 600 Millionen Menschen leben. Nach dem jüngsten Bericht der UNDP ist die Wirtschaft von 54 Ländern – also ein Viertel der Staaten – 2003 ärmer, als sie es 1990 war. Die Mehrzahl der an der Spitze des Weltmarkts stehenden Staaten stand dort schon vor 100 Jahren. Dem übergroßen Teil der drei Viertel der Menschheit, die Ende nächsten Jahrzehnts in den großen Städten leben werden, werden in ihren Megametropolen des Südens und Ostens alle öffentlichen Einrichtungen der Grundversorgung und sozialen Ressourcen fehlen, die in den Städten des Nordens vorhanden sind. Auch in den reichen Ländern schließt dies ein, dass die Finanzierung

²⁵ Pieterse, Globalization, S. 63, 68

der öffentlichen Hände zunehmend eine Sache der Einkommensschwachen und Geringvermögenden ist: In den letzten 25 Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen von 30 % auf 35 % gestiegen, der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern dagegen von 29 % auf 14 % gefallen – die letztgenannte Differenz entspricht rund 70 Mrd € im Jahr²⁶, auf der anderen Seite kassierten die Vermögensbesitzer jährlich rund 50 Mrd € Zinsen an Bedienung der gegenwärtig 1 300 Mrd € Staatsschulden²⁷. Ungleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen ist ein zentrales Ziel des Neoliberalismus, das er in kurzer Frist erreicht hat.

3.2.4. Privatisierung

Zweitens bedeutet Neoliberalismus Privatisierung bereits existierender Staatsfirmen (Industrieunternehmen, Infrastruktur- und Versorgungsunternehmen, traditionelle und neue Netzwerkindustrien - Verkehr, Mobilität, Kommunikation, Finanzunternehmen) und private Inwertsetzung natürlicher und immaterieller Ressourcen und die entsprechende Vergabe neuer Eigentumsrechte (insbesondere Boden, Gene, Wasser, Wissen, Technik). Eine weitere Form ist das Outsourcen öffentlicher Dienste ohne Eigentumswechsel (z. B. in Form von Privat Public Partnerships). Seit den 90ern geht die letzte Serie der Privatisierung auf die Systeme der sozialen Sicherheit - Gesundheit, Bildung, Altersvorsorge – da dies die letzten großen real existierenden öffentlichen Ressourcen sind jenseits des natürlichen oder immateriellen Materials, das erst zukünftig und mühselig in Wert gesetzt werden muss. Damit geht es gegen die Zentren der sozialen Kohäsion und Integration. Käufer sind im wesentlichen Firmen in denselben Sparten sowie Banken bzw. institutionelle Investoren. Analysiert man die Folgen der neoliberalen Privatisierung und fragt nach der Entwicklung der Versorgung (Dienste), der Preisentwicklung, den Folgen für die Beschäftigung, der inneren Effizienz und endlich nach Profitabilität und Umverteilungseffekten, dann zeigt sich, dass die Bilanz vor allem hinsichtlich der ersten vier Kriterien negativ ist; auffällig ist aber auch, dass die Privatisierungsfolgenabschätzung in jeder Hinsicht unterentwickelt ist²⁸. Zudem hat die neoliberale Privatisierung der Welt im letzten Vierteljahrhundert zunehmend die Sphäre der Ökonomie weit hinter sich gelassen: längst geht es um die Privatisierung des Politischen und seines Gewaltmonopols, also der einst unbestritten öffentlichen institutionellen Strukturen mit Durchsetzungsgewalt, die nun oft nicht mehr nach dem Modell staatlicher Strukturen organisiert werden, sondern privaten und damit dem öffentlichen Ein-

²⁶ http://www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x00c0457f

²⁷ Sozialismus 11/2003 S.3

²⁸ Jörg Hufschmid: Corporate Power against Public Goods – the Face of Privatisation, Vortrag WSF Porto Alegre 2003

griff entzogenen Zwangscharakter haben: von institutionalisierter Korruption bis zur Biopolitik, insbesondere der Disziplinierung des Körpers in privatisierten Herrschaftsmodi etwa im globalen privatindustriellen Gefängniskomplex, in dem mittlerweile Millionen Menschen verwahrt und privater Regie unterworfen werden. Entdemokratisierung und Entmündigung sind zwingende Begleiterscheinungen des modernen und postmodernen Modus der Privatförmigkeit.

3.2.5. Neukonfiguration der Macht

Drittens bedeutet Neoliberalismus eine Neukonfiguration der Macht. Dies hat in erster Linie mit der Aufwertung der *Finanzmärkte*, der Finanzialisierung der Ökonomie und damit der Zunahme von Gewicht und Bedeutung des *Finanzkapitals* im Verhältnis zum produktiven Kapital zu tun²⁹. Sie orientieren mittlerweile nicht nur das Verhalten politischer Eliten, sondern entscheiden auch im öffentlichen Bewußtsein über die Richtung und Richtigkeit der Politik der Firmen und Politik, testen sie, belohnen und strafen, korrigieren Fehler und sorgen für Wohlverhalten. Finanzmärkte sind nicht einfach nur ein Teilmarkt, sondern Zuchtmeister ganzer Gesellschaften. Sie sind zentraler Stützpfeiler des neoliberalen Akkumulationsregimes und des Übergangs zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik geworden. Im Zentrum der modernen Finanzmärkte steht dabei nicht die Finanzierung, sondern der Handel mit bereits bestehenden Finanztiteln (Aktien, Anleihen, Krediten usw.), was dazu geführt hat, dass die Umschlaggeschwindigkeit der Finanzvermögen sich spektakulär erhöht hat. Weiter werden die Finanzmärkte von großen institutionellen Investoren vorangetrieben, wobei zumindest in Europa deren Vermögensfonds größtenteils in den Händen der Banken liegen. Endlich sind moderne Finanzmärkte liberalisierte oder globale Märkte, d.h. es gibt keine Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs. Die Folgen sind Krisenanfälligkeit und Instabilität, denn die große Rolle der Aktien bringt ein starkes spekulatives Element in ihre Bewegung hinein; weiter führt die große Aktivität der Finanzinvestoren zu einem Druck zur stärkeren Durchsetzung der Eigentümerinteressen in den Unternehmen (shareholder value) und endlich forderte der Druck der großen Finanzanleger seit den 80ern kontinuierlich eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der durchaus nachhaltigen Drohung des Kapitalabzugs (Exit-Option). Das langandauernde schwache Wirtschaftswachstum verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit und einer langfristig sinkenden Lohnquote (Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der Löhne und Gehälter) hat dabei im letzten Jahrzehnt zu einer enormen Liquidität geführt, die sich einerseits in einer Fusionswelle, andererseits in Finanzinvestitionen ausdrückte; auf den Börsen und anderen Wertpa-

²⁹ Jörg Huffschnid: Finanzmärkte, Globalisierung und alternative Wirtschaftspolitik, Vortrag 2003

piermärkten fand eine rasante Zunahme der Marktkapitalisierung und des Handels vor allem mit neuen finanzkapitalistischen Verwertungsmethoden (Derivate) statt, es gab eine Spekulationsblase und dann brachen die Kurse ein – fiktive Börsenwerte in Billionenhöhe wurden vernichtet. Parallel brach 2000 die Fusionswelle ab – der Wert der weitweiten Zusammenschlüsse lag 2002 nur noch bei der Hälfte des Wertes von 2000.

Der neue Machtaufstieg des Finanzkapitals seit Mitte der 70er Jahre als Moment der neoliberalen Kapitallogik ist weiter verknüpft mit einer Aufwertung der einschlägigen Staatsapparate im System der Politik, *durch* die der Neoliberalismus agiert: während die Staatsagenturen der Arbeit, des Sozialstaates und der Partizipation zu Gunsten der Militär-, Sicherheits-, Polizei- und Gefängnisagenturen abgewertet werden was überall eine Krise der politischen Repräsentation hervorruft, erhalten Staatsapparate wie Zentralbanken und Finanzministerien und die Produzenten der Vertrags- und Eigentumssicherheit erhöhte operationale Autonomie und stehen im Zentrum des Umbaus der Nationalstaaten in Wettbewerbsstaaten. Zugleich entstehen internationale Agenturen, die im Interesse des Globalkapitals und der Imperative der globalen Akkumulation agieren. Das Regime des Neoliberalismus hat damit in mehrfacher Hinsicht seine Spuren in der Konstellationen der *herrschenden Klassen* hinterlassen: die neue Dynamik ungleicher Entwicklung hat die privatförmige *Souveränität* der hegemonialen *Geldmacht* gefestigt; im Ring der *Verwertungsmacht* der *upper class* aus Realkapital, Finanz und Militär ist das Gewicht der Finanzmacht gewachsen und hat ihre zentrale Zielkultur weitaus breiter verankert: das Ideal einer friktionslosen Welt, die finanziellen Flüssen jeglicher Richtung und Stärke keinen Widerstand mehr entgegensetzt; die *Verteilung* der Ressourcen und Macht, die in den Händen des *politischen Direktorats* liegt, ist in der Ära des Neoliberalismus weit enger mit der *upper class* vernetzt als in den fordistischen Zeiten und die anschwellende *Dienstklasse* der Akteure der Wissens- und Kommunikationmacht ist wie alle anderen Gruppierungen rapide globaler und privater worden³⁰. Die „nationalen Bourgeoisien“ lösen sich zunehmend auf und die kohärenzbildende Selbstorganisation des *Blocks an der Macht* durch einen zunehmend von internationalen Kapitalbewegungen und –agenturen abhängigen und in sich zerfallten Nationalstaat fällt immer schwerer³¹.

3.2.6. Gewalt

Viertens bedeutet Neoliberalismus schließlich offenbar auch eine Freisetzung des Gewaltpotentials der Politik. Er deklariert ja die Anschlussfähigkeit an den Markt und den Kapitalkreislauf, also das wirtschaftliche Motiv, zur *Funkti-*

³⁰ Hans Jürgen Krysmanski: Herrschende Klasse(n), in: HKWM 6, Berlin 2004, <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/global-texte/g-m/herrschendeklassen.htm>

³¹ Joachim Hirsch: „Reformstau“, in: Sozialsimus 4/2004 S.2ff.

onsvoraussetzung gesellschaftlicher Systeme. Norman Birnbaum konstatiert „eine enorme Steigerung der Autonomie, welche die ökonomische Substruktur der Gesellschaft beansprucht.“³². Doch es geht um mehr: *Wo immer Politik agiert, ist die Ökonomie schon da, nicht bloß als Fernwirkung oder Kontext, sondern als bestimmende Präsenz des zumindest normativ durchgestellten monetären Kalküls, das beansprucht unmittelbarer Sinn und geltende Funktionsbedingung zu sein.* Diese reduktionistische Selbstfesselung der Politik durch die auch politisch arrangierte Entfesselung der Märkte *vermarktlicht auch die Politik und den Staat.* Eine solche Ausdünnung der Politik bedeutet nun allerdings nicht ihr Absterben, sondern offenbar ein Hervortreten und Mobilisieren ihres „reinen“ Zwangscharakters – die Stichworte sind Arbeitszwang, Sicherheits- und Interventionsstaat. Der neoliberale „Imperialismus des ökonomischen Motivs“ geht also nicht einfach mit einer „linearen“ Schwächung der Politik zusammen, sondern verändert diese selbst – *auch als Entfesselung des interventionistischen und disziplinierenden, also Gewaltpotentials der Politik.* So ist der Neoliberalismus auch aufbauend und gestaltend: sein Problemlöser für alle Fälle ist der Sicherheits- und Polizeistaat, den er stark macht, um praktische Alternativen ökonomisch und geopolitisch zu marginalisieren. Markt und Macht, Geld und Krieg sind also Entgegensetzung und Korrelat gleichermaßen, in dem die ganz unterschiedlichen Entgrenzungspraxen des Ökonomischen und Politischen (hier also des Militärischen) zusammengehen und sich im *disciplinary neoliberalism* (Stephen Gill)³³ der inneren *Selbstdisziplinierungen* des Neoliberalismus von unten (Margaret Mead: der „bewaffnete individuelle Bunker“) und des *neuimperialen Neoliberalismus* nach außen miteinander verschlingen.

3.3. Zwischenbilanz

Diese Verknüpfung hat eine Rationalität, die über die unmittelbare Gewalt- und Rüstungsökonomie hinausgeht: als ökonomisches Projekt der Dynamisierung des *Wachstums* der kapitalistischen Zentren bzw. ihrer Akkumulation ist der Neoliberalismus wenig überzeugend. Die Wachstumsraten in den entwickelten kapitalistischen Staaten haben sich in der neoliberalen Zeit 1973 – 1989 (*long downturn*) gegenüber den 4 % in der Zeit 1950 bis 1973 (*postwar boom*) mehr als halbiert und haben seitdem stagniert, sieht man von der Entwicklung in den USA in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ab, als das Wachstum dort 4 % betrug (1995/2000) gegenüber 2.6 % zuvor (1975-1995). Dazu gehören auch Bankrotte wie die im Telekommunikationsbereich (Marktwert rund 100 Mrd \$); allein von 2000 bis Mitte 2002 gingen in den USA ca. 7 Billionen \$ Marktwert verloren³⁴. Auch in Europa hat das Wirt-

³² Norman Birnbaum: Hat die Sozialdemokratie eine Zukunft? In: BdiP 2/2004 S.151

³³ Stephen Gill: The constitution of global capitalism, Los Angeles 2000

³⁴ Greg Albo: The Old and New Economics of Imperialism, in: Leo Panitch & Colin Leys (Hrsg.): The new Imperial Challenge, Socialist Register 2004, Hamburg 2004

schaftswachstum seit den 1960er Jahren im Trend deutlich abgenommen. Ebenso deutlich ist in der EU zwar die Arbeitslosigkeit zwischen 1960 und 2003 kontinuierlich angestiegen, auch hinsichtlich der Verteilung gibt es seit Mitte der 70er Jahre eine klare Umverteilung nach oben - die Lohnquote, welche in der EU von 1960 bis 1975 um 4 % gestiegen war, ist seitdem um gut 8 % gefallen – weshalb die gesamtwirtschaftliche Profitrate seit 1981 fast durchgängig gestiegen ist. Doch die gestiegenen Profite haben eben nicht zu einer Überwindung der Wachstumsschwäche der EU geführt³⁵.

So hat der angloamerikanische Kapitalismus zwar in den 90er Jahren den Konflikt mit dem asiatischen Kapitalismus (Japan) auf beträchtliche Zeit hin gewonnen, nicht aber den mit einem sich langsam formierenden europäischen Block, der seine eurozentrisch-globalstrategische ordnungspolitische Identität erst in Ansätzen gefunden hat. Das Regime des Neoliberalismus ist auch nach einem Vierteljahrhundert dominant, seine Hegemonie ist jedoch angeschlagen, sein ökonomischer *record* ist für seine Hauptprotagonisten (mit Ausnahme England!) keineswegs überzeugend und die Widersprüche zwischen seinen Global Players prägen sich unerwartet profiliert aus. Ob er seine weithin unbestrittene Hegemonialposition wieder einnehmen kann, ist dennoch offen - *es ist also durchaus möglich!* Schließlich ist er tief verankert in der Gesellschaft und ihren Machtzentren.

Die Linke nun hat diese Widersprüche mehr oder weniger lokal aufgegriffen. Sie hat schon globale Erfahrung und eigene Machtbildung in den Konflikten um die genannten Implikationen bzw. Folgen des neoliberalen Projekts, wo es um Ungleichheit, Privatisierung, neue Machtfiguren, Gewalt und Krieg geht. Im Zentrum eines politischen Projekts gegen den Neoliberalismus aber steht *die Durchsetzung eines neuen alternativen universellen Solidarprinzips*. Hier ist die Linke auch zunehmend fähig, global zu operieren. Ein Kampf gegen den Neoliberalismus allerdings, der auf der Rettung des alten Sozialstaats beharrt ohne die neoliberal gedrehten Gegenutopien als kluge und millionenfach praktisch wirksame Herausforderungen zu berücksichtigen, die es wiederum zu wenden gilt, greift zu kurz. Ein Kampf, der Ansätze zur Rettung des alten – die „Grenzen des Wachstums“ und der Ökologie lange Zeit ignorierenden - Sozialstaats in der Hoffnung auf ein neues Solidarkonzept und seine Verwirklichung geringschätzt, leistet der Kommodifizierungspolitik des Neoliberalismus Vorschub und wäre letztlich politisch abenteuerlich nach dem Motto: ohne Not keine Revolution. Und jede Frontstellung gegen den Neoliberalismus wird ein eigenes politisches Projekt verfolgen müssen, das die aus der maßlosen Entgrenzung der Kommodifizierung kommende totalitäre Utopie einer vollständig marktbürgerlichen Gesellschaftsverfassung konterkariert und eine eigene Kon-

³⁵ Jörg Huffschild: Wachstumsmotor EU-Kapitalismus? Supplement Sozialismus 2/2004 S.1ff.

zeption entwickelt, wie eine Gesellschaft der Solidarität und nicht-ökonomischen In-Wertsetzung aussehen könnte.

4 Krisen der Globalisierung

Im neoliberalen Projekt doppelter – ökonomischer und militärischer - Dynamik der Entgrenzung reflektiert sich die inhärente Expansivität des Kapitalismus, die sich letztlich im Prozess der Globalisierung als der „beständigen Ausdehnung des Weltmarkts“³⁶ realisiert. Aus der Konkurrenz der Kapitale untereinander ergibt sich der ständige Zwang zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Hinzufügung von Kapitalgütern und Reorganisation der Arbeit; und es gibt einen konstanten Bedarf nach neuen Märkten und Bereichen für die Produktion und Realisation des hinzugefügten Mehrwerts. Der Gedanke der internationalen Expansion (oder ökonomischen Globalisierung) besteht einfach darin, den Teil der Produktion, der periodisch im Inland wegen fehlender Nachfrage nicht absetzbar ist, im Ausland zu verkaufen, dort zugleich die Rohstoffe und Materialien zu beschaffen, die zur Ausdehnung und Differenzierung der eigenen Produktion benötigt werden, und endlich die Gewinne zu investieren, die im Inland nicht rentabel angelegt werden können. Die Kehrseite ist die Offenheit der einzelnen Nationalökonomien gegenüber dem allgemeinen Weltmarkt. Globalisierung – die es für die einen (wie Wallerstein) aufgrund der Produktion kolonialer Abhängigkeit schon immer gab, für die anderen (wie Hirst/Thompson) als eigene Qualität dagegen noch nie – ist die „Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts“³⁷. Sie meint also nicht Austausch von Materialien, Waren oder Arbeit(skraft) oder Interaktion und Akteursvernetzung, sondern *Globalisierung der Waren-, Geld- und Kapitalmärkte, von Kapital* also, das diese Tauschprozesse und Interaktionen *herrschaftlich zu vermitteln* vermag und hierzu eine global wirksame *rechtliche* Form benötigt. Die Standards, nach denen Welthandel, Direktinvestitionen und Kapitalflüsse laufen, sind global. Die globalen Produkte haben vergleichbare Preise. Die Sprache und das Rechtssystem sind (oft informell nach US-Standards) verallgemeinert. Technische, ästhetische und kulturelle Standards sind hoch globalisiert. Als Globalisierung des Kapitals hat diese jedoch ihr *Zentrum* und ihren herausragenden *Attraktionsraum*, wo dieses primär agiert – sie ist also nicht ohne Herrschaft, die ihren Ort hat. Fast 70 % des Außenhandels der EU-Länder (alt) werden innerhalb der EU abgewickelt, in Nordamerika dagegen macht der intraregionale Handel ca. 35 % aus, in Afrika oder Lateinamerika ist fast der gesamte Handel dagegen eben nicht intraregional und rund zwei Drittel des freien Welthandels ist Intra-Konzernhandel. Seit 1994 hat der Welthandel um 29 % zugenommen,

³⁶ Karl Marx, Kapital III, S. 346

³⁷ Karl Marx, Kapital I, MEW 23, S.790

der Anteil Lateinamerikas dagegen ist in dieser Zeit von 11 % auf 5 % gefallen, der Afrikas von 8 % auf 2 %. Der Anteil der Entwicklungsländer an den Weltexporten fiel von 31 % (1953) auf 10 % (2000) (Z 2001, S.96). In den 90ern wurden rund 75 % der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in den entwickelten kapitalistischen Ländern getätigt.

Das heisst aber: Gegenwärtig *sind* Europa und die USA noch der globale Markt³⁸ und die *globalräumliche Ungleichheit* und ökonomische *Hierarchisierung* als eigentliche Funktionsvoraussetzung der global gewordenen kapitalistischen Akkumulation, die *zugleich* der *Boden der Globalisierungskritik* ist, reproduziert sich deutlich und nachhaltig. „Absolute“ ökonomische Schranken eines solchen Musters diesseits der Erschöpfung seiner Naturbasis existieren nicht. Diese Globalisierung erfolgte im wesentlichen konkurrenz- und finanzmarktgetrieben und hegemonialpolitisch, also ohne den breitflächigen Einsatz militärischer Mittel zur gezielten Herstellung, Reproduktion und damit Sicherung der Märkte. Ob sich dies ändert, hängt in erster Linie von der ökonomischen Stellung der USA ab – und die Konkurrenzbilanz der US-amerikanischen Variante des Neoliberalismus ist nicht ungetrübt. Im letzten Vierteljahrhundert ist ihr Vorsprung hinsichtlich der durchschnittlichen Produktivität, dem Prokopfeinkommen und den Anteilen auf zahlreichen zentralen Schlüsselmärkten gegenüber Japan und Deutschland geschrumpft. Ihr Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen ist von über der Hälfte in der Nachkriegszeit auf rund ein Viertel gesunken. Vor allem aber haben die USA ein ständig anwachsendes schuldenfinanziertes Leistungsbilanzdefizit. In historisch kurzer Zeit wurden sie vom globalen Kreditor zum Schuldner. Die Verschuldung der USA betrug 2002 zwischen 450-500 Mrd \$ und sie musste Importe im Wert von 2,7 Mrd täglich realisieren, um das Defizit zu auszugleichen. Da unter solchen Bedingungen die Position des Dollars als dominierende Weltwährung rein ökonomisch nicht möglich ist, da eine dauerhaft hohe Außenverschuldung ökonomisch „eigentlich“ zur Abwertung des verschuldeten Landes bzw. seiner Währung führen müsste - wird die Dominanzsicherung des Dollars mit politischen und militärischen Mitteln verfolgt - die Umsätze der Wallstreet machen fast zwei Drittel des globalen Börsenhandels aus. Dass der Dollar die Währung bleibt, in der der Ölhandel abgewickelt wird, dürfte daher eins der wichtigsten Ziele und eine der stärksten Triebkräfte für die zunehmend offene Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik und für den Krieg gegen den Irak sein. Diese Politik zielt gleichzeitig darauf ab, durch die Sicherung des Zugriffs auf den größten Teil der Ölreserven in der Welt die eigene energieintensive Produktions- und Lebensweise zu

³⁸ Elmar Altvater: Kapital und Arbeit im Zeitalter der Globalisierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10-11/2003 S.602ff.

stabilisieren und im gleichen Zug den Zugang der europäischen und chinesischen Konkurrenz auf diese Energiequelle zu kontrollieren³⁹.

Eine weitere, wenngleich noch schwache Entwicklungsdeterminante der Varianten neoliberalen Globalisierung ist die Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung und ihrer Fähigkeit zur kooperativen und kohärenten Fokussierung auf starke Handlungsfelder wie: (1) Stabilisierung und Demokratisierung der Finanzmärkte (Einführung der Tobinsteuer, Globale Wechselkurszielzonen und regionale Währungssysteme, Umbau bzw. Beseitigung internationaler Agenturen, Einbindung der Finanzmärkte in eine Strategie für nachhaltige Entwicklung) (2) Stärkung des Solidarprinzips (Wettbewerbsregeln, Sozialstandards, Förderung sozialer Entwicklung, Kernarbeitsnormen) (3) Entwicklung einer alternativen Eigentumspolitik und Ausdehnung des Prinzips der öffentlichen Gemeinschaftsgüter und des *service public* (universeller Zugang, egalitäre Qualität, Nachhaltigkeit und Sicherheit).

Während somit in den 70er Jahren ansetzend und dann dominierend in den 80er Jahren der *Neoliberalismus* sich als dominante Logik und Form der *Herrschaft* und *Gesellschaftsregulierung* etablierte, rückte nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Welt dann in den 90er Jahren sukzessiv zunächst die Frage nach der ökonomischen Transformation („Globalisierung“) und danach die Frage nach der Neugestaltung des *internationalen Systems* in den Vordergrund.

5 Starke Politik: Der Machtkörper des neuimperialen Projekts

Denn eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die Frage nach Herrschaft auf. Da die seit *Nineeleven* vordergründigen Momente der Dominanz, Aggressivität und Expansion nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ideologiepolitisch nicht mehr nach außen auf diesen projiziert werden können *weil es kein außen mehr gibt*, legt ihr Vorkommen seitdem verbreitet den Rekurs auf den Begriff *Empire* als Metapher nahe – offenbar funktioniert angesichts der US-amerikanischen Neugewichtung des Verhältnisses von neoliberaler Globalisierung und militärischem Globalismus die bislang übliche liberale Rede von *Hegemonie* im (nicht-gramscianischen) Sprachgebrauch nicht mehr so recht. Die neuimperiale große Strategie, die eine Antwort auf die Frage nach der politischen Ordnung des Globalkapitalismus zu geben versucht, wird repräsentiert von einer über drei Jahrzehnte sich verdichtenden Allianz aus Think-

³⁹ Jörg Huffschnid: Neoliberalismus, Gewalt und Krieg – Zusammenhänge und Alternativen, Vortrag Juli 2003

Tanks, Stiftungen, Medien, Konzernen, Staatsapparaten und politischer Organisationen.

5.1. Das Cluster der Warriors

Unmittelbar getragen wurde dieser Prozess der Strategiebildung von einer Gruppe neokonservativer konzeptiver Ideologen aus Think-Tanks und strategischen Planungseinrichtungen sowie Militärpolitikern, die sich in den frühen 70ern in der Kritik der Entspannungspolitik und der Verarbeitung der Niederlage der USA im Vietnamkrieg bildete. Sie setzte damals auf Konfrontation statt Entspannung und auf militärische Macht, also auf starke Politik. In den Worten von Richard Perle, eines der Schlüsselfiguren dieser Gruppe: „Es ging um den Nachweis, dass die Entspannungspolitik nicht funktionieren konnte und dass man wieder auf Sieg setzen musste.“⁴⁰ Dies war die Geburt eines lange Zeit kaum bemerkten Paradoxons der Macht, dessen Präsenz erst Jahrzehnte später mit *Nineleven* durchschlug; während auf der einen Seite die 70er Jahre den Durchbruch des neoliberalen Marktfundamentalismus und seiner *antipolitischen* Apologie des radikal freien Marktes und der ökonomischen Deregulierung, also der konsequenten Liberalisierung der Waren-, Finanz- und Kapitalmärkte brachte, bildete sich zugleich eine ganz andere, neue Linie der *starken militaristischen Politik*. Die Generation der Hohen Priester des *marktradikalen Neoliberalismus* in WTO, IMF und Weltbank ist diesselbe Generation wie die *political warriors* des Kriegskabinetts Bush.⁴¹ Die politische Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts könnte geschrieben werden als Geschichte des widersprüchlichen, ungleichzeitigen, stillen *Aufstiegs und Kampfes zwischen diesen zwei dominierenden Generationen um die Macht dieser Zeit des „Erdrutsches“* (Hobsbawm). Dass sich diese Auseinandersetzung zugleich als wechselseitig Funktionalität, Nützlichkeit und Voraussetzung vollzog, ist evident.

Diese *Gruppe der political Warriors* begann in den 80er Jahren unter Reagan ihren Aufstieg, einige von ihnen wie Donald Rumsfeld gelangten schon in den 70ern in die Zirkel der Macht und wurden die zentralen *Peers* der neuen Kultur. Die *Warriors* kristallisierten ihre harte radikalreaganitische Position an Offensivprojekten wie SDI und der Unterstützung der konterrevolutionären „freedom fighters“ in Nicaragua und anderswo. Nach dem Ende der Regierungszeit Reagans waren sie keineswegs aus dem Spiel. Sie konn-

⁴⁰ Richard Perle am 13.3.1997, zit. nach le monde diplomatique 3/2003 S.20.

⁴¹ In dieser Zeit entstand die Kerngruppe des späteren Machtclusters, siehe „The hard-liner“ in: Boston Globe v.2.11.2003: „In late 1975, a dramatic reshuffling of the Ford administration installed a new defense secretary, Donald Rumsfeld, a new chief of staff, Dick Cheney, and a new CIA chief, George H.W. Bush. It was Bush who approved the formation of 'Team B,' a group of 16 outside experts charged with challenging what some considered the CIA's sanguine estimates of Soviet military strength. Pipes, named the group's chairman, brought in a brilliant young weapons analyst, Paul Wolfowitz. 'Richard Perle recommended him,' Pipes says of Wolfowitz today. 'I'd never heard of him.'“

ten sich vielmehr in der ersten Regierung Bush eine Minderheitsposition in der Militärexekutive sichern und erreichten schließlich - koalitionsfähig durch ihre Kultur eines nicht ausschließlich säkularen Nationalismus - mit Hilfe und im Bündnis mit der im Süden der USA stark verankerten *religiösen Rechten*, den *radikalen Marktideologen* und der klassischen, eher *sozialkonservativen* aber stark mit fundamentalistisch-evangelikalischen Einsprengseln durchsetzten *Mainstream-Rechten* („compassionate conservatism“) in der zweiten Bush-Regierung und dann in der republikanischen Partei sogar eine hegemoniale Mehrheitsposition im Politikformierungsprozess. Sie vermochte zugleich mit einem jacksonianischen Nationalpopulismus und kompromisslosem Schulterschluss mit dem nationalistischen Likud-Block in Israel erstmals der Demokratischen Partei den jüdischen Wahlblock zu entreißen⁴². Die konsensuale Konstruktion dieses Verbunds extrem heterogener politischer Richtungen unter republikanischem Vorzeichen war die eigentliche Leistung der republikanischen Parteieliten unter Bush und die Schlüsselbedingung ihrer Hegemoniefähigkeit. Mit den Neokonservativen, den evangelikal-christlichen Rechten und den radikalreaganitischen Militärs kamen nun drei Strömungen an die Macht, die den politischen Kern der Formation Bush ausmachen. Es geht also keineswegs nur darum, die „Neocons in Charge“ (New York Review of Books) auszumachen. Die zentrale *ideologische* Verschiebung in diesem Prozess des *Realignment* der *republikanischen Elite* dürfte dabei die Übernahme des „unilateralen Internationalismus“ durch das häufig eher isolationistisch orientierte sozialkonservative republikanische Milieu und die christliche Rechte gewesen sein. Sie schloß sich der offensiven Thematisierung der Notwendigkeit einer aktivistischen „Globalisierung unter amerikanischem Vorzeichen“ an, welche die Neokonservativen propagierten. Dramatisch war hierbei der in den 70ern beginnende Aufstieg der christlichen Rechten zum Machtfaktor einer unilateralen Außenpolitik, aufbauend auf den Traditionen des religiösen Antikommunismus, der Positionierung gegen die UN und die neuen Institutionen ökonomischer Governance, auf die Entfaltung organisatorischer Macht und auf das unschätzbare Asset eines weißen *born-again* Präsidenten, der als der ihre gelten kann. In diesem Prozess wandelte sich die Identität der christlichen Rechten von der antikommunistischen und anti-

⁴² Anatol Lieven: The Push for War, in: London Review of Books 19/2002. Tatsächlich sind, wie Elizabeth Drew schreibt, einige prominente Vertreter des neokonservativen Lagers Juden und fast alle sind strenge Unterstützer der Politik des Likud-Blocks, siehe Elizabeth Drew: The Neocons in Power, in: New York Review of Books v. 12.6.2003. Auch Michael Mann: Die ohnmächtige Supermacht. Frankfurt/New York 2003, S.20 spricht vom „Einzug neokonservativer christlicher Etappenfalken mit einer mysteriösen Affinität zur israelischen politischen Rechten in die US-Regierung.“ Bemerkenswert in diesem Zusammenhang die Gründung der *Foundation for the Defense of Democracies* (FDD) zwei Tage nach *Nineeleven*, deren Board prominente Mitglieder der Führungsgruppe der Republikanischen Partei und des neokonservativen Lagers angehören (u.a. Kemp, Bauer, Woolsey, Gingrich, Perle, Kristol, Krauthammer, Gaffney) und die sich auf die Unterstützung Israels konzentriert. Finanziert wird die Gruppe aus diesem Bereich, s. The American Conservative v. 17.11.2003.

liberalen Sekte über die familienfokussierte Allianz hin zu einem Verständnis als evangelikale Strömung innerhalb einer republikanischen Partei, die von ihr in den 90er Jahren faktisch unterwandert wurde.⁴³ Die Solidarität mit Israel und die Frage religiöser Verfolgungen waren die politischen Brücken zwischen der christlicher Rechten und den neokonservativen Ideologen. Für die Vertretung traditionell konservativer oder rechtschristlicher Strömungen in der Regierungsallianz Bush stehen etwa Grover Norquist, Spencer Abraham und vor allem John Ashcroft. Zu den Radikalkonservativen zu rechnen sind weiter Theodore Olson als Solicitor General und der Energieminister Spencer Abraham, die beide dem rechtskonservativen Juristenbund Federalist Society angehören, der 1982 u.a. von Robert Bork, Edwin Meese, und William Rehnquist gegründet worden war und mittlerweile Tausende Mitglieder hat. Der einflußreiche Neokonservative Ideologe Irving Kristol sieht zu Recht im Aufstieg der christlichen Rechten eine zentrale Bedingung für den Machtgewinn der Neokonservativen: „Unter dem Strich ergibt sich eine eigenartige Allianz von Neokons, die sich grösenteils aus weltlichen Intellektuellen rekrutieren, und religiösen Traditionalisten. Sie stehen Seite an Seite bei Themen wie der Qualität des Bildungswesens, dem Verhältnis von Kirche und Staat, der Einschränkung von Pornografie und dergleichen, alles Themen, denen die Regierung ihrer Ansicht nach mehr Aufmerksamkeit schenken müsste. Und da die Republikanische Partei unter den Gläubigen immer mehr Anhänger findet, gewinnen Neokons einen gewissen Einfluss und sogar Macht. Da der religiöse Konservatismus in Europa kaum eine Rolle spielt, ist auch das neokonservative Potenzial schwach.“⁴⁴

Diese *heterogene Konfiguration der neuimperialen politischen Rechten in den USA* war eine auf den ersten Blick geradezu beispiellose politische Innovation, in der sich zusammenband, was bislang in gar keiner Weise zusammenzugehen schien. Die Bildung *eines gemeinsamen Machtkörpers* aus neokonservativ-reaganitischen *Warriors*, *fundamentalistischen Christen* und marktradikalen *Neoliberals* war also kein klassisches Bündnis zwischen konservativen Strömungen, sondern eine Kopplung von Richtungen ganz ungewöhnlicher Diversität. Es gelang im Geist einer geduldigen Kombination von Pragmatismus und ideologischer Selbstsicherheit. Heterogenität ist sicherlich auch Quelle von Schwäche: die einzelnen Elemente dieses Netzwerks verlieren rabiat an Relevanz und Macht, wenn sie isoliert wer-

⁴³ S. Duane Oldfield: The Evangelical Roots of American Unilateralism: The Christian Right's Influence und How to Counter It, Paper für das APSA-Jahrestreffen 2003; Michael Minkenberg: Die Christliche Rechte und die amerikanische Politik von der ersten bis zur zweiten Bush-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46/2003 S.23-32. Erwähnenswert hier auch Massenorganisationen wie die *Concerned Women for America* mit über 600 000 Mitgliedern oder das Family Research Council, die International Right to Life Federation, die American Life League und insbesondere das Independent Women's Forum als Organisationen der religiösen rechten, des klassischen Konservatismus oder des Neokonservatismus, die frauenpolitisch agieren.

⁴⁴ Irving Kristol: Das neokonservative Bekenntnis, in: Die Weltwoche 50/2003.

den. Der Neokonservatismus etwa ist keine große internationale Bewegung, die mit den klassischen Massenbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts (Konservatismus, Sozialliberalismus, völkische Bewegungen, Sozialismus) vergleichbar wäre – und sogar seine prominentesten ideologischen Köpfe haben es schwer, Seelenverwandte in anderen kapitalistischen Ländern zu finden: es gab in diesen Ländern eine solche Richtungsdivergenzierung in den 70er Jahren einfach nicht. Doch als politisches Netzwerk eines Projekts neuimperialer Macht sind sie stark. Und endlich: dieses Machtprojekt spiegelt, nimmt vorweg und imitiert im Nachhinein, was andernorts geradezu deckungsgleich geschah: die Bildung eines neuen, im Kern linken und antikapitalistischen, global ansetzenden politischen Raums von Seattle über Genua bis nach Porto Alegre und Mumbai, in dem sich eine ganz andere politische Diversität zusammenband, *die der neuimperialen Rechten das gegenimperiale Selbstverständnis einer Multitude entgegensetzte*.⁴⁵

Im Laufe des Jahres 2002 bestimmte diese zunehmend neokonservativ dominierte Allianz den außenpolitischen Diskurs der USA. Sie inszenierte sich in der Rolle von Terminatoren des mittlerweile zerbrochenen internationalen Systems, dessen zentralen Bestandteile die USA selbst vor über einem halben Jahrhundert geschaffen hatte und dessen Überwindung bereits lange vor 9/11 und schon vor dem Ende der zweiten Clinton-Administration weitgehend Konsens in den außenpolitischen Eliten der USA war. Es waren vor allem die Neokonservativen, die in der neuen Allianz der Macht den globalen Interventionsanspruch mit einem geopolitischen Fokus auf Asien in den Vordergrund setzten. Neoconservative, schrieb im Dezember 2002 ein Jungstar aus ihren Reihen (Max Boot) in seiner Antwort auf die im *Wall Street Journal* gestellte Frage „What the Heck is a ‘Necon?’“, die Neokonservativen „believe in using American Might to promote American ideals abroad.“⁴⁶ Die neue Machtallianz skizzierte die militärpolitischen Kernelemente der neuen großen Strategie, band sie in eine optimistische Sicht auf den Stand der US-Ökonomie ein („new economy“) und etablierte sich 2002 als Avantgarde der neuen parteiübergreifenden Kriegspartei. In nur wenigen Monaten kündigte sie den ABM-Vertrag, entwertete die Abschreckungsdoktrin, ging zur Politik der Präventivkriegführung über und plazierte eine Politik der nuklearen Kriegführung, revidierte die amerikanische Nahostpolitik und trat in den Krieg („gegen den Terror“) ein. Es gelang ihr eine politische Dynamik ingang zu setzen, in deren Verlauf der politisch-ideologische Spielraum der traditionellen „realistisch-multilateralen“ und „liberal-imperialistischen“ Richtungen in der außenpolitischen Elite der USA und etwa im U.S.-Senat (Lugar, Biden u.a.) ganz bemerkenswert eingeschränkt wurden, zumal diese ihre

⁴⁵ Siehe Rainer Rilling: Geopolitik von links, in: Z Nr. 55 (2003) <http://www.rainer-rilling.de/texte/poarari.pdf>

⁴⁶ Wall Street Journal v. 30.12.2002

grundsätzliche Zielsetzung teilten, jede Gefährdung der neu gewonnenen souveränen Stellung der USA bereits im Keim zu ersticken⁴⁷. Der in der Folgezeit oft hervorgehobene Dissens zwischen auf unilaterale oder multilaterale Handlungsstrategien orientierte Gruppen verdeckt, dass es hier zwar um grundsätzliche taktische wie strategische Differenzen ging, alle Beteiligten aber die Selbstbeschreibung der USA als prägnant imperiale Macht teilten⁴⁸. Innenpolitisch ging mit dieser Verschiebung einher eine deutliche Machtverlagerung von der Legislative zur Exekutive und eine Reakzentuierung eines aktivistischen „Big Government“ im Zeichen der „inneren Sicherheit“ („homeland security“), wie es sie seit fast einem halben Jahrhundert nicht mehr gegeben hatte: der Heimatschutz wurde reorganisiert, ein Regionalkommando für den nordamerikanischen Kontinent eingerichtet (Northcom) und damit begonnen, erste Elemente eines Raketenabwehrsystems aufzubauen – ein akutes Beispiel für das spöttischerweise SARS genannte *Severe American Reaction Syndrome*. Eine neue amerikanische *fearscape* entstand.

In kurzer Zeit versammelte diese Koalition fast vollständig die außenpolitische Elite der USA und - in einer politischen Allianz ohnegleichen - die parlamentarische Opposition hinter ihr Projekt, *das konzeptionell zunehmend auch eine imperiale Dimension ausbildet, politikpraktisch jedoch zwischen hegemonialem und imperialem Internationalismus oszilliert*. Nach einem Jahrzehnt heftiger Auseinandersetzungen etablierte sich somit ein neuer außenpolitischer Konsens in der US-Elite, der trotz der beträchtlichen Probleme des „nation-building“ im Irak nach Saddam und der sich verschärfenden ökonomischen Probleme in den USA 2003/04 unbestritten blieb. Kein Sektiererprojekt einer neokonservativen Kabale also, sondern ein keineswegs widerspruchsfreies Bündnis, das „antipolitische“ Free-Market-Ideologien mit den Verfechtern einer starken imperialen und moralischen Politik eingingen.

Für viele Akteure war diese neue machtpolitische und -ideologische Blüte unter Bush ein direktes Anknüpfen an die Zielkultur der Reagan-Zeit. William Kristol, einer der einflußreichsten Akteure im neokonservativen Feld, versteht sich selbst als *Neo-Reaganite* und resümierte Anfang 2003 diese dramatische Veränderung mit den Worten: „The members of the president's foreign-policy team have all become Reaganites“⁴⁹. Für diese poli-

⁴⁷ S. damals die den Demokraten nahestehenden Ivo H. Daalder, James M. Lindsay, and James B. Steinberg: The Bush National Security Strategy: An Evaluation. Brookings Policy Brief v. 4.10.2002: „Obwohl es unhöflich und erst recht unklug sein mag, den Primat Amerikas so unverblümt auszusprechen, ist dies für den Zeitraum des nächsten Jahrzehnts weder ein unerreichbares noch ein unvernünftiges Ziel.“

⁴⁸ Ein Beispiel der Aufruf des damaligen Direktors für politische Planung Colin Powell's Richard Haass an die Amerikaner in 2000, „ihre globale Rolle neu zu beschreiben als imperiale Macht und nicht mehr als traditionellen Nationalstaat.“ Zit. nach Andrew J. Bacevich: American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy, Cambridge 2002, S.219. S.auch Karl K. Schonberg: Paradigm Regained. The New Consensus in US Foreign Policy, in: Security Dialogue 4/2001.

⁴⁹ The Weekly Standard vom 10.2.2003.

tische Generation – etwa für einen Robert Kagan – war Reagan „the most important and successful American leader of the last 50 years.“⁵⁰ Ob diese nunmehr dominierende Gruppe allerdings im Unterschied zu den Neokonservativen der Reagan-Jahre liberalen Werten und liberalen Demokratievorstellungen verhaftet ist, wie Thomas Risse vermutet, ist angesichts der erstaunlichen Kontinuität dieses Clusters und seiner inneren Machtstruktur zu bezweifeln.⁵¹ Viel wahrscheinlicher ist, dass der machtpolitische Aufstieg dieser Gruppe nach der Wahl Reagans 1980 und die Eroberung der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus unter dem neokonservativen Newt Gingrich im Jahr 1994 insgesamt längerfristige Machtverschiebungen innerhalb der herrschenden Eliten in den USA reflektierte, sie selbst mitproduzierte und repräsentierte. Unbestritten ist dabei natürlich, dass „ultrakonservative“ oder „neokonservative“ Strömungen auch unter Reagan noch nicht dominierten. In der ersten Amtsperiode Clinton verloren sie so dramatisch an Einfluß und politischer Sichtbarkeit, dass selbst ihre führenden Vertreter wie Kristol oder Podhoretz den Neokonservatismus als nunmehr beendetes Projekt einer politischen Generation für tot erklärten.⁵²

Neokonservatismus wird aber keineswegs nur durch die gegenwärtig extrem sichtbaren neokonservativen Ideologen auf dem Feld der Außenpolitik vertreten, was durch die verbreitete Rede vom „neokonservative(n) Putsch, getragen von Etappenfalken“⁵³ verschleiert wird. Deren Präsenz in der globalen politischen Öffentlichkeit macht vergessen, dass Sozialwissenschaftler wie Irving Kristol, Norman Podhoretz, Nathan Glazer, Daniel Bell, James Q. Wilson, Seymour Martin Lipset und Ökonomen wie Martin Andersen das intellektuelle Feld des Neokonservatismus konstituierten. „Neokonservatismus“ ist sicherlich keine Massenbewegung der Strasse: „Neo-conservatism has mostly been a movement with a head but no body. One rarely runs into a neo-con on the street.“⁵⁴ Doch er ist auch weder eine Verschwörung noch eine Washingtoner Kabale, sondern eine gut sichtbare, mächtige und über ein halbes Jahrhundert alte *ideologische* Bewegung, deren machtpolitisch avancierteste Gruppe sich im außen- und militärpolitischen Staatsapparat der USA festsetzen konnte – im Ergebnis der langen Arbeit an einer neuen Architektur der Macht. Diese Hauptrepräsentanten der richtungs- und stilbildenden Gründungsgruppe kamen aus einer oft trotzkistisch-sozialistischen, auch linksradikalen, antistalinistischen und dann linksliberalen Tradition der 30er Jahre her und verließen seit etwa Mitte der 60er Jahre das liberale Umfeld der Demokratischen Partei, da sie

⁵⁰ Kagan, Bush, S.14

⁵¹ Thomas Risse: Beyond Iraq: Challenges to the Transatlantic Security Community, Washington 2003, S. 15

⁵² S. entsprechende Nachweise zu Norman Podhoretz und Irving Kristol für 1995/6 in Adam Wolfson: Conservatives and neoconservatives, in: Public Interest 154 (2004).

⁵³ Mann, Supermacht, S.314

⁵⁴ Edward Crane und William Niskanen, Upholding liberty in America, in: Financial Times v. 24.6.2003.

Übergänge vom Kalten Krieg zum friedlichen Koexistenz als inakzeptable Annäherung an die Sowjetunion empfanden und Front bezogen gegen die Sozialpolitik der liberalen „Great Society“ unter Lyndon Johnson. Das Ende der Carter-Administration und der Übergang zu Reagan markierte dann auch den Abschluß des Zerfalls des neokonservativen Flügels der Demokraten und ihren Wechsel in das republikanische Lager. Ihre Selbstetikettierung zielte auf Abgrenzung vom klassisch-traditionalen „New conservatism“ der Nachkriegszeit, wie ihn etwa ein Russell Kirk präsentierte, vom „neuen“ *Neoliberalismus* (dessen neuer Aufstieg in den 70ern begann) und vom *libertären* Konservatismus. Vietnam und die antinationalistische Wendung der Neuen Linken trieb diese Gruppe in eine Position des hegemonialen, militaristischen und antiisolationistischen Nationalismus, die ihren Aufstieg unter Reagan und dann Bush erst ermöglichte. Die libertär-liberale oder gar radikale „Gegenkultur“ der 70er (mit Drogen, Rassennivellierung, Promiskuität, Antiautoritarismus, Schwäche) war und blieb ihr Alptraum, der Antikommunismus die selbstverständliche Triebkraft ihrer außenpolitischen Weltanschauung. Für sie war und ist weder Kultur noch Geschichte oder Ökonomie, sondern *Politik* der große Beweg. Die Niederlage der USA im Vietnamkrieg prägte ihr Bild von der amerikanischen Außenpolitik und der Beziehungen Amerikas zur Welt. Die Ökonomie des Kapitalismus ist für sie zwar eine selbstverständliche Handlungsprämisse, doch Markt, Geld und Unternehmertum und die Idole des wohllebenden Bourgeois sind nicht alles, schon gar nicht die höchste Errungenschaft der Zivilisation, wie sie sie verstehen. Ihre ideologische Welt fokussiert sich auf die epische Größe Roms, die Kultur des Kriegers und politische Moral. Sie sind eben „politische Krieger“⁵⁵, zuweilen diplomatisch (Powell), zumeist aber martialisch (Rumsfeld) – sie lassen sich durch ein paar Photos nicht erschüttern. In der Utopie neuimperialer Macht verbanden sich unterschiedliche Gruppen unter der Etikette des Neokonservatismus: auf der einen Seite die Wolfowitz, Perle, Libby, Abrams, Khalilzad, Bennett, Boltgion, Feith, Gaffney oder Fukuyama, die von Leo Strauss oder Albert Wohlstetter beeinflusst wurden; auf der anderen Seite die Irving und William Kristol, Norman und John Podhoretz, Boot, Frum, Brooks und die Robert und Donald Kagan, die als Neokonservative bekannt wurden oder sich selbst zuweilen als solche bezeichneten. Ebenso wie in den 90ern die „Globalisierung“ das imperialistische Codewort der ökonomischen Neoliberalen war, wurde im Folgejahrzehnt das „Empire“ das imperialistische Codewort der militanten Warriors. Den Anforderungen aus *Nineleven* konnte diese Anschauung der Welt besser gerecht werden. In Ergebnis von 9/11, schrieb Brooks im Zentralblatt des Neokonservatismus *Weekly Standard*, „commercial life seems less important than public life...When life or death fighting

⁵⁵ Corey Robin: Endgame. Conservatives after the Cold War, in: Boston Review 1/2004.

is going on, it's hard to think of Bill Gates or Jack Welch as particularly heroic."⁵⁶ Und anders als für die Konservativen oder Libertären ist den politischen Warriors ein (militärisches) Big Government kein Objekt der Kritik, sondern der politischen Begierde.

Die Dynamik dieser durchaus dramatischen Machtverschiebung provozierte freilich ungesehene Gegenreaktionen. Die neokonservative Führungsgruppe unterschätzte die Dynamik der außerparlamentarischen Anti-Kriegs-Opposition und die Gefahr der Dissidenz im Militärapparat. Auch gelang es ihr nicht, die Mehrheit der Bevölkerung anderer Staaten hinter das Projekt eines American Empire zu bringen – mit der Ausnahme Israels stellte sich die Mehrheit der Bevölkerung sogar jener Staaten, die zur „Koalition der Willigen“ gehörten, gegen den Krieg der USA. Sie unterschätzte somit die neu auftauchende Legitimationsproblematik und musste dann alles auf die riskante problemeliminierende Kraft des Erfolgs setzen. Die Durchsetzung einer neuen *grand strategy* geschieht freilich immer in einem zeitraubenden konfliktreichen Prozess der Legitimationsbeschaffung und Konsensbildung – der langandauernde Prozess der Durchsetzung der Strategie des *containment* und der *deterrence* ist ein Beispiel dafür. Innere Widersprüche und Interessengegensätze zwischen den konfligierenden Strategien und innerhalb der diese tragenden Allianzen bedingen zudem konzeptionelle Ambiguitäten und politische Unklarheiten, die dazu führen, dass ihre Durchsetzung in aller Regel ein langandauernder Prozess ist.

Die Rhetorik, Konzeption und Strategie dieser Gruppe sind radikal. Ihr Ziel ist ein Ausbruch aus dem bisherigen, jahrzehntealten strategisch-politischen Konsens der herrschenden US-Eliten. Ihre Dynamik zieht sie aus der zielgerichteten Kriegsmobilisierung – „We are in a world war, we are in World War Four.“⁵⁷ Ihr taktisches Versprechen war: die neuen technisch revolutionären Kriege, welche die USA führen würden, seien Spaziergänge. Ihre Überzeugung: was gut für die USA ist, ist auch gut für die Welt.⁵⁸

⁵⁶ Zit. nach Robin, Endgame, S.26

⁵⁷ James Woolsey, ehemaliger CIA-Direktor, SAIS-Mitglied, auf einem Symposium des Institute of World Politics am 24.7.2002 in Washington. Er griff auf eine Formulierung Eliot Cohens kurz nach 9/11 zurück. S.a. William Kristol: „Es ist immer ein gutes Zeichen, wenn das amerikanische Volk bereit ist, Krieg zu führen.“ (Zit. nach le monde diplomatique 3/2003 S.20).

⁵⁸ Kenneth Adelman, einst Assistant bei Rumsfeld, schrieb im Februar 2002: „demolishing Hussein's military power and liberating Iraq would be a cakewalk.“ Zit. nach David Corn: The Hubris of the Neocons, in: Capital Games v.31. 3.2003. Der frühere Redenschreiber Bushs David Frum prophezeite in seinem Buch *The Right Man*, dass der Irak mit „ten thousand men and a few hundred planes“ genommen werden könnte. Derart dann auch die Interventionen Rumsfelds in die Kriegsplanung, der auf einen billigen Hochtchnikkrieg insistierte, s. Seymour M. Hersh: Offense and Defense, in: The New Yorker v.7.4.2003. Ein Jahr später diagnostizierte Robert Kagan einer der führenden Köpfe der Neokonservativen: „The Bush administration is evidently in a panic“. Washington Post 2.5.2004

5.2. Die Schlüsselpersonen

Der dynamische politische Kern der konzeptionell, strategisch und politisch dominanten *neuiperialen* Gruppe in der zweiten Bush-Administration ist ein nationalistisches Bündnis aus reaganitisch geprägten Militärs und Neokonservativen. Innerhalb der Bush-Regierung bildet dieses *Mikronetzwerk der Macht* Cluster um den Vizepräsidenten, das Pentagon, den Nationalen Sicherheitsrat sowie das Justizministerium⁵⁹. In anderen Ministerien wie auch dem Außenministerium sind einzelne Verbindungsknoten installiert, das institutionelle Zentrum liegt im Pentagon. Ihr geschichtsloser Präsident Bush 2 ist hier bloß Dienstleister, der erst im Verlauf der Vorwahlen fast widerwillig die Unterstützung der Neokonservativen erhielt.

Zu dieser Allianz gehören

- *Richard Bruce Cheney*, Vizepräsident, der 1969 seine Karriere als engster Assistent Rumsfelds zu Nixons Zeiten begann und wie dieser eher für den klassischen republikanischen Unilateralismus stand und Verteidigungsminister in der ersten Regierung Bush war. Rumsfeld und Cheney arbeiteten über drei Jahrzehnte zusammen, ohne dass jemals Konflikte zwischen ihnen bekannt geworden wären. Cheney kommt aus der Kultur der „corporate Washington-insider class“ (J. M. Marshall), geübt in oligopolistischen Industriestrukturen wie in staatlicher Spitzenbürokratie gleichermassen. Politisch flexibel und bürokratisch gewandt, kooperierte er in seiner langen Karriere auch eng mit Politikern wie Baker oder Scowcroft, die einen anderen strategischen Ansatz vertraten. In der Clintonzeit war er im neokonservativen Think Tank *American Enterprise Institute [AEI]* und als Chef der Ölfirma Halliburton tätig. Seine Frau Lynne Cheney hatte von 1994 bis 2001 eine Spitzenposition beim US-Rüstungskonzern Lockheed Martin inne, der die erste Stelle unter den Rüstungsauftragnehmern einnimmt; sie ist auch im AEI positioniert – dem übrigens auch Newt Gingrich, Jeane Kirkpatrick, David Frum, Irving Kristol und Richard Perle angehören. So stehen die Cheneys für die zwei industriellen Hauptstützen der Bush-Administration: 21 der von Bush ernannten Spitzenpolitiker hatten Beziehungen zur Erdölindustrie, aber 32 zur Rüstungsindustrie. Eine im März 2003 publizierte Studie des Think Tanks Center for Public Integrity zeigte, dass 9 Mitglieder des Defense Policy Board un-

⁵⁹ Zum folgenden vgl. u.a. die exzellente Studie von James Mann: *Rise of the Vulcans: the history of Bush's war cabinet*, New York 2004 und <http://rightweb.irc-online.org/>

mittelbare Verbindungen mit der Rüstungsindustrie haben.⁶⁰ Die Tochter Cheney ist Deputy Assistant Secretary of State for Near East Affairs.

- *Paul Wolfowitz* als intellektueller Vorspieler (einst von 1989 bis 1993 Under Secretary of Defense for Policy des späteren Vizepräsidenten Dick Cheney, seit 2. 3. 2001 Deputy Secretary of Defense bei Verteidigungsminister Donald Rumsfeld). Wolfowitz studierte im neokonservativen Milieu der Universität Chicago; seine Mentoren waren die Chicagoer Hochschullehrer David Bloom (Verfasser von „The Closing of the American Mind“ und Schüler des elitistischen Philosophen Leo Strauss), Albert Wohlstetter, der als „Gottvater der entspannungsfeindlichen Schule im Kalten Krieg“ galt⁶¹ und Fred Iklé. Auch Richard Perle und der spätere CIA-Direktor Woolsey waren Schüler von Wohlstetter, der auch bei RAND und später an der University of California arbeitete, ebenso Paul Kozemchak, der bei der Pentagon-Hochtechnikbehörde DARPA arbeitet. Wolfowitz promovierte unter Wohlstetter, der für die rechtsrepublikanische offensive Theorietradition der „deterrence by denial“ stand, die Eskalationsdominanz, differenzierten Nuklearwaffeneinsatz und Raketenverteidigung implizierte und sich dem Gedanken verschrieben hatte, Kriege im Zeitalter wechselseitiger nuklearer Abschreckung wieder führbar zu machen. Früh schon kam Wolfowitz in Kontakt mit Dean Acheson und Paul Nitze, die nichts weniger als die führenden Architekten des Kalten Krieges seit Truman waren – ein Zusammenhang, in den Wolfowitz schon 1969 Richard Perle rekrutierte. Diese akademische Kultur – zu der später auch Francis Fukuyama gehörte – positionierte sich gegen Liberalismus und Relativismus und damit gegen die Äquivalenz und Gleichwertigkeit differierender Urteile, Anschauungen und Werte. Sie konnte sich etwa in Reagan's Charakterisierung der Sowjetunion als „evil empire“ uneingeschränkt wiederfinden. Sie sah, wie es Kissinger in seinen Memoiren formulierte, die amerikanische Außenpolitik „as a struggle between good and evil, in each phase of which it is America's mission to help defeat the evil foes challenging a peaceful order...Wilsonianism rejects peace through balance of power in favor of peace through moral consensus.“⁶² Für Jeane Kirkpatrick (einst

⁶⁰ S. William D. Hartung, Michelle Ciarroca: The Military-Industrial-Think Tank Complex, in: Multinational Monitor 1-2/2003; William D. Hartung, mit Jonathan Reingold: About Face: The Role of the Arms Lobby In the Bush Administration's Radical Reversal of Two Decades of U.S. Nuclear Policy A World Policy Institute Special Report. Mai 2002; Zur politischen Kultur der neokonservativen Schlüsselfiguren der Bush-Administration gehört der Militarismus, zuweilen veredelt mit griechischen Kriegertraditionen, s. Boston Globe v. 25.05.2003 zu Victor Davis Hanson's Resonanz bei Bush und Cheney.

⁶¹ New York Times [NYT] v.22.9.02.

⁶² Henry Kissinger: Years of Renewal, New York 1999 S.97.

UN-Botschafterin der USA unter Clinton) war Wolfowitz noch 2002 „still a leading Straussian“⁶³. Nach langjährigen Tätigkeiten in der Rüstungskontrollbehörde (seit 1973), im Außenministerium und Pentagon war er unter Reagan zunächst für die politische Planung im Aussenministerium verantwortlich und darauf drei Jahre lang US-Botschafter in Indonesien; er arbeitete dann in der *Arms Control and Disarmament Agency*. Fast zwei Jahrzehnte also war Wolfowitz im Außenministerium oder Pentagon tätig – im wesentlichen als *konzeptiver Ideologe* des militärisch-industriellen Komplexes und zunächst – wie Perle – keineswegs Republikaner. Bereits 1976 – schon unter Carter – befasste er sich mit dem Mittleren Osten und der Ölfrage – zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Region in der Militärplanung des Pentagon praktisch nicht existierte. Erst ein Jahr nachdem Carter sein Amt verlassen hatte, bildete die Reagan-Regierung das Militärkommando für den Mittleren Osten CENT-COM. In den Clinton-Jahren wich er wie viele andere in die neo-konservative Think-Tank-Community aus und arbeitet er für sieben Jahre als Dekan der neokonservativen *Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS)* an der John Hopkins Universität. In den 90ern gehörte er einer prominenten Kommission zur Raketenverteidigung an, der Rumsfeld vorstand und die dem Modell des „Team B“ nachempfunden war, das der damalige CIA-Direktor Bush bereits 1976 eingerichtet hatte. Das Team B, dem auch Wolfowitz als Berater angehörte, kritisierte damals von rechts die Bedrohungsbewertung der UdSSR durch die CIA als verharmlosend und setzte dem eine apokalyptische Bedrohungsanalyse entgegen. Mitte der 90er Jahre begann seine Zusammenarbeit mit Rumsfeld. Wolfowitz gehörte zum außenpolitischen Wahlkampfteam von George W. Bush. Wolfowitz, Zakheim und Feith (s.u.) hatten Verträge oder bezahlte Beratungspositionen beim drittgrößten Auftragnehmer Northrop.

- *Donald Rumsfeld*, 21. und 13. Verteidigungsminister der USA, zuvor Stabschef im Weißen Haus und Botschafter der USA bei der NATO. Rumsfeld bildet mit Perle, Wolfowitz, Cheney und Kristol den rechten Kern dieser reaganitisch-neokonservativen Allianz. Von ihm schrieb der *Economist* Ende März 2003: „Elected to Congress in 1962, he was ambassador to NATO under Richard Nixon, and then chief of staff [1974/5] and defence secretary [1975-1977] under Gerald Ford, and has held grand-sounding jobs ever since (including meeting Saddam Hussein as Ronald Reagan's special envoy to the Middle East). He is both the youngest and oldest secretary of defence in

⁶³ Mann, *Vulcans*, S.28

American history. ... Mr. Rumsfeld is one of the most conservative members of a conservative club. His congressional voting record received a 100% rating from conservatives and a 4% rating from liberals. He is also a CEO in a club of CEOs. As chief executive of G. D. Searle in the early 1980s, he quintupled the drug company's share price by pioneering techniques that other Bush cabinet members were promptly happy to copy: downsizing, layering and selling off non-core businesses. Mr. Rumsfeld is particularly close to his fellow ex-CEO and one-time protégé, Dick Cheney, who succeeded him as President Ford's chief of staff."⁶⁴ In dieser langen Geschichte erwarb Rumsfeld schon früh ein Kontakt- und Förderfeld aus großen Namen- es reichte von Richard Allen (dem Sicherheitsberater Reagans) und Franc Carlucci (dem späteren Verteidigungsminister) über den späteren Außenminister George Shultz (unter Nixon Direktor des Office of Management and Budget, später Reagans Außenminister und im Hochkapital (Bechtel) ebenso präsent wie in der neokonservativen High-Science der Think Tanks) bis zu Gerald Ford (dem Präsidenten); in prominenten neokonservativen republikanischen und neuimperialen Organisationen war er dabei (PNAC, Hoover, CSP, Empower America, Freedom House, Rand, Committee for the Free World), in verschiedenen Großunternehmen, über die er es zum vielfachen Millionär brachte und er erwarb sich endlich auch Feindschaften, zum Beispiel jene Henry Kissingers, dessen Dominanz über die amerikanische Außenpolitik in der Ford-Zeit zu brechen Rumsfeld und Cheney ganz wesentlich halfen – als militaristische und antisowjetische „Falken“ gegen den „Entspannungspolitiker“ Kissinger, den sie für einen Declinisten hielten, der an einen unaufhaltsamen Aufstieg der Sowjetunion zu Lasten der USA glaube. Sie lehnten dessen „realistische“ Politik ab, die davon ausging, dass die USA die Welt nicht im Alleingang managen könne und daher auf die Unterstützung regionaler Mächte angewiesen sei. Ebenso wenig teilten sie die Auffassung, dass die USA irgendeine andere konkurrierende Weltmacht langfristig akzeptieren sollte und müsste. Mit der iranischen Revolution war das Ende dieser „Nixon (Kissinger)-Doktrin“ gekommen und mit der neuen Administration Reagan hatten die republikanischen „Falken“ die Kontrolle der Exekutive und damit über die Außenpolitik erreicht. Fast zwei Jahrzehnte lang war die Hauptlinie der außenpolitischen Auseinandersetzung zwischen den liberalimperialistischen Demokraten

⁶⁴ Rumsfeld war von 1990 bis 1993 Chairman und Chief Executive Officer der General Instrument Corporation und später war er Vorsitzender des Board des Pharmaziekonzerns Gilead Sciences. Erwähnenswert auch seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat des Hoover Think Tanks.

und den republikanischen Pragmatikern verlaufen; nun verlagerte sie sich in das republikanischen Feld selbst hinein.

- *Condoleezza Rice*, ein Protegée zunächst des Sicherheitsberaters Brent Scowcroft und später von George Shultz (dem sie ihren Aufstieg in den Aufsichtsrat von Chevron verdankte) und als Hochschullehrerin in Stanford ursprünglich zwar (seit 1980) Republikanerin, aber eher aus der realistischen Schule kommend. Ihre Karriere verlief jenseits des klassischen neokonservativen Netzwerks. Ihr Aufstieg ins Zentrum der Macht begann im Nationalen Sicherheitsrat unter der ersten Regierung Bush als Special Assistant to the President for National Security Affairs and Senior Director for Societ Affairs, angekommen war sie 1998, als ihr die Zuständigkeit für die Außenpolitik im Wahlkampf von Bush jr. zufiel.
- *Colin Powell*, der seit den 70er Jahren zahlreiche Positionen im Militärapparat erreicht hatte und seit seiner Ernennung zum Nationalen Sicherheitsberater unter Reagan (1987) für jede Spitzenposition im militärischen und außenpolitischen Apparat gut war; Cheney machte ihn in der ersten Regierung Bush zum Generalstabschef. Powell war keineswegs ein Liberaler: er unterstützte SDI, die Finanzierung der Contras in Nicaragua und es war Powell, der am Anfang der ersten Regierung Bush einen entscheidenden militärischen Schritt organisierte (der ihn im übrigen zum nationalen Medienstar machte): die militärische Intervention in Panama, die zwei Monate nach dem Fall der Berliner Mauer mit über 20 000 eingesetzten Kräften die größte militärische Aktion der USA seit Vietnam war und die erste, deren Rechtfertigung nichts mehr mit einer Bedrohung durch die Sowjetunion zu tun hatte sondern *in nuce* jene moral-, demokratie- und menschenrechtspolitischen Vokabeln abrief, die in kommenden Jahren dann die militärische Legtimationsrhetorik prägen sollten. Im ersten Golfkrieg entstand dann zwischen ihm und Cheney / Wolfowitz ein Dissens über Beginn, Methode und Ende des Krieges, der nicht mehr verschwinden sollte. Später kam Rumsfeld in diese Konstellation ebenfalls als Kontrahent Powells hinein. Das Powell seine Gegenspieler schon früh als „Reagan-era hardliners“ charakterisierte, zeigt wie heftig dieser Konflikt war,⁶⁵ doch es gab und gibt keine Differenz in den grundlegenden Positionen.
- *Richard Perle*, der bis März 2003 dem hochrangigen Pentagon-Beratungsgremium Defense Policy Board vorstand und dann vom Vorsitz zurücktreten musste, aber zunächst noch Mitglied des Beirats blieb, das er in „ein mächtiges Instrument zur Unterstützung

⁶⁵ Colin Powell: *My American Journey*, New York 1995, S.525

neokonservativer Politik verwandelt hatte“⁶⁶. Richard Perle arbeitete 1969-1980 im US-Senat für den „Ultrafalken“ Henry Jackson, war Protegé und Schwiegersohn von Albert Wohlstetter (der ihn in den Senat vermittelt hatte) und von 1981 bis 1987 im Pentagon als *Assistant secretary of defense for international security policy* tätig. Durch die Vermittlung Wohlstetters kam übrigens auch der Kontakt zwischen Perle und Ahmed Chalabi zustande, der dann den Irakischen Nationalkongress gründete und als zentrale Figur für die Nachkriegsplanung der Neokonservativen fungierte. Unter dem „Falken“ Caspar Weinberger war Perle für die Sowjetunion und Europa zuständig und kooperierte damals mit Richard Armitage, der den Mittleren Osten und Ostasien zuständig war. Als Resident Fellow ist Perle dem mächtigen American Enterprise Institute for Public Policy Research verbunden. Auch Perle gehörte zum außenpolitischen Wahlkampfteam von George W. Bush. Er gilt wie Rumsfeld, der übrigens seit der Nixon-Präsidentschaft eng mit Cheney befreundet war, als harter Verfechter des Aufbaus eines Raketenabwehrsystems. Er war Mitglied des Vorstands der *Hollinger Digital Inc.*, der die *Chicago Sun Times*, der *Daily Telegraph* und die der Likud nahestehenden *Jerusalem Post* gehören. Unter Reagan war Perle verantwortlich für Rüstungskontrolle.⁶⁷

- *William Kristol*, Sohn von Gertrude Himmelfarb und des einflußreichen neokonservativen Theoretikers Irving Kristol, der Verleger und Mitherausgeber von „The National Interest“, der zentralen neokonservativen wissenschaftlich-außenpolitischen Zeitschrift ist und den Pepe Escobar von der „Asia Times“ einst als „the ultimate portable think tank of Reaganism“ charakterisierte. Kristol war einst Mitarbeiter des Bildungsministers William Bennett und Stabschef von Reagans Vizepräsident Dan Quayle, regelmässiger Kommentator auf *ABC News This Week* und Herausgeber des von Rupert Murdoch verlegten und in AEI-Gebäude behausten neokonservativen Frontblatts „*The Weekly Standard*“ (Auflage ca. 60 000). Kristol gehörte wie Wolfowitz, der christlich-fundamentalistische Justizminister John Ashcroft oder Francis Fukuyama zum Umkreis der neokonservativ-elitistischen, antiliberalen Chicagoer Philosophenschule

⁶⁶ Elizabeth Drew: The Neocons in Power, in: NYR Books v. 12.6.2003. Ausgangspunkt der Abberufung Perles war ein Enthüllungartikel im *New Yorker* von Seymour Hersh, den Perle daraufhin als „the closest thing American journalism has to a terrorist“ charakterisierte, zit. nach The Nation vom 7.4.2003. Hersh hatte dargestellt, dass Perle den bankrotten Telekommunikationskonzern Global Crossing für 725 000 \$ beraten hatte. Dem Board gehörten an u.a. Ken Adelman, Richard V. Allen, Martin Anderson, Gary Becker, Eliot Cohen, Devon Gaffney Cross, Ronald Foffleman, Newt Gingrich, Vharles Homer, Fred C. Ikle, David Jeremiah, Henry Kissinger, Richard Perle, James Schlesinger, Jack Sheehan, Ruth Wedgwood, Chris Williams, Pete Wilson und James Woolsey.

⁶⁷ S. National Post v. 2.5.2001. Detailliert zu Perle s. Knut Mellenthin Der »Fürst der Finsternis« denkt längst über Irak hinaus, in: Neues Deutschland v. 31.12.2002.

um Leo Strauss und Allan Bloom⁶⁸. Die „Washington Post“ hat die große netzwerkbildende Rolle von Kristol hervorgehoben und gezeigt, dass diese Struktur weit über den engeren Bereich des Militär-, Sicherheits- und Rüstungsapparats hinausgeht: „Shattan, who worked for Kristol when he was Vice President Dan Quayle's chief of staff, will join Bush speechwriter Matthew Scully and Cheney speechwriter John McConnell, both of whom also worked under Kristol on the Quayle staff. Fellow Bush speechwriter Peter Wehner worked for Kristol when he was chief of staff to then-Education Secretary William Bennett, while National Security Council speechwriter Matthew Rees worked for Kristol at the Standard. Nor is it just the wordsmiths. Energy Secretary Spencer Abraham is a Kristol acolyte from the Quayle days, while drug control policy chief John Walters worked under Kristol at the Education Department. Jay Lefkowitz, the new director of Bush's Domestic Policy Council, was Kristol's lawyer. Other Kristol pals include NSC Senior Director Elliott Abrams, Cheney Chief of Staff I. Lewis "Scooter" Libby, Deputy Defense Secretary Paul Wolfowitz, Undersecretary of State John Bolton and Leon Kass, the head of Bush's bioethics panel. The tentacles reach into the kitchen cabinet, too: Al Hubbard, a close Bush friend, was Kristol's deputy on the Quayle staff.“⁶⁹ Kristol, so bliebe nachzutragen, war für 100 000 \$ Berater für Enron⁷⁰ und hat enge Verbindungen zur Bradley Stiftung, die zahlreiche neokonservative und rechte Akteure unterstützt. Think-Tanks und neokonservative Einrichtungen, in die er involviert ist: Manhattan Institute, Committee for the Liberation of Iraq, Ethics and Public Policy Center, Lynde and Harry Bradley Foundation, Shalem Foundation, Project for the New American Century, Foundation for Community and Faith Centered Enterprise, American Enterprise Institute, Foundation for the Defense of Democracies.

⁶⁸ Zur Relevanz Strauss' für die neokonservative Theoriekultur s. Alain Frachon, Daniel Vernet: The Strategist and the Philosopher, in: Le Monde <http://www.lemonde.fr/article/0,5987,3230-316921-00.html> oder <http://www.istoselides.gr/world/article.php?sid=125> sowie "The philosopher" in: Boston Globe v. 5.11.2003: "Washington Straussians have included Robert A. Goldwin, who had the bizarre and unenviable task of organizing weekly seminars in political theory and practice attended by President Gerald Ford in the mid-1970s; Carnes Lord, National Security Council advisor in the Reagan administration; and William Galston, deputy domestic policy adviser in the first two years of the Clinton administration. Irving Kristol, an intellectual whose name is virtually synonymous with neoconservatism, has named Strauss as a major influence, and Straussian writers and ideas regularly grace the pages of magazines like National Review, Commentary, and The Weekly Standard, which is edited by Irving's son William Kristol. The Bush administration's Straussians include the Pentagon officials Paul Wolfowitz and Abram Shulsky, who studied with Strauss at the University of Chicago, and the bioethics adviser Leon Kass, a colleague at Chicago." Zum Strauss-Feld gehörte auch der ehemalige Bildungsminister Bush's William Bennett. Das Plädoyer Strauss' für eine hierarchisch-elitäre, „harten“ und kohärenten Moralcodes folgende Ordnung hatte einen antitotalitären Impuls, den der „schwache“, dem Relativismus verpflichtete Liberalismus nach seiner Ansicht nicht aufbringen konnte. Werte wie Patriotismus, Kriegertum, Stärke, Religion gehörten zu einer solchen Ordnung.

⁶⁹ WP v. 19.03.2002

⁷⁰ WP v. 28.01.2002

- *Lewis Libby*, ehemals Student bei Wolfowitz und dann unter Reagan wie in der ersten Bush-Regierung unter Cheney (als er *Deputy Undersecretary of Defense for Policy* war) engster Mitarbeiter von Wolfowitz; er hat in der zweiten Bush-Regierung die zentrale Position eines *Chief of Staff* des Vizepräsidenten Cheney erlangt;
- *Douglas Feith* als *Under Secretary of Defense for Policy*: "In 1989, Feith created International Advisors Incorporated, a lobbying firm whose main client was the government of Turkey. The firm retained Perle as an adviser between 1989 and 1994. Feith got his current position, according to a former high-level Defense Department official, only after Perle personally intervened with Rumsfeld, who was skeptical about him. Feith was directly involved in the strategic planning and conduct of the military operations against the Taliban in Afghanistan; he now runs various aspects of the planning of the Iraqi war and its aftermath."⁷¹
- *Richard Armitage*, *Deputy Secretary of State* unter Powell, mit dem er seit der Reaganzeit eng zusammenarbeitete; in den 90ern leitete er eine kleine Beratungsfirma, in der u.a. Cheneys Tochter beschäftigt war. Er gehörte zum Wahlkampfteam Bushs.
- John R. Bolton, vormals Vizepräsident des American Enterprise Institute und im Beirat des Jewish Institute of National Security Affairs, als *Under Secretary of State for Arms Control and International Security* im Außenministerium, dessen *Special Assistant*
- *David Wurmser* zuvor die Projekte des AEI zum Nahen Osten betreute; Wurmser wurde 2003 dann zum Berater für den Mittleren Osten im Büro des Vizepräsidenten Cheney.
- *James Woolsey*, der Mitglied von zwei republikanischen und zwei demokratischen Regierungen und unter Clinton CIA-Direktor war; er wurde im Juli 2002 Vizepräsident der privaten Beratungsfirma Booz Allen Hamilton und gehört dem Defense Policy Board an. Mit Perle und Wolfowitz verbindet Woolsey nach Drew seit 1969 eine lange Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehung.⁷²
- *Zalmay Khalilzad*, der spätere US-Gesandte in Afghanistan. Er war wie Wolfowitz ein Student Wohlstetters, „arbeitete als Mitglied des Planungsstabes des State Departments während der Präsidentschaft Ronald Reagans mit dessen damaligem Direktor der politischen Planungsabteilung, Paul Wolfowitz, zusammen...Unter Präsident Bush dem Älteren wechselte Khalilzad ins Verteidigungsministerium, wo er wiederum als Mitarbeiter des Planungsstabes eng mit Wolfowitz zusammenarbeitete, der ihn, zur Zeit des Golfkrieges zur Befreiung Kuweits, dem damaligen Verteidigungsminister Dick

⁷¹ Seymour M. Hersh: Lunch with the Chairman, in: The New Yorker v.15.23.2003

⁷² Elizabeth Drew: The Neocons in Power, in: NYR Books v. 12.6.2003

Cheney empfahl...Nach der Machtübernahme der Demokraten unter Präsident Bill Clinton arbeitete Khalilzad als Berater der unabhängigen konservativen Forschungseinrichtung Rand Corporation...Nach der Wahl von George W. Bush zum Präsidenten wurde Khalilzad vom designierten Vizepräsidenten Dick Cheney als Beauftragter für Verteidigungspolitik ins Übergangsteam des neuen Präsidenten berufen. Im Mai 2001 berief Bush Khalilzad als Beauftragten für die Golfregion und Zentralasien in den Nationalen Sicherheitsrat, wo er seither als rechte Hand von Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice tätig ist...Von Präsident Bush zum Sonderbeauftragten für Afghanistan ernannt, wurde er in seinem Heimatland, das er nun oft bereiste, bald als "Vizekönig von Kabul" bezeichnet. Das mag ein wenig übertrieben sein, aber den Titel eines "Königsmachers" für den späteren afghanischen Präsidenten Hamid Karzai darf Khalilzad durchaus für sich in Anspruch nehmen. Eine ähnliche Rolle spielt er jetzt bei den Planungen Washingtons für die Nachkriegsordnung im Irak."⁷³

- *Elliott Abrams*, vormals Reagan's Assistant Secretary of State for Human Rights und dann Assistant Secretary for Inter-American Affairs - damals tief verwickelt in die Iran-Contra-Affaire - als Senior Director for Near East and North African Affairs im National Security Council; Abrams war liiert mit dem neokonservativen Hudson-Institute, war Präsident des Ethics and Public Policy Centre und arbeitete in der Reagan-Ära eng mit Robert Kagan zusammen und ist ein Schwiegersohn von Norman Podhoretz und Midge Decter.
- *Stephen J. Hadley* (*Deputy National Security Advisor* im Weissen Haus), der z.B. für C. Rice einem Komitee von Kabinettsabgeordneten zu Fragen der Nationalen Sicherheit vorsitzt, arbeitete als *Assistant Secretary of Defense* für Wolfowitz, als dieser im DoD unter Dick Cheney tätig war. Er gehört dem *Defense Policy Board* an und war Mitglied des Wahlkampfteams Bushs.
- *Kenneth Adelman*, der einst der Ford- und den Reagan-Administrationen angehörte und nach der Darstellung von Drew⁷⁴ mit Perle, Wolfowitz und Woolsey befreundet ist und „very close“ (Drew) Cheney und Rumsfeld verbunden ist; er arbeitete für Rumsfeld in drei Regierunsämtern und die Familien Adelman und Cheney begehen einen termingleichen Hochzeitstag; auch Adelman gehört dem Defense Policy Board an;
- *Eliot Cohen*, der in der ersten Bush-Regierung im Planungsstab des DoD war und dann Mitglied in Rumsfeld's Defense Policy Board

⁷³ FAZ v.1.3.2003; s.a. TAZ v. 29.03.2003

⁷⁴ Elizabeth Drew: The Neocons in Power, in: NYR Books v. 12.6.2003

unter Perle wurde; Cohen ist Professor of National Security Studies im SAIS (John Hopkins University) und war mit dem PNAC, dem CLI und dem AEI liiert;

- *Eric Edelman*, der Sicherheitsberater Dick Cheneys; zu dessen Stab gehört auch
- *Aaron Friedberg*, der als neokonservativer Falke in Sachen Chinapolitik gilt;
- *Dov S. Zakheim*, der wichtigste „Haushälter“ (*Under Secretary of Defense- Comptroller*) des DoD; auch er war als Vorstandsmitglied oder Berater bei zahlreichen Unternehmen der Rüstungsindustrie engagiert, agierte in neokonservativen Think Tanks wie Heritage oder PNAC und gehörte zum Wahlkampfteam Bushs.
- *Peter Rodman*, *Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs*, der sich seine ersten Sporen als *Special Assistant* Henry Kissingers verdiente und dann unter Reagan bzw. der ersten Bush-Regierung mehrere Positionen im Außenministerium und dem NSC innehatte; Rodman war fast ein Jahrzehnt Senior Editor des weit rechts stehenden Magazins *National Review* und lehrte u.a. am CSIS und dem *John Hopkins Foreign Policy Institute*
- William J. Schneider, Vorsitzender des Defense Science Board des DoD, der unter Reagan Under Secretary of State for Security Assistance, Science and Technology war
- *Stephen Cambone*, der in der ersten Bush-Regierung für die strategische Verteidigungspolitik zuständig war und in der zweiten Regierung Bush dann das *Office of Program, Analysis and Evaluation* des Pentagon leitete.
- *Thomas Donnelly*, (1999 bis 2002 Deputy Executive Director des „Project for the New American Century [PNAC]) und Fellow des AEI, der mittlerweile vom Rüstungskonzern Lockheed Martin eingestellt wurde.

Dieses Mikro-Netzwerk der Macht hat vieles gemeinsam: den Berufsverlauf in politischen Feld, oft Geschlecht und Generationszugehörigkeit, vor allem aber die ideologische Orientierung, politische Schlüsselprojekte, Reichtum und ähnliche oder gar dieselben institutionellen Vernetzungen. Betrachtet man seine Biografie, dann wird sehr schnell deutlich, dass der alleinige Blick auf *Nineleven* fehlleitet.

Diese Gruppe repräsentiert einen epochalen Wandel, in dem Ideen und Träume kulminieren, die im Laufe von drei Jahrzehnten in republikanischen Regierungen der Vereinigten Staaten und in ihrem Umfeld entstanden sind und eine lange Karriere haben. Fragt man, welche der Unterstützer und (wenigen) Unterstützerinnen des imperialen *Project for the New*

American Century Positionen im Vierteljahrhundert der republikanisch-konservativen Regierungen seit Carter hatten, ergibt sich folgende beeindruckende Bilanz:

Personentableau der neuimperialen Strömung

Personen [PNAC]	Regierung Reagan	Regierung H. W. Bush (Sr).	Regierung G.W. Bush (Jr.)
Abrams Elliot	Asst. Secretary of State for Inter-American Affairs Asst. Secretary of State for International Organization Affairs Asst. Secretary of State for Human Rights and Humanitarian Affairs		Special Asst. to Pres. and Sr. Dir. for Middle East and North African Affairs National Security Council Special Asst. to Pres. and Sr. Dir. for democracy human rights and international operations National Security Council
Adelman Kenneth	Deputy Representative to United Nations rank of Ambassador Arms Control and Disarmament Agency Director		Defense Policy Board
Allen Richard V.	Deputy Assistant to the President for International Economic Affairs National Security Adviser		Defense Policy Board National Security Advisory Group Armistage Richard Deputy Secretary of State
Anderson Martin	Assistant to President for Policy Development Senior Policy Advisor Reagan campaign		
Bauer Gary	White House Office of Policy Development Under Secretary of Education White House Asst. Director for Legal Policy Deputy Under Secretary of Education for Planning Budget and Evaluation		
Bennett William	National Endowment for the Humanities Chairman Secretary of Education	Director, Office of National Drug Control Policy	
Bergner Jeffrey	Staff Director Senate Foreign Relations Committee	State Dept, Justice, and USAID - various staff positions	
Bolton John	State Department Justice and USAID - various staff positions		Under Secretary of State for Arms Control and Disarmament
Cambone, Stephen		Director, Strategic Defense Policy, Office of Secretary of Defense	Under Secretary of Defense for Intelligence
Carlucci Frank	Secretary of Defense National Security Adviser		
Cheney, Richard		Secretary of Defense	Vice President
Cohen, Eliot		Policy Planning Staff for Secretary of Defense	Defense Policy Board
Cropsey Seth	Deputy Under Secretary of Navy	Principal Deputy Asst. Secretary of Defense for Special Operations and Low-Intensity Conflict	International Broadcasting Bureau Director
Cross Devon Gaffney			Defense Policy Board Donors Forum on International Affairs

Dobriansky Paula	Deputy Asst. Secretary of State for Human Rights and Humanitarian Affairs National Security Council Office of European and Soviet Affairs	Associate Director, Bureau of Policy and Programs, USIA	Under Secretary of State for Global Affairs
Friedberg Aaron	Consultant to National Security Council		Vice President's Deputy National Security Advisor Vice President's Director of Policy Planning
Fukuyama, Francis		Policy Planning Staff for Department of State	Cloning Panel President's Council on Bioethics
Gaffney Frank	Asst. Secretary of Defense for International Security Policy Deputy Asst. Secretary of Defense for Nuclear Forces and Arms Control Policy (under Richard Perle)		
Gerecht Reuel Marc	Middle East Specialist CIA Political Officer Department of State		
Gouré Daniel			2001 DoD Transition Team
Hill Charles	Director of Israel and Arab-Israeli Affairs (1981) Deputy Asst. Secretary for Middle East (1982) Chief of Staff State Department (1983) Executive Aide to Secretary of State Charles Schultz (85-89)		
Iklé Fred C.	Under Secretary of Defense for Policy Commission on Integrated Long-Term Strategy		Defense Policy Board
Jackson Bruce	Military Intelligence Officer Department of Defense Jacobs Eli S. General Advisory Committee U.S. Arms Control and Disarmament Agency		
Joyce Michael	Presidential Transition Team 1980		
Kagan Robert	Policy Planning Office Department of State Deputy for Policy State Department Bureau of Inter-American Affairs Principal speechwriter for Secretary of State George Schultz		
Kampelman Max	Ambassador to Conference on Security and Cooperation in Europe Chief Negotiator Nuclear and Space Arms with Soviet Union		
Khalilzad Zalmay	Policy Planning Council Department of State (under Wolfowitz) Special Adviser to the Under Secretary of State (support to Afghan freedom fighters)	Asst. Deputy Under Secretary of Def. for Policy Planning (under Wolfowitz)	Special Envoy to Afghanistan Liaison to Iraqi Opposition
Kirkpatrick Jeanne J.	Ambassador to UN President's Foreign Intelligence Advisory Board (85-90) Defense Policy Review Board (85-93)	President's Foreign Intelligence Advisory Board (85-93) Defense Policy Review Board (85-93) Chair, Secretary of Defense Commission on Fail Safe and Risk Reduction	U.S. Rep. to UN Human Rights commission
Kristol William	Department of Education under Bill Bennett	Aide to Vice President	
Lehman John F.	Secretary of the Navy		National Commission to Investigate Attacks on the U.S.

Libby I. Lewis	Director of Special Projects in State Dept. Bureau of East Asian and Pacific Affairs House Select Committee on U.S. National Security and Military/Industrial Concerns with China "Cox Committee" Legal Adviser	Deputy Under Secretary of Defense for Strategy and Resources Coauthor with Wolfowitz of Defense Planning Guidance, 1992	Vice President's Chief of Staff Vice President's Assistant for National Security Affairs
Quayle, Dan		Vice President	
Perle Richard	Asst. Secretary of Defense for International Security Policy (81-87)		Defense Policy Board former chairman Consultant to Secretary of Defense
Pipes Daniel			U.S. Institute of Peace board member
Pipes Richard	National Security Council Staff		
Quayle Danforth			Defense Policy Board
Rodman Peter	State Department Policy Planning Staff Director Adviser to Secretary of State George Schultz Deputy Asst. to President for National Security Affairs (86-87) Special Asst. to President for National Security Affairs (86-90) National Security Council (87-90)	Special Asst. to President on National Security Affairs (86-90) National Security Council (87-90)	Asst. Defense Secretary for International Security Affairs
Rowen, Henry		Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs (89-91)	Defense Policy Board
Rumsfeld Donald	Presidential Envoy to Middle East (83-84) President's General Advisory Committee on Arms Control Presidential Envoy on Law of the Sea Treaty Senior Advisor Panel on Strategic Systems U.S. Joint Advisory Commission on U.S./Japan Relations		Secretary of Defense (former Sec. of Defense under Ford)
Schmitt Gary	Foreign Intelligence Advisory Board Executive Director (84-88) Consultant for Department of Defense Minority Staff Director Senate Select Committee on Intelligence		
Schneider Jr. William	Under Secretary of State for Security Assistance (82-86) President's General Advisory Committee on Arms Control and Disarmament Chairman (87-93)	President's General Advisory Committee on Arms Control & Disarmament, Chairman (87-93)	Defense Science Board Chairman
Shulsky Abram	Staff Senate Intelligence Committee Staff of Asst. Secretary of Defense Richard Perle		Pentagon's Office of Special Plans Director
Sokolski, Henry		DoD Deputy for Non-proliferation Policy	
Williams Chris			Defense Policy Board Deterrence Concepts Advisory Panel Special Assistant to Rumsfeld on Policy 2001
Wolfowitz Paul	U.S. Ambassador to Indonesia (86-89) Asst. Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs (82-86) State Department Policy Planning Staff (81-82)	Under Secretary of Defense for Policy (89-93) Coauthor of Defense Policy Guidance, 1992	Deputy Secretary of Defense

Woolsey James	Delegate-at-Large U.S.-Soviet START and Nuclear and Space Arms Talks Presidential Commission on Strategic Forces Presidential Blue Ribbon Commission on Defense Management	US Rep. to the Negotiation on Conventional Armed Forces in Europe (83-83)	Defense Policy Board Deterrence Concepts Advisory Panel Special envoy of Rumsfeld to investigate the Czech-al Qaeda connection (?)
Zakheim Dov S.			DoD Comptroller
Zoellick Robert			Trade Representative
Zusammengestellt nach http://rightweb.irc-online.org/			

Die zeitgemäßen intellektuellen Ursprünge ihres Führungskerns lassen sich über die Reagan-Administration auf die Regierungen Nixon / Ford in den 70er Jahren zurückverfolgen, als sich in Reaktion auf die amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg und Nixons Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR eine politische Richtungsdivergenz ausbildete, die für einen Großteil der genannten Personen Katalysator, Ressource, Umfeld, Erfahrung und Heimat war. Rumsfeld, Cheney und Wolfowitz hatten an den Debatten um die Entspannung teilgenommen. Powell, Armitage und andere hatten in Vietnam gedient – eine Ausnahme gegenüber den 80ern und 90ern, als die Shultz, Weinberger, Scowcroft oder Baker die Außen- und Militärpolitik der Republikaner bestimmten, deren militärische Erfahrung aus dem siegreichen zweiten Weltkrieg stammte und nicht aus dem Vietnamdesaster. Diese reaganitische Allianz steht für eine besondere und ganz eigenartige *Generation in der amerikanischen Außenpolitik*. Sie unterscheidet sich, wie Manns Gruppenbiografie zeigt⁷⁵, von den zwei anderen herausragenden politischen Generationen der US-Außenpolitik: den „*Wise Men*“ (Isaacson/Thomas) wie Dean Acheson, George Kennan, Averill Harriman, John McCloy, die nach 1945 die globale liberalimperialistische Ordnung des Kalten Krieges errichteten und den „*Best and Brightest*“ (Halberstam) wie den Kennedys, Robert McNamara, den Bundys oder Rostows, die in den 60er Jahren für den Vietnamkrieg verantwortlich waren und versuchten, den Einfluß der USA in der Dritten Welt und gegen den Kommunismus auszuweiten. Die erste Generation stammte aus den Welten des *Business*, der Banken und des Rechts. Die Wallstreet war ihre spirituelle Heimat. Sie konzentrierte sich auf den Aufbau internationaler ökonomischer, diplomatischer und rechtlicher Einrichtungen wie UN, IMF, Weltbank. Die zweite Generation hatte einen *akademischen* Hintergrund, ihre spirituelle Welt waren Cambridge, Harvard und Yale. Die dritte Generation ist die Reagan / Bush – Generation der Cheney, Rumsfeld, Powell, Wolfowitz, Rice, Armitage, Libby, Feith, Khalilzad, Hadley oder Perle. Sie ist die *militärische Generation*. Ihre spirituelle Heimat ist das Pentagon – zum außenpolitischen Team der zweiten Bush-Regierung gehörten zwei frühere Verteidigungsminister (Cheney, Rumsfeld), ein früherer Generalstabschef (Powell), ein früherer stellvertretender Verteidigungsminister (Wolfowitz) und ein

⁷⁵ Mann, *Vulcans*, S.XIIIff.

Staatssekretär des DoD (Armitage). Diese Generation eint der gemeinsame Glaube an die überragende Relevanz der militärischen Macht Amerikas. In ihrem Dienst wurde sie gebildet und formierte sie sich. Außenpolitik sieht sie vorweg unter militärischer Perspektive. Sie konzentriert sich auf Fragen der nationalen Sicherheit und überläßt die Probleme der Ökonomie den Neoliberalen und den Führern des privaten Sektors – ein klarer Bruch zu der Agenda der Clintonadministration, in der das Schatzamt, der IMF oder das National Economic Council in der Regel weit wichtiger waren als der Nationale Sicherheitsrat oder das Pentagon. Initiativen für den Aufbau neuer diplomatischer oder ökonomischer Einrichtungen sind von den *Warriors* nicht ausgegangen und kein Spitzenrepräsentant dieser Generation konnte hier irgendwelche entsprechenden Erfahrungen aufweisen. Sie ist überzeugt von der positiven Rolle der amerikanischen Macht („benign hegemony“) und es gibt für sie keinen Zweifel an der weltpolitischen und historischen Stärke der USA. In der Terminologie der politischen Tierkunde sind sie „Falken“ – und was für welche. Auch Powell oder Armitage, die viele liberale Medien nicht müde wurden als „Tauben“ und Kontrahenten der Rumsfeld oder Wolfowitz zu beschreiben, gehörten dazu: „In 1981 Ronald Reagan became the most conservative American president since Calvin Coolidge. Within his administration the leading hardliner was Defence Secretary Caspar Weinberger. Powell and Armitage emerged as Weinberger's two key aides: in other words, they were loyal followers of the most hawkish cabinet member in the most hawkish administration in a half century.“⁷⁶

In den 70er und 80er Jahren arbeitete diese Generation daher am Wiederaufbau der amerikanischen Militärmacht nach Vietnam und kämpfte gegen die Rede vom *american decline*. Die Wende zu den 90er Jahren erlebte sie als den größten Triumph in der amerikanischen Geschichte: die USA hatten den dritten, den Kalten Krieg gewonnen. Eingesetzt hatte das Land in dieser Zeit zwischen 1945 und 1990 unter anderem 26 Millionen Menschen in seinem Militärdienst (von denen rund 150 000 starben) und rund 15 Billionen Dollar Militäraufwendungen (ca. 6 % des BSP).⁷⁷ In den 90er Jahren konzipierte sie eine neue Rolle des militärischen Faktors. Nach 9/11 ging sie daran, ein militärimperiales Projekt durchzusetzen. Zu Beginn ihres Aufstiegs waren die USA im Persischen Golf militärisch kaum präsent, am Ende waren sie zu einer Militärinvasion im großen Stil imstande. In diesen drei Jahrzehnten war ihr Aufstieg zur Macht verbunden mit dem (Wieder-) Aufstieg des amerikanischen Militärs zu einer exzeptionellen Machtposition „beyond challenge“. Die Republikaner gewannen sechs von neun Präsidentschaftswahlen und errichteten nach der Jahrtausendwende eine fast

⁷⁶ Mann, *Vulcans*, S.XVII.

⁷⁷ Council on Foreign relations: *A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction*, New York 2003, S. 37.

einmalige parlamentarische Dominanz. Diese Generation erlebte diese Zeit als Erfolgsgeschichte und als Zeit, in der sie nicht scheiterte, sondern gewann. Als Zeit, in der Amerika in ihrer Sicht erfolgreich als moralische, demokratieförderliche Kraft („benign hegemon“) auftrat. *Nicht schien ihr am Ende unmöglich – auch nicht ein amerikanisches Imperium.* Diese Generation überbrückt die zwei Einschnitte 1989/1991 und 2001. Ihre Geschichte ist erst nach 9/11 ins Blickfeld geraten: „It is the story of the gradual rise of an America, whose strength is without precedent in the history of the world...Between the early 1970 and 2003 American power rose gradually from its nadir, at the end of the war in Vietnam, to a position of incontestable military power.“⁷⁸ *Der Blick auf diese Generation erhellt das zentrale Signum der Zeit dieser drei Jahrzehnte: den neuen Aufstieg der USA im internationalen System. Diese Allianz repräsentiert diese Geschichte.*

5.3. Die Institutionen: Think-Tanks und politische Aktionskomitees

Die neuimperialen reaganitischen Gruppen werden häufig auch als „demokratische Imperialisten“ oder als „Reagan Democrats“ charakterisiert. Bevor sie sich in den Institutionen der Bush-Administration positionieren konnten, kooperierten sie bereits in knapp einem halben Dutzend *Think-Tanks* und politischen *Aktionskomitees*, die in den 90er Jahren intensiv an strategischen Konzepten arbeiteten, politische Lobbyarbeit betrieben und häufig von ein- und denselben Stiftungen finanziert wurden. Sie waren keineswegs die führenden Akteure in diesem Schnittfeld von Wissenschaft und Politik. In ihrem Umfeld operierten doppelt so viele konservative wie liberale Denkfabriken, die dreimal so viel Geld zur Verfügung hatten. Lange zuvor freilich arbeiteten viele von ihnen in den ersten neokonservativen, militaristischen Komitees zusammen wie dem „*Committee on the Present Danger*“ (späte 70er) oder dem „*Committee for the Free World*“ in den frühen 80ern, dem z.B. Decter und Rumsfeld vorsäßen. Dies war eine lange Geschichte: nicht weniger als 30 Mitglieder des CPD rückten in den 80er Jahren unter Reagan in Regierungspositionen ein. Zu dieser Tradition gehörte auch das „*Committee for Peace and Security in the Gulf*“, welches 1990-91 für den ersten Irak-Krieg warb. Dem Komitee gehörten damals auch Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz und Douglas Feith an, Richard Perle war einer seiner Vorsitzenden. Die Stoßrichtung gegen den Irak hatte auch mit der ausgeprägten und politisch signifikanten Bindung dieser Gruppe an Israel zu tun – so forderte ein für den neuen Premierminister Binyamin Netanyahu verfasster Report aus dem Jahr 1996 („A Clean Break: A New Strategy

⁷⁸ Mann, *Vulcans*, S.XIV

for Securing the Realm“) zum Krieg gegen den Irak auf; der Autorengruppe, zu der auch Douglas Feith gehörte, saß Richard Perle vor. Im Laufe der 90er Jahre und dann vor allem nach 9/11 nahmen die neokonservativen und rechten Organisationen, Medien und Verbünde an Zahl rapide zu und mittlerweile dürften 60 oder 70 überregionale Bedeutung erreicht haben.

Spektakuläre Sichtbarkeit und mediale Bedeutung erlangte ein neuimperialer Think-Tank, der im Vergleich zu den großen klassischen Think-Tanks wie AEI oder Hoover nur mit winzigen Ressourcen operierte und dessen Einfluß gleichwohl nur mit dem des *Committee on the Present Danger* der späten 70er und frühen 80er vergleichbar ist, das als konzeptiver Think Tank und personalpolitische Kaderreserve der Reagan-Regierung fungierte⁷⁹. Zu den Unterzeichnern der Gründungserklärung (“We aim to make the case and rally support for American global leadership”...“ Reaganite policy of military strength and moral clarity.”) des 1997 von William Kristol und Robert Kagan im „reaganitischen Geist“ gebildeten “*Project for the New American Century*“ (PNAC)⁸⁰ gehörten Jeb Bush, William J. Bennett, Dick Cheney, Midge Decter, Steve Forbes, Francis Fukuyama, Fred C. Ikle, Donald Kagan, Zalmay Khalilzad, Norman Podhoretz, Dan Quayle, Stephen P. Rosen und Donald Rumsfeld. William Kristol war 2002 Vorsitzender des Think-Tanks. Zu seiner Leitung gehörten weiter Bruce Jackson (1993-2002 Vizepräsident des Rüstungskonzerns Lockheed Martin), der am Entwurf des proamerikanischen Schreibens der Staaten des „Neuen Europa“ mitgewirkt haben soll und eine Schlüsselposition beim Aufbau der Machtpositionen der USA in Osteuropa spielt⁸¹ und Robert Kagan, der in Brüssel für den Think Tank *Carnegie Endowment* arbeitet, u.a. Redenschreiber für George Shultz war und als einer der einflußreichsten Promotoren der Konzeption vom „American Empire“ gilt.⁸² Der geschäftsführende Direktor des PNAC ist Gary Schmitt, der u.a. als Geheimdienstoffizier in Reagans Weissem Haus enge Verbindungen zu dieser Szene hatte. Das PNAC operiert

⁷⁹ Vgl. Jerry Sanders, *Peddlers of Crisis: The Committee on the Present Danger and the Politics of Containment*, Boston 1983.

⁸⁰ Der Name knüpft offensichtlich an das “Project for the Republican Future” an, dem der PNAC-Mitbegründer Kristol 1993/4 vorsah.

⁸¹ The Nation bereits am 17.3.2003: „Jackson was involved in helping draft the widely publicized letter in support of Bush's Iraq policy by leaders of Eastern and Central European states.“ Die Financial Times berichtete am 28.5.2003 dann, dass Jackson das Schreiben der Vilnius 10 selbst verfasst hatte, das am Tag vor der UN-Präsentation Powells in Sachen Irak publiziert worden war.

⁸² S. www.newamericancentury.org. J. Bookman: The president's real goal in Iraq, in: The Atlanta Journal-Constitution v.29.9.02. Robert Kagan: Power and Weakness, in: Policy Review 113 (2002), erweitert als: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003. Ein wesentliches Beispiel für die konzeptionelle Referenz dieser Gruppe auf die Reagan-Zeit ist der Artikel von William Kristol und Robert Kagan: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy, in: Foreign Affairs 4/1996 S.18-32, wo die „benevolent global hegemony“ als Zielvorstellung der zukünftigen Position der USA formuliert wurde. Erwähnenswert, dass Kagans Frau Victoria Nuland die Sicherheitsberaterin Dick Cheney's ist. Mindestens drei Publikationen Kagan's wurden mit über 100 000 \$ von weit rechtsstehenden Stiftungen (Bradley, Olin) finanziert.

mit Statements, „offenen Briefen“ und wenigen strategischen Texten. Es betreibt als „advocay-group“ deklaratorisch-propagandistische Pressure-Politik. Geradezu eine Blaupause der neuimperialen Politik stellte etwa der im Jahr 2000 publizierte Report *“Rebuilding America’s Defense”* dar, zu dessen Autoren neben Wolfowitz und Bolton u.a. auch Cohen, Libby, Zakheim, Rodman, Cambone und Donnelly gehörten. In *“Present Dangers”*, einem im Jahr 2000 vom PNAC publiziertem Sammelband, finden sich zahlreiche Autoren aus dieser Gruppe wieder (u.a. Richard Perle, Reuel Marc Gerecht, Peter Rodman, Elliott Abrams, Fredrick Kagan, William Bennett and Paul Wolfowitz.) Die Neokonservativen setzen auf im Zweifel aggressive, transformative militärische Etablierung amerikanisierter Ordnungen in der Welt („Regime Change“), wogegen die Richtung um Rumsfeld oder Cheney, mit denen sie ein langjähriges Bündnis eingegangen sind, eher in der Welt der Sicherung der us-amerikanischen Militärhegemonie operieren⁸³. Beide verbindet jedoch die Forderung nach massiver Aufrüstung – so plädierte ein Brief des PNAC an Bush vom 23. Januar 2003 für eine Steigerung des Rüstungshaushalts um 100 Mrd. \$. Finanziert wurde das PNAC u.a. auf dem Umweg über das von Kristol geführte „New Citizenship Project“, das mit fast 1,9 Mio \$ von der weit rechts stehenden *Bradley - Stiftung* gefördert wurde, die auch zu den Finanziers des *American Enterprise Institute* und des *John M. Olin Center for Strategic Studies* der Harvard University gehört, das bis 2000 vom neokonservativen Samuel P. Huntington geleitet wurde. Über das Projekt wurde bereits im Januar 1998 ein Brief von 18 Neokonservativen an den Präsidenten Clinton organisiert, in dem der Sturz Husseins gefordert wurde. Acht Unterzeichner - Armitage, Bolton, Rumsfeld, Dobriansky, Khalilzad, Rodman, Wolfowitz oder Zoellick⁸⁴ - gehörten später zur Bush - Administration. Ein zweites Schreiben u.a. von Rumsfeld, Wolfowitz und Kristol vom 29.5.1998 an die Fraktionsführer Gingrich und Lott forderte explizit, Hussein mit militärischen Mitteln aus der Macht zu entfernen. Kurz nach *Nineleven* folgte am 20.9. 2001 ein weiteres Schreiben der „Kreuzzugsneokonservativen“ (Hirsh), das diese Forderung erneuerte („even if evidence does not link him to the attack“) und u.a. gezeichnet war von William Kristol, Richard V. Allen, Gary Bauer (der als langjähriger Vorsitzende des evangelikalen Family Research Council ein Bindeglied zur christlichen Rechten darstellte), William J. Bennett (der unter Reagan Bildungsminister war und engste Verbindungen zur neokonservativen Think Tanks wie Hudson, Heritage oder der Olin Foundation hatte), Midge Decter, Thomas Donnelly, Aaron Friedberg, Francis Fukuyama, Robert Kagan, Jeane Kirkpatrick, Charles Krauthammer, Richard Perle, Norman Podhoretz und Stephen P. Rosen. Zahlreiche der

⁸³ S. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 6.10.2002.

⁸⁴ Robert B. Zoellick, der in der ersten Bush-Regierung im Außenministerium tätig war, gehört dem Bush-Kabinett an und hatte u.a. eine Stiftungsprofessur der neokonservativen Olin-Stiftung an der U.S. Naval Academy inne.

genannten Personen hatten und haben enge Verbindungen zum *American Enterprise Institute*, das bereits seit Jahrzehnten das neokonservative Feld befördert und in dessen Washingtoner Gebäude im 5. Stockwerk das PNAC residiert.

Gesondert hervorzuheben ist weiter das 1988 gegründete *Center for Security Policy* (CSP), dessen Direktor Frank Gaffney in den 80`ern unter Perle im Pentagon arbeitete und dem PNAC angehört. In einer Erklärung stellte Gaffney das CSP in die Tradition des *Committee on the Present Danger*, das sich in den 70`er Jahren gegen die Entspannungspolitik positionierte und eine Kaderschmiede der reaganitischen Rüstungs- und Militärpolitik war. In den 90er Jahren entwickelten sich das CSP und sein Beirat NSAC⁸⁵ zu einem zentralen Sammelbecken reaganitischer Politiker, Ideologen und Rüstungsindustrieller. Zakheim, Rumsfeld, Perle, Woolsey oder Feith waren schon früh eng mit dem CSP liiert. Aus dieser Zeit stammt auch eine enge Verbindung zu *Heritage*, dem wichtigsten rechten Think-Tank in der Reagan-Ära⁸⁶. Zahlreiche Angehörige des CSP und NSAC (ca. zwei Dutzend) zogen dann in die zweite Bush-Regierung ein. Entsprechend ist dem Jahresbericht 2002 des CSP ein Zitat von Donald Rumsfeld vorausgestellt: "If there was any doubt about the power of your ideas, one has only to look at the number of Center associates who now people this administration - and particularly the Department of Defense - to dispel them." Gaffney hat dieses fast beispiellose Rekrutierungsmuster auf der Website des CSP geschildert: "An early member of the Center's Board of Advisors, Richard Cheney, is now Vice President of the United States. President Bush appointed a distinguished recipient of the Center's Keeper of the Flame Award, Donald Rumsfeld, to be his Secretary of Defense. And Secretary Rumsfeld and his counterparts elsewhere in the government have invited an extraordinary number of members of the Center's National Security Advisory Council and others of the Center's colleagues to serve in top positions in the U.S.

⁸⁵ Zu den 95 Mitgliedern des National Security Advisory Council des CSP gehörten u.a. Mark Albrecht, früher Executive Secretary of the White House National Space Council; William Ball, früher Secretary of the Navy; William Bennett, früher Secretary of Education; Henry Cooper, früher Director of the Strategic Defense Initiative; Midge Decter, früher Executive Director, Committee for the Free World; Edwin Feulner, Jr., President of the Heritage Foundation; Frank Gaffney, Jr., früher Acting Assistant Secretary of Defense for International Security Policy; William Graham, früher Science Advisor to the President; Fred Iklé, früher Under Secretary of Defense for Policy and Director of the Arms Control and Disarmament Agency; Bruce Jackson, früher im Office of Secretary of Defense; George Keyworth, früher Science Advisor to President Ronald Reagan; Jeane Kirkpatrick, früher U.S. Ambassador to the United Nations; John Lehman, früher Secretary of the Navy; J. William Middendorf, früher Secretary of the Navy; Richard Perle, früher Assistant Secretary of Defense for International Security Policy; Gen. John Piotrowski, USAF (Ret.), früher Commander in Chief of the United States Space Command; Gen. Bernard Schriever, USAF (Ret.), früher Commander of the U.S. Air Force Systems Command; Edward Teller, früher Senior Strategic Defense Advisor to the White House; James Webb, früher Secretary of the Navy.

⁸⁶ Enge Verbindungen zur Heritage-Stiftung haben u.a. Abrams, Bremer, Allen, Bennett, Decter, Meese, Mellon Scaife, Weyrich und Wolfowitz.

government. With the return of such highly qualified, skilled and principled men and women to high office in the U.S. government, the Center for Security Policy looks forward to playing a new and, we hope, even more influential role in the years ahead. To be sure, the Center will remain a source for ideas, information and recommendations associated with promoting the policies of peace through strength. The presence in government of so many of those who broadly share the Center's commitment to this philosophy - and who have, over the years, helped us in advancing it - should, however, enable the Center to direct less energy towards the inside-the-Beltway debate and more to educating and engaging the American people and friends of freedom around the world."⁸⁷ Das CSP beansprucht für sich, nicht nur eine exzeptionelle und hier mit dem AEI konkurrierende Kaderreserve für die Regierung gewesen zu sein⁸⁸, sondern auch Schlüsselargumente für den Rückzug der Bush-Administration aus zahlreichen Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen wie dem ABM-Vertrag bereitgestellt zu haben. Gesponsort wurde das CSP u.a. von den Rüstungskonzernen Boeing und Lockheed sowie weit rechts stehenden Stiftungen.

Aus dem Milieu der Think-Tanks und politischen Aktionsgruppen ragte schließlich vor dem Irakkrieg das 2002 von Bruce Jackson (PNAC, Lockheed) gegründete „*Committee for the Liberation of Iraq*“ (CLI) heraus. Seine explizite Zielsetzung war die Unterstützung der Kriegsoption der Regierung Bush. Sein Board versammelte eine demonstrativ prominente Menge Neokonservativer (wie aber auch einige andere politische Namen) und das Projekt kann als im wesentlichen plakative Einrichtung gelten. Dem Board

⁸⁷ <http://www.centerforsecuritypolicy.org/>. Zu den NSAC-Mitgliedern in der Bush-Administration gehören laut CSP-Website: Elliott Abrams, Special Assistant to the President for National Security Affairs for Democracy, Human Rights and International Operations; Devon Gaffney Cross, Mitglied des Defense Policy Board; J.D. Crouch, Assistant Secretary of Defense for International Security Policy; Mitchell Daniels, Director of the Office of Management and Budget; Kenneth deGraffenreid, Deputy Under Secretary of Defense for Policy Support; Paula Dobriansky, Under Secretary of State for Global Affairs; Douglas J. Feith, früherer Chairman of the Center's Board of Directors, Under Secretary of Defense for Policy; Evan Galbraith, Secretary of Defense's Representative to Europe; Robert Joseph, Special Assistant to the President for National Security Affairs for Proliferation Strategy, Counterproliferation and Homeland Defense; Sven Kraemer, Policy Advisor to the Undersecretary of Defense for Policy; Keith Payne, Deputy Assistant Secretary of Defense for Forces Policy; Richard Perle, vormaliger Chairman of the Defense Policy Board; Roger W. Robinson, Jr., Commissioner, U.S.-China Security Review Commission; James Roche, Secretary of the Air Force; William Schneider, Chairman of the Defense Science Board; Wayne Schroeder, Deputy Under Secretary of Defense for Resource Planning and Management; Michelle Van Cleave, Assistant Secretary of Defense-designate for Special Operations and Low Intensity Conflict; Jose Sorzano, Mitglied des Board of Visitors, Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (früher die School of the Americas); Arthur Waldron, Commissioner, U.S.-China Security Review Commission; Gov. Pete Wilson, Mitglied des President's Foreign Intelligence Advisory Board; Dov Zakheim, Under Secretary of Defense; Comptroller.

⁸⁸ S. Alain Frachon und Daniel Vernet: The Strategist and the Philosopher, in: Le Monde v. 15.4.2003: "It was said in a tone of sincere praise: "You are some of the best brains in the country"; so good, added George W. Bush, that "my government employs twenty of you". The President addressed the American Enterprise Institute in Washington on February 26 (See Le Monde of March 20)."

gehörten nach Angaben des *National Network to End the War Against Iraq* (NNEWAI, Washington) u.a. an als Vorsitzender George P. Shultz (Bechtel, unter R. Reagan Außenminister), Eliot Cohen (John Hopkins Universität), Jacqueline Davis (Institute for Foreign Policy Analysis), Mahdi, M.D. Al-Bassam, (Vorsitzender des Iraq Liberation Action Committee), Barry Blechman (Defense Policy Board), Eliot Cohen (Johns Hopkins Universität), Jacqueline Davis (Institute for Foreign Policy Analysis), Thomas A. Dine (Präsident von Radio Free Europe/Radio Liberty), Wayne Downing (General, Deputy Assistant to the President, National Director and Deputy National Security Advisor for Combating Terrorism), Peter W Galbraith (National War College), Newt Gingrich (vormals Sprecher der Republikaner im House), James P. Hoffa (Präsident der International Brotherhood of Teamsters), Bruce Jackson (Lockheed Martin, PNAC), Howell Jackson (Harvard Law School), Robert Kagan (Carnegie Endowment for International Peace), Robert Kerrey, (Präsident der New School, vormals Gouverneur von Nebraska), Jeane J. Kirkpatrick (vormals US-Botschafterin bei der UNO, Senior Fellow des AEI), William Kristol (Weekly Standard), Bernard Lewis (Princeton), Joseph Lieberman (Senator (D)), Will Marshall (Präsident des Progressive Policy Institute), John McCain (Senator (R)), Joshua Muravchik (AEI), Richard Perle (American Enterprises Institute), Danielle Pletka (AEI), Randy Scheunemann (CLI President, PNAC), Gary Chair Schmitt (PNAC), Richard Schultz (Fletcher School of Law and Diplomacy), Ruth Wedgwood (Johns Hopkins Universität), Chris Williams (Johnston & Ass., Defense Policy Board), Leon Wieseltier (New Republic), James R Woolsey (Booz Allen Hamilton, CIA). 15 Mitglieder des CLI haben für das DoD gearbeitet, zahlreiche Mitglieder haben enge Beziehungen zum AEI und zum PNAC. Es demonstriert zweifellos die Breite der Unterstützung, den die neokonservative Stoßrichtung gegen den Irak erreicht hatte. Mit formellem Kriegsende wurde das Komitee offenbar aufgelöst: die Befreiung des Irak war in dieser Sicht erreicht.

Ebenfalls aufgelöst wurde 2003 das wenig bekannte, aber nicht unwesentliche rüstungsindustriennahe *U.S. Committee on NATO* (vormals U.S. Committee to Expand NATO), das mittlerweile unter Führung von Bruce Jackson in das *Project on Transitional Democracies* überführt wurde. Zu den Mitgliedern des USCN gehörten Wolfowitz, Perle, Hadley, Schmitt, R. Kagan, R. Scheunemann und Rodman. Das dann 2003 gegründete PTD wiederum hat den offenbaren Zweck, die Politik der Regierung Bush insbesondere im „neuen“ Europa zu unterstützen: „The Project on Transitional Democracies has been organized to exploit the opportunities to accelerate democratic reform and integration which we believe will exist in the broader Euro-Atlantic region over the next decade. The Project is a multi-year endeavor aimed at accelerating the pace of reform in Europe's post-1989 democracies and advancing the date for the integration of these democra-

cies into the institutions of the Euro-Atlantic. (...) Our objective will be to encourage a broad dialogue between the social, educational, religious, and political institutions of the United States and Europe and the general public of other democracies and states in transition to democracy.”⁸⁹ Zu den Gruppen diesen Zuschnitts gehört auch die vergleichbar gelagerte *New Atlantic Initiative* des American Enterprise Institute, das u.a. von Jackson gegründet wurde und zu dessen Board bzw. Beraterkreis u.a. William Kristol, Samuel Huntington, Norman Podhoretz, Richard Perle, Daniel Pipes, Donald Rumsfeld, Newt Gingrich – aber auch Henry Kissinger und George Shultz gehörten. Geopolitisch relevant ist auch das 1990 gegründete und publizistisch-strategisch ansetzende *Middle East Forum*, ein neokonservativer Think Tank, über den sich etwa Abrams, Dobriansky, Feith, Kirkpatrick, Ledeen, Perle, Pipes und Wurmser engagieren.

Das neokonservative Cluster hat weiter die Unterstützung einer Reihe weiterer großer Thinktanks: Hoover⁹⁰, Heritage, Hudson Institute, American Enterprise Institute⁹¹, Center for Strategic and International Studies (CSIS), Jewish Institute for Security Affairs, Empower America, National Institute for Public Policy – letzteres entwickelte u.a. im Januar 2001 die Studie “Rationale and Requirements for US Nuclear Forces and Arms Control”, in welche involviert waren u.a. James Woolsey, Stephen Hadley, Stephen Cambone und als Leiter der Direktor des NIPP Keith Payne, das große Bedeutung für die Bush-Regierung bekam oder das Manhattan Institute for Policy Research, sowie von neokonservativen Hochschuleinrichtungen (in erster Linie die Paul Nitze School of Advanced International Studies (SAIS) – z.B. Perle, Wolfowitz, Woolsey, Cohen, Donnelly). Weniger prominente kleine Aktionskommittees wie das United States Committee for a Free Lebanon, Empower America, die Coalition for Democracy in Iran (CDI) oder die 2002 von William Bennett gegründete propagandistische Einrichtung Americans for Victory over Terrorism überlappen sich personell mit den genannten Akteuren und zeichnen sich oft durch weniger diplomatische Formulierungen aus.⁹² Die Verbindung zu der christlichen Rechten repräsentiert das Ethics and Public Policy Center, das eine fundamentalistische Moralisierung der Außenpolitik betreibt.

⁸⁹ Mission Statement, “Project on Transitional Democracies: http://www.projecttransitionaldemocracy.org/html/PTD_mission.htm

⁹⁰ Beispielweise waren Anfang 2003 8 Hoover-Fellows Mitglied im Defense Policy Board, darunter Richard Allen, Martin Anderson, Gary Becker, Newt Gingrich, Henry S. Rowen, Kiron Skinner, and Pete Wilson. In Fragen der Außenpolitik kann das *Cato Institute* gegenwärtig nicht zu diesem Kreis gezählt werden, obwohl es in anderen Politikfeldern im neokonservativen Sinn operiert.

⁹¹ Das 1943 gegründete AEI ist der mächtigste und ressourcenstärkste neokonservativ dominierte Think Tank in den USA. Mehr als zwei Dutzend AEI-Mitglieder sind unmittelbar oder über Beratungseinrichtungen in die Bush2-Regierung involviert, darunter Cheney, Bolton, Frum, Perle. Sein Jahresbudget liegt bei 25 Mio \$, finanziert von allen großen konservativen Stiftungen sowie mehreren Dutzend amerikanischer Konzerne.

⁹² Vgl. dazu The Moscow Times v. 25.4.2003. Zum Führungskreis des *US Committee for a Free Lebanon* (das vor allem auf *regime change* in Syrien aus ist) gehörten Abrams, Dobriansky, Feith, Gaffney, Kirkpatrick, Ledeen, Perle, Pipes, Rubin und David Wurmser, der im September in den Stab Cheneys einrückte.

5.4. Die Medien

Charakteristisch für das gesamte Netzwerk ist neben dieser institutionellen Verankerung die starke Präsenz bekannter neokonservativer Autoren in einigen nationalen *Medien* wie dem *Wall Street Journal*, den *Fox News*, der *Washington Times* und der *New York Post* sowie ein Bündel eigener Zeitschriften wie *Public Interest*, *Policy Review*, *Public Opinion*, *National Review*, *The National Interest*, *The New Republic*, *Insight*, *Frontpage*, *First Things* und dem *Commentary Magazine* und Verlagen wie *Basic Books Publishing*⁹³. Eine Schlüsselrolle spielt dabei Rupert Murdoch's News Corp., zu der das *Fox News Network* („Bush TV“), die *New York Post* und der *Weekly Standard* gehören: „Many people at Fox News have been supportive of Bush's policy. They deserve a bit of a mention. And Murdoch personally.“⁹⁴ Als intellektuelles Leitorgan des Neokonservatismus gilt der *Weekly Standard*. Im Internet sind diese Medien zumeist gut präsent und daneben haben sich einige spezielle neuimperiale und neokonservative Sites wie *Tech Central Station* etabliert, die oft eng mit Konzernen verbunden sind. Im der in den letzten Jahren entstandenen Weblogszene haben rechtsorientierte und neokonservative Medienintellektuellen einen ganz außerordentlichen Einfluß und gehören zur Gruppe der meistgelesenen Sites.

5.5. Die Finanzierung

Die Wirksamkeit der politischen und institutionellen Ressourcen dieses Netzwerks setzt eine dauerhafte *finanzielle* Absicherung voraus. Die Finanzierung des Netzwerks und seiner Einrichtungen erfolgt insbesondere durch Stiftungen, die zum Teil bereits in der Reagan-Ära, vor allem aber dann in den 90er Jahren eine gezielt politisch äußerst rechts ausgerichtete Förderungspolitik betrieb. Dazu gehören in erster Linie die *Lynde & Harry Bradley Foundation*⁹⁵, die *Scaife-Stiftungen*⁹⁶, die *John M. Olin Stiftung*, *Castle*

⁹³ Dessen Gründer Norman Podhoretz und Midge Decter waren; ihr Sohn, John Podhoretz, war zeitweise für die Editorials der *New York Post* verantwortlich. Die „National Interest“ wird finanziert von Conrad Black, dem früheren Eigner der *Jerusalem Post* und des Hollinger Medienimperiums in England und Kanada. Das Magazin *The New Republic* wurde zeitweise vom „Straussianer“ Andrew Sullivan herausgegeben; die Herausgeberseiten des *Wall Street Journal* öffneten sich unter Robert Bartley dem Neokonservatismus.

⁹⁴ William Kristol, der es wissen muss, zitiert nach Joe Hagan: President Bush's Neoconservatives Were Spawned Right here in N.Y.C., New Home of the Right-Wing Gloat, in: New York Observer v. 28.4.2003

⁹⁵ Zur Rolle dieser Stiftung, die in 18 Jahren bis 2003 über 500 Mio. \$ an Förderungsgeldern ausgab und zusammen mit den Stiftungen der Koch-Familie und der Olin-Stiftung als mächtigste rechtsstehende US-Stiftung angesehen werden kann, siehe Bruce Murphey: Neoconservative clout seen in U.S. Iraq policy, in: Milwaukee Journal Sentinel v. 6.4.2003: "I think Bush has drawn upon that thinking," said Michael Joyce, who led the Bradley Foundation, a leading funder of neoconservative thinkers, from 1986 to 2001. Joyce added that Bush's "key people," including Vice President Dick Cheney, Defense

Rock Stiftung, Smith Richardson Stiftung und die Stiftungen der *Koch-Familie*, aber auch durch einzelne Finanziers wie zum Beispiel Bruce Kovner, Vorsitzender der *Caxton Corporation* und Roger Hertog von der *Alliance Capital Management*, die beide 2002 halfen, die *New York Sun* zu gründen, Mitherausgeber der *New Republic* sind und in den Beiräten des *Manhattan Institute* oder des *AEI* sitzen; oder Conrad Black, vormals Vorsitzender der *Hollinger International Inc.*, zu deren Vorstand auch Richard Perle gehörte und der ebenfalls in die *New York Sun* investierte. Die finanzielle Macht dieser Stiftungen ist beträchtlich: Richard Mellon Scaife gehörte in den 90ern zu den 50 reichsten Privatpersonen der USA, die Koch-Industries sind das zweitgrößte private Unternehmen der USA. Das PNAC wurde mit über 600 000 \$ alimentiert vor allem von Bradley, aber auch von Scaife und Olin; das CSP erhielt von diesen Stiftungen 3,6 Mio \$ bis 2001, das SAIS über 7,7 Mio \$, das CSIS über 13 Mio \$; neokonservative Thinktanks wie Heritage, AEI, Cato, Manhattan Institute und Hudson-Institute erhielten allein von einem Dutzend rechts stehender Stiftungen bis 2001 weit über 100 Mio \$⁹⁷. Während z.B. Heritage oder AEI Finanzierungen von allen Großstiftungen erhalten, gibt es zwischen einzelnen Think Tanks und Finanziers zugleich symbiotische Beziehungen (z.B. zwischen CSP und Scaife oder zwischen SAIS und Bradley). Die im Frühjahr 2004 publizierte Analyse „The Axis of Ideology“ des National Committee for Responsive Philanthropy (NCRP) ergab, dass unter 79 konservativen und rechten Stiftungen, die zwischen 1999 und 2001 mehr als 252 Mio \$ an 350 von Steuern befreite Empfänger vergaben, fünf Stiftungen den Löwenanteil der Mittel bestritten: Die Sara Scaife Foundation (44,8 Mio \$), die Lynde und Harry Bradley Foundation

Secretary Donald H. Rumsfeld and Deputy Defense Secretary Paul Wolfowitz, "were clearly influenced by this thinking." Under Joyce, the Bradley Foundation made 15 grants totaling nearly \$1.9 million to the New Citizenship Project Inc., a group Kristol led and which also created the Project for a New American Century, a key proponent of a more aggressive U.S. foreign policy. The foundation also is a significant funding source for the American Enterprise Institute, a Washington, D.C., think tank with many neoconservative scholars. Perhaps more important, noted Joyce, the Bradley Foundation was a longtime funder of Harvard University's John M. Olin Center for Strategic Studies, which until 2000 was run by Samuel P. Huntington, who wrote the influential book "The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order" about the conflict between the West and the Muslim world. Huntington trained "a large number of scholars" who have helped develop neoconservative theories, Joyce noted." Joyce verdiente seine Sporen zunächst bei der weit rechts stehenden John M. Olin Foundation. Seit 2002 wird die Stiftung von Michael Grebe präsiert, der früher Mitglied des Nationalkomitees der Republikaner war. Die Stiftungsaktivitäten sind auf die Stützung des privaten Sektors und Verteidigung fokussiert. Mit Assets von gegenwärtig 535 Mio \$ (2003) ist die Stiftung freilich weit entfernt von der Ford Foundation (9 Mrd \$) oder der Bill & Melinda Gates Foundation (24 Mrd. \$), s. Mark O'Keefe: Foundation Excels at Fueling Conservative Agenda, in: Newhouse News Service v. 18.9.2003. Das breit publizierte Engagement von George Soros dagegen lag Anfang 2004 bei nur 15 Mio \$.

⁹⁶ Die Stiftungen Richard Scaife Mellons sind die Sarah-, Allegheny-, Carthage- und Scaife Family Foundation. Eine Analyse in der Washington Post vom 2.5.1999 vermeldete: „Scaife and his family's charitable entities have given at least \$340 million to conservative causes and institutions--about \$620 million in current dollars, adjusted for inflation. The total of Scaife's giving--to conservatives as well as many other beneficiaries--exceeds \$600 million, or \$1.4 billion in current dollars, much more than any previous estimate. (...) Scaife's philanthropy has had a disproportionate impact on the rise of the right, perhaps the biggest story in American politics in the last quarter of the 20th century.“

⁹⁷ Siehe www.mediatransparency.org

(38,9 Mio. \$), die John M. Olin Foundation (17,4 Mio \$), die Shelby Cullom Davis Foundation (13 Mio \$) und die Richard and Hedlen DeVos Foundation (12,2 Mio \$). 46 % der Mittel gingen an konservative Thinktanks, die sich mit allgemeinen politischen Fragen befassen; an der Spitze standen dabei: Heritage, Intercollegiate Studies Institute, George Mason University (Mercatus Center), American Enterprise Institute for Public Policy Research, Hillsdale College, Citizens for a Sound Economy Foundation, Judicial Watch, Free Congress Research and Education Foundation, Hoover Institution on War, Revolution, and Peace sowie das Manhattan Institute for Policy Research.⁹⁸ Die Spenden und Zuwendungen von Unternehmen an solche von Steuern befreiten Organisationen müssen nicht ausgewiesen werden. Ihr Umfang ist unbekannt. Rob Stein schätzt die Gesamtsumme der seit den frühen 70er Jahren an die 43 aktivsten und einflußreichsten Organisationen der intellektuellen Infrastruktur der rechten, konservativen und neokonservativen geflossenen Mittel auf 2,5 bis 3 Mrd \$.⁹⁹

„It’s a small world“ sagte William Kristol bei seiner Charakterisierung dieser Welt des Neokonservatismus.¹⁰⁰

6 Die Strategie und ihre Hauptelemente

6.1. Die Grundlinien

6.1.1. *Der Big Deal und sein Modus: das informal American Empire*

Zwischen dem 11. 9. 2001 und Mitte 2002 setzte sich in der Bush-Administration eine Einschätzung der globalen Situation und der sich daraus ergebenden vor allem militärpolitischen und –strategischen Zielsetzungen durch, deren Aussagen zur *Situation* (die qualitative Disparität der Macht zwischen den USA und „dem Rest der Welt“), politischen *Zielsetzung* (diese global als pax americana auf Dauer zu stellen) und zur politischen *Methodik* (Kriegführung, Präventivpolitik) sich deutlich von jener der

⁹⁸ S. NCRP Presseerklärung v. 12.3.2004, s. www.ncrp.org. Dies ist eine Grundlage der gewachsenen öffentlichen Präsenz. Repräsentanten der Heritage Foundation waren allein 2002 öfters im überregionalen Fernsehen als in den 90er Jahren zusammengekommen; sie traten in über 600 TV-Sendungen und mehr als 1000 Radiosendungen auf und sie publizierten etwa 8000 Beiträge für Printmedien, s. Jerry M. Landay: The Apparat. Mediatransparency.org v. 18.3.2004

⁹⁹ Jerry M. Landay: The Apparat. Mediatransparency.org v. 18.3.2004

¹⁰⁰ Zitiert nach Joe Hagan: President Bush’s Neoconservatives Were Spawned Right here in N.Y.C., New Home of the Right-Wing Gloat, in: New York Observer v. 28.4.2003

US - Regierungen der letzten Jahrzehnte unterscheidet, ohne allerdings die Grenzen der großen politischen Grundlinie zu überschreiten, welche die Außenpolitik der USA seit jeher kontinuierlich kennzeichnete. Sie bricht nicht, sondern schreibt fort.

Natürlich ist sind die wesentlichen Merkmale dieser Politik ebenso umstritten wie die Antwort auf die Frage, welche Position die USA im internationalen System einnehmen. Eine erste Antwort geht davon aus, dass die amerikanische Außenpolitik bislang immer reaktiv einer gegenhegemonialen Strategie folgte. Sie sei nichts als ein Versuch, die Herausbildung der Dominanz einer Macht in Europa oder Asien zu verhindern, denn eine solche Macht könnte die USA in ihrer eigenen Hemisphäre und ihrem „Hinterhof“ herausfordern. Die Beteiligung der USA an den zwei Weltkriegen des letzten Jahrhunderts war in dieser Sicht also nichts anderes als ein Versuch zu verhindern, dass Deutschland die hegemoniale Position in Europa erobert. Und ebenso steht in dieser Sicht die „Containment-“ und „Deterrence“-Politik der Nachkriegszeit des Kalten Krieges für das reaktive und nur defensive, gegenhegemoniale Bemühen der USA, eine aggressive Sowjetunion davon abzuhalten, in Europa und Asien zu einer Macht zu werden, welche die USA global herausfordern kann. Häufig genug ist diese Auseinandersetzung als weltgeschichtlicher Grundkonflikt zwischen Gut und Böse, Freiheit und Unfreiheit, Fortschritt und Rückfall hypostasiert worden.

Wer die us-amerikanische Politik jedoch als allein oder überwiegend reaktive, gegenhegemoniale Politik charakterisiert, muss sich mit der Frage auseinandersetzen, warum sich nach 1989/90 die Außenpolitik der USA nicht ganz grundsätzlich geändert hat, als der konkurrierende Hegemon zusammengebrochen war. Denn offensichtlich hat sich diese Politik *nicht* grundsätzlich geändert: die NATO als das von den USA dominierte Militärbündnis durchlief zwei Erweiterungsrunden und die Militärbündnisse mit Staaten in Asien – insbesondere Japan und Südkorea – wurden nicht aufgegeben, sondern gefestigt. Die These von einer bloß reaktiven, also gleichsam schwachen und nur gegenhegemonial agierenden Außenpolitik der USA findet keine Erklärung für das außenpolitische Agieren der USA in der nachsowjetischen Zeit. Eine andere Antwort auf die Frage, welche Grundlinien für die US-amerikanische Politik charakteristisch sind, muss den hier genannten Aspekt des kontinuierlichen Versuchs, die Etablierung eines Gegenhegemon zu verhindert oder ihn zu konfrontieren nicht ignorieren, kann aber zugleich erklären, warum es in der postsowjetischen Ära nicht zu einem grundsätzlichen Bruch in der Außenpolitik der USA gekommen ist.

Tatsächlich war - nach der *inneren* Eroberung des Kontinents und dem Bürgerkrieg – bereits seit Ende des vorletzten Jahrhunderts das zentrale

Thema der entstehenden auswärtigen Politik der USA die aktive *transkontinentale Expansion* der amerikanischen Interessen. Dieser Operationsmodus oder Sinn der Ökonomie ist keineswegs ein Spezifikum der US-Ökonomie, sondern Bewegungsform der kapitalistischen Ökonomie im Ganzen. Im Falle der USA war der strategische Schlüsselbegriff dieser Politik die Idee der *Open Door*, also die Öffnung der ökonomischen Ordnungen und damit der Zugang zu den Märkten und Rohmaterialien der Welt für das amerikanische Kapital und die Möglichkeit, der genuin ideologischen Mission der Verbreitung einer spezifisch amerikanischen Variante des Liberalismus nachzukommen.¹⁰¹ Der Gedanke des Zugangs und der Öffnung oder Durchlässigkeit von Grenzen entspricht der Interessenlage eines jeden expansiv operierenden Hegemons, wie der Historiker Thomas McCormick veranschaulicht: "As the dominant industrial, commercial, and financial center, it has the most gain from a world of free trade, free capital movements, and free convertibility - a free world; and the most to lose from a world of mercantilist state interventions that seriously limit those freedoms. So it possesses built-in incentives to use its position as the workshop and banker of the world system to create institutions and ground rules that foster the internationalization of capital; and to use its position as theologian of the system to preach the universality of freedom of the seas (the Dutch), and free trade (the British) and the open door (the Americans), and comparative advantage and specialized division of labor (all of the above)..."¹⁰²

Die Vorstellung von der neuen Welt, die im Zentrum dieser Politik stand, war also seit jeher recht einfach: sie musste nicht amerikanisch sein, aber *offen* für amerikanische *Produkte, Investitionen und Ideologien*. Offenheit war die Gewährleistung für die Ausbildung der Tradition kontinuierlicher *Machtsteigerung*. Grenzen in dieser Welt waren dazu da, überwunden zu werden – zu Recht ist das Thema der ständig neuen Grenzüberschreitung („next frontier“) als Kern der amerikanischen politischen Kultur der Expansion charakterisiert worden. Der spezifische Modus der Open-Door-Politik war also (von wenigen Ausnahmen abgesehen) nicht die Eroberung und direkte Kontrolle von Territorien, sondern der Aufbau einer Ordnung *informeller* Herrschaft, ermöglicht durch access. Praktiziert wurde diese Politik zunächst auf dem amerikanischen Kontinent (Kanada, Mittel- und Lateinamerika).

Spätestens im Verlauf des zweiten Weltkrieges bekam diese *grand strategy* der offensiven und aktiven transkontinentalen Expansion eine neue Qualität: es ging nun um *globale* Hegemonie oder Dominanz. Die USA dehnten

¹⁰¹ Die klassische Studie zur Frage der Open Door und des *american way of expansionism* ist William Appleman Williams: *Tragedy of American Diplomacy* ???

¹⁰² Thomas McCormick: 'Every System Needs a Center Sometimes.' An Essay on Hegemony and Modern American Foreign Policy, in: Lloyd C. Gardner: *Redefining the Past: Essays in Diplomatic History*, ??? 1986, S.199

in der Nachkriegszeit die räumliche Dimension ihrer Interessen ins Globale aus; sie schufen eine internationale Ordnung, die ihren Interessen förderlich war; sie kontrollierten das ökonomische, technische und vor allem das finanzielle System; ihre Bündnispartner waren von ihnen abhängig und erhielten eine sozioökonomische und liberale Entwicklungsperspektive; sie bauten eine Nuklear-, Luft- und Schiffsmacht auf, die sie weltweit militärisch interventionsfähig machte; sie schufen sich eine multilaterale Ordnung und Kultur des Zugangs in Europa und Ostasien und propagierten ein Set von Werten mit universellem Geltungsanspruch; und sie konzentrierten ihre Ressourcen darauf, den zunächst 1917 und dann nach 1945 in noch größerer Macht entstandenen globalen Rivalen zu beseitigen. Es ging darum, global die „preponderant power“ (Paul Nitze) zu werden.¹⁰³ Als das staatssozialistischen Bündnis zusammenbrach, war dieses Ziel erreicht. Seit 1990 setzen die USA ihre Politik der Expansion kontinuierlich fort: rapide Ausdehnung ihrer militärstrategischen Präsenz in Bereichen, in denen sie bislang noch nie Fuß fassen konnten - Balkan, Osteuropa, Zentralasien, Mittlerer Osten, wobei sie mehrere größere Kriege im Balkan und im Persischen Golf führten und in mehr militärische Konflikte verwickelt waren als in der Zeit des Kalten Krieges; sie versuchen endgültig die strategische Kontrolle über den zentralen Rohstoff Erdöl zu erreichen, auf den potentielle Hegemonialkonkurrenten zunehmend angewiesen sein werden; und sie beanspruchen ein Recht auf präventive Intervention im globalen Maßstab.

Der Grundansatz der amerikanischen *grand strategy* änderte sich also nach 1989/90 nicht, weil er über die Zeit der Systemkonfrontation mit der UdSSR und ihre Bündnisstaaten hinausging. Am Ende des Jahrhunderts war das Ziel erreicht: das Etablierung der USA als globaler Hegemon. Was dies nun allerdings bedeutet, ist klärungsbedürftig. Auf jeden Fall sind sie nunmehr unbestritten und eindeutig die einzige Großmacht im internationalen System – ob sie allerdings alle anderen Staaten oder auch nur Elemente dieses globalen Systems dominieren, führen oder imperial beherrschen, ist eine ganz andere Frage.

Der Außenpolitik der USA liegt somit nicht das Konzept der Gegenhegemonie, sondern der Grundgedanke der offensiven Expansion und aktiven Machtsteigerung zugrunde. Sie war und ist durch das *doppelte politische Ziel* charakterisiert, „to make world safe for capitalism“ und „to ensure American primacy within world capitalism.“¹⁰⁴ Der liberale Historiker und Politikwis-

¹⁰³ Zitiert nach Melvyn P. Leffler: A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration, and the Cold War, Stanford ???, S.19.

¹⁰⁴ Perry Anderson: Force and Consent, in: New Left Review 17 Sept/Oct 2002 S.5ff. Zur Kontinuität der Hegemonieposition der USA siehe Ashley J. Tellis: The Drive for Domination, unveröff. Diss. University of Chicago 1994

senschaftler John Ikenberry hat diesen *Big Deal* des 20. Jahrhunderts zwischen den USA und den anderen kapitalistischen Ländern noch radikaler charakterisiert: "The United States made its power safe for the world, and in return the world agreed to live within the US system".¹⁰⁵ Für Ikenberry gehören die USA, Europa und Japan („die Welt“) zu einem "Amerikanischen System" als dem „Kern“ der internationalen Ordnung, dessen Stabilität durch den Tausch der Selbstbegrenzung der US-amerikanischen Macht und Schutz gegen Kooperation gesichert wird.

Die kapitalistische Welt zu sichern bedeutete grundsätzliche Frontstellung gegen tendenziell und real nichtkapitalistische Formationen, im Kern also: Beseitigung antikapitalistischer Formationen durch Integration oder Destruktion. Dies ist eine vergleichsweise leicht verständliche und recht problemlos zielgenau anzupackende Aufgabe, deren Erfolgsgeschichte historisch ausführlich dokumentiert ist und hier keiner Behandlung bedarf.

Die Sicherung des amerikanischen Primats ist demgegenüber eine vergleichsweise komplizierte und aktuelle Angelegenheit, doch für die politischen Repräsentanten des us-amerikanischen Kapitalismus gab es im letzten Jahrhundert nie eine Alternative zu einer solchen Zielsetzung: „To seek less than preponderant power would be to opt for defeat“, formulierte 1947 die Abteilung für politische Planung des US-Außenministeriums, und: „Preponderant power must be the object of U.S. policy.“¹⁰⁶ Im Kern müssen hierzu zwei Aufgaben gelöst werden: es geht um die *besondere* Dominanz in der Konkurrenzbeziehung zwischen den zentralen kapitalistischen Staaten ebenso wie um die *allgemeine* Dominanz im internationalen System.

Das erste bedeutete die Realisierung dieser Zielsetzung unter geokräftepolitischen Aspekt: das Entstehen eines eurasischen Konkurrenten galt es zu verhindern und seine potentiellen Randzonen (Westeuropa, Naher Osten, der „Pazifische Bogen“) zu kontrollieren. Dies ist das klassische, zentrale Ziel der US-amerikanischen Geostrategie. *Dies ist die Frage des politischen Imperialismus.*

Es ging bereits im letzten Jahrhundert durchgängig für die USA darum, in einem „langen Krieg“ (Philip Bobbitt)¹⁰⁷ von 1917 bis 1989 konkurrierende Hegemonen im eurasischen Herzland einzusiegeln, zu zerschlagen und zu verhindern, dass andere Territorialstaaten in ihren Regionen mit den USA

¹⁰⁵ G. John Ikenberry: American Grand Strategy in the Age of Terror, in: Survival 4 (2001) S.19-34, hier: S.21.

¹⁰⁶ Zit. nach Melvyn J. Leffler: A Proponderance of Power: National Security, the Truman Administration, and Cold War, Stanford 1992 S.18f. Siehe dazu Harold Mackinder: Democratic Ideals and Reality, New York 1962; Colin S. Gray: The Geopolitics of Superpower, Lexington 1988; Thomas Fleming: The War Within World War II: Franklin Delano Roosevelt & the Struggle for Supremacy. New York 2001; John Fousek: To Lead the Free World: American Nationalism & the Cultural Roots of the Cold War. Chapel Hill 2000.

¹⁰⁷ Philip C. Bobbitt: The Shield of Achilles: War, Peace, and the Course of History, New York 2002 S.21ff.

vergleichbare Hegemonialpositionen erreichten – unabhängig von ihrer sozialökonomischen und politischen Ordnung, ob sie kapitalistisch oder nichtkapitalistisch verfasst waren, ob es um die Staaten am östlichen (China, Rußland) oder am westlichen (EU) Ende des eurasischen Blocks ging. Geopolitisch steht für diese Position die klassische Argumentationstradition, die etwa Zbigniew Brzezinski's 1997 publizierter Text »Die einzige Weltmacht« (»The Grand Chessboard«) präsentiert, wonach sich flächen- und bevölkerungsmäßig nur auf dem größten Kontinent Eurasien ein konkurrierender Machtblock entwickeln könne (EU, Rußland oder China ...). "After the United States, the next six largest economies and military spenders are there, as are all but one of the world's overt nuclear powers, and all but one of the covert ones. Eurasia accounts for 75 percent of the world's population, 60 percent of its GNP, and 75 percent of its energy resources. Collectively, Eurasia's potential power overshadows even America's." (...) "Eurasia is the world's axial supercontinent. A power that dominated Eurasia would exercise decisive influence over two of the world's three most economically productive regions, Western Europe and East Asia. A glance at the map also suggests that a country dominant in Eurasia would almost automatically control the Middle East and Africa." ¹⁰⁸ "... it is imperative that no Eurasian challenger emerges, capable of dominating Eurasia and thus of also challenging America. The formulation of a comprehensive and integrated Eurasian geostrategy is therefore the purpose of this book (...) Two basic steps are thus required: first, to identify the geostrategically dynamic Eurasian states that have the power to cause a potentially important shift in the international distribution of power and to decipher the central external goals of their respective political elites and the likely consequences of their seeking to attain them;... second, to formulate specific U.S. policies to offset, co-opt, and/or control the above (...) Henceforth, the United States may have to determine how to cope with regional coalitions that seek to push America out of Eurasia, thereby threatening America's status as a global power. (...) The most immediate task is to make certain that no state or combination of states gains the capacity to expel the United States from Eurasia or even to diminish significantly its decisive arbitration role." ¹⁰⁹

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus geht es für die USA allerdings nicht mehr nur um „Abschreckung“ eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, *durch Blockade, Inklusion oder präventive Intervention bereits im Ansatz die Entstehung einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern*. Dies ist die erste qualitativ neue Problemstellung, auf welche das Projekt des *neoliberal empire* zu reagieren versucht.

¹⁰⁸ Zbigniew Brzezinski: A Geostrategy for Eurasia, in: Foreign Affairs September/October 1997

¹⁰⁹ Zbigniew Brzezinski: The Grand Chess Board, S. xiv, 40,55,198.

Sicherung des amerikanischen Primats bedeutet aber zum anderen noch weit darüber hinausgehend, das spezielle Gut der USA im globalen Big Deal - die „Sicherung der Welt für den Kapitalismus“ - so zu gestalten, dass sie zugleich dieses Primat befördert, indem sie das internationale politische und ökonomische System offenhält ((*open door, free trade, access*) und Schließungen, Merkantilismus oder Autarkiepolitiken verhindert. In den Worten des neokonservativen Fernsehkommentators Ben Wattenberg: „Our goal in the global game is not to conquer the world, only to influence it so that it is hospitable to our values.“¹¹⁰ Damit geht es um die Frage der Gestaltung des *gesamten* internationalen Systems und nicht „nur“ um das Problem, wie man *einen* Hegemonialkonkurrenten verhindert oder ausschaltet. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus fallen Globalismus mit Planetarismus erstmals weitgehend zusammen. Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von *Weltordnung*. Dies ist die zweite qualitativ neue Problemstellung, auf welche nun das Projekt des neoliberalen Empire zu reagieren versucht. Und dies ist das alleinig amerikanische Projekt der Gegenwart. *Man kann dies deshalb die Frage des Empire nennen.* Die atemberaubende Radikalvariante dieser Zielsetzung ist nicht aus der Welt, aber noch kaum in ihr: die Option, nicht mehr die Welt für Amerika sicher zu machen, sondern aus Amerika die Welt und aus der Welt Amerika zu machen: *globus americanus*.

Die operativen kräftepolitischen Maximen zur Realisierung dieser übergeordneten Zielsetzungen im globalen Feld der Machtakeure hat übrigens ebenfalls Zbigniew Brzezinski in der Sprache Roms und aus dem Blickwinkel der herrschenden Klasse expliziert: „The three grand imperatives of imperial geostrategy [are] to prevent collusion and maintain security among the vassals, to keep tributaries pliant and protected, and to keep the barbarians from coming together.“¹¹¹ In der Konfrontation mit der Sowjetunion und dem nichtkapitalistischen Staatenblock fielen in ungeheurer Schärfe beide Basisziele - Sicherung des Kapitalismus und Sicherung der amerikanischen Hegemonie - zusammen. Beides gilt als Voraussetzung für die Sicherung des Territoriums des amerikanischen Kapitalismus, das letztmals 1814 erfolgreich attackiert worden war, als die Briten das Weiße Haus in Flammen setzten. Nichtkriegerische Verkehrsweisen zwischen den relevanten liberaldemokratischen Mächten gilt dabei als positiver Zusatzeffekt einer Hegemonialposition der USA.¹¹² Die Option einer militärischen Erzwingung dieses Handels zwischen den USA und den kapitalistischen Mächten

¹¹⁰ Ben Wattenberg: To Sow Seeds of Freedom, in: Washinton Times v.1.8.1990

¹¹¹ Zitiert in G. Acher: Rasputin Plays Chess: How the West Blundered into a New Cold War“, in: Tariq Ali (Hg.): Masters of the Universe? London 2000 S.72.

¹¹² So unter den Analysten der Internationalen Beziehungen die Vertreter des „offensiven Realismus“ wie John J. Mearsheimer: Tragedy of Great Power Politics; Fareed Zakaria: From Wealth to Power: The Unusual Origins of America's World Role, Princeton 1998.

in Europa und Asien oder gar einer militärischen Konfrontation zwischen diesen existierte faktisch nicht: weder die Budgetstruktur noch das Netzwerk überseeischer Basen noch das Design der militärischen Machtprojektion lassen ein Verfolg solcher Optionen erkennen.

Eine global ansetzende imperiale Form einer imperialistischen Struktur sieht sich allerdings mit einem grundsätzlichen politischen Problem konfrontiert, auf das David Harvey hingewiesen hat. Es ergibt sich aus der widersprüchlichen Beziehung zwischen der Dynamik einer vorhandene Grenzen ständig neu überwindenden „gesamtkapitalistischen“ Akkumulation einerseits und der territorialen Logik der Politik andererseits: ständig oder zumindest grundsätzlich muss eine delikate Balance gehalten werden “between keeping the world open enough to allow the capitalistic logic to unfold relatively free of constraints and keeping territorial logics stable and confined enough to prevent the rise of any grand challenge to US military and political dominance.”¹¹³ Die Realisierung der doppelten Zielstellung der Sicherung des kapitalistischen Weltsystems und seiner Akkumulation einerseits, der Dominanz der USA in einem relativ stabil aufgestellten und sicherem Staatensystem andererseits stellt sich dar in der Form eines *informal american empire*, das diese beiden Momente der geopolitischen Stabilisierung („cop“) und der Auflösung durchsetzen und bearbeiten muss. Die territoriale Logik globaler Hegemonie vollzieht sich als ein *informelles Empire*, das *durch* ein Staatensystem herrscht und daher die „Offenheit“ (eben für die Penetration seiner Machtinteressen) zum globalen Wert verdinglicht: „be open to people, ideas, and goods from across the globe“ – NSS). *Das amerikanische Imperium war somit informell: “the new informal form of imperial rule, not only in the advanced capitalist world but also in those regions of the third world where it held sway, was characterized by the penetration of borders, not their dissolution. It was not through formal empire, but rather through the reconstitution of states as integral elements of an informal American empire, that the international capitalist order was now organized and regulated. Nation states remained the primary vehicles through which (a) the social relations and institutions of class, property, currency, contract and markets were established and reproduced; and (b) the international accumulation of capital was carried out.”*¹¹⁴ Hier wird also auf eine Unterscheidung zurückgegriffen, die nichts mit der klassisch-marxistischen Unterscheidung zwischen „reell“ und „formell“ zu tun hat und in der theoretischen Debatte zumindest drei unterschiedliche Bedeutungen angenommen hat. Die Unterscheidung „formell“ versus „informell“ bezieht sich

¹¹³ Harvey, *Imperialism*, S.84. Diese Balce kann deswegen gehalten werden, weil sich die bürgerlich-kapitalistische als Trennung von Ökonomie und Politik etablierte, deren Reproduktion eine ständige Aufgabe des Staates war.

¹¹⁴ Leo Panitch, Sam Gindin: *Global Capitalism and American Empire*, in: *Socialist Register* 2003, S.??? (Hervorh. RR)

einerseits auf die Kategorie des Staates und die Existenz territorialer Grenzziehungen – werden diese Grenzen relativiert (also zum Beispiel durch andere Ressourcen und Formen der Herrschaftsausübung substituiert) und wird auf eine Inkorporierung in eine staatliche Konstruktion verzichtet, dann nimmt Herrschaft eine informelle Natur an. Der „imperialismus of free trade“, den die Historiker Robinson und Gallagher dem britischen Empire des 19. Jahrhunderts zuschrieben, gilt als erste (und später überwundene) Form eines solchen informellen Empire.¹¹⁵ Sie gingen dabei davon aus, dass ein informelles Empire die präferierte imperialistische Form sei: „British policy followed the principle of extending control informally if possible and formally if necessary. (...) The usual summing up of the policy of the free trade empire as 'trade not rule' should read 'trade with informal control if possible; trade with rule when necessary'...[b]y informal means if possible, or by formal annexations when necessary“¹¹⁶ Die Ursachen des Wechsels von informellem zu formellem Empire sahen sie in kolonialen Revolten, die zu territorialen Annexionen führten und in der Rivalität der europäischen Mächte untereinander, die aus Gründen raumpolitischer strategischer Kalküle zur Errichtung formeller Regimes führten.

Bereits liberale Theoretiker des Imperialismus wie Hobson haben zwischen „Imperialism“ und „Informal Empire“ unterschieden, wobei dieser wie auch etwa Arrighi¹¹⁷ oder daran anknüpfend Bromley diese Unterscheidung im Unterschied zu der eben genannten auf die Art und Weise der Beziehungen zwischen entwickelten kapitalistischen Staaten bezogen – mal Konkurrenz, mal Kooperation - und daraus mehr oder weniger prononciert die Existenz zweier grundsätzlich unterschiedener Blicke auf die internationale Ordnung ableiteten: „In an interimperialist world“, schreibt Bromley, „one imperialism gains at the expense of another, even as both exploit the periphery“. In einer „ultra-imperialist world“, das bedeutet einem „concert of Informal Empires...each gains by co-operating with the other, even if the sharing of the gains is uneven.“¹¹⁸ Wie eine solche Informalität zu verstehen ist, erschließt sich für manche Autoren endlich aus einer weiteren Unterscheidung: jener zwischen „direkt“ und „indirekt“. Ein Beispiel ist die durchaus konzise Analyse des Imperialismus von Joachim Hirsch:

¹¹⁵ John Gallagher, Ronald Robinson: "The Imperialism of Free Trade" in: The Economic History Review 1 / 1953

¹¹⁶ Robinson, Gallagher, Imperialism, S. 13, S.3.

¹¹⁷ „At least in principle...two quite distinct types of rivalry were involved. In the case of Imperialism, rivalry affected political relations among states and was expressed in the arms race and the drive to territorial expansion; whereas in the case of Informal Empire, it concerned economic relations among individuals of different nationality and was expressed in the international division of labour. Thus imperialism signified political conflict among nations, Informal Empire economic interdependence between them.“ Giovanni Arrighi: The Geometry of Imperialism, London 1983 S.41.

¹¹⁸ Simon Bromley: Reflections on Empire, Imperialism and United States Hegemony, in: Historical Materialism 11.3, Leiden 2003 S.26

„Bei der äußeren Expansion (des Imperialismus – RR) können grundsätzlich zwei Formen, nämlich formelle und informelle unterschieden werden. Formelle Expansion beruht auf der direkten militärischen Unterwerfung und Kontrolle von Territorien, typisch im Fall des Kolonialismus. Informelle Expansion dagegen findet dann statt, wenn dominierende Mächte die Staaten und Regierungen ihres Einflussgebiets dazu zwingen können, sich so zu verhalten, dass der Expansion des Kapitals keine Hindernisse entgegengesetzt werden... Auch informelle Expansion setzt die Verfügung über militärische Gewaltpotentiale voraus, die aber in der Regel nicht zu territorialen Eroberungen, sondern dazu benutzt werden, formell selbständige Regierungen zu einer geeigneten Politik zu veranlassen.“¹¹⁹ Welches Verständnis von „informell“ auch zugrundeliegen mag: das praktische Funktionieren eines informellen „American Empire“ kann somit nur „durch“ und vermittels real existierender nichtamerikanischer Nationalstaaten realisiert werden, die zu „penetrated systems“ (James N. Rosenau) werden. Das schwache Instrumentarium einer „Kontextsteuerung“ greift dabei weit weniger, wenn es um starke konkurrierende Staaten (in denen der Neoliberalismus den fordistischen Welfare State noch nicht ganz geschleift hat) und gleichermaßen um ganze Bündel von „Schurkenstaaten“ geht, die durch tatsächlichen „Regime Change“ transformiert werden müssen in kontingente politische Ordnungen, über die eine effiziente Organisation eines globalen Akkumulationsprozesses verwirklicht werden kann.¹²⁰ Panitch / Gindin's Charakterisierung des zentralen Problems der us-amerikanischen Politik ist daher zuzustimmen: „The need to try to refashion all the states of the world so that they become at least minimally adequate for the administration of global order -- and this is now also seen as a general condition of the reproduction and extension of global capitalism -- is now the central problem for the American state.“¹²¹

Die informelle Form hat zugleich eine neue, besondere ökonomische Grundlage: die wechselseitige Penetration der nationalen Kapitale hat dazu geführt, dass das in einem bestimmten Territorium aktiv fungierende Kapital überall zu jeweils relevanten Teilen aus nationalem wie transnationalem Kapital besteht. Somit entsteht innerhalb der einzelnen Nationalstaaten neben der bislang dominierenden „nationalen Bourgeoisie“ eine weitere Kapitalfraktion, die international ausgerichtet ist und sozialökonomisches Basiselement eines transnationalen politischen Subjekts dienen kann – eine Unterscheidung, die in den 70er Jahren von Poulantzas akzentuiert wurde.

¹¹⁹ Joachim Hirsch: Was ist eigentlich Imperialismus? In: www.links-netz.de/T_texte/T_hirsch_imperialismus.html 3/2004

¹²⁰ Im Raum, um den es hier geht, leben zwei Milliarden Menschen, siehe Thomas P.M. Barnett, seit 2001 Assistant for Strategic Futures im Vize-Rumsfeld nach 9/11 eingerichteten *Office of Force Transformation* des Pentagon und Professor am United States Naval War College, *The Pentagon's New Map*, in: Esquire 3/2003.

¹²¹ Panitch/Gindin, *Empire*.

Jene Autoren freilich, die mit diesen Unterscheidungen „direkt/indirekt“ und „formell/informell“ operieren, weichen allerdings oft der Frage aus, ob sich der *Raum*, den das indirekte und informelle Imperium umschließt, näher bestimmen lässt, wie er sich strukturiert (häufig wird mit der Unterscheidung Zentrum (Kern) – Peripherie operiert), welche Grenzen er hat, was sein „außen“ ist - oder ob er als globale Konfiguration dann mehr oder weniger mit dem realplanetaren Raum zusammenfällt und damit auch auf ein *American Empire* jene denkwürdige (weil in das Kernverständnis von Politik treffende) und auf ein neuartiges *Empire* abzielende Formulierung Hardt/Negris gilt: „Es gibt kein außen mehr“. Hier wird eine empirische Schwäche der Begriffe deutlich. Auch eine Operationalisierung der Unterscheidung „direkt/indirekt“ ist kaum zu finden.

Folgt man nun dieser, neuerdings insbesondere von Panitch/Gindin dargelegten Vorstellung, dann entwickelte sich der „Freihandelsimperialismus“ des britischen Empire des 19. Jahrhunderts zunächst als informeller Imperialismus, dem dann die Zeit des formellen Imperialismus folgte mit seinen Merkmalen des Staatsinterventionsismus, Kolonialismus, Okkupation, Protektionismus und der Territorialpolitik mitsamt den Weltkriegskämpfen um die Neu- und aufteilung formell abgegrenzter Territorien. Nach 1945 folgte dann ein erneuter Wechsel zu einem informellen Imperialismus, allerdings hatte das Subjekt gewechselt: nun war der zentrale Avantgardeakteur der neuen Zeit des Fordismus die USA. Das „informal American Imperium“ (Anderson) nach Ende des zweiten Weltkrieges beruhte auf Bretton Woods, dem freien Welthandel (GATT), dem Marshallplan, der NATO und dem Sicherheitspakt zwischen Japan und den USA bzw. weiteren Abkommen (SEATO, CENTO). Es baute auf der aktiven Unterstützung der Entkolonialisierung und der Entstehung zahlreicher formal selbständiger Nationalstaaten in der Dritten Welt auf. Es gab, wie Charles Bright und Michael Meyer in ihrer Debatte der Frage „Where in the World is America?“ daher nicht nur die USA als das *territorial* fixierte Amerika, sondern auch das Amerika des *Americanism*: „The postwar American sovereign, built on territories of production, had created vectors along which elements of the U.S. state and American civil society could move off into the world and benefit from the permanent projections of American power overseas...The tools of control – military (the alliance systems and violence), economic (dollar aid and investments), political (the leverage and sanctions of a superpower), and ideological (the image of the United States as leader of the free world) – were tremendously powerful, and the ideological imagery of the territories of production, with its emphasis on material progress and democracy, proved extraordinarily attractive.“¹²² Damit hatte der

¹²² Charles Bright, Michael Meyer: Where in the World Is America? The History of the United States in the Global Age, in: Thomas Bender (Hg.): Rethinking American History in a Global Age, Berkeley 2002, zit. nach Simon Bromley: Reflections on Empire, Imperialism and United States Hegemony, in: Historical Materialism 11.3, Leiden 2003 S.21

Anreiz zum Replikat des Amerikanismus seine Quellen und aufwändigen Bedingungen – aber er war wirksam und schuf eine Situation, die Zeitgenossen wie Harold Laski den Vergleich zum römischen Imperium nahelegte: "America bestrides the world like a colossus; neither Rome at the height of its power nor Great Britain in the period of economic supremacy enjoyed an influence so direct, so profound, or so pervasive".¹²³ Diese Struktur reflektiert die Schlüsselrolle, welche die USA nach 1945 erreichte: erstmals konnte ein einzelner bürgerlicher Nationalstaat in (zumindest in der Tendenz) globalem Rahmen die alte zwischenimperialistische Konkurrenz eindämmen und eine *koordinierende* Funktion übernehmen, was zugleich bedeutete, dass die politisch-institutionellen Außenbeziehungen der kapitalistischen Kernstaaten, die sich bislang auf ihre Kolonien und von ihnen regional abhängige Staatenbünde richteten, nun auf die USA umorientiert wurden. Kooperation zwischen den kapitalistischen Ländern geschah durch vorweg durch Koordination, nicht durch Zwang; Koordination geschah durch den Anreiz zum Replikat des Amerikanismus, der die avancierteste und verallgemeinerungsfähigste Form der kapitalistischen Produktion, Kultur und Ideologie präsentierte und als globaler Pol der Attraktion wirkte und wirkt: ein „*Empire by invitation*“ (Charles S. Meier). Die USA waren also nach 1945 nicht nur einfach die größte Macht unter den großen Mächten: sie *dominierten* zumindest den Kern des kapitalistischen Weltsystems. Die Ordnung der internationalen Politik außerhalb des sowjetischen Blocks wurde *sternförmig* neu konfiguriert. *Ihr souveränes national-staatliches Zentrum waren nun die USA, die ein „informal American Empire“ errichteten, das – abgesehen von den staatssozialistischen Ländern – faktisch globalen Charakter hatte.*¹²⁴ Die bisherige Konstellation einer Konkurrenz großer kapitalistischer Mächte, die Einflusssphären gegeneinander aufstellten, war vorüber. Zwar war und ist durchaus auch denkbar eine Konstellation, in der Einheit nicht durch einen übergeordneten Akteur der Vereinheitlichung hergestellt und gesichert wurde (und dies ist nichts anderes als die *plane liberalimperialistische Vision*) – die wirkliche historische Welt aber kam und kommt offenbar nicht durch superiore Akteure aus. In die bis heute andauernde Grundlage der neuen Nachkriegskonstellation ging jedenfalls ein jahrzehntelanges ökonomisches und militärisches Primat der USA ein, das zunehmend auch kulturell untersetzt wurde und die teils massiv und hierarchisch erzwungene (Japan, Deutschland, Italien), teils konkurrenzhaft strukturierte Kooperation zwischen den großen kapi-

¹²³ Zit. nach G. John Ikenberry: Illusions of Empire, in: Foreign Affairs 2/2004

¹²⁴ "Only the American state could arrogate to itself the right to intervene against the sovereignty of other states (which it repeatedly did around the world) and only the American state reserved for itself the 'sovereign' right to reject international rules and norms when necessary. It is in this sense that only the American state was actively 'imperialist'." Leo Panitch, Sam Gindin: Global Capitalism and American Empire, in: Socialist Register 2003. Gemeint ist hier offensichtlich *imperial*.

talistischen Staaten vermittelte. Peter Gowan hat in seinen Arbeiten auf das zentrale politische Strukturmuster dieser Konstellation hingewiesen, das in der zweiten Hälfte der 40er Jahre des letzten Jahrhunderts entstanden war: „This deep structure derived from the ability of the United States to create a particular kind of hub-and-spokes structure of relations which ensured that for each of the main core capitalist states its political relationship with the U.S. hub was more crucial to its vital interests than any other possible relationship with any other power.“¹²⁵ Die Pflicht der USA, gegen die „expansive“ Sowjetunion und das Vordringen der kommunistischen und sozialistischen Linken als „Schutzmacht“ zu dienen und zugleich die Hegemonie gegenüber dem globalen Süden zu sichern, begründete auch das Recht, die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen bzw. Strategien der Verbündeten zu einem substantiellen Grad zu kontrollieren und darauf zu insistieren, dass die jeweiligen Verbindungen zu den USA als unersetzlich und letztlich *primär* definiert wurden. Als „liberaler Hegemon“ operierte das informelle Empire USA dabei durch ein Set multilateraler Institutionen, das insbesondere seine militärische Dominanz vermittelte, legitimierte und zugleich verhüllte und damit seinem Primat eine Legitimation verschaffte: auch hierin zeigte sich die indirekte und informelle Natur des American Empire. Zum Modell *liberalimperialistischer* Hegemonie gehörten neben der Kontrolle der Finanzsphäre und der militärischen Hochtechnik die Errichtung militärischer Standorte und die Propagierung eines Sets von Werten mit universellem Geltungsanspruch. Die Entwicklung, Gewährleistung und Absicherung einer sozioökonomischen Entwicklungsperspektive für die Länder der kapitalistischen Kernzone im Rekonstruktionsboom des Nachkriegsfordismus gehörte ebenso zur politischen Ratio der *ökonomischen* Seite dieser Logik wie die Konfiguration eines Systems der internationalen Kapitalakkumulation, das dem amerikanischen Kapitalismus eine dominierende Rolle sicherte. Die grundlegende ökonomische Eigenart – dabei auch: Grenze – dieser Logik globaler Hegemonie liegt darin, dass zu ihr *nicht die direkte, formal auch rechtlich abgesicherte Aneignung von Territorien zur unmittelbaren Ausbeutung* gehört, wohl aber der *Zugang* zu ihnen („Offenheit“ oder „free trade“) sowohl hinsichtlich der Arbeitsmärkte als auch der Waren- und Kapitalmärkte: „an open world“, schreibt Andrew J. Bacevich, „that adheres to the principles of free enterprise is a precondition for continued American prosperity.“¹²⁶ „Offenheit“ statt Okkupation ist ein zentraler ideologiepolitischer Wert, den sich jede US-Administration des vergangenen Jahrhunderts zu Eigen machte, wie auch George W. Bush in seiner Rede am 1.5.2003 auf der „Abraham Lincoln“ verdeutlichte: „Other nations in history have fought in foreign lands and remained to occupy and

¹²⁵ Peter Gowan: U.S.Hegemony Today, in: Monthly Review 3/2003 S. 31.

¹²⁶ S. Bacevich: American Empire, zit. nach Merry, Rome, S. 95

exploit. Americans, following a battle, want nothing more than to return home."¹²⁷

Für Panitch / Gindin gibt es aber auch *politische* Grenzen oder Selbstbeschränkungen der Logik des informellen Imperialismus: "But however close the relationship between the American state and capitalist classes and their counterparts in the informal empire, this did not extend to anything like a sense of patriotic attachment to the American state among the citizenry of the other states. Nor did the American state ever take responsibility for the incorporation, in the Gramscian sense of hegemony, of the needs of the subordinate classes of other states within its own construction of informal imperial rule. Their active consent to its informal imperial rule was always mediated by the legitimacy that each state could retain for itself and muster on behalf of any particular American state project -- and this has often been difficult to achieve in the case of American coercive interventions around the globe over the past fifty years."¹²⁸ Allerdings gibt es jenseits des hier angesprochenen Politikmusters der Mobilisierung *aktiver* und *explizit politischer* Legitimation und Konsensbeschaffung ein breites kulturelles Feld "ungleicher Interdependenz" (Albo) innerhalb des informellen Empire, in dem sich *Superiorität* als durchdringendes Element eines kulturellen Selbstverständnisses der USA ausdrückt. Sie baute sich in einem langen Zeitraum im 20. Jahrhundert auf und fand ihre Grundlage in allen Funktionssystemen der amerikanischen Gesellschaft: „The outer frame of American superiority among nation-states includes the components of political, social, moral, technological, and cultural ascendancy“, schreibt Steven D. Williams: "The political component is articulated in American advancement of particular party politics (democracy and equal political opportunity) where competing systems (monarchies, constitutional or otherwise; various so-called autocracies; and all variations on socialism or communism) are seen as only varying degrees of totalitarianism and selfevidently both inferior and undesirable. The social aspect is manifested in part through idealized concepts of capitalism (free enterprise and equal economic opportunity) that promote "healthy" competition designed to actualize a potential for greatness and prosperity limited only by one's desire for success. Self-identification with a moral superiority, at least partially an outgrowth of the social/political nexus, is promoted in the ideals of freedom (speech, assembly, worship, the press), an avowed avoidance of imperialism, and a collective sense of responsibility to protect and promote such ideals on an international scale. The official separation of church and state as well as the proliferation of such mythologies as the classless meritocracy and equality of opportunity along race/gender lines supports this

¹²⁷ <http://www.state.gov/p/nea/rls/rm/20203.htm>

¹²⁸ Panitch/Gindin: Empire.

assumption even for many whose lives seem an overt contradiction to its acceptance. Technological and scientific ascendancy (“good old American know-how”), though occasionally problematic, has been articulated historically in the efficient exploitation of America’s exceptional wealth of natural resources and the rise of a powerful industrial infrastructure, perhaps best exemplified by the assembly-line production of automobiles—tangible symbols of ingenuity, industrial leadership, and mobility, both spatial and social. The cultural component is the most recent and problematic element, derived from the preceding components but less coherent and less entrenched. If a tradition of superior “high art” is not assured, in the realm of popular culture America’s ascendancy is truly impressive. In terms of commercial success and social reach, Hollywood films and American popular music tower above any competition.”¹²⁹ Superiorität, wie sie hier gefasst wird, ist nun aber nichts anderes als ein Ausdruck einer bestimmten, eben *bürgerlich-imperialen* Form von *Souveränität*.

6.1.2. *Decline und neue neoliberale Hegemonie*

Nach dieser Entwicklungstriade, die mit neuer Präzision und Aktualität 2003 von Panitch/Gindin in deutlicher Abgrenzung von der Empire-Konzeption Hardt/Negris präsentiert wurde, war also nach dem Ende des zweiten Weltkrieges der Zeit des formellen Imperialismus eine Phase des informellen American Empire nachgefolgt, das den liberalen Imperialismus des Fordismus repräsentierte. Die doppelte politische Zielstellung geht hier auf Niederringung eines Hegemonialkonkurrenten bzw. auf die Verhinderung der Entstehung einer Konkurrenzsituation einerseits, auf die Sicherung einer vorteilhaften Gestaltung des Globalkapitalismus andererseits. Die Kriterien der Periodisierung des Imperialismus liegen hier in der Politik und werden mit der Unterscheidung formell / informell gefasst¹³⁰. Diese Konzeption freilich hat es grundsätzlich schwer, den Übergang zu einer neoliberalen Phase kapitalistischer Entwicklung seit den 70er Jahren als einen Entwicklungseinschnitt zu fassen, der zudem bedeutungsvoll für die Hauptunterscheidung formell / informell ist. Erst recht wird sie davon absehen, die Zeiträume nach 1989 oder nach Antritt der Regierung Bush II oder nach *Nineelevn* als etwas wesentlich Neues zu diagnostizieren, das gegenüber der bisherigen Strukturordnung und / oder Politik einen *Bruch*

¹²⁹ S. Steven D. Williams: Tracking the New World Order, in: space & culture 2/2002 S.158.

¹³⁰ Für Hardt/Negri war Imperialismus die Ausdehnung der Souveränität der europäischen Nationalstaaten über ihre eigenen Grenzen hinaus, sie bestimmten ihn also nach dem *politischen* Merkmal der Herrschaft und nicht nach dem *ökonomischen* Merkmal der Herrschaftsbegründung durch Ausbeutung und ökonomische Aneignung über Beziehungen des Tauschs, der Investitionen oder der Migration von Arbeitskräften. Mit der Veränderung der politischen Struktur ist für sie der Imperialismus vorbei. Für Panitch/Gindin bleibt er mit dem Wandel der politischen Form, doch verändert sich.

bedeutet, wie hier überhaupt die Fixierung von Brüchen oder Diskontinuitäten von offenbar nachgeordneter Bedeutung sind. Offenbar ist ja auch das politische Hauptanliegen dieses Ansatzes, gegenüber der insgesamt dominierenden Ansicht („nach 9/11“ oder „nach 89“ ist alles anders) den Gedanken der Kontinuität des informellen American Empire seit Ende des 2. Weltkriegs zu setzen und damit dieser Ansicht entgegenzuwirken. Andererseits lässt sich durchaus die Grundlinie dieses Ansatzes aufgreifen und prüfen, ob nicht solche Veränderungen und Brüche statthatten und gleichwohl Kernaspekte dieses Ansatzes beibehalten werden können.

Tatsächlich war ja die mittlerweile so betonte Dominanzposition der USA alles andere als stabil und durchgängig. Die Kultur und Konzeption liberal-imperialistischer Hegemonie waren keineswegs unangefochten. Im Gefolge des Vietnamkrieges entwickelte sich in den 70er und 80er Jahren eine breite Debatte unter liberalen und linken Historikern und Politikwissenschaftlern über die *Krise der US-Hegemonie*, die Verschiebung des internationalen Machtfelds und den *Niedergang der USA*. Manche *declinists* vor allem – aber keineswegs nur – in der politischen Linken läuteten eine posthegemoniale Ära (Keohane) ein oder diagnostizierten eine neue Ära der Schwäche der USA (Wallerstein), beginnend in den 70er Jahren mit dem Vietnamkrieg, der 68er Kulturrevolution und der neuen Macht der ökonomischen Hauptkonkurrenten Japan und Europa (insbesondere der Bundesrepublik Deutschland)¹³¹. Sie sahen die Entstehung einer Situation, in der die USA zunehmend außerstande schien, ihre klassische außenpolitische Zielsetzung zu realisieren. Den publizistischen Höhepunkt und in gewisser Weise auch gleichzeitigen Schlußpunkt erreichte die Rede vom *american decline* mit dem paradigmatischen Leittext „The Rise and Fall of the Great Powers“ von Paul Kennedy: „The only answer to the question...of whether the United States can preserve its existing position is ‚no‘“, erklärte Kennedy, „... Even in the military realm there are signs of a certain redistribution of the balances, away from a bipolar to more of a multipolar system.“¹³²

Diese Einschätzung, dass die USA in einem Prozess des Hegemonie-, Dominanz- oder Machtverlusts steckten, war andererseits nun natürlich keineswegs unumstritten. Ihr gegenüber machten Autoren verschiedenster Provenienz Front, die an der Existenz einer hegemonialen Position der USA auch für diesen Zeitraum festhielten: Marxisten wie Arrighi, Strange, Cox oder Gill, Liberale wie Russett und Nye oder Reaganiten wie Huntington. Sie verwiesen auf strukturelle Faktoren (die führende Stellung des Dollars, militärische Dominanz, oft singuläre Beherrschung der Spitzentechnologien, deutliche Kontrolle von Schlüsselallianzen, die Rolle der Sprache

¹³¹ Erwähnenswert die Bemerkung Nixons zu Rumsfeld (1971) über seine Relevanzen in der politischen Geografie: „The only things that matter in the world are Japan and China, Russia and Europe, Latin America doesn't matter.“ (zit. nach Mann, *Vulcans*, S.16)

¹³² Paul Kennedy: *The Rise and Fall of the Great Powers*, New York 1987 S.533f.

oder Kultur) und hoben auch hervor, dass die von den *Declinists* angenommene Zentralität des Nationalstaates als Moment und Kriterium politischer Stärke zu relativieren sei¹³³. In aller Regel bestritten aber auch sie nicht, dass der *Big Deal* der USA in den 70er Jahren tatsächlich in eine Krise geraten war, welche die bisherige Position der USA bedrohte und den Aufbau einer ökonomischen Konkurrenzposition Japans und Europas, insbesondere Deutschlands reflektierte. Der ökonomische Decline ging einher mit der politisch-militärischen Niederlage im Indochinakrieg und einem Aufschwung linker, zum Teil regierungsfähiger Bewegungen. Die Krise des bisherigen Hegemoniemusters führte jedoch nicht zu einem Ende der US-Hegemonie, sondern zu seiner Transformation. Eine Lösungsvariante dieser Konfliktsituation schien zwar auf, die einen Übergang der USA in eine außenpolitisch stärker kollaborative und auch die südlichen Staaten progressiv einschließende, im Inneren sozialkorporative Politik erfordert hätte. Eine solche vor allem in Europa in den 70ern vertretene Option setzte sich jedoch nicht durch. Statt dessen entwickelte sich in den 80er Jahren das „Dollar Wall Street Regime“ (Gowan), das dem Kapital der Welt einen sicheren Hafen bot und für die Durchsetzung einer *neoliberalen* Ordnung im größten kapitalistischen Staat der Erde stand. Freilich ist dieses neoliberale Muster nicht durchgängig und „Eins-zu-Eins“ von den Staaten Europas und Asiens akzeptiert worden. Arrighi hat zur Beschreibung dieses Wandels die Unterscheidung formal / informal benutzt.¹³⁴

Während somit in den 70er Jahren ansetzend und dann dominierend in den 80er Jahren der *Neoliberalismus* sich als dominante Logik und Form der *Klassenherrschaft* und *Gesellschaftsregulierung* etablierte, rückte nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Welt dann in den 90er Jahren die Frage nach der Neugestaltung des *internationalen Systems* (und damit nach der Beantwortung der Frage nach dem Big Deal unter neuen Bedingungen) in den Vordergrund, nachdem sie unter reaganitischem Vorzeichen („Victory is possible“) bereits ganz neue Dringlichkeit erhalten hatte. Die Zeitenwende um 1989 brachte eine Fülle politisch-ideologischer Kämpfe um die herrschaftsfähige Beantwortung dieser Frage. Sie dauerten lange an und waren nicht rasch entschieden. Eine solche ideologische Ausformulierung eines imperialen Selbstfindungsprozesses ist kompliziert und nimmt Zeit in Anspruch; die Erarbeitung einer von den US-Eliten weitgehend akzeptierten Definition eines „nationalen Interesses“ dauerte fast ein Jahrzehnt – noch im Wahlkampf 2000 notierte Condoleezza Rice: „The United States has found it exceedingly difficult to define its ‘national interest’ in

¹³³ Vgl. etwa G. John Ikenberry, Rethinking the Origins of American Hegemony, in: *Political Science Quarterly*, 3/1989; Bruce Russett, The Mysterious Case of Vanishing Hegemony. Or is Mark Twain Really Dead?, in: *International Organization*, 2/ 1985; Stephen Gill, American Hegemony: Its Limits and Prospects in the Reagan Era, in: *Millennium* 3/1986 sowie Susan Strange, The Persistent Myth of Lost Hegemony, in: *International Organization* 4/1987

¹³⁴ „...transformation from formal, state-organized hegemony to an informal, market-enforced/corporately organized hegemony.“ (Arrighi, *Crisis*, S.66).

the absence of Soviet Power.“¹³⁵ Welchen Verlauf nahm dieser Prozess der Durchsetzung einer Antwort auf die Frage nach der Neuformulierung des Big Deals?

Am Beginn der 90er Jahre stand zunächst die Zuspitzung der Kontroverse zwischen liberalimperialistischer und reaganitischer Strömung im Zentrum der ideologischen Kämpfe um eine Neudefinition des *Big Deal*, der nach dem historischen Zusammenbruch des staatssozialistischen Lagers neu zu denken und auszuhandeln war. Auf der einen Seite hoben Liberale und *Realisten* das Moment der *Kontinuität* hervor, denn das der jahrzehntelang funktionierende Operationsweise der US-Hegemonie zugrundeliegende Verhältnis von Zwang und Konsens schien sich auch nach 1989 ohne größere Brüche fortzusetzen. Der Wandel von Bi- zur Unipolarität¹³⁶ ging ohne größere geopolitische Beben vor sich, die nach dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Lagers zunächst erwartete konflikthafte Fragmentierung der internationalen Ordnung (Standortnationalismus, Wettrüsten, strategische Rivalität) im Zeichen der Herausbildung einer singulären Machtstellung der USA in der neuen Weltordnung schien auszubleiben. Ikenberry sah als geradezu verblüffendes Merkmal der Phase der 90er Jahre eine „remarkable absence of serious strategic rivalry and competitive balancing among the great powers.“¹³⁷ Die militärische, technologische und ökonomische Macht der USA nahm zwar nach dieser Ansicht im letzten Jahrzehnt zu (nicht zuletzt aufgrund des Ausbleibens des in den 80er Jahren prognostizierten „japanisch-pazifischen Jahrhunderts“), doch dies änderte nichts daran, dass zunächst die Einschätzung einer historischen und realpolitischen *Begrenzung* der neuen Dominanz der USA noch stark verbreitet war und dominierte. In einer neuen Weltordnung sah sie friedensfördernde politische Effekte des neu ins Blickfeld geratenden Prozesses der Globalisierung: die Länder mit Filialen von McDonald's führen keine Kriege miteinander, Geoökonomie ersetzt Geopolitik, die komplexe und verflochtene McWorld zersetzt die Phantasien eines jeden Militärimperialis-

Auf der anderen Seite konturierten die unter Bush sr. erstmals unmittelbar in die gut ausgestatteten Kommandoräume der oberen politischen Dienstklasse eingerückten Neokonservativen immer deutlicher ihre Konzeptionen und loteten die neue Situation aus. Sie betonten im Unterschied zu den realistischen bzw. liberalimperialistischen Einschätzungen frühzeitig den

¹³⁵ Zit. nach Robin, *Endgame*, S.27.

¹³⁶ Nach der neorealistischen Schule der internationalen Beziehungen ist Unilateralismus gegeben, wenn der zweitmächtigste Staat (oder eine Allianz) den mächtigsten Staat nicht ausbalancieren kann, s. Kenneth N. Waltz: *Theory of International Politics*. Reading 1979. Nach den Annahmen der Theorien des Mächtegleichgewichts wie der Hegemonie ist eine solche Situation nicht von Dauer, s. Charles A. Kupchan: *After Pax Americana: Benign Power, Regional Integration, and the Sources of a Stable Multipolarity*, in: *International Security* 2/1998 S.40-79. Mit der neogramscianischen Analysetradition hat dies nichts zu tun.

¹³⁷ Ikenberry, *Grand Strategy*, S.21

Tatbestand wie die Notwendigkeit des *Bruchs* und charakterisierten schon anfangs der 90er Jahre in einer Debatte der Zeitschrift *International Security* oder in den *Foreign Affairs* die damalige Zeitsituation als „unipolares Moment“, den es entschieden zu nutzen gelte. Das ganze Jahrzehnt hindurch wurde diese Position vertieft, verdichtet und konnte immer stärker in den Vordergrund des politischen Feldes gebracht werden.¹³⁸

Denn die USA hatten den Kalten Krieg gewonnen. Eingesetzt hatten sie in dieser Zeit zwischen 1945 und 1990 unter anderem 26 Millionen Menschen in ihrem Militärdienst (von denen rund 150 000 starben) und rund 15 Billionen Dollar Militäraufwendungen (ca. 6 % des BSP).¹³⁹ Dass der Triumph des Kapitalismus im Kalten Krieg ein „end of history“ (Fukuyama) indiziere, es zu einem „clash of civilizations“ (Huntington) kommen werde und die neue Privatisierung der Gewalt im Zeichen zerfallender Staaten eine „coming anarchy“ ankündige – dies alles waren pessimistische Prognosen aus der Theoriekultur des Neokonservatismus. Sie ordneten sich freilich rasch zu einer facettenreichen Kultur der Begründungen für eine Neukonstitution des Primats der USA, die nur in einem solchen Zustand diesen Herausforderungen begegnen könne.

Vor allem die Clinton-Administration allerdings sei, so die neokonservative Kritik, zu einem solchen Bruch hin zur klaren *primacy* außerstande. Diese Frage des Bruchs aber war für sie essentiell. Darauf kam es den Neokonservativen an. Dies war dementsprechend in den frühen 90er Jahren der *zentrale Dissens* in der US-Elite, die Frage, auf die sich alle Auseinandersetzungen zentral konzentrierten: konnte der Zusammenbruch des globalen Konkurrenten Sowjetunion genutzt werden, *auf Dauer* bereits die Entstehung eines tendenziell konkurrierenden Hegemonen zu verhindern? Hatten die

¹³⁸ Dafür stehen Texte wie Christopher Layne, *The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Rise*, in: *International Security* 4/1993, S.5-51; Charles Krauthammer: *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs* Nr. 70 (1990-91); Michael Mastanduno: *Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy*, in: *International Security* 4/1997 S. 49-88; Robert Jervis: *International Primacy. Is the game worth the candle?* In: *International Security* 4/1993; Barry R. Rosen, Andrew L. Ross: *Competing Visions of U.S. Grand Strategy*, in: *International Security* 3/1996-7, S.5-53; William C. Wohlforth: *the Stability of a Unipolar World*, in: *International Security* 1 /1999 S. 4-41; Robert Kagan, William Kristol: *The Present Danger*, in: *The National Interest* 59 (2000), S.57-69; Zalmay Khalilzad: *Losing the Moment? The United States and the World After the Cold War*, in: *Washington Quarterly* 2 /1995; John G. Ikenberry: *After September 11: America's Grand Strategy and International Order in the Age of Terror*, in: *Survival* 4/ 2001-02, S. 19-34; Steve E. Miller: *The End of Unilateralism or Unilateralism Redux?* In: *The Washington Quarterly*, 1/ 2002, S. 15-29; Joseph S. Nye: *Tests: Between Concert and Unilateralism*. In: *The National Interest* Winter 2001/02, S. 5-13; Kenneth Waltz: *Structural Realism After the Cold War*, in: *International Security* 1/2000; Ethan Kapstein, Michael Mastanduno (Hg.): *Unipolar Politics: Realism and State Strategies After the Cold War*, New York 1999. Zur Kritik s. Charles William Maynes: *The Perils of (and for) an Imperial America*, in: *Foreign Policy* Nr. 111 (1998) S. 36-49; Clyde Prestowitz: *Rogue Nation: American Unilateralism and the Failure of Good Intentions*, New York 2003; Michael Hirsh: *At War With Ourselves: Why America Is Squandering Its Chance to Build a Better World*, New York 2003. Zuvor bereits sehr einflussreich Zbigniew Brzezinski: *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York 1997.

¹³⁹ Council on Foreign relations: *A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction*, New York 2003, S. 37.

USA die Macht zur *dauerhaften* Intervention? Waren sie also imstande, die klassisch-geopolitische *imperialistische* Frage zu beantworten? Und konnten sie sich – in der Tradition des Liberalismus der Kennedy-Zeit – an das Geschäft des *liberalen Re-engineering* der Nationalstaaten in der Welt machen, um die imperiale Frage zu beantworten? Waren sie, wie Cheney während der Zeit der ersten Bush-Administration sagte, imstande „to shape the future, to determine the outcome of history“, oder, wie Kagan es später formulieren sollte, „to intervene decisively in every critical region“ der Welt, „whether or not a visible threat exists there“¹⁴⁰ – waren sie also willens und imstande, die Welt zu gestalten? „We have an unparalleled opportunity“, erklärte der republikanische Senator Richard Lugar 1996, „to manage the world.“¹⁴¹ Konnte es nun eine haltbare Antwort auf die *imperiale* Frage geben?

Für die Neokonservativen waren die USA unter Clinton weder willens noch imstande, beide Fragen zufriedenstellend zu beantworten. Sie spielten die Rolle des „*reluctant sheriff*“, wie ein 1993 publiziertes Buch des moderat neuimperialen und unter Bush II bei Powell tätigen Richard Haass formulierte. Die neuen Chancen nach dem Zusammenbruch des eurasischen Haupttrivalen und seines globalen Regimes wurden nach Ansicht der Neokonservativen nicht genutzt, denn die Politik der Clinton-Administration behielt die strategische Option des „liberalen Multilateralismus“ (Ikenberry), der „soft power“ (Nye)¹⁴² und der limitierten Nutzung militärischer Gewaltmittel bei und es dominierte *politikmethodisch* das Moment der multilateral akzentuierten Kontinuität – imperial ausgerichtet oder nicht¹⁴³. Für die Neokonservativen war ein neuer strategischer, *neuimperialer* post-89er-Ansatz von der Regierung Clinton nicht zu erwarten, weshalb sich die Wolfowitz oder Perle oder Muravchik nun daran machten, eine Konzeption des neuen „world leadership“ der USA zu entwickeln: „America is the wealthiest, mightiest, and most respected nation. At times, it must be the policeman or head of the posse—at others, the mediator, teacher, or benefactor. In short, America must accept the role of world leader.“¹⁴⁴ Die frühen 90er Jahre waren also eine Zeit, in der die Neokonservativen – wenigstens

¹⁴⁰ Zit. nach Robin, *Endgame*, S.27f.

¹⁴¹ USA Today v.4.1.1996

¹⁴² S. Joseph S. Nye: *Sell It Softly*, in: Los Angeles Times v.25.4.2004: „Power, simply put, is the ability to influence others to get what you want. Nations need power because without it they have a difficult time advancing their goals. But there are ultimately three main ways for a nation to achieve power: by using or threatening force; by inducing compliance with rewards; or by using 'soft power' — attracting followers through the strength of a country's values and culture. When a country can induce others to follow by employing soft power, it saves a lot of carrots and sticks. This is a lesson the United States needs to keep in mind.“ Rumsfeld erklärte, er könne mit dem Begriff „soft power“ nichts anfangen.

¹⁴³ S. Jan Lodel, *The Price of Dominance*, New York: Council of Foreign Relations Press, 2001; G. John Ikenberry (Hg.), *America Unrivaled: The Future of the Balance of Power*, Ithaca 2002; Joseph S. Nye, Jr., *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*, New York 1991; ders., *The Paradox of American Power: Why the world's only superpower can't go it alone*, New York 2002

¹⁴⁴ Joshua Muravchik (American Enterprise Institute), *The Imperative of American Leadership* Washington 1996 S.1

kurzzeitig – sich auf der Höhe der Zeit wähnten und dies auch sehr klar zum Ausdruck brachten, wie etwa die damalige Welteinschätzung des einflußreichen neokonservativen Fernsehkommentators Ben Wattenberg zeigt: “It’s pretty clear what the global community needs: probably a top cop, but surely a powerful global organizer. Somebody’s got to do it. We’re the only ones who can.” Die Idee des “spreading democratic and American values around the world” nannte er “visionär” und: “Remember this about American Purpose: A unipolar world is fine, if America is the uni.”¹⁴⁵ Und der in den 90er Jahren dann als neokonservativer Hardliner der *Washington Post* prominent werdende Charles Krauthammer plädierte 1991 für einen “robust interventionism”, denn: “We are living in a unipolar world...We Americans should like it—and exploit it.”¹⁴⁶

Die Krisendiagnose der liberalen Theoretiker des *American Decline* schien den Neokonservativen erst recht angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Warschauer Pakts vollkommen abseitig, hochgradig absurd und politisch dumm – das neue Jahrhundert würde ebenso und noch mehr ein *amerikanisches Jahrhundert* sein wie das zu Ende gehende.¹⁴⁷ Für die Neokonservativen war nun eine ganz grundlegend neue Situation eingetreten. Die zwei großen Rivalitäten waren beendet – jene zwischen den kolonial ambitionierten kapitalistisch-imperialistischen Staaten (wie England, Frankreich, Deutschland und Japan) und jene zwischen diesen und dem um die UdSSR gescharten Block des Realsozialismus und dem Nationalismus der Bourgeoisien der Dritten Welt. Damit ging für sie eine politische Ära zuende, die zur Zeit des ersten Weltkriegs Kontur gewonnen hatte.

Zweifellos gab es in der Clintonzeit einen wachsenden Radikalismus der Neokonservativen im Geschäft der politischen Auseinandersetzung. Für sie repräsentierte ein Clinton ohnehin alles, was sie ablehnten: ein liberaler Pragmatiker, eine Saxophonkreatur der liberalen Gegenkultur der 70er, ein Mann der Märkte und nicht der Politik, ein Moderator und Mediator und kein imperialer Macher. Im Rückblick wird deutlich, dass die 90er Jahre in den USA ein Jahrzehnt des *Übergangs* waren oder, politisch formuliert: eine Zeit, in der die Achse der Politik nach *rechts* rückte und ein neuer außenpolitischer Konsens in den US-Eliten entstand, der eine neue Qualität in der *dauerhaften* Ausdehnung der *globalen* Macht der Vereinigten Staaten *thema-*

¹⁴⁵ Ben Wattenberg, Showdown Time...Wake-up Slap, in: Washington Times v. 8.8.1990; ders., Peddling ‘Son of Manifest Destiny’, in: Washington Times v.21.3.1990

¹⁴⁶ Charles Krauthammer: Bless Our Pax Americana, in: Washington Post v.22.3.1991

¹⁴⁷ S. Alfredo Valladao: The twenty-first century will be American, London 1996; Michael Cox: Whatever happened to American decline? International relations and the new United States Hegemony, in: New Political Economy 3/2001 S.311-340; ders.: The new liberal empire: US power in the twenty-first century, in: Irish Studies in International Affairs (2001) S.39-56; ders.: September 11th and US hegemony – or will the 21st century be American too?, in: International Studies Perspektive 3/2002 S.53-70.

tisierte, zunehmend *avisierte* und am Ende dann unter Bush 2 in eine *neuim-periale* Perspektive *radikalisierte*.

In der liberalen, der demokratischen Partei zugeneigten Öffentlichkeit ist eine solche Beurteilung dieser Zeit freilich die Ausnahme. Erst unter Bush wurde allmählich ein neuer Blick auf die 90er Jahre geworfen und einige Autoren kamen auch zu der Schlußfolgerung, dass die Clinton-Administrationen in diesem Übergangsprozess eine durchaus eigenständige und dynamische Rolle spielte. Ein Beispiel dafür ist die Einschätzung von Bacevich, der betonte, dass damals unter Clinton die USA „in fact adhered to a well-defined grand strategy“, nämlich die Strategie „to preserve and...expand an American Imperium.“¹⁴⁸ Diese Wendung „nach rechts“ vollzog sich in einem jahrelangen Prozess und gewann vor allem in der zweiten Regierungsperiode Clintons deutlich an Tempo. Zu den Bedingungen dieser Verschiebungen gehört das zumeist unterschätzte kontinuierliche Anwachsen der Machtposition der sich radikalisierenden Republikaner seit den Zwischenwahlen 1994 und damit der Einflußgewinn vehementer politisch-ideologischer Weltansichten in den USA.¹⁴⁹ Ihre Prämisse war die Stärkung der ökonomischen Position der USA, ablesbar an der Zunahme ihres Anteils am *world economic product* von 25 auf 30 % und einem 107 Monate andauernden Wirtschaftswachstum, das im Bubble der *new economy* dann erst nach der Jahrtausendwende zusammenbrach. Zugleich entstand neuer fiskalischer Spielraum der Politik – erstmals seit 1969 wurde das Budgetdefizit eliminiert und das ökonomische Wachstum ermöglichte eine Wende zu expansiven Militärausgaben ohne erwähnenswerte Legitimationsprobleme. Unter diesen Bedingungen war Mitte der 90er Jahre klar: die politische Klasse der USA optierte fast geschlossen für eine prononciert eben *nicht* multilaterale *world leadership* zu Lasten der UNO: 1995 plädierten 98 % der vom Council for Foreign Relations befragten Mitglieder der politischen, medialen und akademischen Elite der USA für eine „world leadership“ der Vereinigten Staaten von Amerika und nur ein Drittel sprach sich für eine Stärkung der Vereinten Nationen aus.¹⁵⁰ Eine neu *erweiterte Ambition neuimperialer Politik* ging nun geradezu nahtlos zusammen mit der *grenzenlosen Spekulation* einer *new economy*, deren Konturen sich abzeichneten. *Die Wirklichkeiten – vor allem aber die Optionen und Zukunftsträume – von Ökonomie und Politik bewegten sich auf seltene Weise in zeitgleichem Rhythmus neuimperialer Macht.*

¹⁴⁸ Andrew J. Bacevich: *American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*, Cambridge 2002, zit. nach *First Things* 131 (2003): 63f.

¹⁴⁹ Vgl. Peter Rudolf, Jürgen Wilzewski (Hg.): *Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden 2000; Ernst-Otto Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der Internationalen Beziehungen*, München 2003.

¹⁵⁰ S. William Pfaff: *The Future of the United States As a Great Power*, New York 1996 S. 9.

Das Hervortreten der damit aufgerufenen hegemonialen Rethorik zeigte sich unter Clinton schon früh in der Rede von der „*global leadership*“, welche die USA durch ihre Außenpolitik realisieren müsse.¹⁵¹ Dabei stand zunächst die Bearbeitung des Verlaufs und der Folgen der Auflösung und des schließlichen Zusammenbruchs des Warschauer Pakts im Mittelpunkt seiner aussenpolitischen Agenda. Es galt, die Grundlagen des Kapitalismus unter möglichst weitgehender Führung der USA in die neuen Räume zu bringen. Die sich daher rasch globalisierende Außenpolitik hatte somit eine klare Zielsetzung: *Transformation*. Hier bestand also bemerkenswerterweise keine Differenz zwischen Clinton und den neokonservativen „Revolutionären“, die auf Umwälzung aus waren. Clintons erster Nationaler Sicherheitsberater Anthony Lake formulierte: „Die Nachfolgerin einer Doktrin der Eindämmung muss eine Strategie der Expansion (enlargement) sein – der Ausdehnung der Weltgemeinschaft freier Marktdemokratien“¹⁵². Auch für die Clinton-Administration war die zentrale und vorrangige Aufgabe die Initiierung, Unterstützung und Kontrolle der kapitalistischen Transformation der staatssozialistischen Staaten – der darauf folgende neokonservative Revisionismus unter Bush jr. implementierte sich daher in ein passendes und nur teilweise mit anderen Werten oprierendes Traditionsmilieu des globalen *transformismo*.

Der operative Aktivitätsfokus lag unter Clinton folgerichtig auf der *Ökonomie* und dem Gedanken der globalen *Expansion* der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Dementsprechend spielte in der Clinton-Administration das Finanzministerium eine herausragende Rolle – schließlich sahen die USA nach dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Lagers keine „credible near-term threat to (its) existence“ (so Clintons Sicherheitsberater Anthony Lake). Der „imperiale“ außenpolitische Begriff unter Clinton war ab Herbst 1993 „democratic enlargement“; am 27. 9. 1993 bezeichnete er als die „overriding purpose“ seiner Politik to „expand and strengthen the world’s community of market-based democracies“¹⁵³. Die Rede von den „market democracies“ verknüpfte ökonomische und politische Expansion miteinander. Neben die Ausübung von Zwang (Gewalt) und die Organisierung von Konsens trat übrigens in dieser Phase vor allem in den postrealsozialistischen Transformationsstaaten ein weiteres Instrument der Hegemonieausübung, auf das Anderson unter Bezug auf Gramsci hingewiesen hat: *Korruption* und Betrug. Zugleich verloren in den 90er Jahren Europa und die NATO grundsätzlich an Bedeutung für die Sicherung des US-Primats –

¹⁵¹ S. Barbara Conry: U.S. „Global Leadership“: A Euphemism for World Policeman , in: Cato Policy Analysis 267 v.5.2.1997

¹⁵² From Containment to Enlargement, School of Advanced International Studies, John Hopkins University, Washington 21.9.1993. Zit. nach der ausgezeichneten Studie von Peter Gowan: The American Campaign for Global Sovereignty, in: Socialist Register 2003, London 2002, S.9.

¹⁵³ S. a. Bill Clinton: A National Security Strategy of Engagement and Enlargement (The White House, February 1996), S. i, ii, 2, 32-3.

und Europa selbst konzentrierte sich auf das Projekt der Selbstvergrößerung um 100 Millionen Menschen, so als ob Mexiko ein Bestandteil der USA würde. *Das alte transatlantische Hegemonialprojekt dünnte aus.*¹⁵⁴ Das Zentrum us-amerikanischer geopolitischer Strategie wanderte in die südliche und mittlere Region Eurasiens (Persischer Golf, Kaspisches Meer, Zentralasien) – schon vor 9/11. Es wanderte in den Irak, denn mit der Kontrolle von rund 65 % der Welterdölreserven in diesem Raum sind die USA in der Lage, auch ökonomisch zwischen sich und dem Rest der Welt einen substantiellen Unterschied zu setzen und die Ölversorgung insbesondere von China, aber auch von Japan, Südkorea und zu einem beträchtlichen Teil von Europa zu kontrollieren. Hier entsteht womöglich langsam der Nukleus eines neuen kalten Krieges.

Über die Anforderung der Implementierung der kapitalistischen Ökonomie im Raum der ehemals staatssozialistischen Ordnungen hinaus – als der großen Herausforderung für die erste Regierung Clinton – war die hegemoniale Organisation der *globalen* Ökonomie das Schlüsselprojekt der Clinton-Administration. Ihre Beherrschung war zugleich ein Element der Machtsicherung, entwertete doch nach Meinung der Clinton-Administration die Globalisierung die Kraft des Militärischen und die Macht klassischer imperialer Konzepte, weshalb es auch aus politischen Gründen galt, diesen Prozess zu kontrollieren. Die Politik der aktiven Verbreitung nicht-diktatorischer Regime war für Clinton zugleich verbunden mit der Annahme, dass demokratische Regime miteinander keinen Krieg führten. Dieser neue humanitär legitimierte nationalstaatliche Interventionismus ist ein Reflex auf den Zusammenbruch der alten Geschäftsgrundlage des Big Deal: mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks verschwindet zugleich die Abhängigkeit insbesondere Europas von der militärischen Schutzmacht USA und die hegemonialpolitische Frage stellte sich neu für die USA, wie diese nach 1945 begründete Abhängigkeit Europas neu konstituiert und legitimiert werden kann. Die Sicht der eigenen Dominanz wurde somit gestützt vom Kollaps der Idee des „pazifischen Jahrhunderts“ und der realen Konkurrenzfähigkeit Japans einerseits, dem erneuten Streben nach Stärkung der US-Hegemonie in Europa andererseits. Zwar war mit dem Euro eine eben nur zunächst noch defensive Konkurrenzwährung zum Dollar etabliert und mit der EU-Erweiterung der Grundstock für einen langfristig tendenziell außerordentlich mächtigen Wirtschaftsblock geschaffen worden. Auch hatten sich in Kernbereichen Europas die Abhängigkeiten verschoben und das Primat der jeweiligen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten und den USA wurde immer mehr relativiert. Es existierte aber weder in den 90er Jahren noch übrigens

¹⁵⁴ S. Invo H. Daalder: The End of Atlanticism, in: Survival 2/2003 S.147-166

auch nach der Jahrhundertwende eine elitengestützte und hegemoniefähige alternative Entwicklungskonzeption für ein nicht US-dominiertes System der internationalen Kapitalakkumulation oder für ein vom US-amerikanisch dominierten neoliberalen Modell unterschiedenes Kapitalismusmodell, das sich zudem explizit als Konkurrenz zu den USA positioniert hätte. Ob die Akzentsetzung auf internationales Recht im Unterschied zum Einsatz militärischer Gewalt tatsächlich als ein strategisches und spezifisches Konzept einer europäischen Weltordnungspolitik angesehen werden kann, ist deutlich umstritten. Die EU war damals und ist bislang, was globale oder planetare Hegemonialpolitik und –strategie angeht, nicht konkurrenzfähig.¹⁵⁵ Andererseits existiert transatlantische Kohärenz zwischen den USA und Europa fort – es gibt hier keine militär-strategische Rivalität, wie sie für die anderen Mächte (Rußland, Japan, China, Indien, Pakistan) charakteristisch ist, die sich alle wechselitig als Mächte perzipieren, gegen die aufzurüsten sei. Gegenüber den USA gibt es für diese auf absehbare Zeit keinen „unipolaren Moment“, während die USA auf lange Zeit hin als externe Macht fungieren werden, die imstande ist, die Rivalitäten und Machtverteilungen zwischen diesen regionalen Mächte auszubalancieren.

Auch die große Referenz auf „Globalisierung“ als Zentralbegriff des gesellschaftstheoretischen Hintergrunds der gegenwärtigen amerikanischen neu-imperialen Militärstrategie hat sich bereits in den 90ern entwickelt. Auch damals ging es darum, „eine Welt nach dem Bilde des Kapitals zu schaffen“ (Marx/Engels, Manifest). Die Rede von der „Globalisierung“ spielt dabei auf einen „objektiven“, der Kontrolle durch menschliche Akteuren gleichsam entzogenen, sachgesetzlichen Prozess an. Unter Clinton wurde das us-amerikanische neuimperiale Projekt als US-geführte Globalisierung präsentiert und nicht, wie unter seinem Nachfolger, als vorsorgende Verteidigung der amerikanischen Nation – also als klassischer Nationalismus, dem die Globalisierung der amerikanischen Werte von „freedom and democracy“ als zivilisatorische Kernaufgabe eingeschrieben ist.¹⁵⁶ Bello oder Brenner rechnen deshalb übrigens die Politikvarianten der Folgeadministrationen Reagan/Bush jr. –Clinton/Bush sr. unterschiedlichen Klassenfraktionen zu – einmal einer nationalen US-Bourgeoisie und einmal einer global operierenden kapitalistischen Elite: „The globalist corporate project expressed the common interest of the global capitalist elites in expanding the world eco-

¹⁵⁵ S. Valur Ingimundarson: The American dimension: Britain, Germany, and the reinforcement of US hegemony in Europe in the 1990s, in: Klaus Larres, Elizabeth Meehan (Hg.): *Uneasy allies: British-German relations and European integration since 1945*, Oxford 2000, S.165-183. Die schlichte neokonservative Schlussfolgerung hieraus ist die Empfehlung einer „division of labor, in which Europe would concentrate on Europe and the United States on everything else.“ Europa in neokonservativer Sicht? „It is too weak to be an essential ally but too secure to be a potential victim.“ Robert Kagan: *America's Crisis of Legitimacy* in: *Foreign Affairs* 2/2004 S.66.

¹⁵⁶ S. Ian Roxborough: *Globalization, Unreason and the Dilemmas of American Military Strategy*, in: *International Sociology* 3/2002 S.339-359

nomie und ihrer fundamentalen Abhängigkeit voneinander. Allerdings, Globalisierung hat die Konkurrenz zwischen den nationalen Eliten nicht beseitigt. In der Tat, die herrschenden Eliten der USA und Europas hatten Fraktionen, die eher nationalistisch als globalistisch waren und deren Überleben und Wohlstand vom Staat, wie zum Beispiel vom militär-industriellen Komplex in den USA, abhing. Tatsächlich, seit den 1980er Jahren gab es einen scharfen Kampf zwischen der globalistischen Fraktion der herrschenden Elite, die das gemeinsame Interesse der globalen Kapitalistenklasse in einer wachsenden Weltwirtschaft betonte, und der nationalistischen, hegemonistischen Fraktion, die die Vorherrschaft der US-Korporationen sichern wollte. Wie Robert Brenner feststellt, legten die Politik von Bill Clinton und sein Finanzminister Robert Rubin den Schwerpunkt auf die Ausdehnung der Weltwirtschaft als Grundlage für den Wohlstand der globalen Kapitalistenklasse. Beispielsweise, in den Mitte-1990er Jahren, förderten sie eine starke Dollar-Politik, um die Erholung der japanischen und deutschen Wirtschaften zu unterstützen, damit sie als Märkte für US-Güter und Dienstleistungen dienen könnten. Die vorherige, eher nationalistische Reagan-Administration, andererseits, hatte eine schwache Dollar-Politik verfolgt, um die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft auf Kosten der japanischen und deutschen Wirtschaften zu steigern. Mit der George W. Bush-Administration sind wir zurück zu ökonomischen Politiken, einschließlich einer schwachen Dollar-Politik, die darauf abzielt, die US-Wirtschaft zu beleben, auf Kosten der anderen Zentren der Weltwirtschaft und vor allem die Interessen der US-Korporationen anstatt der globalen Kapitalistenklasse in einer globalen Rezession zu schützen.“¹⁵⁷

Das Projekt der nach 1989 unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzten us-dominierten Globalisierung hat eine zentrale politische Implikation: es treten – dann vor allem seit Ende der 90er Jahre und damit noch in der zweiten Clinton-Administration – *aktivistische* und *interventionistische Offensivkonzepte* im Zeichen der Menschenrechtsrhetorik und des *democratic enlargement* immer mehr in den Vordergrund, allerdings ohne dass unter diesem Präsidenten eine breite humanitär begründete Mobilisierung der Bevölkerung für Auslandseinsätze versucht worden wäre, deren Zweck die Sicherung der US-Dominanz war.¹⁵⁸ Diese liberalimperialistische Geopolitik des „enlargement“ marktdemokratischer Allianzen im Zweifel mittels *humanitärer* Intervention und die Rhetorik der global zu implementierenden *Menschenrechte* wird unter der zweiten Bush-Regierung ad acta gelegt – die dabei implizierte Relativierung des Souveränitätskonzepts jedoch nicht:

¹⁵⁷ Siehe Walden Bello: The Crisis of the Globalist Project & the New Economics of George W. Bush, McPlanet Conference Berlin 27.6.2003. Diese Klassenfraktionsthese ist nicht systematisch ausgearbeitet und überzeugt nicht – so bleiben etwa die Ursachen und Anlässe dieser ständigen Dominanzwechsel offen.

¹⁵⁸ „The US national security elite (Democratic and Republican) did, however, settle on a policy of hegemony sometimes in the late 1990s. The people of the United States did not play a significant role in this decision (...) Debates between Democrats and Republicans now focus on the modalities of hegemony – whether the United States should work through multilateral institutions to exercise and increase its power or work outside them.“ Barry P. Rosen: Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony, in: International Security 1/2003, S.5f.

gegenüber übergreifenden Werten und Normen wird Souveränität weiterhin relativiert und Intervention so legitimiert. Ohne eine solche weitreichende Entwertung des Souveränitätskonzepts sind Präventivinterventionen zum Zweck der frühzeitigen Verhinderung der Bildung eines Machtkonkurrenten von vorneherein legitimierungsschwach. Neue zusätzliche Legitimationen werden auch aufgebracht. Hier liegt der breite Konsens des *neuen Interventionismus der Macht*, der die Regierungen der 90er Jahre und danach miteinander ebenso verbindet wie die Staaten der NATO, Rußlands, Japans oder Australiens – die Legitimationsmuster und die jeweiligen nationalen Kapazitäten unterscheiden sie voneinander. Die Ausbreitung der Kultur des Interventionismus ist eine der dramatischen Entwicklungen der Zeit nach 1989. Dies ist – im Sinne der Unterscheidung von Panitch/Gindin – eine Komponente eines *formellen* Imperialismus: es ging um das interventionistische *Überschreiten*, nicht um das osmotische *Durchdringen* von Grenzen, in aller Regel nur oberflächlich legitimiert durch das UN-Regime. Diese Kultur des Interventionismus bereitete – ungeachtet ihrer immerhin teilweise differenten Motivation, Zielesetzung und Legitimation – den Boden für das *Revival* der Traditionspraxis eines formellen Empire unter Bush II. Zwar hielt die Carter-Regierung verbal am Multilateralismus fest und distanzierte sich vom Unilateralismus: „Unilateralism in the world that we live in is not a viable option.“¹⁵⁹ Doch sie war bereit, unilateral militärisch im Irak zu intervenieren und während der 90er Jahre massiv militärischen Positionen der USA im Mittleren Osten aufzubauen. An die GCC-Staaten gingen in den 90ern Waffen im Wert von 42 Mrd \$ und am Ende des Jahrzehnts waren rund 20 000 US-Militärs dort stationiert. Die Kriege gegen den Irak setzen den Übergang zur direkten militärischen Präsenz der USA in der Region fort, der in den 80ern begonnen hatte. „Throughout the Clinton era, U. S. military forces marched hither and yon, intervening in a wider variety of places, for a wider variety of purposes than at any time in our history. More often than not, once the troops arrived, they stayed. As a result, by the time that Clinton left office in 2001, the defining fact of international politics – albeit one vigorously denied by the outgoing administration – had become not openness and not globalization but the emergence of a Pax Americana.“¹⁶⁰ In der Endphase der Clinton-Administration war die Einschätzung verbreitet, dass die militärische Dominanz der USA auf Jahrzehnte hinaus nicht gebrochen werden könnte – so vermerkte der 1999 vorgelegte Report *New World Coming: American*

¹⁵⁹ Bill Clinton: Remarks to Freedom House“, 6.10.1995, Weisses Haus, Washington 1995, S.9.

¹⁶⁰ Andrew J. Bacevich: Bush's Grand Strategy, in: The American Conservative 4/2002.

Security in the 21st Century: „...a global competitor to the United States is unlikely to arise over the next 25 years...“.¹⁶¹

Auch unter der Clinton-Präsidentschaft wurde im Zeichen der Denkschule der „*counterproliferation*“, die unter Clinton's Verteidigungsminister Les Aspin und damals einflußreichen *Defense Intellectuals* wie Ashton Carter 1993 sichtbar wurde, der „*assertive multilateralism*“ sukzessiv aufgegeben: ob es um die Verträge über die Rechte der Kinder, den Internationalen Gerichtshof, den Teststoppvertrag oder um das Verbot der Landminen ging.¹⁶² Während die Bush-Campaign sich hiervon in offenbar taktischer Absicht mit einem eher neoisolationistischen Ansatz leicht abzusetzen versuchte, hatte die dann folgende Bush-Administration multilaterale Optionen und Einbindungen *aktiv* aufgegeben und bis September 2001 die *konfrontativen* Elemente ausgebaut, insbesondere im Verhältnis zu Nordkorea, China und den arabischen Staaten. Während unter Clinton der Interventionismus der Menschenrechte avancierte, war es unter Bush der Interventionismus der Nationalen Sicherheit – beides konvergierte 2003/4 immer deutlicher.

Nachdem also in den 70er Jahren das nach 1945 entwickelte Modell der *hub-and-spokes-structure* mit den USA als koordinierendem Zentrum einer sternförmigen Struktur der Regulierung nationaler Wirtschaftsräume in eine Krise geraten war, gelang es in der Folgezeit den Vereinigten Staaten, eine neue Struktur zu schaffen, welche die mittlerweile avancierten konkurrierenden Wirtschaftsblöcke (Europa, Japan) in ein *neoliberal transformed, internationales Regime* einbanden, das sich über Einrichtungen wie die Weltbank, das IMF oder die WTO organisierte, die eng mit den einschlägigen amerikanischen Staatsapparaten (Schatzamt, Federal Reserve, Handelsministerium) verflochten waren. Diese Struktur operierte gegenüber den Nationalstaaten mit einer weitaus breitbandigeren und strafferen Kontextsteuerung bzw. Politik der asymmetrischen Kooperation als in der Zeit zuvor. Die Durchsetzung dieser *neuen Entwicklungsform* eines informellen American Empire setzt die Existenz relativ stabiler und effizient operierender formeller Staatsorganisationen voraus – weshalb es durchaus ins Bild passen kann, dass durch direkte Intervention und formelle Übernahme territorialer Staatsfunktionen (wie z.B. als Besatzungsregime im Irak) die Ausbildung einer solchen Struktur forciert wird. Solche Formen unmittelbarer oder direkter imperialer Okkupation sind Übergangserscheinungen und ganz offensichtlich weder ressourcen- noch legitimationspolitisch über

¹⁶¹ „New World Coming: American Security in the 21st Century“ (Phase I Report of the US Commission on National Security in the 21st Century, Hart/Rudman I). 15 Sept 1999, S. 4, www.nssg.gov/Reports/reports.htm.

¹⁶² Vgl. Melissa A. Burns: The Preemption Doctrine and the War on Terror: George W. Bush's Vision of the New World Order, APSA Annual Meeting 2003, S.9. Nicht wenige sehen in der Einführung des Elements der terroristischen Bedrohung die einzige „innovative“ Erweiterung des noch staatsfokussierten Zugangs der Counterproliferation.

größere Zeiträume haltbar. Im auslaufenden letzten Jahrhundert haben die USA somit nach 1945 ein zweites Mal eine Antwort auf die Frage gefunden, welche globale Form die Sicherung eines amerikanischen Primats annehmen könnte.

6.1.3. *Nineleven: Durchbruch des neuimperialen Projekts*

Die Attentate vom 11. September 2001 – „killing virtually as many Americans in a day as they do each other in a season“¹⁶³ – änderten daher nichts am *Big Deal* und damit an den grundsätzlichen Zielsetzungen amerikanischer Politik. Sie machten aber deutlich, dass der Zusammenbruch des Staatssozialismus und die Veränderung der globalen politischen Kräftekonstellation neue Probleme und *drei mittelfristige, operative Aufgabenstellungen* für die USA hervorgebracht hatte:

- In Zonen, in denen der neue global werdende Kapitalismus noch „unsicher“ und instabil ist und die kapitalistische Ordnung wie die Hegemonie der USA zwar nicht gefährdet, aber doch gestört und irritiert werden können, muss *Sicherheit exportiert* werden.
- Wo Terrorismus zu einem globalen Phänomen wird, das auf neue Weise unmittelbar die USA als kapitalistische Primärmacht bedroht, ist ein neuer wesentlicher Grund für eine *globale Projektion militärischer Macht* entstanden.
- Wo es keine real existierenden *konkurrierende* Hegemonen mehr gibt, geht es darum, durch *Intervention* bereits eine mögliche *Entstehung* solcher mit den USA konkurrierenden Hegemonen zu verhindern.

Nineleven beeinflusste aber auch die Methodik der Lösung dieser Aufgaben und ihre Legitimationen. Zunächst wurde (1) der Weg zur einer *Politik der Massenmobilisierung im Zeichen kriegesischer Rhetorik* zugänglich, wodurch der (2) *Einsatz von militärischer Gewalt* als Instrument der Außenpolitik und „coercive diplomacy“ normalisiert wurden und gegenüber hegemonialer immer mehr (3) „*imperiale*“ *Rhetorik* in den Vordergrund trat. In den 90er Jahren hatten die USA ihre Streitkräfte nach einer Militärstrategie strukturiert, welche die zeitgleiche Führung zweier großer regionaler Kriege vorsah. Der QDR vom 30.9.2001 modifizierte diese Strategie insofern, als sie die Fähigkeit zur Abschreckung auf vier Kriegsschauplätzen, zum Sieg

¹⁶³ Perry Anderson: Force and Consent, in: New Left Review 17 Sept/Oct 2002 S.11. Der 2. Weltkrieg kostete in den USA nur 7 Zivilisten das Leben, im Korea- und Vietnamkrieg niemand. Im Jahr des 11. September starben in den USA 250 000 Menschen an Gewaltverbrechen. Im Bürgerkrieg des Kongo sind seit 1994 zwischen drei und viereinhalb Millionen Menschen gestorben.

über zwei Angreifer und zur Eroberung der Hauptstadt eines Aggressors („regime change“) vorsah. *Keine* dieser Strategien forderte die Fähigkeit, politische Gegner von vornherein davon abbringen zu können, schon den *Aufbau* einer vergleichbaren militärischen Fähigkeit zu verfolgen. Während bis 9/11 die (potentiellen und aktuellen) Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten im Vordergrund standen, trat dieser Gesichtspunkt in der Folgezeit hinter die Rede vom „Kampf gegen den Terror“ zurück – dieser transformierte sich aber in Wirklichkeit in ein dominantes Medium zur Gestaltung dieser Auseinandersetzung. Die Invasion der USA in den Irak hatte somit eine doppelte *strategische* Bedeutung: „Not only does it constitute an attempt to control the global oil spigot and hence the global economy through domination over the Middle East. It also constitutes a powerful US military bridgehead on the Eurasian land mass which, when taken together with its gathering alliances from Poland down through the Balkans, yields it a powerful geostrategic position in Eurasia with at least the potentiality to disrupt any consolidation of a Eurasian power that could indeed be the next step in that endless accumulation of political power that must always accompany the equally endless accumulation of capital. (...) With the occupation of Iraq and the possible reform of Saudi Arabia and some sort of submission on the part of Syria and Iran to superior American military power and presence, the US will have secured a vital strategic bridgehead...on the Eurasian land mass that just happens to be the centre of production of oil that currently fuels (and will continue to fuel for at least the next fifty years) not only the global economy but also every large military machine that dares to oppose that of the United States. This should ensure the continued global dominance of the US for the next fifty years. If the US can consolidate its alliances with east European countries such as Poland and Bulgaria, and (very problematically) with Turkey, down to Iraq and into a pacified Middle East, then it will have an effective presence that slashes a line through the Eurasian land mass, separating western Europe from Russia and China. The US would then be in a military and geostrategic position to control the whole globe militarily and, through oil, economically.“¹⁶⁴ Weiter wurde (4) die Nutzung einer *risikoreduzierten Kriegstechnologie* ermöglicht, deren Möglichkeiten in den Kriegen der 90er (Irak, Jugoslawien) im Ansatz ausgetestet werden konnten und die langfristig den USA eine militärische Machtprojektion ermöglicht, die nicht mehr auf territorialen Plattformen in Europa, Asien und dem Mittleren Osten angewiesen ist, da sie sich auf Langstreckenbomber, Präzisionsraketen, Weltraumwaffen und Raketenverteidigungssysteme verlassen kann. Mit dem „Krieg gegen den Terror“ entstand schließlich (5) ein neuer *Modus der Integration regionaler Mächte* (Rußland, China) und im Spiel um Hegemonie durch

¹⁶⁴ Harvey, Imperialism, S.85, 199.

„Korruption“, „Konsens“ und „Zwang“ werden diese Formen in ein neues Muster gebracht.

9/11 verknüpft die Situation des Krieges mit einem Verständnis der USA als nunmehr explizit *revisionistischer* Macht, die eine Veränderung des internationalen Systems anstrebt: „The next phase of the war on terrorism, therefore, must be the expansion of liberty to these areas. The United States cannot be content with preserving the current order in the international system. Rather, the United States must become once again a revisionist power — a country that seeks to change the international system as a means of enhancing its own national security. Moreover, this mission must be offensive in nature. The United States cannot afford to wait and react to the next attack. Rather, we must seek to isolate and destroy our enemies by eliminating their regimes and safe havens.“¹⁶⁵ Die Militärmacht der USA soll nicht reaktiv und passiv, sondern aktiv und offensiv genutzt werden – die „best defense is a good offense“ formuliert die NSS.¹⁶⁶ In der Sprache der Wissenschaftsschulen von der äußeren Politik: internationalistischer Unilateralismus als tragfähiger Modus eines souveränistischen Projekts schien nun eine ins Machbare verwandelbare Utopie zu sein: „The Twenty-First Century Will Be American“.¹⁶⁷

Nicht also Differenzen in der grundsätzlichen Zielsetzung (Sicherung des Weltkapitalismus und der amerikanischen Hegemonie), sondern zunächst substantielle *politikmethodische* und *verfahrenspolitische*, aber auch *moralische* und *rethorische* Unterschiede markieren den Bruch zwischen der Bush-Regierung und ihren Vorgängern. Die Einschätzungen und Strategien der Bush-Administration zogen Konsequenzen aus der Situation nach 1989 und 2001 und sie waren machtfähig. Ihre Vertreter konnten sie als die (bislang) Bestimmenden durchsetzen.

6.2. Die militärischen Ziel- und Handlungsaspekte

Die *militärischen* Ziel- und Handlungsaspekte dieser Strategie entwickelte sich etwa im Verlauf eines Jahres bis Herbst 2002 in mehreren Schritten.

Die asymmetrischen Bedrohungen durch Terrornetzwerke erlaubten eine ungewöhnlich alarmistische Rhetorik der Intervention, die sich im Laufe des Jahres 2002 immer deutlicher ausprägte und in sehr schnell in eine inflationäre Rede der Bedrohungen einmündete, die ebens beispiellos wie

¹⁶⁵ Michael McFaul: The Liberty Doctrine, in: Policy Review 2/2002

¹⁶⁶ NSS, S.6. S.a. Donald Rumsfeld in einer Rede am 31.1.2002: „The best and in some cases the only defense is a good offense.“ (zit. nach Mann, Vulcans, S.404)

¹⁶⁷ A.Valladao: The Twenty-First Century Will Be American, London 1996

professionell und erfolgreich war. Unmittelbar nach dem Anschlag hatte sich die Reaktion der US-Regierung auf den Kampf („Krieg“) nur gegen *terroristische Gruppen* konzentriert, die von ihr in über 60 Staaten vermutet wurden. Sie konnte damit auf eine Feindbildbestimmung zurückgreifen, die unmittelbar nach 1989 begonnen hatte und „Terror“ als wesentliches (und in den 90ern immer stärker hervorgehobenes) Bedrohungselement der USA bestimmt hatte. Terrorismus als „die Waffe der Schwachen“ (Hess) ist vielfältig und globalisierungsfähig.¹⁶⁸ Als entscheidend für die Eröffnung von Handlungsoptionen erwies sich dann jedoch die unmittelbar nach den Anschlägen folgende Definition der Situation nicht als Verbrechen (wie es zahlreiche andere Staaten getan haben, deren Vertreter, Symbole oder Mitglieder Objekt terroristischer Anschläge waren), sondern als „Krieg“ gegen einen global präsenten, eine grundsätzliche politische Unterscheidung ermöglichenden *Feind*: „either you are with us, or you are with the terrorists“¹⁶⁹. Richard Perle und David Frum formulierten in ihrem Anfang 2004 erschienen Buch „there is no middle ways for Americans: It is victory or holocaust.“¹⁷⁰ Von diesem Moment an gründete Bush seine präsidentielle Legitimation auf seine Kriegsführerschaft und die damit angerufenen Tugenden und Werte: „We have found our mission“ (Bush). Diese Mission war der Sieg im Krieg. Verhandlungen kamen in diesem Konzept nicht vor: der globale Bürgerkrieg den den imaginierten Superfeind kennt nur den universellen Sieg – eine Formel, die an die Kultur der „totalen Sicherheit“ anknüpft, aus deren Milieu die SDI- und Missile-Defence-Projekte seit Reagan kamen und die von Rumsfeld seit jeher stark vertreten wurde. Und er zwingt Partner wie Konkurrenten, das Verhältnis von Gefolgschaft und Gegnerschaft neu zu bedenken – zumal kein Zweifel daran gelassen wurde, dass es um *Gefolgschaft* (die *Cheerleaders* spielen und *bases* bereitstellen), nicht um die für den hegemonialen Konsens typische *Fügung* („acquiescence“) oder gar um *Partnerschaft* geht. Im Endeffekt ging es um *Cheerleaders*

¹⁶⁸ Henner Hess: Like Zealots and Romans: Terrorism and Empire in the 21st Century, in: Crime, Law & Social Change Jg.39 2003 S.340. Hess unterscheidet zwischen repressivem Terrorismus (Muster Ku Klux Klan, Mafia), aufständischem Terrorismus mit ethnischen, nationalistischen oder separatistischen Zügen oder sozialrevolutionärer Terrorismus. Die bushistische Begrifflichkeit verknüpft dieses völlig bruchlos mit den „neuen“, informalen, irregulären, privatisierten Kriegen und kann so das Ende der Zeit einer nationalstaatlichen Kriegsdomestizierung behaupten. In den verbreiteten Erfolgsmeldungen – Festsetzung von rund 3000 Terroristen, Identifizierung von 250 Gruppen und Einfrieren von 140 Mio \$ - wird diese Unterscheidung nicht gemacht, s. David Cortright u.a., Toward a More Secure America, Notre Dame 2003, S.7.

¹⁶⁹ George W. Bush, „Address to a Joint Session of Congress and the American People,“ Washington, 20.9.2001. Weniger Tage später kommentierte der frühere republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich: „There are only two teams on the planet for this war. There’s the team that represents civilization and there’s the team that represents terrorism. Just tell us which. There are no neutrals.“ Zit. nach Steven E. Miller: The End of Unilateralism or Unilateralism Redux? In: The Washington Quarterly 1/2002 S.19. Lynne Cheney, die Frau des Vizepräsidenten, steht für eine Interpretation, welche die USA als *pars pro toto* setzt: „It was not only America that was attacked on September 11, but civilization. We were attacked not for our vices, but for our virtues.“ Zit. nach Guang Xia: review Essay: Globalization at Odds with Americanization, in: Current Sociology 6/2003 S. 713

¹⁷⁰ David Frum, Richard Perle: An End to Evil: How to Win the War on Terror, Random House 2004

und *Bases*. Die Situation als „Krieg“ zu definieren macht es zugleich leichter, sie auf Dauer zu stellen – wie es denn dann auch geschah: „Iraq is a battle, not a war“ schrieb der prominente Neokonservative Michael A. Ledeen (AEI, JINSA): „We have to win the war, and the only way to do that is to bring down the terror masters, and spread freedom throughout the region.“¹⁷¹ Richard Rorty hat in der „Süddeutschen Zeitung“ auf den politischen Nutzgehalt dieses Mechanismus verwiesen: „Es liegt im Interesse der Republikaner sicherzustellen, dass die Nation so lange wie möglich „im Krieg“ bleibt. Diejenigen, welche die Partei kontrollieren – eine gierige und zynische Oligarchie ohne Interesse an Bürgerrechten oder Wohlfahrt –, würden nichts lieber sehen als eine Neuauflage jener Situation, die 1944 zur beispiellosen Wiederwahl Roosevelts in eine vierte Amtszeit führte. Diese Wahl wurde mit dem Slogan „Man wechselt nicht mitten im Fluss die Pferde“ entschieden. Jede neue Terrorattacke wird die Wiederwahl Bushs 2004 wahrscheinlicher machen, denn sie wird es den Republikanern ermöglichen, alle Formen normaler politischer Opposition als Mangel an Patriotismus zu bezeichnen. In ihrem Interesse liegt die permanente Militarisierung des Staates, wie sie Orwell in 1984 beschrieben hat und wie sie der Titel von Gore Vidals jüngstem Buch andeutet: Ewiger Krieg für den ewigen Frieden.“¹⁷² Mit dem Übergang zur Kriegsoption konnte die Bush-Regierung die tiefe Legitimationskrise beenden, die seit ihrer fragwürdigen Inthronisation vorhanden war und die sich seit der ökonomischen Krise – beginnend Anfang 2001 – vertieft hatte. Doch auch die *Spezifik* eines „Krieges gegen den Terror“ wurde genutzt, um sich Handlungsoptionen und Interpretationsmöglichkeiten offenzuhalten: die Gefangenen auf Guantanamo werden weder als normale Kriminelle noch als Kriegsgefangene behandelt. Was sie sind, bleibt unklar. Was sie sein werden, ist angesichts der wirklichen Gewaltasymmetrie zwischen den USA und ihren Kontrahenten sicher: keine Kriegsgefangene, sondern Kriminelle. Auch wenn der „Krieg gegen den Terror“ sich nicht in Metaphorik („Krieg gegen Armut“, „Krieg gegen Drogen“) erschöpft und klare, klassisch militärische Konnotationen hat, so steht der Vorgang, den er abbildet, für eine globale Wendung gegen Verbrechen, für Bürgerkrieg, Polizeigewalt und Durchsetzung rechtlicher Regeln, also für das Wirksamwerden eines globalen Souveräns. Die Dynamik dieser Wendung speiste sich aus einer neu mobilisierten patriarchalischen Kriegskultur: 9/11 war und blieb ein geschlechterpolitischer Exzess in

¹⁷¹ Michael A. Ledeen in: New York Sun v. 21.3.2003. Folgerichtig plädierte Ledeen für ein Ende der Diplomatie: Unter dem Titel "Time to Focus on Iran -- The Mother of Modern Terrorism" gab er am 30.4.2003 einen Beitrag für das Politikforum des Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA), in dem er erklärte "the time for diplomacy is at an end; it is time for a free Iran, free Syria and free Lebanon." Mit einer Gruppe weiterer Konservativer gründete er das *Center for Democracy in Iran* (CDI), eine Aktionsgruppe für den Regimewechsel im Iran. Ledeen ist regelmässiger Konsultant von Karl Rove, dem engsten Berater Bushs, s. Pacific News Service v. 8.5.2003

¹⁷² Posted auf rohrpost@mikrolisten.de am 7.9.2002

Sachen Hypermaskulinität. Nicht nur die Akteure des Ereignisses waren männlich – also die Entführer, Helfer, Feuerwehrleute, Retter, Sicherheitsleute, Politiker und Militärs. Auch die mediale Widerspiegelung machte keinen Unterschied – allein in den ersten sechs Wochen nach 9/11 publizierte die New York Times 50 Meinungskommentare, von denen gerade 2 davon von Frauen verfasst worden waren.¹⁷³ Frauen wurden sichtbar als Opfer und klagende Verwandte der Opfer oder als passive Opfer islamischer Männerkultur, vor der sie zu bewahren unsere umtriebigen weißen Männer das Afghanistan der Taliban bombardierten – ein menschenrechtliches Motiv, das im Falle des Irak freilich nicht mobilisiert werden konnte.

Während nach Aussagen des vormaligen Finanzministers unter Bush ein Krieg gegen den Irak schon zu Beginn der Amtszeit der Regierung als zentrales *strategisches* Projekt installiert worden war, hatten unmittelbar nach 9/11 weder Cheney noch Rice oder Bush den Irak als *operative* Größe auf ihrer Agenda – aber Rumsfeld¹⁷⁴, Perle¹⁷⁵, Woolsey¹⁷⁶, Kristol¹⁷⁷ und vor allem Wolfowitz – er erkannte am klarsten die Überschneidung von Sicherheitsbedrohung und geopolitischer Ermöglichung und sprang in die Themenlücke. Wolfowitz vermochte wesentlich zur Fokussierung der Zielplanung der Bush-Administration beizutragen und die Geopolitik ins Spiel zu brin-

¹⁷³ S. Jan Jundy Pettman: Feminist International Relations After 9/11, in: The Brown Journal of World Affairs 2/2004 S.85-96

¹⁷⁴ "Nach Meldungen von CBS vermerken Notizen von Militärs, die während der Angriffe bei Rumsfeld waren, von ihm die Worte: 'best info fast. judge whether good enough to hit S.H.' – das bedeutet Saddam Hussein – obwohl alle Geheimdienstberichte auf Osama bin Laden als Verantwortlichem für die Attacken verwiesen. 'At same time, not only UBL [bin Laden],' vermerken die Notizen Rumsfeld im Originalton: 'Go massive. Sweep it all up. Things related and not,' wie CBS berichtete." AP-Bay-Area.com 5.9.2002 sowie Bob Woodward: We Will Rally the World, WP v.28.1.2002. Nach Angaben von USA Today wurde diese Orientierung bei einem Treffen in Camp David am 15.11.2001 von Rumsfeld und Wolfowitz Bush nahegebracht, siehe Anthony Lewis: Bush and Iraq, in: The New York Review of Books v.7.11.2002. General Wesley Clark bestätigte dies Mitte 2003 in einer Fernsehdebatte: "There was a concerted effort during the fall of 2001, starting immediately after 9/11, to pin 9/11 and the terrorism problem on Saddam Hussein"... "It came from the White House, it came from other people around the White House. It came from all over. I got a call on 9/11. I was on CNN, and I got a call at my home saying, 'You got to say this is connected. This is state-sponsored terrorism. This has to be connected to Saddam Hussein'." Zit. nach Jim Lobe: Key fficials Used 9/11 As Pretext for Iraq War, IPS 1.7.2003. Nach den Beweisen eines Zusammenhangs zwischen dem Irak und dem Angriff auf das WTC gefragt, antwortete Rumsfeld: "Das sind zufällig Geheimdienstkenntnisse, die wir entweder noch nicht haben oder über die wir nicht zu reden gedenken." (Zit. nach Mann, Supermacht, S.266)

¹⁷⁵ Das Defense Policy Board unter Vorsitz von Richard Perle formulierte bereits am 19./20.9.2001 den Regimewechsel im Irak als Zielsetzung des Krieges gegen den Terrorismus, s. NYT v.13.10.2001. Am 11.9. erklärte Perle der Washington Post: "This could not have been done without help of one or more governments...Someone taught these suicide bombers how to fly large airplanes. I don't think that can be done without the assistance of large governments." Zit. nach Jim Lobe: Key fficials Used 9/11 As Pretext for Iraq War, IPS 1.7.2003

¹⁷⁶ "(I)t's not impossible that terrorist groups could work together with the government...the Iraqi government has been quite closely involved with a number of Sunni terrorist groups and -- on some matters -- has had direct contact with (Osama) bin Laden," erklärte Woolsey auf mehreren Fernsehauftritten am 11./12. September, zit. nach Jim Lobe: Key fficials Used 9/11 As Pretext for Iraq War, IPS 1.7.2003.

¹⁷⁷ William Kristol erklärte am Abend des 11.9. im Rundfunk: "I think Iraq is, actually, the big, unspoken sort of elephant in the room today. There's a fair amount of evidence that Iraq has had very close associations with Osama bin Laden in the past, a lot of evidence that it had associations with the previous effort to destroy the World Trade Center (in 1993)". Zit. nach Jim Lobe: Key fficials Used 9/11 As Pretext for Iraq War, IPS 1.7.2003.

gen; zwei Tage nach dem 11. September 2001 erklärte er, dass die USA „Staaten beseitigen würden, die den Terrorismus unterstützen“ („ending states“) – und korrigierte sich 24 Stunden später (gemeint habe er „ending state support for terrorism“). Doch die Korrektur war irrelevant. Damit war die Agenda einer bedrohungsspezifisch ausgerichteten Politikreaktion verlassen. Am 20. September erschien ein von Kristol initiiertes offener Brief in der neokonservativen „Washington Times“, der den Sturz Husseins forderte, ungeachtet ev. Beziehungen zu el Qaeda. Unterzeichnet wurde der Brief u.a. von Perle, Kristol, Bennett, Cohen, Gaffney, Kirkpatrick, Kagan, Krauthammer, Scheunemann und Woolsey. Das am 30.9.2001 publizierte *Quadrennial Defensive Review* (QDR) formulierte bereits die Zielvarianten "Wechsel des Regimes eines Feindstaates" und Besetzung "ausländischen Territoriums, bis die strategischen Ziele der USA erreicht sind".¹⁷⁸ Damit wurde eine politische Zielsetzung aktiviert, die im Falle des Irak bereits im 1998 vom US-Kongress verabschiedeten „Iraq Liberation Act“ expliziert wurde, für den ein „offener Brief“ den Ton vorgab. Der u.a. unterzeichnet war von Dick Cheney, Richard Perle, Paul Wolfowitz, Donald Rumsfeld, Caspar Weinberger, Frank Carlucci, Douglas Feith, Richard Armitage, Zalmay Khalilzad. Wolfowitz und Khalilzaad hatten bereits Ende 1997 in einem Artikel („Overthrow Him“) im *Weekly Standard* den militärischen Sturz Husseins gefordert.¹⁷⁹ Seit Ende 2003 war von einstigen Mitgliedern des innersten Kreises der Bush-Regierung zu hören, dass die Frage der Beseitigung Saddam Husseins von Beginn der Regierung an eine große Rolle in den internen Debatten spielte. Bei der Revitalisierung der Politik der Raketenabwehr (SDI / Missile Defense) und bei der Aufgabe des ABM-Vertrags war die Verbindung von Terror und Schurkenstaaten bereits gang

¹⁷⁸ QDR-01, S. 13. Dass die öläffine Bush-Administration im Falle des Iraks auch Markterschließung und –sicherung mit militärischen Mitteln betreibt, ist evident; erinnert sei an den von Dick Cheney 2001 präsentierten nationalen Energieplan, wonach ggf. Anstrengungen der Regierung erforderlich seien „to overcome foreign resistance to the outward reach of American energy companies.“, zit. nach Luis V. Teodoro, *World Domination*, in: *Today abs-cbnNews.com* v. 27.9.2002. Mitte 2002 wurden rund 40 % des Energiebedarfs der USA durch Öl gedeckt. Sie verbrauchten damit fast ein Drittel des Weltölverbrauchs. Etwa 57 % ihres verbrauchten Öls wurden importiert, im Jahr 2020 werden es 65 % sein. Der Nahe Osten verbraucht nur 6 % der Welterdölproduktion, produziert aber 31 %; die USA produzieren 18 % und verbrauchen 30 %; sie haben 6 % der Welterdölreserven, der Mittlere Osten aber 65 %, s. Niall Ferguson: *Power*, in: *Foreign Policy* 1/2003 S. 20. Diese prekäre Energiesituation zeigt, dass hier eine Schlüsselfrage vor allem der USA, weniger eines globalen Empire liegt. Ohne den Faktor Öl wäre der Irak nie von den USA angegriffen worden, schließlich ging es um die Fortsetzung einer lange Zeit erfolgreichen Geopolitik (zwischen 1940 und 1967 steigerten US-Firmen ihren Anteil an der Kontrolle des Öls im Mittleren Osten von 10 % auf fast 60 %, s. *Monthly Review* 7/2002, S.1ff.) und schließlich liegen im Mittleren Osten die einzigen Ölreserven, die noch ein halbes Jahrhundert lang ausgebeutet werden können. Die Militärmaschinen der Welt laufen auf Öl, nicht auf Biodiesel. Die zahlreichen Studien zum Thema Öl werden hier nicht berücksichtigt, siehe nur als Beispiel Steve Kretzmann: *Oil, Security, War. The Geopolitics of U.S. Energy Planning*, in: *Multinational Monitor* 1-2/2003, Michael Ehrke: *Zur politischen Ökonomie eines angekündigten Krieges*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 1/2003 sowie David Moore: *Hardt and Negri's Empire and Real Empire: The Terrors of 9-11 and After*, in: *ACME* 2/2003 S.125f.

¹⁷⁹ *Weekly Standard* v. 1.12.1997

und gäbe. So dann auch die selbstverständliche Forderung nach Regimewechsel, wie etwa Lawrence Kaplan und William Kristol im Januar 2003: die "Bush strategy enshrines 'regime change' -- the insistence that when it comes to dealing with tyrannical regimes like Iraq, Iran, and, yes, North Korea, the U.S. should seek transformation, not coexistence, as a primary aim of U.S. foreign policy. As such, it commits the U.S. to the task of maintaining and enforcing a decent world order." ¹⁸⁰

Vor allem seit Anfang 2003 häuften sich dann Stimmen, welche die „imperial oversight“ (Max Boot) der USA nicht mehr bloß auf Irak begrenzten, sondern Saudi-Arabien, Iran, Syrien (Boot) und Libyen (Bolton) sowie Somalia, den Sudan und Libanon einschlossen. Richard Perle plädierte für einen "regime change" in Syrien und Iran (durch innere Aufstände) sowie Libyen (wo äußerer Druck notwendig sei). Kagan und Kristol avisierten im Ton der „demokratischen Imperialisten“ den demokratiepolitischen Dominoeffekt: „ "A devastating knockout blow against Saddam Hussein, followed by an American-sponsored effort to rebuild Iraq and put it on a path toward democratic governance, would have a seismic impact on the Arab world—for the better. The Arab world may take a long time coming to terms with the West, but that process will be hastened by the defeat of the leading anti-western Arab tyrant." ¹⁸¹ Bereits in der Endphase des Irakkrieges häuften sich dann entsprechende dominodynamische Erklärungen der Bush-Administration. ¹⁸²

In seiner Adresse an die Nation vom Januar 2002 weitete Bush die Legitimität des Einsatzes militärischer Mittel gegen terroristische Organisationen auf *Staaten* („Achse des Bösen“ ¹⁸³) aus, die mit *Massenvernichtungswaffen* die USA bedrohten, unabhängig von irgendwelcher Verbindung zu terroristischen Gruppen. Beide Konnotationen – zu Massenvernichtungswaffen wie zum Terrorismus – knüpften an die bereits unter Clinton ausgebreitete Rhetorik von den „Schurkenstaaten“ („rogue-states“) an ¹⁸⁴. *Einst wurden*

¹⁸⁰ Zit. nach Michael Flynn, Jim Lobe: Selective Service, in: TomPaince.com v. 8.7.2003

¹⁸¹ Zitiert nach Ivo H. Daalder, James M. Lindsay: It's Hawk vs. Hawk in the Bush-Administration, in: Washington Post v.27.10.2002; s. auch den Neokonservativen Charles Krauthammer: Victory changes everything, in: Jewish World Review v.30.11.2001: "Victory changes everything, psychology above all. The psychology in the region is now one of fear and deep respect for American power. Now is the time to use it to deter, defeat or destroy the other regimes in the area that are host to radical Islamic terrorism."

¹⁸² S. World Tribune v. 23.2.2003. Bereits in der Endphase des Irakkrieges häuften sich entsprechende Erklärungen der Bush-Administration.

¹⁸³ Der Begriff soll auf Bush's Redenschreiber David Frum zurückgehen, der Autor des *Weekly Standard* war und der neokonservativen Gruppe zugerechnet wird. Bush erklärte: "...Wir müssen terroristische Lager beseitigen, die Pläne der Terroristen zerschlagen und sie der Gerechtigkeit zuführen. Wir müssen präventiv handeln gegen Terroristen und Regime, welche nach chemischen, biologischen oder atomaren Waffen streben, um die Vereinigten Staaten und die Welt zu bedrohen." (State of the Union Address, 29.1.2002.)

¹⁸⁴ Vgl. Paul D. Hoyt: 'Rogue States' and International Relations, Vortrag auf der 40. ISA-Jahrestagung in Washington v. 16.-20.2.1999. Völkerrechtlich hat der Besitz von Massenvernichtungswaffen natürlich

despotische Regimes kritisiert, aber toleriert. Nun können sie nicht mehr akzeptiert und müssen beseitigt werden - überall auf der Welt. Dass sie beseitigt werden können, dafür lieferte die rasche Beseitigung des Taliban-Regimes einen zunächst überzeugenden Beweis – obwohl es sich um keine sonderlich komplexe Aufgabe handelte¹⁸⁵. Das diese Situation nachweisbar vorliege und damit als Kriegsgrund in Ansatz gebracht werden könne, führte Bush etwa im Oktober 2002 vor: „The Iraqi regime“, erklärte er, „possesses and produces chemical and biological weapons. It is seeking nuclear weapons. It has given shelter and support to terrorism...The danger is already significant, and it grows worse with time. If we know Saddam Hussein has dangerous weapons today – and we do – does it makes any sense for the world to wait“.¹⁸⁶ Insgesamt führte die Bush-Administration vier Sachverhalte an, die einen Präventivkrieg dringlich machten: Fortschritte in einem Nuklearwaffenprogramm; der Besitz chemischer und biologischer Waffen; die aggressiven Absichten der irakischen Führung und deren Verbindungen zum internationalen Terrorismus. Keine dieser Begründungen hat sich als stich- und realitätshaltig erwiesen.

Das von den USA damit praktizierte Konzept des antiterroristischen Krieges hatte somit drei grundsätzliche Fehler: es unterschied nicht zwischen nationalem und internationalem Terrorismus; es verwischte die Grenze zwischen Terrorismus und nationalem Widerstand; und es konzentrierte sich ausschließlich auf – muslimische und linke - Terroristen und liess de

nichts mit einer Angriffssituation zu tun, die allein einen Präventivschlag begründen könnte. Letztlich gaben taktische Erwägungen für diese Argumentation den Ausschlag. Laut Wolfowitz gab es innerhalb der Regierung bezüglich des Iraks "drei grundsätzliche Bedenken. Einmal Massenvernichtungsmittel, zweitens die Unterstützung von Terrorismus und drittens die kriminelle Behandlung des irakischen Volkes....Die Wahrheit ist, dass wir uns aus Gründen, die eine Menge mit der USRegierungsbürokratie zu tun hatten, auf die eine Sache konzentriert haben, auf die sich alle einigen konnten und das waren die Massenvernichtungsmittel als die zentrale Rechtfertigung“ Deputy Secretary Wolfowitz: Interview with Sam Tannenhaus, in: Vanity Fair, United States Department of Defense, News Transcript, 09.05.03. Während George H.W. Bush von „outlaw states“ sprach, redete Clinton von „rogue states“ und „states of concern“.

¹⁸⁵ Die Angst vor Massenvernichtungswaffen ist die Grundlage einer solchen Rhetorik. 24 % der US-Amerikaner glaubten, dass Hussein biologische und chemische Waffen im Irakkrieg eingesetzt habe, weitere 14 % hielten es für möglich, s. Boston Globe v. 26.6.2003. (Kuba entwickelt weder Massenvernichtungswaffen noch mißachtet es internationale Rechtsnormen). Im Endeffekt glaubte im April 2003 60 % der US-Bevölkerung, dass der Irak zum Teil für die Attacken des 9/11 verantwortlich war und fast 80 % waren der Meinung, dass der Irak „enge Verbindungen“ zu Al Qaeda habe, s. Los Angeles Times v.5.4.2003. Im September 2002 glaubten 69 % der Amerikaner, dass der Irak bereits Atomwaffen besitze – im Februar 2003 waren in vier Umfragen eine Mehrheit der Ansicht, dass der Irak Nuklearwaffen entwickle, s. Fox News Poll 8./9.9.2002;

¹⁸⁶ Zit. nach Thomas Powers: The Vanishing Case for War, in: The New York Review of Books v.4.12.2003. Jene 500 Tonnen chemischer Waffen, 25 000 Liter Anthrax oder 30 000 Bomben und Sprengköpfe, die nach Bushs Aussage vom Januar 2003 der Irak besass, konnten allerdings nicht gefunden werden. Powell nannte vor dem Sicherheitsrat 29 Evidenzen für irakische Massenvernichtungswaffen – keine einzige bestätigte sich. Ein mehr als 600 Seiten starker Bericht Parlamentsbericht „Intelligence Community Activities Before and After the Terrorist Attacks of September 11,2001“ von Ende 2002 war außerstande, die behauptete Verbindung zwischen der irakischen Regierung und al-Quaeda herzustellen.

facto Aktionen des „Staatsterrorismus“ außer Acht, wenn sich dies in strategische politische Optionen fügte.¹⁸⁷

Im April 2002 nannte auch der Präsident Bush den „Regimewechsel“ im Irak als militärisches Ziel – in den strategischen Dokumenten der 90er Jahre hatte eine solche neoimperiale Rede vom „regime change“ noch keine explizite Rolle gespielt, betrieben hatten die USA derlei natürlich nicht nur in Afghanistan.

Mitte 2002 war dieser Prozess zu einem vorläufigen Ende gekommen. In seiner zentralen programmatischen Rede im Juni 2002 in West Point erklärte Bush, dass die bisherigen Doktrinen der Abschreckung (deterrence), Eindämmung (containment) und des Mächtegleichgewichts (balance of power) nicht mehr ausreichten. Wo ein Feind bereit ist, alles zu riskieren, könne er nicht mehr abgeschreckt werden – schließlich existierten zwischen derlei absoluten Antagonisten keinerlei gemeinsame Interessen. Bis 2001 operierten die USA gegenüber dem Irak mit einer klaren Komponente der Abschreckung. Nun wurde der Feind neu als absoluter Antagonist definiert, der nicht abgeschreckt werden kann. Die Gedanken der *Prävention* („preemptive action“) und *Intervention* wurden hervorgehoben. Von nun an gelte: "Wir müssen den Kampf zum Feind tragen, seine Pläne zerstören und den schlimmsten Bedrohungen entgegentreten, bevor sie entstehen"¹⁸⁸. Im August 2002 konstatierte Donald Rumsfeld in seinem ersten „Annual Report to the President and the Congress“: „...defending the United States requires prevention and sometimes preemption. It is not possible to defend against every threat, in every place, at every conceivable time. The only defense against is to take the war to the enemy. The best defense is a good offense.“¹⁸⁹ „Präemption“, „Regimewechsel“ und „Entwaffnung“ wurden nun zu *buzz words* der Rethorik der Bush-Administration.

¹⁸⁷ S.Mann, Supermacht, S.202f. Zu Recht wird Isama bin Laden als Schlüsselfigur betrachtet – er symbolisiert die Wendung vom nationalem zum internationalen Terror und vom Angriff auf militärische Objekte zum Terror gegen Zivilisten. Sein Ziel ist der amerikanische Militärimperialismus – nicht McDonald.

¹⁸⁸ George W. Bush, "Remarks at 2002 Graduation Exercise of the U.S. Military Academy," West Point, NY v. 1.6.2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>. S.a. Nicholas Lemann: The War on What? In: The New Yorker v.16.9.02. Die Formulierung Bush's: "bereit sein für vorbeugende Aktion falls notwendig". Martialischer dann der Präsident der USA Anfang Februar 2003: "The terrorists brought this war to us — and now we're takin' it back to them" und: "We're on their trail, we're smokin' them out, we've got 'em on the run", zit. nach Time v. 18.2.2003. Für Bush änderte 9/11 auch seine Position zum Konzept des Containment: "prior to September 11, we were discussing smart sanctions. . . .After September 11, the doctrine of containment just doesn't hold any water. . . . My vision shifted dramatically after September 11, because I now realize the stakes, I realize the world has changed." S. New York Times v. 1.2.2003. Die Reden Bushs in West Point und Fort Drum im Juni 2002 basierten auf zwei geheimen Direktiven, die der Präsident ebenfalls im Juni 2002 zeichnete: die National Security Presidential Directive 17 und die Homeland Security Policy Directive 4 (NSPD-17/HSPD-4), deren nicht-klassifizierten Teile am 12.12.2002 bekanntgegeben wurden.

¹⁸⁹ www.defenselink.mil/execsec/adr2002, s. 30. In der vom Februar 2003 stammenden "National Strategy for Combating Terrorism" findet sich exakt die Formulierung: "the best defense is a good offense".

Sie gehen einher mit einer Verschiebung der öffentlichen Argumentation: das Legitimationsmuster des *Papiertigers* macht sich breit. Der Feind ist so gefährlich, dass er nicht einmal mehr abgeschreckt werden kann - und zudem ist Eile geboten, die Gefahr nimmt ständig zu! – doch wenn er zeitig (präventiv) entschlossen angegriffen wird, bricht er angesichts seiner inneren Verrottung und Schwäche flink zusammen. Die Kosten bleiben dann gering und ebenso die Anzahl der Särge. Je mehr Geduld und Zurückhaltung die USA zeigten, desto mehr werde dies als Schwäche ausgelegt und begünstige eine aggressive Haltung gegen die USA. Es gilt also, den *Big Stick* hervorzuholen und eine Politik der Einschüchterungseskalation zu praktizieren, deren Wirksamkeit sich aus der Scheinhaftigkeit der Feindesstärke ergibt. Diese Bilder wurden massiv präsentiert – so ergab eine Studie von FAIR, dass mehr als die Hälfte von 393 Quellen, die im US – Fernsehen im Januar/Februar 2003 in Berichten über den Irak zitierte, Offizielle waren und nur 17 % aller Quellen skeptisch oder kritisch waren.¹⁹⁰

Schließlich wird der Anspruch auf *eine globale militärische Souveränität* der USA formuliert, die als der Schlüssel zur Rekonstruktion eines neuen internationalen Regimes gilt, das Sicherheit durch hegemonial / imperial vermittelte Stabilität gewährleistet. Es geht darum, das durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten entstandene Machtvakuum auszufüllen. *Das übergreifende Ziel auch der neuen Strategie ist nicht die Verteidigung des Territoriums der USA oder der Kampf gegen terroristische Gruppen oder Staaten, sondern der Erhalt und Ausbau der Ungleichheit zwischen den USA und dem Rest der Welt und die Vollendung der weltweiten Durchsetzung des amerikanisch dominierten Modells durch den „Export von Sicherheit“* (Barnett). Nur so kann zugleich gesichert werden, dass keine militärischen Angriffe mehr auf die USA („homeland“) gestartet werden können und die paradoxe Verknüpfung von Verletzlichkeit und Unbesiegbarkeit aufgelöst werden kann. Alle anderen politischen Zielsetzungen treten demgegenüber zurück. Gewinnt diese Strategie machtpolitischen Bestand, *dann positionieren sich die USA gegen den Rest der Welt* – nicht nur gegen Regierungen konkurrierender kapitalistischer Mächte¹⁹¹ und auch nicht nur gegen die nicht oder schwach integrierten Staaten der Peripherie, sondern gegen beide zugleich. Bei dieser Zielstellung der US-amerikanischen Machtprojektion geht es nicht nur um nationale Verteidigung, sondern um internationale Suprematie und den Abbau der Selbstbindung der USA an internationale Allianzen und globale Gruppen. Es geht um die Sicherung des „funktionierenden Kerns“ der hegemonialen Struktur und um die schrittweise Schlie-

¹⁹⁰ S. www.fair.org/reports/iraq-sources.html.

¹⁹¹ So etwa die Behauptung in einer von der Atlantik-Brücke verantworteten ganzseitigen Großanzeige „An Message to the People of the United States of America“ in der FAZ v. 23.2.2003, die von „gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen“ spricht.

ßung ihrer „Lücken“ – „There`s a new struggle.“¹⁹². Nach Barnett waren von 132 militärischen Interventionen der USA in den letzten zwölf Jahren – der neue Unilateralismus der Hegemonialmacht brachte keinen Frieden, sondern einen Aufwuchs an Kriegen!¹⁹³ - 95 % in Bereichen, die er als „*Lücke*“ (Gap) bezeichnet, die (in seiner Terminologie) nicht fähig oder willens zur vollen Ankoppelung an die kapitalistische Globalisierung sei, also den globalen Regeln von Demokratie, Transparenz, freiem Handel, freiem Markt und kollektiver Sicherheit und die dem „Kern“ gegenübersteht, in dem rund 2/3 der Menschen dieses Planeten leben. Die Rede von der „nicht-integrierten Lücke“, die rund ein Viertel der Weltbevölkerung umfasst, unterscheidet sich wesentlich von der vorgängigen Aufzählung einer Handvoll Schurkenstaaten oder „failed states“. Diese Lücke müsse durch den *Export von Sicherheit* und Konnektivität geschlossen werden: „the basic argument that it is important for the United States over time to—in effect—export security to those parts of the world that lack internal regional security because it encourages foreign direct investment by outside corporations.“¹⁹⁴ Dementsprechend plädiert Barnett auch für eine differenzierte Vorgehensweise: *Multilateralismus bei der Sicherung des „Kerns“, selektiver Bilateralismus bei der Sicherung der Übergangregionen zwischen Kern und Lücke, präventiver Unilateralismus bei der Reduzierung der „Lücke“*: „Finally, exporting security into the Gap's worst trouble spots will be largely unilateral, although we can typically count on Britain for assistance. Here we will play military Leviathan on a regular basis, enforcing the system's rules in a manner that no other state can possibly consider. Progressively shrinking the Gap will be this country's primary global-security task in the 21st Century. Our long-term export of security into those Gap areas -- namely, Central Asia and the Mideast -- that present the greatest potential disruptions to the Core's economic functioning will inevitably rival our Cold War efforts in Europe and Northeast Asia.“¹⁹⁵ Die Konsequenzen für die amerika-

¹⁹² Diese Begrifflichkeit stammt von Thomas P.M. Barnett, seit 2001 Assistant for Strategic Futures im Office of Force Transformation des Pentagon und Professor am United States Naval War College, s.u.a. The 'Core' And The 'Gap'. Defining rules in a dangerous world, in: Providence Journal-Bulletin v. 7.11.2002; The Pentagon's New Map, in: Esquire 3/2003; Interview mit Barnett in: The Naval Suplly Corps Newsletter Sept./Oct.2003. Barnett hatte bereits im Oktober 2001 gefordert „...we need to expand dramatically the dialogue between Wall Street and the Pentagon regarding how globalization changes our definitions of national security.“

¹⁹³ Darunter fast 50 größere US-amerikanische Kriegsinterventionen in zwölf Jahren gegenüber etwa 15 in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts.

¹⁹⁴ Barnett am 13.2.2003 in der Glen Mitchell Show. Dass kapitalistische Globalisierung räumlich ungleiche Entwicklung und damit Gewinner und Verlierer zur Bedingung hat, kommt Barnett nicht in Sinn.

¹⁹⁵ „Shrinking the Gap“ ist die Aufgabe der USA: „I think it's going to be kind of a functional unilateralism. We are going to be the ones leading the efforts at regime change or counter-terrorism or counter-insurgencies (...) But as we successfully migrate any country, society or region to something better, it's going to be less of us and more of others. And when I say less us, it's going to be less DoD and more the rest of the U.S. government. It's going to be less government and more private. It's going to be more Foreign Direct Investments, which really integrate countries...it's the private money that really does it“ (Barnett im Navy Supply Corps Newsletter v. September/Oktober 2003). Barnett prognostiziert wachsende Präsenz der USA in Zentralasien, in Osteuropa und im Mittleren Osten, im Horn von Afrika und Ostafrika.

nische Kriegsführung wird von Barnett und Arthur K. Cebrowski wie folgt beschrieben: „the preferred U.S. military method is forward deterrence and strike operations. As a matter of effectiveness, cost, and moral preference, operations will have to shift from being reactive (i.e., retaliatory and punitive) to being largely preventative. Forward presence therefore will be valued more than strategic deployment from home...In other words, we morph into a military of superempowered individuals fighting wars against superempowered individuals. In this manner, the American Way of War moves the military toward an embrace of a more sharply focused global cop role: we increasingly specialize in neutralizing bad people who do bad things.“¹⁹⁶

Es geht jedoch nicht mehr nur um „Abschreckung“ eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, bereits im Ansatz die Entstehung einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern. In den Worten von Bush: "Amerika hat eine militärische Stärke, die nicht herausgefordert werden kann und beabsichtigt, sie zu behalten – so macht sie die destabilisierenden Rüstungswettläufe früherer Zeiten sinnlos und begrenzt Rivalitäten auf Handel und andere friedliche Unternehmen.“¹⁹⁷ Alliierte brauchen keine militärische Macht – und Konkurrenten, sofern sie nicht präventiv ausgeschaltet wurden, sollen keine Chance bekommen. Eine USA „beyond challenge“ (Bush, NSS) ist der Gedanke. Nur so kann dauerhaft globale Sicherheit gewährleistet werden. Denn wenn die USA (etwa auch militärisch) herausgefordert werden können, dann werden jene, die bis dahin sich auf ihre Seite schlugen, vom niedergehenden Empire abfallen, Konkurrenten werden gestärkt und das alte Spiel des internationalen Machtkampfes beginnt aufs neue mitsamt seinen gefährlichen Folgen, wie etwa am Beispiel des Niedergangs des britischen Empire und des dann folgenden ersten Weltkrieges abgelesen werden könne. In militärstrategischer Sicht bricht eine solche Position der USA beyond challenge mit der jahrzehntelang gültigen Strategie der Abschreckung. Diese Strategie beschäftigte sich im Kern mit der Frage, wie mit dem Problem der Eskalation umzugehen sei. Sie ging davon aus, dass in einer Situation der wechselseitigen Verteilung von Machtressourcen die Kontrahenten imstande sind, Ressourcen aufzubringen oder zu erwerben, die gegebenenfalls in eine eskalierende Auseinandersetzung eingebracht werden können. Aggressionen werden dadurch verhindert, dass der Wille, diese Ressourcen einzusetzen, beeinflusst („containment“) oder auch gebrochen wird. Aggressionen werden nicht dadurch

¹⁹⁶ Naval Institute 1/2003, S. 42f. S. das Interview mit Barnett im Navy Supply Corps Newsletter v. September/Okttober 2003: "It'll also help to redefine the Navy by, in effect, pulling the Coast Guard back closer to the United States and forcing the Navy to play more of the Coast Guard-like role around the world."

¹⁹⁷ Zit. nach Michael Lind: Is America the New Empire? In: The Globalist 19.6.2002. Vgl. auch NYT v. 22.9.2002 sowie Carl Kaysen u.a.: In Search of Balance, in: War with Iraq, Cambridge 2002 S.2ff. Tod Lindberg, the Bush Doctrin, in: Hoover-Digest 4/2002 übersetzte Bush's Worte sehr einfach: "We will never again be in a position of "superpower rivalry," let alone a cog in a multilateral balance of power."

verhindert, dass diese Ressourcen beseitigt werden. Jetzt aber geht es darum, die militärische Überlegenheit der USA und die hieraus kommende Interventionsfähigkeit zu nutzen, bereits den Besitz oder die Fähigkeit zur Acquisition solcher Ressourcen zu verhindern, so dass bereits die Möglichkeit zur Eskalation ausgeschaltet wird. Gegenüber dem Konzept der Deterrence, bei der es um die Erzielung von Eskalationsdominanz ging, ist dies die weitaus radikalere Konzeption, die gleichsam imperialistischen Utopismus mit Machthybris verbindet. Die Durchsetzung eines planetaren – durchaus variantenreichen – Musters amerikaaffinen oder amerikaähnlichen Kapitalismus ist die einzige Methode, auf Dauer Konkurrenz, aber auch Terrorismus auszuschalten: „The ultimate goal of American foreign policy will be to use this power, alone if necessary, to extend free-market democracy around the globe. This is the only way in which the United States can deal with the long-term causes of terrorism.”¹⁹⁸ Einer solchen Konzeption ist die Bereitschaft und Fähigkeit zur Intervention funktionell eingeschrieben. Sie hat damit aber auch mit nicht-staatlichen Akteuren zu tun, die Waffen nicht zur Abschreckung, sondern zum Einsatz gebrauchen. Die gleichsam mittelfristige Aufgabenstellung zur Realisierung dieser übergeordneten Zielstellung hat Thomas Donnelly im Frühjahr 2003 so formuliert: „In a nutshell, the practical application of the Bush Doctrine amounts to "rolling back" radical Islamism while "containing" the People's Republic of China, that is, hedging against its rise to great-power status. A corollary is to prevent strategic cooperation, formally or de facto, between either terror states or terrorist groups in the Islamic world and Beijing. Indeed, in a world where hard power realities continue to be the measuring sticks of international politics, these are the overriding tasks to accomplish if American global leadership and the current liberal order are to be sustained and extended.”¹⁹⁹ Jarvis hat zu Recht darauf hingewiesen (und dabei auf den Nuclear Posture Review verwiesen), dass dieses radikale Konzept sich nicht ausschließlich gegen Rußland und China richtet, sondern gleichermaßen gegen Europa.²⁰⁰ Die Fokussierung auf den Irak machte dabei noch einen evidenten Subtext deutlich: militärische Souveränität gilt als Schlüssel zur Wiedererlangung bzw. Sicherung nicht nur energieökonomischer Suprematie, vielmehr soll ein politisch-militärischer Unilateralismus auch die Option auf ökonomischen Unilateralismus erweitern.²⁰¹ Letztlich können sich die Programmierer einer solchen Politik die Welt nur im Blick einer Projektion amerikanischer Macht und Amerikas selbst vorstellen.²⁰²

¹⁹⁸ Council on Foreign relations: A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction, New York 2003, S. 6.

¹⁹⁹ Thomas Donnelly: What's Next? Preserving American Primacy, Institutionalizing Unipolarity, in: AEI National Security Outlook v. 22. 4. 2003 http://www.aei.org/publications/pubID.16999/filter./pub_detail.asp

²⁰⁰ S. Jarvis, Bush-Doctrin, S.377.

²⁰¹ S. William Wallace: American Hegemony: European Dilemmas, in: The Political Quarterly (2002) S. 113f.

²⁰² So formuliert Bush in der NSS, S.1: die USA würden ihre Stärke nutzen, „(to create) conditions, in which all nations and all societies can choose for themselves the rewards and challenges of political and economic liberty.“ Rhodes,

So geht es im Kern um die Sicherung Amerikas durch die Amerikanisierung der Welt – Ziele, die alle Mittel rechtfertigen und das Problem ist: alle Mittel stehen zur Verfügung.

Diese politische Fokussierung und konzeptionelle Ausarbeitung der Jahre 2001 und 2002 steht im Kontext einer Reihe weiterer Entwicklungen, die Charles Knight vom „Project on Defense Alternatives“ bereits Mitte Juni 2000 vor dem Council on Foreign Relations als „incremental militarization of foreign policy“ bezeichnet hatte²⁰³. Nach den Reduzierungen unter der ersten Clinton-Regierung wurde das Rüstungsbudget seit 1998 wieder kontinuierlich vergrößert; 1999 signierte Clinton einen Mittelzuwachs im militärischen Bereich, der alle Zuwächse der 15 Jahre zuvor bei weitem übertraf. Bush führte seinen Wahlkampf 2000 mit der Ankündigung, die Militärausgaben zu steigern. Mit dem Budget 2003 wurde dieser erste große „military build-up“ seit Anfang der 80er Jahre sprunghaft gesteigert, so dass die Ausgaben für „National Defense“ von 329 Mrd. \$ auf fast 400 Mrd \$ (2003) anstiegen. Gegenwärtig entfallen über 40 % der globalen Militärausgaben auf die USA gegenüber 28 % Mitte der 80er Jahre, als die US-Aufrüstung unter Reagan ihren Höhepunkt hatte; diese Aufwendungen übertreffen die kombinierten Militärausgaben der folgenden 15 Staaten, die weltweit am meisten für militärische Zwecke ausgeben und in der Regel im übrigen eng mit den USA liiert bzw. von ihnen abhängig sind. Und das ist 25mal mehr als die Militärausgaben der sieben von den USA als „Schurkenstaaten“ bezeichneten Länder. Nur fünf Unternehmen erhalten weit mehr als die Hälfte der für Rüstung aufgewandten Mittel: Lockheed-Martin, Boeing, Northrop-Grumman, Raytheon und General Dynamics, die 2002 rund 80 Milliarden Dollar erlösten. Die Ressourcen des Außenministeriums für eine aktive nicht-militärische Außenpolitik wurden demgegenüber beschnitten, die Aufwendungen für Aufklärung werden zu 85 % vom Pentagon kontrolliert.²⁰⁴ Nach 9/11 wurde die amerikanisch dominierte Kooperation mit Geheimdiensten zahlreicher Staaten massiv aufgebaut und damit deren Souveränität in einem Kernbereich weiter eingeschränkt.²⁰⁵ Multilaterale bzw. internationaler Vertragspolitiken wurden abgewertet

Imperial Logic, S.144 vermerkt hierzu: „They are free to choose, but only to choose liberalism. There is, in fact, no choice here whatsoever.“

²⁰³ Charles Knight: U.S. Military-Strategic Ambitions: Expanding to Fill the post-Soviet Vacuum, 14.6.2000, New York

²⁰⁴ Loch K. Johnson, Kiki Caruson: The Seven Sins of American Foreign Policy, in: PS-Online Januar 2003 S.8. Die monatlichen Aufwendungen der USA für Irak und Afghanistan betrugen im Sommer 2003 ca. 5 Mrd \$ im Monat oder 60 Mrd \$ im Jahr – das war ungefähr das Dreifache der US-Ausgaben für Auswärtige Hilfe.

²⁰⁵ S. „The American Empire,” STRATFOR v.2.4. 2003 (<http://www.stratfor.biz/1Story.neo>) „... deeply into the governments, intelligence agencies and security apparatus of many countries...[with] small numbers of U.S. forces ‘advising’ (i.e., commanding) native forces...in effect usurping sovereignty.

und die Rüstungskontrollpolitik restringiert (C- und B-Waffen; Landminen; Internationaler Gerichtshof²⁰⁶ etc.). Das Kontrollregime nuklearen Materials und nuklearer Ressourcen wurde abgewertet. Seit 1989 sind die Risiken in diesem Bereich kontinuierlich gewachsen, insbesondere die Gefahr der Nutzung solchen Materials durch terroristische nicht-staatliche Akteure. Die moralisch unhaltbare Unterscheidung zwischen „good guys“ mit Nuklearwaffen und „bad guys“, denen sie auf dem Wege der Präemption zu versagen seien, wurde unter Bush stark gemacht wie kaum zuvor. Die Frage der Proliferation nichtnuklearer Waffen geriet demgegenüber vollends aus dem Blickfeld – was angesichts der Strukturen des Rüstungsmarktes freilich wenig verblüffen kann.²⁰⁷ Der Aufbau von Raketenabwehrsystemen wurde neu forciert und die dazu passenden beschwörenden Theorien des „Victory is Possible“ renoviert²⁰⁸. 2004 sollen entsprechende Systeme loziert werden – „to provide a secure basis for U.S. power projection around the world.“ (PNAC-Report), denn wenn eine im Ansatz praktikable Fähigkeit existiert, einen Zweitschlag eines Gegners mit einer Raketenverteidigung abzufangen, ist der Weg zu offensiven Aktionen offen. Wo in den global sichtbaren Kriegen der Gegenwart die Kontrahenten kein einziges Flugzeug in die Luft bringen (Serbien, Irak), hat sich die Art der Kriegführung dramatisch geändert. Die US-Militärplanung betonte deutlich die Fähigkeit zur Kriegführung gegenüber der Aufgabe der Stabilitätssicherung. Ihr regionaler Focus wanderte in den asiatischen Raum, die Funktion des US-Militärs in Europa begann sich zu wandeln.

Diesen Veränderungen liegt also eine bestimmte Interpretation der Weltlage zugrunde, die keineswegs erst als Reaktion auf *Nineeleven* entstanden ist. Sie war bereits vorhanden, reicherte sich mit aktuellen Legitimationen und Handlungsorientierungen an und wurde so hegemonialpolitisch durchsetzungsfähig. Lange vor dem Terrorangriff auf die zentralen Symbole des politisch-ökonomischen Macht der USA formulierte der im Jahr 2000 publizierte Report „Rebuilding America’s Defense“ des neokonservativen

²⁰⁶ Im Mai 2002 zog Bush die Unterschrift der USA unter den Vertrag zum Internationalen Strafgerichtshof zurück. Nach Ansicht des US-Sonderbotschafters für Kriegsverbrecherprozesse Pierre-Richard Prosper gingen die 1949 vereinbarten Genfer Konventionen von Kriegen zwischen souveränen Staaten aus – im Terrorkrieg gebe es aber gleichsam keine Rechtssubjekte mehr.

²⁰⁷ Seit dem zweiten Weltkrieg sind 99,9 % der Gefallenen – rund 25-40 Millionen - Opfer konventioneller Waffen geworden, s. Larry Korb, Michael Craig (Hg.): *Strategies for US National Security: Winning the Peace in the 21st Century*. A Task Force report of the Strategies for US National Security Program. The Stanley Foundation Oktober 2003, S. 58.

²⁰⁸ So damals im Kontext der SDI-Debatte und Auseinandersetzung um die Stationierung von Mittelstreckenraketen der Titel des vielbeachteten Aufsatzes von Colin S. Gray und Keith B. Payne in *Foreign Policy* 39 (1980) S.14ff.; siehe nun Colin S. Gray: *Defining and Achieving Decisive Victory*, Strategic Studies Institute US Army War College, Carlisle April 2002. Payne als Direktor des neokonservativen Think Tanks NIPP wurde mittlerweile in ein Beratungsgremium des Bush-DoD berufen (Deterrence Concepts Advisory Panel). Solche gegen Kurz- und Mittelstreckenraketen gerichtete Systeme, die unter amerikanischer Kontrolle auf dem Gebiet einzelner europäischer Staaten plziert würden, wären ein massives Element amerikanischer Militärdominanz und würden als politischer Spaltpilz wirken.

“Project for the New American Century“ eine Beschreibung der neuen globalen Konstellation, die nach dem September 2001 zur hegemonialen Interpretationsfolie wurde²⁰⁹. „Fast alles hat sich verändert“ – hieß es auch dort. Gemeint waren aber das Jahr 1989 und die folgende Dekade. Es gelte nun, die “strategische Pause“ unter Clinton zu beenden. Der “Report“ resümierte seine Lageeinschätzung: “Während des Jahrzehnts nach dem Kalten Krieg hat sich fast alles geändert. Die Welt des Kalten Krieges war eine bipolare Welt; die Welt des 21sten Jahrhunderts ist – zumindest im Moment – entschieden unipolar, mit Amerika als der Welt „einzigen Supermacht“. Einst war Amerikas strategisches Ziel die Eindämmung der Sowjetunion; heute ist die Aufgabe, eine internationale Sicherheitsumgebung zu sichern, die amerikanischen Interessen und Idealen dienlich ist. Die Aufgabe des Militärs im Kalten Krieg war es, den sowjetischen Expansionismus abzuschrecken. Heute ist seine Aufgabe, die „Zonen des demokratischen Friedens“ auszudehnen; die Entstehung einer konkurrierenden Großmacht zu verhindern; Schlüsselregionen in Europa, Ostasien und im Mittleren Osten zu verteidigen; und die die amerikanische Vorherrschaft in den kommenden technologiebedingten Veränderungen des Krieges zu sichern – eine Position Amerikas zu realisieren, in der es „conceives of itself as at once a European power, an Asian power, a Middle Eastern power and, of course, a Western Hemisphere power“, wie es das Vorwort von „Present Danger“ formulierte. Zwischen 1945 und 1990 bereiteten sich die US-Streitkräfte auf einen einzigen globalen Krieg vor, der auf vielen Schauplätzen geführt werden könnte; im neuen Jahrhundert wird es um eine ganze Reihe von Kriegsschauplätzen auf der ganzen Welt gehen, gegen verschiedene und besondere Feinde, die verschiedene und besondere Ziele verfolgen. Während des Kalten Krieges lag der Hauptort der Rivalität der Supermächte in Europa...das neue strategische, besorgniserregende Zentrum scheint nun nach Ostasien zu wandern.“²¹⁰

Diese Sicht auf ein „unipolares 21. Jahrhundert“ fasste der „Report“ handlich in einer Tabelle zusammen:

	Kalter Krieg	21. Jahrhundert
Sicherheitssystem	Bipolar	Unipolar
Strategisches Ziel	Eindämmung der Sowjetunion	Sicherung der <i>Pax Americana</i>
Hauptsächliche militärische Aufgaben	Abschreckung des sowjetischen Expansionismus	Sicherung und Ausdehnung von Zonen des demokratischen Friedens; die Entstehung eines neuen Großmacht - Konkurrenten verhindern;

²⁰⁹ Zu den Mitverfassern gehörten Devon Cross, Cohen, Wolfowitz, Libby, Bolton, Cambone und Zakheim. Siehe auch die vergleichbare Tonart in Frank Carlucci, Robert Hunter, and Zalmay Khalilzad (Hg.), *Taking Charge: A Bipartisan Report to the President-Elect on Foreign Policy and National Security*, Santa Monica [RAND] 2001.

²¹⁰ S.2f.;

		Schlüsselregionen verteidigen; die Veränderung des Krieges ausnutzen
Hauptsächliche militärische Bedrohungen	Potentieller globaler Krieg auf vielen Kriegsschauplätzen	Potentielle Kriegsschauplätze überall auf dem Planeten
Fokus der strategischen Auseinandersetzung	Europa	Ostasien

Die hier entwickelte Position schließt die Option des „Regime Change“ im Kontext einer solchen Strategie explizit ein, wie etwa Kristol und Kagan in „Present Dangers“ formulierten: „A principal aim of American foreign policy should be to bring about a change of regime in hostile nations – in Baghdad and Belgrade, in Pyongyang and Beijing and wherever tyrannical governments acquire the military power to threaten their neighbours, our allies and the United States. (...) when it comes to dealing with tyrannical egimes...the United states should seek no coexistence but transformation“ und „such a strategy would depart from recent American policy in fundamental ways...[and] would have sent US forces on to Baghdad to remove Saddam Hussein from power and it would have kept US troops in Iraq long enough to ensure that a friendlier regime took root.“²¹¹. Dafür soll das alte System der Sicherung amerikanischer Hegemonie umgebaut und größtenteils zerstört werden – Revolution, damit alles bleibt, wie es ist. Die Dynamik der Bewegung ist groß; *Nineteen* und die zunächst äußerst erfolgreichen Kriege („Kampagnen“) gegen Afghanistan und Irak haben sie immer neu befeuert, verbreitert und gefestigt. Doch ihr größtes Problem kam erst nach dem erklärten Krieg: sich auf Dauer zu stellen.

6.3. Militärische Überlegenheit

²¹¹ S.a. Robert Kagan, William Kristol: The Bush Doctrine Unfolds, in: Weekly Standard v. 4.3.2002. Verbal wurde von Mitgliedern des PNAC bzw. Autoren des Reports der Begriff „Empire“ zurückgewiesen – etwa in einem Text von Donald Kagan, Comparing America to ancient empires is 'ludicrous', in: The Atlanta Journal-Constitution v.6.10.2002: „Almost all the people we invited to take part in our deliberations who later joined the current Bush administration attended no more than one meeting, said little and made it clear that they did not agree with our analysis and recommendations. Neither the presidential candidates nor the media paid any attention to what we wrote. When the Bush administration took office it largely continued the policies of its predecessor ... This situation changed only after the attacks on our country on Sept. 11, 2001.“ Freilich hat Donald Kagan selbst in einem Interview mit George Will einen solchen Vergleich gezogen: „I think you have to go all the way back, nearly 2,000 years, to the Roman Empire, to find a single power so pre-eminent compared to all others.“ (s. The Atlanta Journal-Constitution v. 10.10.2002). Vgl. dagegen auch den stellvertretenden Vorsitzenden des PNAC Thomas Donnelly in seiner Rezension „Die Vergangenheit als Vorspiel: Ein Imperiales Handbuch“ (Foreign Affairs Juli/August 2002): „Ob die Vereinigten Staaten es gewollt haben oder nicht, irgendwie haben sie ein Imperium aufgebaut und können den sich daraus ergebenden Folgen sich nicht mehr entziehen.“

Das erste Mittel zum Erreichen dieses Ziels, die Ungleichheit zwischen den USA und dem Rest der Welt zu erhalten und auszubauen bzw. die Globalisierung eines amerikanisch dominierten Modells durchzusetzen, ist die Sicherung *konkurrenzloser militärische Überlegenheit*. Intern erfordert dies den – natürlich über die Landesgrenzen hinausreichenden – Aufbau des eigenen Potentials: Rüstung, Stärkung der Militärs und der Kultur des Militärischen. Extern geht es darum, die Entstehung militärischer und politischer Konkurrenzfähigkeit mit allen notwendigen Mitteln zu verhindern: "America has, and intends to keep, military strengths beyond challenge", erklärte Bush in seiner West-Point-Rede. Bereits im Februar 1992 formulierte der an die Presse durchgesickerte geheime Entwurf des „Defense Planning Guide“ für 1994-1999 des damals von Cheney geleiteten Pentagons: "Unser erstes Ziel ist es, die Wiederauferstehung eines neuen Konkurrenten entweder auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo zu verhindern, der eine Bedrohung in der Größenordnung der einstigen Sowjetunion darstellen könnte." Die USA, so hieß es in dem Dokument, "muss die Mechanismen sichern, potentielle Wettbewerber davon abzuhalten, auch nur danach zu streben, eine größere regionale oder globale Rolle zu spielen."²¹² Es gehe um eine Zukunft, in der „the world order is ultimately backed by the U.S.“. Eine solche Zielstellung reflektierte damals wie heute, dass auf dem Feld der militärischen Akteure nur ein Riese neben den vielen „Pygmäen“ (Niall Ferguson) operiert und dieser Riese nicht mehr abhängig ist von Regionalmächten oder einzelnen Militärbasen, wie übrigens sehr rasch dann 1990/91 durch den Abzug der USA aus den Philippinen exemplifiziert wurde. Der Text trug die politische Handschrift von Wolfowitz, Libby und Eric Eldeman. Nachdem er bekannt wurde, zogen ihn die Verfasser zurück²¹³. Damals wie heute wurde dieses Dokument begriffen als „the doctrine of a world ruled from Washington“²¹⁴ Mann bezeichnet es als

²¹² "Our first objective is to prevent the re-emergence of a new rival, either on the territory of the former Soviet Union or elsewhere, that poses a threat on the order of that posed formerly by the Soviet Union. ... we must account sufficiently for the interests of the advanced industrial nations to discourage them from challenging our leadership or seeking to overturn the established political and economic order. ... we must maintain the mechanisms for deterring potential competitors from even aspiring to a larger regional or global role. (...) Our strategy must now refocus on precluding the emergence of any potential future global competitor." S. "Excerpts from Pentagon's Plan: 'Prevent the Emergence of a New Rival'", in: New York Times v.8.3.1992 sowie die Washington Post National Weekly Edition 16.-22.3.1992 S.19. Cheney hatte bereits im Januar 1990 Wolfowitz den Auftrag gegeben, die Militärstrategie der USA umfassend zu bewerten.

²¹³ Erstaunlicherweise behauptete Wolfowitz erst in einem Vanity Fair-Interview mit Sam Tannenhaus am 9.5.2003, die Vorversion sei von seinem Stab verfasst worden und er habe den von der NYT publizierten Text nicht gesehen, s. Defenselink v. 9.5.2003. Immerhin sei der Text auf ein Briefing Wolfowitz' von Cheney zurückgegangen, das dann Bush zur Kenntnis gebracht worden sei. Verfasst wurde der Text von Wolfowitz' damaligem Assistenten Zalmay Khalilzad und an den vorbereitenden Expertengesprächen nahmen u.a. auch Perle und Wohlstetter teil. Colin Powell forderte übrigens ebenfalls 1992 vor dem Kongress, dass Amerika genügend Macht acquirieren müsse, um „deter any challenger from ever dreaming of challenging us on the world stage“, zit. nach David Ray Griffin: Global Imperialism or Global Democracy: The Present Alternatives (2003), S.10.

²¹⁴ S. Anthony Lewis: Bus and Iraq, in: The New York Review of Books v. 7.11.2002. S. Michael T. Klare: Endless Military Superiority, in: The Nation v. 15.7.2002, Nicholas Lemann: The Next World Order, in: The New

„one of the most significant foreign policy documents of the past half century. It set forth a new vision for a world dominated by a lone American superpower, actively working to make sure that no rival or group of rivals would ever emerge.”²¹⁵ Nach Aussagen des Verfassers Kahlilzad gegenüber Mann scheint die Deutlichkeit der Formulierung des politischen Selbstverständnisses maßgeblicher Akteure der amerikanischen Außenpolitik sehr beeindruckt zu haben: Cheney habe ihm gesagt: „You’ve discovered a new rationale for our role in the world.”²¹⁶ Libby erklärte gegenüber Mann, dass Kahlilzads Formulierungen im Kern nicht weit genug gingen: Ziel könne nicht bloß sein, große regionale Mächte wie China, Russland oder Europa daran zu hindern, sich zu global agierenden Weltmächten weiterzuentwickeln. Vielmehr ginge es darum, bereits den Anfang einer solchen Konkurrenzbildung zu verhindern – und so Amerikas Überlegenheit auf Dauer zu stellen. Diese strategische Option bildete gleichsam die Brücke, welche die politische Generation der Rumsfeld und Wolfowitz über die historische Scheide 1989/1991 hinwegtrug. Sie formulierte die Quintessenz der Jahrhundertauseinandersetzung zwischen amerikanischem Kapitalismus und sowjetischem Staatssozialismus: einen solchen Konflikt dadurch zu verhindern, dass man die Entstehung eines vergleichbaren Konkurrenten von Beginn an aktiv ausschloss. Damit war zugleich eine explizite Begründung für die Beibehaltung und den späteren Ausbau des militärischen Potentials der Supermacht USA gegeben, wie Powell 1991 in einem Interview formulierte: „We no longer have the luxury of having a threat to plan for“, erklärte er. „What we plan for is that we’re a superpower. We are the major player on the world stage with responsibilities around the world, with interests around the world.”²¹⁷ Der Report „Rebuilding America’s Defense“ des neokonservativen „Project for the New American Century“ aus 2000 knüpfte explizit an diesen Entwurf an. Zwischen dem damaligen Textentwurf und der Nationalen Sicherheitsdirektive von 2002 existiert offenbar eine Kontinuität, die von Richard Perle in einem Interview am 25.1.2003 in PBS-Frontline betont wurde: „I think there’s great continuity between the ideas that emerged in the 1992 document and the most recent one.“ John Lewis Gaddis (Yale) bestätigt diesen auch personellen Zusammenhang in einem Interview ebenfalls in PBS-Frontline v. 16.1.2003: „I think the history of this particular doctrine does go back to one particular individual. This is Paul Wolfowitz in his service in the first Bush administration and the defense review that was taking place in the last years of the first Bush administration, which Wolfowitz basically authored -- a doctrine of American he-

Yorker v.1.4.2002 und Frances FitzGerald: George Bush & the World, in: The New York Review of Books v. 26.9.2002.

²¹⁵ Mann, *Vulcans*, S.199.

²¹⁶ Mann, *Vulcans*, S.211.

²¹⁷ Zit. nach Washington Post v.19.5.1991

gemony". Die über ein Jahrzehnt später publizierte Sicherheitsdirektive unterstreicht die damals formulierte Zielsetzung der Überlegenheit und Konkurrenzverhinderung: " Unsere Streitkräfte werden stark genug sein," heißt es in der NSS, "um potentielle Gegner davon abzuhalten, eine militärische Aufrüstung zu betreiben in der Hoffnung, die Macht der Vereinigten Staaten zu übertreffen oder mit ihr gleichzuziehen."²¹⁸ In einem Interview im *Public Broadcasting Network* formulierte C. Rice noch unmissverständlich: " Aber wenn es darum geht einem anderen Kontrahenten zu erlauben, militärische Gleichheit mit den USA zu erreichen so wie es die Sowjetunion tat – nein, die USA haben nicht die Absicht, dies zu erlauben, weil wenn dies geschieht, wird es kein Mächtegleichgewicht geben, das die Freiheit begünstigt."²¹⁹

Die militärische Suprematie der USA soll daher eine so erdrückende Qualität erreichen, dass sie nicht herausgefordert werden kann. Damit entfallen Rüstungswettläufe und der gesamte Vorgang kann als Beitrag zur Sicherung des (amerikanischen) Friedens kommuniziert werden, wie dies George W. Bush im Juni 2002 in West Point auch tat. Die militärische Strategie und das sicherheitspolitische Denken müssen daher auch auf heute zunächst undenkbare scheinende Situationen sich einstellen: "die Vereinigten Staaten (können) es sich nicht leisten, „erklärt Wolfowitz, „dass eine feindliche Macht Europa, Asien oder den Persischen Golf beherrscht.“²²⁰

Die sog. „bedrohungsbasierte“ militärische Planung wird folgerichtig durch einen „fähigkeitsorientierten Zugang“ abgelöst, wonach Rüstung und militärische Positionierung nach Maßgabe jeder vorstellbaren militärischen Aktion eines jeden vorstellbaren Gegners zu jeder vorstellbaren Zeit gestaltet werden solle. Minister Rumsfeld am 31.1.2002: es gelte, "gegen das Unbekannte, das Unsichere, das Ungesehene und das Unerwartete" gerüstet zu sein. Oder andernorts und nicht ohne Eleganz: "Es gibt Dinge, von

²¹⁸ NSS, S.30. Der Satz " Der Präsident beabsichtigt nicht, irgend einer ausländischen Macht zu erlauben, den riesigen Vorsprung einzuholen, welche die USA seit dem Fall der Sowjetunion erlangt hat" stand in der am 20.9.2002 vormittags verteilten Version, am Nachmittag war er entfernt worden, s. das Press-Briefing des Pressesprechers Fleischer. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020920-2.html>. Etwas roher formuliert von neokonservativer Seite bei Ben Wattenberg: die Aufgabe sei es " wachsam zu sein gegen die Entstehung feindlicher regionaler Supermächte – zum Beispiel Irak oder China. Amerika ist die Nummer 1. Wir stehen für etwas Anständiges und Wichtiges. Das ist gut für uns und für die Welt. So wollen wir es halten." Washington Times v. 12.4.2002

²¹⁹ The Times of India v. 26.9.2002. Robert W. Merry, Rome on the Potomax, in: The International Economy, Sommer 2003, S. 96, weist zu Recht darauf hin, dass die Debatte über Prävention diese zentrale Zielsetzung der NSS verfehlt: "The document's doctrine of preemption—America's right to take action to protect itself from potential threats even before an attack against the United States—garnered the most attention and criticism. But its most aggressive assertion was the country's expressed resolve to prevent potential adversaries from developing the military capacity to surpass or even equal the power of the United States—in other words, the revival of the Wolfowitz manifesto."

²²⁰ Paul Wolfowitz: Remembering the Future, in: The National Interest 59 (2000)

denen wir wissen, dass wir sie kennen. Dann gibt es Dinge, von denen wir wissen, dass wir nichts von ihnen wissen. Aber dann gibt es auch Dinge von denen wir nichts wissen. Jedes Jahre entdecken wir ein wenig mehr von solchen Dingen, von denen wir nichts wissen.“²²¹ Den Übergang zu einer solchen fähigkeitsorientierten Rüstungs- und Militärpolitik formulierte bereits der QDR: „(T)he approach shifts the focus of U.S. force planning from optimizing for conflicts in two particular regions – Northeast and Southwest Asia – to building a portfolio of capabilities that is robust across the spectrum of possible force requirements, both functional and geographical.“²²²

Die daraus sich ergebende Selbstbezüglichkeit des politischen Handelns, die sich nur ein Empire leisten kann, steht für einen bemerkenswert autistischen Politiktypus, in dem, wie es ein US-amerikanischer Analyst zusammenfasste, ein „*sum of all fears*“- Approach sich kristallisiert, der eng verknüpft ist mit den moralisch-religiösen Unterlegungen eines Teils der Bush-Administration „in search of monsters to destroy“ (John Quincy Aams). Dennoch ist er politikpraktisch keineswegs diffus. Er operiert mit der klaren Annahme, dass die Sicherung militärischer Überlegenheit und die Verhinderung der Herausbildung einer konkurrierenden Globalmacht letztlich nur mit einer Transformation des globalen Raums erreicht werden kann, so dass dieser gleichsam resistent gegen derlei Prozesse wird. Erreicht wird dies am besten durch die Adaption an die Grundelemente des amerikanischen Gesellschaftsmodells, denn allein dieses bietet – Sicherheit. Für den amerikanischen Kapitalismus.

Insofern ist Abschreckung als Ziel und Medium der Politik weiterhin präsent. Aber die Ratio dieser Politik hat sich geändert: es geht um die Sicherung der einzigartig dominanten Position der USA. Ihre vordergründige Rechtfertigung ist die neuartige Bedrohung durch terroristische Akteure, die nicht abgeschreckt, sondern nur eliminiert werden können, zumal bei ihnen die klassische Unterstellung eines verbindenden rationalen und kostenbewägenden Kalküls nicht gemacht werden könne, eine Annahme im übrigen, deren problematische Natur sich vor allem dann zeigt, wenn als Kontrahenten nicht Terrornetzwerke, sondern „Schurkenstaaten“ oder gar „terrorist states“ (Rumsfeld) auftreten. Damit ist eine doppelte, dramatische Differenz gegenüber den bisherigen strategischen Optionen eingetreten. Ging es bei der klassischen Idee der „Mutual Assured Deterrence“

²²¹ Zit. nach G. J. Ikenberry, *America's Imperial Ambition*, in: *Foreign Affairs* 5 /2002 S.50f. Im Original: „The message is that there are no 'knowns.' There are things we know that we know. There are known unknowns. That is to say there are things that we now know we don't know. But there are also unknown unknowns. There are things we don't know we don't know.“ Donald Rumsfeld 6.6.2002

²²² QDR, S. 17. S. auch Michael T. Klare: *Endless Military Superiority*, in: *The Nation* v. 15.7.2002.

darum, durch Androhung des Einsatzes militärischer Massenvernichtungswaffen einen Feind vom Gebrauch solcher Waffen abzuhalten, geht es nun darum, diesen bereits im Ansatz vom Erwerb oder der Entwicklung solcher Waffen abzuschrecken und sogar aktiv abzuhalten – und es geht darum, unabhängig von solchen militärischen Absichten oder Handlungen einen potentiellen Feind oder gar Konkurrenten auszuschalten. Während viel von der ersten Erwägung die Rede ist und sich hierauf auch der Schwerpunkt der Kritik richtet, spielt der zweite, durchaus wesentlichere Aspekt in der öffentlichen Debatte fast keine Rolle.

6.4. Präventivkriege

Das zweite Element dieser Politik ist die Doktrin der „preemption“ („Zuvorkommen“, „aktives Verhindern“) und vor allem der „prevention“ („Vorbeugen“, „Verhüten“). Beides setzt Dominanz voraus. Dominanz macht Präemption wie Prävention möglich. Während Präemption eine völkerrechtlich legitimierte Handlung der Selbstverteidigung gegen einen nachweisbar und daher weitestgehend zweifelsfrei unmittelbar bevorstehenden oder sogar bereits stattfindenden Angriff meint, verzichtet der Präventionsgedanke auf diese Konditionen der Zweifelsfreiheit und nachweisbaren Realitätshaltigkeit²²³. Er operiert mit einem weit größeren Zukunftshorizont und nimmt somit weit größere Unsicherheit und Ambiguitäten in Kauf – und setzt politisch damit zugleich auf die Handlungsfreiheit, die sich aus solcher Unsicherheit ergibt. Präventivkriege zielen – soweit sie militärisch begründet werden – darauf ab, eine Bedrohung in statu nascendi zu beseitigen, bevor sie also voll ausgeprägt ist. In den Worten des Präsidenten Bush im Begleitschreiben zur NSS: „America will act against such emerging threats before they are fully formed.“ Die Option des Präventivkrieges basiert auf der Annahme, „that war is inevitable, and that it is better to fight now while the costs are low rather than later when the costs are high.“²²⁴ Nach dieser Ansicht sind Präventivkriege kostengünstig. Das Kriterium der Unmittelbarkeit einer Bedrohung, das die völkerrechtliche Zulässigkeit eines „vorbeugenden“ Handelns begründet, wird nun abgelehnt

²²³ Vgl. Carl Kaysen u.a.: In Search of Balance, in: War with Iraq, Cambridge 2002 S.3f.: „The corresponding policy in the new National Security Strategy is what the document calls “preemption” – using force in anticipation of a danger to prevent hostile states from acquiring weapons of mass destruction or harboring terrorists. The United States has been preparing in recent months to implement this policy against Iraq. In this particular case, “preemption,” as it is commonly understood, is a mischaracterization, since that term usually is taken to mean striking the first blow when war appears to be imminent and unavoidable. What the United States is proposing is more properly characterized as “preventive war,” that is, a war of choice to prevent the emergence of a threat further in the future.“

²²⁴ James J. Wirtz, James A. Russell: U.S. Policy on Preventive War and Preemption, in: The Nonproliferation Review, Spring 2003 S.116. Die Rede ist dementsprechend von “denial strategies”, die zur “order of the day” werden würde.

– denn die neue Spezifik terroristischer Angriffe ist, dass sie ohne Ankündigung und ohne Vorbereitung erfolgten, weshalb eine solche Unmittelbarkeit einer Bedrohung faktisch nicht existiere und daher auch nicht erkannt werden könne²²⁵. Hier knüpft die Argumentation an den Gedanken an, dass präventive Gewalthandlungen in gewisser Weise auch eine Situation der Unterlegenheit, Schwäche oder Benachteiligung reflektieren – faktisch reflektiert die Bush-Doktrin des unilateralen Präventivkrieges jedoch eine Situation der Stärke.²²⁶

Das Mittel des Präventivkrieges war eine in den USA zuvor eher im Hintergrund gehaltene und selten artikulierte Option. Beispiele hierfür waren die Einrichtung eines *Office of Counterproliferation* unter Clinton, die Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen gegen Nordkorea²²⁷ oder die Begründungen der Cruise-Missile-Attacken auf Afghanistan oder den Sudan unter Clinton. Im weit größeren Maßstab stand die Frage von Präventivkriegen freilich schon viel früher im Falle der Sowjetunion²²⁸, Chinas (unter Kennedy) und bei zahlreichen „vorbeugenden“ Interventionen der USA in Ländern der Dritten Welt von der Dominikanischen Republik bis Grenada. Aber auch im Entwurf des „Defense Planning Guide“ von 1992 ist die Rede von „Präemption“ und Neokonservative wie Robert Kagan plädierten schon vor Bush's Regierungsübernahme für präventive Interventionen. Das Plädoyer für Präemption ist daher kein Spezifikum der Bush-Administration – sicherlich aber die Aufnahme einer Politik der Prävention in die militärische Doktrin²²⁹ und der große Krieg gegen den Irak, der in der

²²⁵ Vgl. Anthony Clark Arend: International Law and the Preemptive Use of Military Force, in: The Washington Quarterly 2/2003 S.89-103 sowie Adam Roberts: Law and the Use of Force After Iraq, in: Survival 2/2003 S.31-56

²²⁶ S. Robert Jervis: Understanding the Bush Doctrine, in: Political Science Quarterly 3/2003 S.371.

²²⁷ S. Gu Guoliang: Redefine Cooperative Security, Not Preemption, in: The Washington Quarterly 2/2003 S. 136. Seit Nagasaki drohten die USA rund 20mal mit dem Einsatz von Nuklearwaffen, s. Joseph Gerson, Ulysses or Icarus? The Bush Administration's Global Agenda and U.S. Resistance, Rede auf der Konferenz des Europäischen Netzwerks für Frieden und Menschenrechte am 26.6.2003 in Brüssel

²²⁸ S. Russell D. Buhite u. Wm. Christopher Hamel: War for peace: The Question of American Preventive War against the Soviet Union, 1945-1955, in: Diplomatic History 3 (1990) S. 367-385; Gregory F. Mitrovich: Undermining the Kremlin: America's Strategy to Subvert the Soviet Bloc, 1947-1956, Ithaca 2000; Peter Grose: Operation Rollback: America's Secret War Behind the Iron Curtain, Boston 2000; Marc Trachtenberg, History and Strategy, Princeton 1991 Kap.3; William Burr, Jeffrey Richelson: Whether to 'Strangle the Baby in the Cradle': The United States and the Chinese Nuclear Program, 1960-64, in: International Security Winter 2000/01 S. 54-99.

²²⁹ Siehe zur verbalen Ablehnung von Präventivkriegskonzepten Truman's Äußerung „You don't prevent anything by war, except peace.“ (Zit. nach Burns, Preemption, S. 11) oder von Eisenhower: „All of us have heard this term ‚preventive war‘ since the earliest days of Hitler...In this day and time, I don't believe there is such a thing; and frankly, I wouldn't even listen to anyone seriously that came in and talked about such a thing.“ (Zit. nach Jonathan Schell: The Case Against the War, in: The Nation v. 3.3.2003). Dazu die Kritik des einflussreichen liberalen Politikwissenschaftlers Mearsheimer, den nur die Brachialrhetorik stört: „Finally, the Bush Administration should tone down its rhetoric about preemptive strikes. It does not make sense to shout from the rooftops that America is committed to striking out of the blue against any group or state it considers evil. Such a policy alienates allies, tips off adversaries, promotes nuclear proliferation and generally makes states less willing to cooperate with the United States. It makes much more sense, as Teddy Roosevelt said, to speak softly and carry a big stick.“, s.

liberalen Öffentlichkeit als erster großer Präventivkrieg einer liberaldemokratischen Großmacht gilt²³⁰. Dieser Vorgang war gleichsam ein Dammbruch und führte zu weiterreichenden Vorschlägen wie zum Beispiel der Forderung nach allgemeiner Durchsetzung einer kollektiven „Pflicht zur Prävention“. ²³¹ Auch seitens prominenter amerikanischer Liberaler wurde an dieser Ausweitung der „Präemption“ auf „Prävention“ nur der Unilateralismus kritisiert und eine multilateral arrangierte Präventionspolitik für durchaus akzeptabel erklärt.²³²

Unter Bush wurden beide Optionen zu Lasten der Optionen der Eindämmung und Abschreckung aufgewertet und die Differenz zwischen Präemption und Prävention zugunsten der Ausweitung des Gedankens der Prävention verwischt²³³. Entgegen nicht weniger kritischer Reaktionen ist aber die Politik der Abschreckung keineswegs generell verlassen worden, wie Rice angesichts dieser Reaktion in einer Rede am 1.10.2002 in New York sich beeilte zu versichern. Auch werden präventive Kriegshandlungen keineswegs als primäre Option präferiert – natürlich sind sie ein Bestandteil in einer umfangreichen Skala von Einflußhandlungen. Doch festzuhalten bleibt: Präventivkriegshandlungen werden nun explizit und extensiv als strategisches Mittel gedacht und zugelassen. Der *Angriff auf Verdacht* – die *counterproliferation*, also gewaltsame Erzwingung – gilt als zulässig, wenn es um Militärschläge gegen terroristische Gruppen, diese unterstützende Staaten sowie gegen Staaten geht, die entweder bereits im Besitz von Massenvernichtungswaffen seien, dabei sind, solche zu erlangen oder gar nur danach streben: "Wir müssen", heißt es in der NSS, „den Begriff des ‚unmittelbaren Drohens‘ anpassen an Fähigkeiten und Ziele unserer heutigen Gegner.“²³⁴ Plädoyers für die Politik der Prävention häuften sich nach *Nineeleven* massiv. Für ihren Tenor kann der Vortrag von Wolfowitz auf der 38. Münchner Konferenz zur Sicherheitspolitik am 2. Februar 2002 stehen: „Unser Ansatz muss sich auf Prävention und nicht nur auf Bestrafung

John J. Mearsheimer: Hearts and Minds, in: The National Interest Fall 2002 sowie Robert Kagan: The World and President Bush, in: Survival 1/2001 S.15: "A strategy to preserve America's benign hegemony would require the United States to be more rather than less inclined to intervene when crises erupt, and preferably before they erupt. This is the standard of a global superpower that intends to shape the international environment."

²³⁰ S. Randall Schweller: Domestic Structure and Preventive War: Are Democratic More Pacific? In: World Politics 2/1992 S.235-269.

²³¹ Lee Feinstein, Anne-Marie Slaughter: A Duty to Prevent, in: Foreign Affairs 1/2004, S.136

²³² Siehe den Debattenbeitrag von Joseph Nye zu: The Reluctant Empire: In a Time of Great Consequence, in: The Brown Journal of World Affairs 1/2003, S.23. Massenvernichtungswaffen im Besitz Saddam Husseins legitimierten für ihn Krieg.

²³³ Der frühere Außenminister Shultz plädierte für eine „hot preemption“, in: Hoover Digest 3/2002.

²³⁴ Formulierungen der NSS sind etwa: "The U.S. can no longer solely rely on a reactive posture as we have in the past." - "We cannot let our enemies strike first." - "We must adapt the concept of imminent threat to the capabilities and objectives of today's adversaries." - "To forestall or prevent hostile acts by our adversaries, the U.S. will, if necessary, act preemptively." - "We must build and maintain our defenses beyond challenge" and "dissuade future military competition."

konzentrieren. Wir befinden uns im Krieg. Selbstverteidigung erfordert Prävention und manchmal Präventivmaßnahmen. Man kann sich nicht gegen jede Bedrohung an jedem Ort zu jeder denkbaren Zeit verteidigen. Die einzige Verteidigung gegen den Terrorismus ist, den Krieg zum Feind zu bringen. (...) Wie Präsident Bush eindeutig klargestellt hat, weiß jetzt jede Nation, dass wir Staaten nicht akzeptieren können und werden, die die Agenten des Terrors finanzieren, ausbilden oder ausrüsten. Sie sind gewarnt worden; sie werden beobachtet, und sie werden zur Rechenschaft gezogen.“ Auch Rumsfeld erklärte kurz und bündig in einem PBS-Interview zwei Tage später: „Und der einzige effektive Weg der Verteidigung ist es, den Kampf dorthin zu tragen, wo die Terroristen sind... Daher ist jetzt die vorbeugende militärische Gewalt eine operative Idee.“ In seiner Rede in West Point hob Bush diese Veränderung klar hervor. Die klassische Politik versage in der Situation des Terrors: „Für einen großen Teil des letzten Jahrhunderts baute die Verteidigung Amerikas auf die Doktrinen des Kalten Krieges der Abschreckung und Eindämmung. In einigen Fällen können diese Strategien weiterhin angewandt werden. Aber neue Bedrohungen verlangen auch neues Denken. Abschreckung – die Aussicht auf massive Vergeltung gegen Nationen – bedeutet nichts für terroristische Schattennetzwerke, die keine Nation oder Bürger verteidigen müssen. Eindämmung ist nicht möglich wenn unberechenbare Diktatoren mit Massenvernichtungswaffen diese Waffen mit Raketen einsetzen können oder sie versteckt ihren terroristischen Alliierten zur Verfügung stellen.“²³⁵ Die Koppelung von Terroristen und Diktatoren unterstellt, dass nicht nur dem Handeln von Terrornetzwerken keinerlei rationale Kalküle mehr unterstellt werden können (das zeichnet solche Netzwerke geradezu aus und ist jenseits der Debatte), sondern dass dies auch für diktatorisch regierte Staaten gelte. Freilich gibt es viele Gründe für die Annahme, dass gerade eine präventive Militäraktion der USA solche Diktatoren zum rationalen Kalkül bringen würde, dass es nun Zeit für den Einsatz von Massenvernichtungswaffen sei. Dass etwa Saddam Hussein solches nicht tat, scheint daran zu liegen, dass er solche Waffen nicht mehr hatte.

Die Referenz auf den „globalen Krieg gegen den Terror“ als Legitimation präventivkriegerischer Aktion ist äußerst folgenreich und bietet *fünf Öffnungen für militärisches Handeln*:

Indem erstens ein Bezug auf in der Tendenz *nicht vorher identifizierbaren* Terror stattfindet, *koppelt man sich von den wirklichen Handlungen eines Feindes ab*. Dies ist in gleich dreifacher Hinsicht folgenreich. Erstens existiert

²³⁵ Bereits in seiner State of the Union Adress v. 29.1.2002 formulierte Bush: ““I will not wait on events while dangers gather. I will not stand by as peril draws closer and closer. The United States of America will not permit the world's most dangerous regimes to threaten us with the world's most destructive weapons.”

damit faktisch keine Definition des „Feindes“ mehr im Sinne einer Teilmenge. Die Kategorie wird globalisiert. Feind kann jede/r sein, denn jede/r sein kann in der Tendenz als Terrorist geeignet sein. Die Rede von der asymmetrischen Bedrohung hat hier ihren Grund. Zweitens wird damit wird der Notwehrgedanke aufgegeben, welcher die Basis des Präemptionskonzepts darstellte. Was zuvor als letzte Ausnahme galt, soll nun zur Norm werden – eine „Lizenz zum permanenten Vorbeugekrieg“²³⁶ wird da angestrebt. Die Option des permanenten Ausnahmezustandes eröffnet sich. Plötzlich werden Legitimationen für Präventivschläge ins Spiel gebracht, die mit „Terror“ oder „Massenvernichtungswaffen“ vollends nichts mehr zu tun hatten. Richard Perle etwa äußerte sich Mitte Oktober 2001 in PBS-Frontline zu Saddam Hussein: „Er ist wahrscheinlich das gefährlichste Individuum in der heutigen Welt...Die Frage Saddam Hussein steht mitten im Zentrum des Krieges gegen den Terrorismus. Es kann keinen Sieg im Krieg gegen den Terrorismus geben wenn am Ende Saddam Hussein immer noch an der Macht ist...nicht nur weil er den Terrorismus unterstützt, nicht nur weil er Terroristen ausbildet und ihnen Zuflucht gibt – sondern weil er das Symbol des Abfalls von allen westlichen Werten ist. Er gewinnt. Und weil er gewinnt und weil er schreckliche Fähigkeiten besitzt, stellt er eine dauerhafte Gefahr für uns und für andere dar.“ John Crouch, unter Bush Staatssekretär für internationale Sicherheitspolitik im Pentagon, plädierte für einen Erstschatz gegen die nuklearen Anlagen Nordkoreas.²³⁷ Die hohe Informations- und Entscheidungsunsicherheit und damit Destabilisierungsgefahr, die für eine Politik der Prävention charakteristisch ist, wird in diesem Diskurs nicht mehr thematisiert. Drittens wird ein breiter Spielraum für sehr verschwommene und unklare Erfolgskriterien eröffnet, so dass die Konstruktion eines *Kriegszustandes ohne zeitliches Ende* („infinite war“) erleichtert wird. Kriege *im* endlosen Krieg werden möglich und legitim, ob im Irak, in Kaschmir oder in Tschetschenien. Das Ende des Irakkrieges wird so zum Ende einer bloßen Schlacht („major combat“) erklärt und - wie Bush am 1.Mai 2003 erklärte - zu „einem Sieg in einem Krieg gegen den Terror, der am 11. September 2001 begann und weitergeht.“²³⁸ Indem zweitens von „Krieg“ die Rede ist, kann der *Präventivgedanke in das Traditionsmuster des Krieges mit der ganzen Skala seiner Gewaltmittel eingebaut werden*. So wurde die Doktrin mit der Legitimationsverschiebung auf Staaten, die Terroristen unterstützen, anschlussfähig an die traditionell auf Feindstaaten fokussierte Militärpolitik. Die im Januar 2002 formulierte *Nuclear Posture Review* erlaubt einen Einsatz von Nuklearwaffen auch gegen Staaten („Schurkenstaaten“), die keine Nuklearwaffen besitzen sondern im Verdacht stehen, die Entwicklung oder den Besitz solcher Waffen auch nur

²³⁶ FAZ v. 2.3.2002.

²³⁷ Mann, *Supermacht*, S.13

²³⁸ Elizabeth Drew: *The Neocons in Power*, in: NYR Books v. 12.6.2003.

anzustreben. Mit einer wenig beachteten Erklärung des stellvertretenden Staatsministers für Rüstungskontrolle John Bolton vom 21. Februar 2002 beendete die Bush-Regierung eine alte Zusicherung der USA, Staaten mit Atomwaffen nur anzugreifen, wenn diese selbst Atomwaffen besitzen oder sich in einem Bündnis mit einer Atomwaffenmacht befinden²³⁹. Unterstrichen wurde dies durch eine Neuaktzentuierung der Entwicklung bunkerbrechender, tief in die Erde eindringender Nuklearwaffen²⁴⁰. Der US-Senator Edward Kennedy hat Anfang 2003 auf die einschneidende Relevanz dieses Vorgangs hingewiesen: "According to these reports, Secretary of Defense Donald Rumsfeld has directed the U.S. Strategic Command to develop plans for employing nuclear weapons in a wide range of new missions, including possible use in Iraq to destroy underground bunkers. Using the nation's nuclear arsenal in this unprecedented way would be the most fateful decision since the nuclear attack on Hiroshima. Even contemplating the first-strike use of nuclear weapons under current circumstances and against a nonnuclear nation dangerously blurs the crucial and historical distinction between conventional and nuclear arms."²⁴¹ In seiner Rede vom 26. August 2002 in Nashville erinnerte Vizepräsident Cheney dann an Israels Attacke auf die irakische Atomanlage im Jahr 1981 – seine Botschaft war, dass es legitim sei, den nuklearen Ambitionen des Irak durch einen vorbeugenden Militärschlag zu begegnen. Der Rückzug vom ABM-Vertrag und der Aufbau der Missile Defense explizierten nun ihre innere Logik: Kriegsführungsfähigkeit, auch nuklear. Eine Entwicklung im übrigen, die entscheidend von Bushs Sicherheitsberaterin Rice vorangetrieben worden war.

Indem drittens ein Bezug auf die *Globalität* des Terrors („60 Staaten“) geschieht, wird die *räumliche Einhegung des militärischen Agierens aufgegeben*: die Lizenz zum Präventivkrieg wird *global* ausgestellt. Da der Terror neuer Qualität, gegen den man sich im Krieg befindet, ein globales Phänomen ist – worüber in der NATO Konsens besteht²⁴² – wird der Rubikon zu einem globalen Souveränitätsanspruch überschritten: Die USA habe das singuläre Recht auf Intervention überall auf der Welt – vorbeugende („preemptive“, „anticipatory“ „anti-access-denial“) militärische Aktion eingeschlossen: „:

²³⁹ S. auch Stephen Blank: The Return of Nuclear War, Vortrag auf der 41. Jahrestagung der International Studies Association. Los Angeles 14.-18.3.2000.

²⁴⁰ Die Ausweitung der Zielliste auf „Schurkenstaaten“ geschah freilich bereits unter Clinton, S. Walter Pincus: U.S. Nuclear Arms Stance Modified by Policy Study, in: WP v. 23.3. 2002, A14; Thomas E. Ricks, Vernon Loeb: Bush Developing Military Policy of Striking First, in: WP 10. 6. 2002, A1; Anatol Lieven: The End of the West? In: Prospect 78 (2002). Die "National Strategy to combat Weapons of Mass Destruction" vom December 2002 thematisiert diese Veränderung jedoch nicht.

²⁴¹ Edward M. Kennedy Our Nuclear Talk Gravely Imperils Us Notion of a First- Strike Use in Iraq Carries The Seed of World Disaster, in: Los Angeles Times v. 29.1.2003.

²⁴² So Gerhard Schröder: „Es gibt jetzt die asymmetrische Bedrohung...Dagegen kann man sich nicht mehr auf klassische Weise verteidigen, sondern nur so, wie wir es in Afghanistan machen.“ Wolfgang Schäuble: „Unsere Sicherheit kann zu jedem Zeitpunkt an jedem Punkt der Erde herausgefordert sein.“ Oder Peter Struck: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.“, s. FR v.18.1.2003

„...unsere beste Verteidigung ist ein guter Angriff“²⁴³. Möglich gemacht wird eine solche Politik durch eine militärtechnologische Revolution, die Zeit und Raum auf eine Weise verdichtet, dass Reaktionszeiten extrem verkürzt und unschwer in präventive militärische Aktion umgesetzt werden kann. Mit dem Wegfall der territorialen oder politischen Unterscheidung zwischen „Innen“ und „Außen“ ist die Beschreibung des Feindes unscharf und in hohem Maße willkürlich geworden. Es gibt keinen einzelnen Feind mehr. Regionale oder lokale Differenzen – das Einzelne und Besondere, dessen Berücksichtigung Bedingung militärischer Effizienz, aber auch Bedingung der Einhegung von Gewalt ist – geraten dabei jedoch leicht ausser Acht.

Präventive militärische Intervention ist *viertens* in der Auseinandersetzung nach 9/11 weitgehend *von den ursprünglichen sicherheits- und militärbezogenen Legitimationen losgelöst* worden; auch dies unterscheidet die Politik der Bush-Administration von der früheren Praxis. Es geht also keineswegs bloß um politische Rhetorik, sondern um einen strategischen Bruch.²⁴⁴ Damit dünnt sich mittlerweile die auf eine neue terroristische Bedrohung bezogene Legitimation des Präventionskonzepts aus und ein paralleler Diskurs kommt zum Vorschein: *vorbeugend, also präventiv die Entstehung eines globalen Rivalen zu verhindern – Präventivkrieg, um nicht mehr herausgefordert werden zu können*. Damit entsteht eine an Bedeutung kaum zu überschätzende Zielähnlichkeit oder gar -koppelung: der Zweck präventiver bzw. präventivkriegerischer Aktion ist nun explizit nicht bloß die Verhinderung einer terroristischen Bedrohung; sie soll auch gleichermaßen die Bedingungen für die Entstehung einer konkurrierenden Machtstruktur verschlechtern. So funktioniert sie als ein Moment der Verhinderung von Machtkonkurrenz, nicht der Sicherung von Frieden.

Wo die Einhegung des Krieges so durchbrochen wird, droht fünftens ein weiterer Dammbruch, der sich aus der Asymmetrie solcher Militäraktion ergibt: erleichtert wird *ein Anknüpfen an die klassisch amerikanische Art und Weise Krieg zu führen*.²⁴⁵ Das Modell dieses Krieges war der Bürgerkrieg, der

²⁴³ NSS, S.6. " Wir müssen die Bedrohung abschrecken und bekämpfen, bevor sie wirksam geworden ist " (NSS, S.14). "Amerika wird gegen solche Gefahren, die entstehen, handeln, bevor sie voll entwickelt sind ." (Geleitwort Bush zum NSS, S.2). S.a. Richard Perle im Daily Telegraph v.9.8.2002 und Michael J. Glennon, Preempting Terrorism: The case for anticipatory self-defense, in: Weekly Standard v. 28.1.2002. Die Schranke der Teilrationalität dieser Argumentation liegt darin, dass der Widerspruch zwischen unvergleichlicher militärischer Überlegenheit und gleichzeitig gesteigerter Verwundbarkeit nicht aufgelöst werden kann, denn der Lösungsversuch - die Welt nach dem Bilde Amerikas formen zu wollen – ignoriert, dass ein globalisiertes American Empire ständig dann nach innen verlagerte Formen der Selbstbedrohung hervorbringt. Die Rede von der „antizipatorischen Selbstverteidigung“ erinnert im übrigen an die sagenhafte juristische Figur vom „Putativnotwehrrecess“ und wäre eine eigene Analyse wert.

²⁴⁴ So aber Hanns W. Maull: Die „Zivilmacht Europa“ bleibt Projekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2002 S.1475. Siehe dagegen Anatol Lieven: The Push for War, in: London Review of Books 19/2002.

²⁴⁵ S. Russell F. Weigley: The American Way of War, Bloomington 1983.

die europäischen Begrenzungen ignorierte (wie etwa die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten) – „in the name of the principle, made famous by General William Sherman, that ‘war is hell’. In both world wars one again found what has been termed ‘the American way of war’, a radical concept that has the character of a crusade and includes the forming of a massive military force and a conduct of operations which, having ‘a single goal: victory’, set aside any political considerations of the consequences of the war. (...) The American military tradition is one of all-out engagement or nothing. The question whether a war is just arises regarding its objectives, the *jus ad bellum*, not in respect of the way in which it is to be fought, the *jus in bello*. Decisive and preferably overwhelming force is to be applied as early as possible in order to destroy the enemy without being too discriminating.”²⁴⁶

6.5. Globale Souveränität

6.5.1. Imperiale Souveränität?

Die Strategie des Präventivkrieges (Präemption), die als Erweiterung der Paradigmen der Abschreckung und Eindämmung verstanden wird, bedeutet den *Übergang zu einer Politik der souveränistischen Prävention*. Sie steht für eine neue Dynamik des „hegemionalen Völkerrechtsnihilismus“ (Norman Paech) der gegenwärtigen US-Administration. Dahinter steht die Idee, dass in der zukünftigen Weltordnung allein den USA eine Souveränität zukommt, die sich global realisieren kann: "The course of this nation does not depend on the decisions of others." (Bush)²⁴⁷. Der Gedanke der globalen Souveränität meint, dass die USA international *unilateral Regeln* (z.B. über Allianzen und Blockbildungen) setzen, *universell gültige Zielsetzungen* formulieren („expand liberty“), den *Krisenfall* („Notstand“) bestimmen und die *Unterscheidung zwischen Freund und Feind* wie die damit verknüpfte Entscheidung über den Einsatz von *Gewalt* treffen. Die Fähigkeit zum Gewalt-einsatz überall in der Welt liegt hiernach allein bei den USA, die daher auch ihre militärische Präsenz zukünftig nicht mehr nur auf Nordamerika, Europa und das nordöstliche Asien begrenzen kann: "To contend with uncertainty and to meet the many security challenges we face, the United Sta-

²⁴⁶ Hassner, United States, S.17, 28. Zu dieser Tradition gehört auch eine gewisse Kultur der Gewalt, für die eine Äußerung Joseph Goldbergs vom neokonservativen Magazin National Review stehen mag: "Every 10 years or so, the United States needs to pick up some small crappy little country and throw it against the wall just to show we mean business."

http://www.pittsburghlive.com/x/search/s_126234.html

²⁴⁷ Am 28.1.2003, s. NYT v. 29.1.2003

tes will require bases and stations within and beyond Western Europe and Northeast Asia, as well as temporary access arrangements for the long-distance deployment of US forces.” (NSS)²⁴⁸ Daher entwickelt das Pentagon ein „Global Command and Control System“. Die USA allein ist zur Disziplinierung des neoliberalen Globalkapitalismus imstande. Sie geht höchstens temporäre, begrenzte Allianzen zwischen Ungleichen ein. Die Ordnung der Welt, um die es geht, ist kein gemeinsames Werk großer Mächte, sondern das Ergebnis militärischer Hegemonie der USA. Sie ist der Systemadministrator²⁴⁹ der Globalisierung. Sie repräsentiert zuallererst eine Kultur der globalen Dominanz und Autorität, wie der „Gottvater“ des amerikanischen Neokonservatismus - Irving Kristol – schon im Jahr 2000 in einem Gespräch mit Corey Robin ausführte: „What’s the point of being the greatest, most powerful nation in the world and not having an imperial role? It’s unheard of in human history. The most powerful nation always had an imperial role. (...) I think it would be natural for the United States...to play a far more dominant role in world affairs. Not what we’re doing now but to command and to give orders as to what is to be done. People need that. There are many parts of the world – Africa in particular – where an authority willing to use troops can make a very good difference, a healthy difference.”²⁵⁰ Das ist das dritte Element der neuen *grand strategy*, für die vor allem der Gedanke eines *exklusiven* Rechts auf präventive militärische Intervention *überall* auf der Welt steht und bei der es um den *Übergang von einem unipolaren hegemonialen zu einem unipolaren imperialen System* geht. Dass sich ein solches imperiales Projekt seit 1989 langsam in den Vordergrund geschoben hat, machtfähig wurde und nun mit dem bisherigen hegemonialen Projekt konkurriert, ist das Neue.

6.5.2. Hegemoniales Recht

„Dieser neue Ansatz ist revolutionär“, urteilte Henry Kissinger und formulierte deutliche Kritik: „Ebenso steht die Bereitschaft der USA zu ‚gerechtfertigten‘ Präventivschlägen im völligen Gegensatz zum modernen Völkerrecht.“²⁵¹ Eine solche Auffassung verstößt gegen den NATO-Pakt und die Regelungen der UNO. Art.51 der UN-Charta lässt Gewaltanwendung

²⁴⁸ NSS, S.29. Wie Kagan, Legitimacy, knapp zu den USA formuliert: „It has reserved for itself the right to intervene anywhere and everywhere.“

²⁴⁹ So der Begriff in Thomas P.M. Barnett and Henry H. Gaffney Jr., Global Transcation Strategy, in: Early Bird Supplement v. 30.4.2003

²⁵⁰ Corey Robin: Endgame. Conservatives after the Cold War, in: Boston Review 1/2004 S.26. Ähnlich Niall Ferguson: Colossus: The Price of America’s Empire, New York 2004.

²⁵¹ Henry Kissinger: Die USA brauchen eine Strategie für die Zeit nach Saddam, in: Welt am Sonntag v.11.8.2002. Zur Unterminierung des kollektiven Sicherheitssystems s. Gerhard Stuby: Kollaps des kollektiven Sicherheitssystems? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2002 S.1479ff.

durch einen Staat nur zu, wenn ein Angriff stattfindet oder unmittelbar bevorsteht. Es geht also nicht nur um hegemonialen Unilateralismus, sondern um seine Durchsetzung mit dem Mittel des Rechtsbruchs.²⁵² Die aus militärischer Überlegenheit kommende Risikolosigkeit macht Regellosigkeit zur Verlockung. Unkalkulierbarkeit als chaotisches Moment politischer Macht kann sich breitmachen. Die USA beanspruchen eine exzeptionelle Position, die anderen nicht zusteht. Hier ist ein wesentlicher Übergang von einem unipolaren hegemonialen zu einem unipolaren imperialen System gegeben, denn damit wird die Norm der formalen souveränen Gleichheit von Staaten zurückgewiesen, auf welcher das internationale Recht beruht. Ein Konzept differenzierter Souveränität wird explizit verfochten. Dies läuft auf die Bildung eines hegemonialen Rechtssystems hinaus, welches übrigens auch das Recht einschließt, die Oberhäupter anderer Staaten mit militärischen Mitteln zu töten²⁵³. Eine Option wurde eröffnet für einen Weg zurück in eine Zeit, in der staatliche Souveränität auch uneingeschränkte Kriegsführungssouveränität bedeutete. Die Souveränität globaler Macht wird dabei militärisch, oft geradezu manichäisch und mit einem dauernden Einsatz moralischer Kategorien gedacht – das Konzept einer vermittelnden Friedensmacht kommt hier nicht ins Blickfeld. Hiermit aber öffnet sich ein Weg zur Entwicklung und Ausarbeitung einer konstitutionellen Struktur eines (eben nicht nur informellen) Empires. Denn die neu legitimierte Form der Kriegführung, um die es geht, ist begrenzt auf eine Macht: die USA. Niemand sonst, warnt die NSS, soll das Recht auf Präventivkriegshandlungen beanspruchen.²⁵⁴ Die USA verweigern sich zugleich dem neu entstandenen Regelwerk, für „fragwürdige“ militärische Handlungen in Rechenschaft gezogen zu werden, indem sie sich nicht nur dem Mechanismus des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) entziehen, sondern ihn zugleich aktiv zu unterlaufen versuchen. Es geht hier um die Beanspruchung von Sonderrechten für Bürger der USA und diese selbst und um das alleinige Recht der USA, Rechte jenseits des eigenen Territoriums zu beanspruchen. Und es geht darum, Interventionen zu realisieren, die auf „Regimewechsel“ zugunsten eines genehmen politischen Regimes zielen – im Unterschied zu „humanitären“ und „menschenrechtlichen“ Interventionen, die auf extrem gravierende Verletzungen von Menschenrechten (z.B. durch Genozide) zielten oder auf die Beseitigung der aktuellen Gefährdung einer

²⁵² Vgl. Mary Ellen O'Connell: Pre-Emption and Exception: The US Moves Beyond Unilateralism, in: S+F 3/2002 S.136. Israel bombardierte 1981 ein im Bau befindliches Atomkraftwerk im Irak und stelle dies als legitimen Präventivschlag dar; der Sicherheitsrat wie die USA verurteilten dies als Völkerrechtsbruch. Hier entwickelte sich auch eine heftige Kritik in den USA selbst, siehe z. B. Al Gore, für den diese Doktrin „a world in which states consider themselves subject to law“ ersetzen würde mit „the notion that there is no law but the discretion of the President of the United States.“, zit. nach Seymour M. Hersh: Who Lied to Whom? In: The New Yorker v. 31.3.2003

²⁵³ So der Enthauptungsangriff auf S. Hussein zu Beginn des Irakkriegs.

²⁵⁴ „Der einzige Weg, die nationale Sicherheit zu garantieren, heißt Prävention“ schrieb als Reaktion darauf die India Times v. 14.10.2002

regionalen oder internationalen Sicherheitsstruktur, keineswegs aber auf politisch opportunen Regimewechsel – und die im übrigen über ein internationales (multilaterales) Regelwerk implementiert werden. An dieses Argumentationsmilieu des neuen Interventionismus im Zeichen humanitärer Krisen – exemplifiziert von den Europäern und Amerikanern im Kosovo-Krieg und ausgebreitet etwa in dem Evans-Sahnoun-Report „The Responsibility to Protect“ einer UN-Kommission vom Dezember 2001 – konnte die Rede vom Regimewechsel allerdings genehm anknüpfen. Zu solchem Anspruch auf Exklusivität gehört auch, dass zwischen „amerikanischen“ und „anderen“ Toten ein Wertunterschied gemacht wird – das „Böse“ und der „Kollateralschaden“ versus dem „Guten“. Zwar haben die USA und der mit ihnen verbundene „Westblock“ noch in der Zeit der Systemkonkurrenz aufgrund ihrer militärischen Dominanz informelle imperiale Macht in einem angeblich multilateralen System ausgeübt – doch hier wird eine Differenz zwischen den USA und dem „Rest der Welt“ aufgemacht, die demgegenüber einen deutlichen Unterschied setzt.

Die Erosion des völkerrechtlichen Potentials zur Einhegung der Kriege setzt sich damit dramatisch fort, nachdem in den letzten Jahren bereits zahlreiche Ausnahmestatbestände eingeführt wurden: die Prävention humanitärer Katastrophen (Jugoslawien), der Schutz vor Terrorismus (Afghanistan), oder gar die Sicherung lebenswichtiger Ressourcen (NATO-Strategie 1999). Insbesondere der sozialdemokratisch beflügelte militärische Menschenrechtsinterventionismus (mit Clinton, Blair und Fischer als Protagonisten) löste die rechtlichen und moralischen Widerstandslinien gegen die Relativierung nationalstaatlicher Souveränitätsrhetoriken auf. Diese Entwicklung ist weitreichend: bislang verbieten die weltrechtlichen Regelungen „nicht nur symmetrische bewaffnete Konflikte von Staaten gegen Staaten, sie verbieten „bewaffnete Konflikte“ schlechthin, sie machen keinen Unterschied zwischen Staaten- und Bürgerkriegen, zwischen einem Kampf gegen Staatsterrorismus und gegen privaten Terrorismus...das heißt eben auch: von keinem Staat der Welt (...) darf Gewalt ausgehen, sei es durch Private, deren Tun vom Staat geduldet wird, sei es durch territoriale öffentliche Gewalt...der einzige Fall von gerechtfertigter Gewaltanwendung ist in der Weltgesellschaft der der „Verteidigung“...was eine „Verteidigungshandlung“ ist, bestimmt das Recht. So ist nicht die Linie zwischen Freund und Feind, sondern die Linie zwischen (verbotenem) Angriffskrieg und (erlaubter) Verteidigungshandlung die dünne Brücke über dem Abgrund der Moderne.“²⁵⁵ Die Frage nach dem *ius ad bellum* ist klar beantwortet worden: Angriffskriege sind geächtet. Und die ebenso beantwortete Frage nach dem humanitären Kriegsrecht („*ius in bello*“) soll eben-

²⁵⁵ Andreas Fischer-Lescano: Angriff auf die Verteidigung, in: FR v. 18.1.2003

falls neu aufgeworfen werden. Die Öffnung der Option, dass Mächtige ihnen nicht genehme schwache Regimes mit militärischer Gewalt beseitigen, ist im Sog der Bush-Politik mittlerweile sogar wieder für den klassischen Liberalismus und Linke akzeptabel geworden.²⁵⁶

6.5.3. Die Politik der Abwertung

Eine weitreichende Bindung an internationale Allianzen und insbesondere an die UNO bzw. an Konzepte multilateralen Konfliktmanagements wird als Einengung der Handlungsfreiheit der USA abgelehnt: „Die Vereinigten Staaten sind darauf eingerichtet, unabhängig zu handeln, wenn eine kollektive Aktion nicht arrangiert werden kann.“²⁵⁷ Zwar gab es seit jeher eine „unilateralist iron fist inside the multilateralist velvet glove“²⁵⁸, aber die Veränderung ist signifikant. Kooperation mit Alliierten soll nur eine Sache der Wahl, nicht der Notwendigkeit sein. Der sich artikulierende Anspruch auf globale Souveränität („freedom from attack and freedom to attack“) schließt ein die Abwertung internationaler Einbindungen durch multilaterale Verträge, internationale Institutionen und Bündnisse, die möglichst weitgehende Durchsetzung amerikanischen Rechts im internationalen Maßstab und eine Art us-amerikanischer Breschnew-Strategie der „begrenzten Souveränität“.

²⁵⁶ Siehe Stanley Hoffmann: America Goes Backward, in: NYR Books v.12.6.2003, der die Bush-Politik scharf kritisiert – und dann dafür plädiert, solche Regimewechsel von einer Assoziation liberaler Demokratien zu besorgen. Ebenso Dick Howard: Chances for a Left Foreign Policy, in: Logos 2.1. (Winter 2003): „The left should favor interventions to encourage democracy.“

²⁵⁷ NYT v. 22.9.2002. S. die NSS, S.6: „While the United States will constantly strive to enlist the support of the international community, we will not hesitate to act alone, if necessary, to exercise our right of self-defense.“ S. a. Robert Kagan, Multilateralism, American Style, in: WP v. 13.9.2002: „Für die meisten amerikanischen Multilateralisten ist der UN-Sicherheitsrat nicht die letzte Autorität. Das ist so eine Art Beratungseinrichtung. Wenn sie die richtige Empfehlung macht, stärkt sie unsere Sache. Wenn nicht, kann man sie immer ignorieren.“

²⁵⁸ Robert Kagan, Multilateralism, American Style, in: WP v. 13.9.2002. Dass multilaterale Arrangements für die USA in aller Regel bloße Mittel und nicht Prinzipien oder gar Handlungsziele waren, skizzieren auch die Analysen des NSS von Karl-Heinz Kamp, in: Frankfurter Rundschau (FR) v. 4.10.2002 und von Jürgen Wagner: US-Vorherrschaft ausbauen und verewigen, in: W&F 1/2003 S.7ff. Dementsprechend votierten die Anhänger der neorealistischen Schule der internationalen Politik wie Waltz, Schelling oder Mearsheimer gegen das Bush-Projekt des Irakkriegs (NYT v. 26.9.2002). Sie möchten in der Regel den unilateralen Einsatz militärischer Machtmittel auf „große“ Auseinandersetzungen mit „Konkurrenten“ begrenzen. Es ist in der liberalen Presse der BRD üblich geworden, die neokonservativen Konzeptionen nicht als imperialistisch oder als imperial, sondern als ausgerechnet neoimperial zu bezeichnen, s. z.B. die Rezension des Bandes von Robert Kagan (Macht und Ohnmacht, 2003) in der FR v. 28.3.2003. Anders dagegen etwa die FAZ v. 24.2.2003, der „die imperialistische Variante“ der Irak-Politik der USA und deren Auftreten „als imperialistische Macht“ ein Problem ist und die insoweit eher in konkurrente Stimmlagen verfällt, dabei natürlich auch den beredten Mitläuferstimmen kluger Konservativer Raum gibt („Amerika ist das neue Rom, ein amerikanisches Imperium...deren militärische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz sich wie ein Alb auf die Welt legt“ – Alexander Gauland in der FAZ v. 16.3.2003).

Diese Entwertung lässt sich bereits an der NSS zeigen: "An additional and striking novelty of the National Security Strategy document is what it omits. The international rule of law as an overarching goal of policy is nowhere mentioned. Neither is the Charter of the United Nations, a treaty that is largely of the United States' own making and to which the United States is bound."²⁵⁹ Es gibt eine Fülle von abwertenden Äußerungen aus dem Kreis der Neokonservativen um Bush. Von Bolton ist der Satz überliefert: "there's no such thing as the United Nations...if the UN secretary building in New York lost 10 stories, it wouldn't make a bit of difference" und: "Es gibt eine internationale Gemeinschaft, die von der einzigen wirklichen geführt werden kann, die in der Welt übrig geblieben ist, und das sind die Vereinigten Staaten – sofern es unseren Interessen dient und wenn wir andere dazu bringen können, sich uns anzuschließen."²⁶⁰ Bush selbst gab seiner Befürchtung Ausdruck, der Sicherheitsrat sei "ein hohler Diskutierclub"²⁶¹. Rice verspottete bereits im Wahlkampf die Annahme, Macht werde durch Zustimmung der UN oder vieler Staaten legitimiert.²⁶² Richard Perle schrieb unter anderem, dass "Sicherheit durch internationales Recht, garantiert durch internationale Institutionen" eine in "intellektuellen Trümmern" liegende "liberale Eitelkeit" sei²⁶³ und erklärte in einem Debattebeitrag am 2. Dezember 2002 vor der Trilateralen Kommission: „I'm very troubled at the idea that the United Nations is the solely legitimising institution when it comes to the use of force. Why the United Nations? Is the United Nations better able to confirm legitimacy than, say, a coalition of liberal democracies? Does the addition of members of the UN, like China for example, or Syria, add legitimacy to what otherwise might be the collective policy of countries that share our values? I don't think so. It is a dangerous trend to consider that the United Nations, a weak institution at best, an institution that includes a very large number of nasty regimes, is somehow better able to confirm legitimacy than institutions like the European Union or NATO (...) 'There has to be a collective source of legitimacy and it must be the United Nations.' I reject that. Why must it be the United Nations? Why is the United Nations a greater source of legitimacy than NATO?“. Folgerichtig wurde der Posten des US-Botschafters bei den Vereinten Nationen herabgestuft und verlor den bisherigen Kabinettsrang. Eine Entwertung oder gar Auflösung der Kerninstitutionen der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen internationalen Ordnung (UN-System, NATO) und deren Wurzeln 1941 gelegt wurden, ist von einem solchen „u-

²⁵⁹ Carl Kaysen u.a.: In Search of Balance, in: War with Iraq, Cambridge 2002 S. 4

²⁶⁰ Zit. nach Frances FitzGerald: George Bush & the World, in: The New York Review of Books v. 26.9.2002; s.a. die Website des Council for a Livable World.

²⁶¹ Berliner Zeitung v. 5.2.2003

²⁶² Rice amüsierte sich über die Ansicht, "that the support of many states--or even better, of institutions like the United Nations is essential to the legitimate exercise of power." Zit. nach Robert Kagan: America's Crisis of Legitimacy in: Foreign Affairs 2/2004.

²⁶³ Spiegel-Online v. 28.3.2002

nilateralen Internationalismus“ nicht immer unmittelbar intendiert - aber immer öfter. Im Effekt ist die Abwertung der NATO als Vehikel zur Durchsetzung US-amerikanischen Einflusses offensichtlich und die Renationalisierung der Militär- und Sicherheitspolitik ein allort sichtbarer Prozess, so dass eine NATO mit vier Millionen Soldaten unter Waffen und die transatlantischen Beziehungen insgesamt sich mittlerweile in der größten Krise ihrer Geschichte befinden²⁶⁴.

Die Zuspitzung am Ende der Vorkriegsphase auf die Auseinandersetzung zwischen den USA und einem Gremium der UN ist daher nicht zufällig, stehen doch die Prinzipien der Vereinten Nationen für Gleichheit in der Repräsentanz („one-state, one-vote“), Gültigkeit der Souveränität der Nationalstaaten und Multilateralismus, der sich in kollektiven Entscheidungsprozessen niederschlägt. Ein solcher Souveränitätsanspruch mobilisiert zugleich Amerikanismus und Antieuropäismus.²⁶⁵ Im Verlauf des Jahres 2003 trat die Abwertungsrhetorik in den Hintergrund, statt dessen ging es um die Frage der Transformation vorhandener internationaler Einrichtungen zu Organisationen, die Träger revisionistischer Politik im Dienste der „Freiheit“ sein können. Multilateralismus im Dienste des Empire ist die Aufgabe, wie Donnelly, einer der einflussreichen politischen Ideologien des Neokonservatismus formuliert: "It is difficult to imagine how the United States can maintain global leadership without running the risks of 'imperial overstretch' unless it forges a new set of international institutions, or at very least, radically reforms the current ones. Even a sole superpower needs strategic partners." Donnelly nennt auch diese Partner: Großbritan-

²⁶⁴ Javier Solana vermerkte zu den Konsequenzen der Anrufung des Bündnisfalles nach 9/11 (Art. 5 NATO-Vertrag): "NATO invoked its most sacred covenant, that no one had dared touch in the past, and it was useless! Absolutely useless! At no point has Gen. Tommy Franks even talked to anyone at NATO." Zitiert nach James Kitfield, "Pox Americana?" in: National Journal, v. 6.4.2002 S. 986.

²⁶⁵ S. Todd Gitlin: Europe? Frankly, America doesn't give a damn..., in: The Guardian v.3.2.2003: Amerika "founded itself as the anti-Europe - democratic and neither royal nor aristocratic, vigorous and not effete, pragmatic and not committed to hidebound tradition. In one long strand of American opinion, Europe meant culture, while America meant either nature or God or a combination. (...) The cultural side of anti-Europeanism has a long, thick history. Throughout the 20th century, American culture defined itself as the fundamental against the complex, the bold against the hesitant, the redskin against the paleface. Against the opera, there was Buffalo Bill's Wild West show. Against symphonies, there was jazz. Against Proust, Joyce, and American wannabes like Henry James, there was Hemingway, with his Old Testament cadences. (Never mind that he was an expat too.) The European movie talked, the American movie moved.(...) So what exactly is this American anti-Europeanism of which so much is heard these days? It is the corollary to a distinct political style - which happens to be the style that rules from Washington. The anti-Europeanism in circulation now is an accompaniment to the messianism of the administration in power. It is heavily regional - a product of the Sunbelt, which consists of the old Confederacy plus the mountain states and the prairie, counting roughly half the national populace. Texas is its heartland. Oil is its definitive industry. The heartland of anti-Europe was Reagan's America and now, minus California, it is George W Bush's. This Sunbelt imagines itself ruggedly self-sufficient. It likes to think of itself as six-shooter country. Diplomacy means follow the leader. Watching UN-mandated inspections is, well, like watching paint dry."

nien, die Länder des "neuen Europa", Indien, Japan, Südkorea, Taiwan und Australien. Und er fragt weiter: "What kind of international institutions, then, would help to preserve the Pax Americana? The Iraq crisis suggests that, as now configured, the United Nations and NATO do not suit our purposes....Thus what is needed in the genuinely new world order of Pax Americana is a set of organizations that find legitimacy in their purposes rather than in their processes. A reformed United Nations--or a successor organization--would value liberty more than stability".²⁶⁶

6.5.4. Die Politik der begrenzten Souveränität

Wer, freigesetzt aus der alten Gewissheit über Freund und Feind, gegen Unbekanntes kämpft, muss auf alles vorbereitet sein: "It was a dangerous world and we knew exactly who 'they' were", rief sich der amerikanische Präsident in Erinnerung, und fuhr fort: „It was us versus them and we knew exactly who they were. Today we're not so sure who 'they' are, but we know they're there" ²⁶⁷. Wer auf „full-spectrum dominance“ (Joint Vision 2020) aus ist, der kann an klaren Unterscheidungen zwischen „Krieg und Frieden“ nicht interessiert sein. Wer sich befähigt, gegen alles vorzugehen, kann auf Grenzen keine Rücksicht nehmen – gleichgültig, an welchem Ort des Globus. Wo es „kein Außen mehr gibt“ – so ein zentraler Gedanke der "Empire"-Studie von M. Hardt und A. Negri - wird die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik hinfällig. Es etabliert sich eine neue Geographie der National Security, die Frontverläufe nicht mehr primär nach Maßgabe nationalstaatlicher Territorialität definiert. Im Ereignis des *Nineleven* sind diese Veränderungen zusammengefasst, wie Johnson im neokonservativen Theorieblatt „The New Criterion“ vermerkt: „For America, September 11 was a new Great Awakening. It realized, for the first time, that it was a globalized entity itself. It no longer had frontiers. Its boundaries were the world, for from whatever part of the world harbored its enemies, it could be attacked...In a globalized world the United States now has to anticipate its enemies, search out and destroy their bases, and disarm states likely to aid them. I call this defensive imperialism." ²⁶⁸

Das klassische Regime der auf Disziplinierung und Integration der konkurrierenden kapitalistischen Staaten zielenden US-amerikanischen Hegemoniesicherung war darauf aus, nur die außen- und sicherheitspolitischen

²⁶⁶ Thomas Donnelly: What's Next? Preserving American Primacy, Institutionalizing Unipolarity, in: AEI National Security Outlook v. 22. 4. 2003 http://www.aei.org/publications/pubID.16999,filter/pub_detail.asp.

²⁶⁷ zit. nach Paul Rogers: Losing Control. Global Security in the Twenty-First Century, London 2000.

²⁶⁸ S. Paul Johnson: From the evil empire to the empire for liberty, in: The New Criterion 10/2003.

Beziehungen der Staaten direkt bilateral zu kontrollieren, militärische Hochtechnik und die Finanzsphäre indirekt zu regulieren und ansonsten auf die Attraktivität der indirekten und konsensorganisierenden Medien der „Wohltätigkeit“ und soft culture (Hollywood) zu bauen, welche die Globalisierung der in den USA entwickelten Elemente des modernen fordistischen Produktions-, Konsumptions- und Technikmodells begleiteten. In der neuen Zeit jedoch weitet sich das Feld des direkten Eingriffes grundsätzlich aus. Die Zeit der weit überwiegenden Kontextsteuerung läuft aus, ein *global political engineering* diffundiert, welches die Rolle internationaler Institutionen als Medien zur Globalisierung us-amerikanischer Interessen („instrumenteller Multilateralismus“) zugunsten unmittelbarer Interventionen und einer Aufwertung eines us-amerikanischen „prototypischen Globalstaats“ (Leo Panitch) deutlich abwertet²⁶⁹. Der Director of Policy Planning des Außenministeriums Richard Haass hat dies ungewöhnlich klar formuliert: „Was man bei dieser Administration beobachten kann ist die Entstehung eines neuen Prinzips oder eines Ideenkörpers – ich bin nicht sicher, ob wir es damit schon mit einer Doktrin zu tun haben – über das, was man die Grenzen der Souveränität nennen könnte. Souveränität beinhaltet Verpflichtungen. Eine ist, nicht deine eigenen Leute umzubringen. Eine andere ist, in gar keiner Weise den Terror zu unterstützen. Wenn eine Regierung diese Verpflichtungen nicht einhält, dann wird sie mit dem Entzug einiger der normalen Vorteile von Souveränität bestraft, einschließlich des Rechts, innerhalb seines eigenen Territoriums alleine zu bleiben. Andere Regierungen, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, gewinnen dann das Recht auf Intervention. Im Falle des Terrorismus kann dies sogar zu einem Recht auf präventive oder vorbeugende Selbstverteidigung führen. Man kann präventiv agieren wenn man Gründe hat zu glauben, dass die Frage des Angegriffenwerdens nur noch um eine Frage des Wann und nicht des Ob ist“.²⁷⁰

²⁶⁹ Inwieweit diese Veränderung der Politik die Krise des us-amerikanischen Neoliberalismus reflektiert und auf eine Beschleunigung der Selbstadaption des verschiedenen europäischen Varianten des Neoliberalismus an das (in sich durchaus auch heterogene) US-Modell abzielt, soll hier offen bleiben. Ebenso wie die im Zusammenhang mit der Studie von Hardt/Negri zentrale Frage, ob diese - von ihnen nicht gesehene - neue Dynamik der Profilierung eines us-amerikanischen Proto-Globalstaats („American Empire“) nicht als Katalysator der Bildung eines neuen „Empire of Postmodernity“ verstanden werden muss.

²⁷⁰ Zit. nach Nicholas Lemann: *The Next World Order*, in: *The New Yorker* v.1.4.2002. Dahinter steht ebenfalls, dass ein „intelligenter Unilateralismus“ der USA beansprucht, unter militärischen Aspekten in die Innenpolitik anderer Länder zu intervenieren, s. Anne Appelbaum: *The New World Order*, *Hoo-ver Digest* 3/2002: „...Was wir brauchen, ist nicht arroganter, sondern intelligenter Unilateralismus...mit der Zeit werden wir nach meiner Meinung nicht nur an den Atomprogrammen anderer Völker interessiert sein, sondern auch an ihrer Einwanderungs- und Asylpolitik; an ihren Polizeikräften; und vor allem an ihren Bildungssystemen.“ Haass verliess 2003 das Außenministerium und wurde Präsident des ältesten US-Think Tanks Council of Foreign Relations (CFR).

Die militär- und sicherheitspolitische Handlungsfreiheit der USA wurde unter Bush – auch unter Anrufung der oft religiös eingefärbten Moralideologie des us-amerikanischen Exzeptionalismus²⁷¹ – massiv akzentuiert. Die Destabilisierung internationaler Sicherheitsregimes wird nicht nur in Kauf genommen, sondern vielmehr aktiv betrieben mit dem Ziel, die geschichtliche Errungenschaft der Einhegung des Krieges durch die UN-Charta aufzuheben und die Selbstbindung des Staates USA an das Völkerrecht zu relativieren. Regelungen einer multilateralen Rüstungskontrolle wurden geschwächt: der ABM-Vertrag wurde im Dezember 2001 aufgekündigt, eine Stärkung des Biowaffen-Abkommens auf der 5. Überprüfungskonferenz Ende 2001 scheiterte am Widerstand der USA²⁷². Die Privatisierung des Militär und einzelner militärischer Funktionen sind ein wesentliches Element der Destabilisierung politisch-juristischer Kontrollregimes.

²⁷¹ "Das zwanzigste Jahrhundert endete mit einem einzigen überlebenden Modell des Menschheitsfortschritts" formulierte Bush in seiner Rede in West Point in Worten, die später in der NSS aufgenommen wurden, "das basiert auf den nicht-verhandelbaren Forderungen nach menschlicher Würde, den Gesetzen des Rechts, den Begrenzungen des Staates, dem Respekt für Frauen und Privateigentum und freier Rede und gleichem Recht und religiöser Toleranz." Zit. nach Michael Hirsh: Bush and the World, in: Foreign Affairs September / October 2002. Auffällig, dass die Forderung nach Demokratie nicht zu diesem Katalog gehört. Dementsprechend gehe es darum, die Welt als Ganze nicht nur sicherer, sondern auch *besser* zu machen – nach dem amerikanischen Modell, das sich als das erfolgreichste herausgestellt habe und das Menschheitswerte am exzellentesten repräsentiert (eben nicht nur die der USA oder der westlichen Zivilisation), wie Tony Blair am 1.10.2002 auf einem Parteitag der Labour-Party hervorhob. Die Referenz auf religiöse Auserwähltheit ist bei Bush gängig, s. z.B. "Diese Nation ist auserwählt von Gott und von der Geschichte beauftragt, für die Welt ein Modell für Gerechtigkeit, Integrationsfähigkeit und Vielfalt ohne Spaltungen zu sein", George W. Bush: Remarks at the Simon Wiesenthal Centre, (2000). "Und wir glauben, dass unsere Nation auf der richtigen Seite der Geschichte steht – der Seite der Menschenwürde und der Gerechtigkeit Gottes". George W. Bush: "A Distinctly American Internationalism", (1999), www.georgebush.com/speeches/ oder – verknüpft mit den Versprechen des Interventionismus – in der „State of the Union Address“ vom 29.1.2002: „Ihr werdet dem Gericht dieser Nation nicht entgehen“. Derlei oft manichäischer Fundamentalismus verknüpft sich mit dem alten Glauben an den exceptionellen Charakter der USA und begründet so nachhaltig politischen Unilateralismus. Die religiösen Bindungen der Mitglieder der US-Regierung sind sehr unterschiedlich: Methodisten (Ucheney), Presbyterianer (Rice), WASP (Rumsfeld) oder Born-again Evangelisten (Bush). Angesichts der moralischen Krise der US-Gesellschaft der 90er war die religiöse Rede sicherlich ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der Bush-Kampagne 2000. Vgl. auch Jervis, Bush Doctrine, S.380: Bush's response to September 11 may parallel his earlier religious conversion and owe something to his religious beliefs, especially in his propensity to see the struggle as one between good and evil. There is reason to believe that just as his coming to Christ gave meaning to his previously aimless and dissolute personal life, so the war on terrorism has become, not only the defining characteristic of his foreign policy, but also his sacred mission. An associate of the President reports: "I believe the president was sincere, after 9/11, thinking 'This is what I was put on this earth for.'" Dass andererseits die USA gleichsam indirekt die Fortsetzung der Ausweitung Europas in die nichteuropäische Welt repräsentierte, war eine günstige Bedingung dafür, ihr nationales Interesse als allgemeines Interesse darzustellen. Dies aber war der eigentliche Kern des Exzeptionismus: den Amerikanismus außerhalb der USA replizieren zu können. "Our nationalism," schrieben Kristol und Brooks über die Weltmission Amerikas, „is that of an exceptional nation founded on a universal principle, on what Lincoln called 'an abstract truth, applicable to all men and all times.' "William Kristol and David Brooks, "What Ails Conservatism," in: Wall Street Journal v. 15.9. 1997.

²⁷² Peter Rudolf: Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat. Bilanz nach einem Jahr, in: swp-aktuell 33, September 2002

6.5.5. *Militär und Empire*

Die militärische Dominanz der USA ist spektakulär: 63 % der militärischen Schiffstonnage, 46 % der landbasierten und 91 % der seegestützten Luftstreitkräfte sowie 39 % der Bodentruppen weltweit. Ein Viertel der US-Streitkräfte – rund eine halbe Million – ist auf fast 400 Basen stationiert. Größere militärische Kontingente der USA sind in 40 Ländern stationiert, in zehn Ländern gibt es Stützpunkte der Marine. Die militärische Position der USA ist die Grundlage für die Rede vom Empire. Der Direktor des neo-konservativen Olin Institute for Strategic Studies an der Harvard University Stephen Peter Rosen, der im DoD und dem Nationalen Sicherheitsrat der USA sowie im Naval War College arbeitete und auch Gründungsmitglied des Project for a New American Century war, hat Mitte 2002 die zugrundeliegenden Annahmen dieser neuen militärischen Weltsicht zusammengefasst: „Die Vereinigten Staaten haben keinen Rivalen. Überall in der Welt besitzen wir die militärische Dominanz. Unsere Militärausgaben übertreffen jene der nächsten sechs oder sieben Mächte zusammengenommen und wir haben ein Monopol in vielen fortgeschrittenen oder nicht so modernen Militärtechnologien. Wir, und nur wir, formen und führen Militärkoalitionen in den Krieg. Wir benutzen unsere militärische Dominanz um in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu intervenieren, weil die Einheimischen einander umbringen, Feinden der Vereinigten Staaten Zuflucht bieten oder atomare oder biologische Waffen entwickeln. Eine politische Einheit, die eine überwältigende militärische Überlegenheit besitzt und diese benutzt, um die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu beeinflussen, wird Empire genannt. Da die Vereinigten Staaten nicht darauf aus sind, Territorien zu kontrollieren oder die überseeischen Bürger des Empire zu regieren, sind wir sicherlich ein indirektes Empire – aber nichtsdestotrotz ein Empire. Wenn dies zutrifft, dann ist auch Ziel nicht der Sieg über einen Rivalen, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Position und der imperialen Ordnung. Die Planung für imperiale Krieg unterscheidet sich von der Planung konventioneller internationaler Kriege. Im Verhältnis zur Sowjetunion musste Krieg vermieden werden: kleine Kriege durften nicht eskalieren oder uns von der Hauptaufgabe abhalten, Europa oder Japan zu verteidigen. Im Ergebnis wurde militärische Macht nur inkrementell angewandt. Imperiale Kriege zur Wiederherstellung der Ordnung sind dagegen nicht so eingeschränkt. Maximale Gewalt kann und sollte aus psychologischen Gründen so schnell wie möglich eingesetzt werden um zu demonstrieren, dass bestraft wird, wer das Empire herausfordert. Während des Kalten Krieges haben wir uns nicht sonderlich bemüht, kommunistische Regierungen zu stürzen. Nun allerdings stecken wir mitten im Geschäft feindliche Regierungen zu stürzen und Regierungen zu schaffen, die günstig für uns sind. Die einst üblichen internationalen

Kriege wurden beendet und die Truppen gingen nachhause. Imperiale Kriege enden ebenfalls, aber Garnisonen des Empire müssen noch Jahrzehnte lang bleiben, um Ordnung und Stabilität zu sichern. Das ist es, das wir erstmals auf dem Balkan und nun in Zentralasien zu sehen bekommen. Zusätzlich zu fortgeschrittener Waffentechnologie verlangt eine imperiale Position eine große, leichtbewaffnete Bodentruppe als Garnisonskraft und Rückversicherung für Verbündete, die aus symbolischen Gründen amerikanische Streitkräfte auf ihrem Territorium haben möchten. Und endlich konzentriert sich imperiale Strategie darauf, die Entstehung mächtiger und feindlicher Herausforderer für zu verhindern: durch Krieg, wenn nötig, durch Assimilierung in das Empire, wenn möglich.“²⁷³

Tatsächlich wird zunehmend die Frage nach Gestalt und Funktion des US-Militärs in einem imperialen Kontext gestellt. Auf einer Tagung des U.S. Army War College und der John Hopkins University School for Advanced International Studies kurz nach 9/11 wurde ausführlich die Option einer „imperialist foreign policy“ und der passenden Zuschnitt des US-Militärs debattiert: „An imperial foreign policy would imply a very different military with four main components. We would require powerful deep strike forces capable of emphatic dominance over any combination of competitors, imperialists argue. Second, we would need expeditionary ground forces able to deploy quickly to punish norm-breakers but without a need for sustained, large-scale combat actions; a combination of the Marine Corps and cross-service special forces would be ideal. Third, we would need constabulary forces to keep the peace abroad and maintain order where this exists; this role would be best suited to a radically restructured Army. Finally, domestic law enforcement with Reserve component military augmentation would protect the American homeland against terrorism.“²⁷⁴

Gegenwärtig sind solche Erwägungen noch nicht handlungsanleitend. Dennoch gibt es deutliche Veränderungen im militärischen Feld.

Unmittelbare Kriegführung geschieht angesichts der großen militärischen Überlegenheit der USA zwar vor allem in Form von *fast* imaginären „Spektakelkriegen“²⁷⁵ oder „virtuous wars“²⁷⁶. Die territoriale Plazierung der mili-

²⁷³ Stephen Peter Rosen: The Future of War and the American Military, in: Harvard Magazine 5/2002.

²⁷⁴ Stephen Biddle: The Defense Information Debate: The American Military at the Dawn of the 21st Century.

²⁷⁵ Michael Mann: The roots and contradictions of modern militarism“, in: States, war and capitalism, Oxford 1988 S. 166-87; aufgegriffen dann von Mary Kaldor: American power: from ‘compellance’ to cosmopolitanism? In: International Affairs 1 / 2003 S. 9. Wenigen größeren Kriege des letzten Jahrhunderts lag eine ähnliche Ressourcendisparität zugrunde wie dem Krieg der USA gegen den Irak.

²⁷⁶ Also Kriege, die virtuell sind und zugleich für eine noble Sache ausgefochten werden, s. James Der Derian: 9/11: before, after and between, in: Craig Calhoun, Paul Price, Ashley Timmer (Hg.): Understanding September 11, New York 2002 S. 180

tärischen Ressourcen ändert sich jedoch dramatisch. Von den 952 Einrichtungen, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre reduziert oder geschlossen wurden, lagen allein 878 in Europa; zwischen 1988 und 1997 sank die Zahl der in Übersee landstationierten US-Truppen von 480 000 auf 210 000 – 80 % dieser Verringerung geschah in Europa.²⁷⁷ Bereits Mitte 1999 wurde die oberste Entscheidungsgewalt über den Einsatz amerikanischer Streitkräfte in Zentralasien vom pazifischen Militärkommando (zuständig für China, Japan, Korea) auf die zentrale Ebene zurückverlagert, die damit die gesamte Zuständigkeit für den Ölgürtel an sich zog. Wie keine andere Entscheidung indizierte sie frühzeitig die neue Rolle geo- und insbesondere ressourcenökonomischer Maximen für die Militärpolitik, deren Aufwertung charakteristisch für die 90er Jahre war. Die Sicherung der Energie- und Wasserversorgung, des Zugriffs auf nutzbaren Boden oder biologische Ressourcen sowie Konflikte um knappe oder wertvolle Mineralien und Exportgüter (z.B. die Diamantenkriege) traten in diesem Jahrzehnt als zentrale Aspekte militärischer Sicherheitspolitik immer deutlicher in den Vordergrund²⁷⁸. Mitte 2003 wurden Planungen des DoD bekannt, Basen auszubauen oder einzurichten in Djibouti, Algerien, Marokko, Tunesien, Senegal, Ghana, Mail, Nordaustralien, Thailand, Singapur, den Philippinen, Kenia, Georgien, Aserbaidschan, Polen, Rumänien, Quatar, Vietnam und Iraq. Die Ausrüstung für 3,5 US-Divisionen (10 Brigaden) wurden in den 90er Jahren in Asien, Europa und im Persischen Golf deponiert und eine Flotte von 20 riesigen Materialtransportschiffen wurde aufgebaut. Kein Land der Welt befindet sich außerhalb der Reichweite der USA – in 132 Ländern der Rede befinden sich Einrichtungen des Pentagon. Die Welt ist inzwischen in amerikanische Militärbezirke aufgeteilt. Der zwei Wochen nach dem 11. September vorgelegte Quadrennial Defense Review sah die Möglichkeit von Kriegen vor, um „ausländisches Territorium bis zur Erreichung der strategischen Ziele der USA zu besetzen.“²⁷⁹ Während die Clinton-Administration die Fähigkeit zur Führung zweier großer Kriege plante, sah die Bush-Administration nun eine 4-2-1 – Metrik vor: vierfach abschrecken, an zwei Orten *counterattack* und im Bedarfsfall an einem dieser Orte Okkupation der Hauptstadt des Feindes (option des „regime change“). Die Fähigkeit zu rascher militärischer Aktion und die Beherrschung der Informationssphäre, Basen global im Raum und Stellvertretermächte, endlich unstrittig dominante Luft- und Seestreitkräfte sind die Hauptelemente einer amerikanischen imperialen Machtprojektion. Im Zentrum steht dabei, wie Rosen entwickelte, das us-amerikanische *Command of the Commons See, Weltraum und Raum*, welche als Schlüssel für die globale militärische

²⁷⁷ Barry R. Posen: *Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony*, in: *International Security* 1/2003 S.17.

²⁷⁸ Vgl. Michael Klare: *The New Geography of Conflict*, in: *Foreign Affairs* Juni 2001

²⁷⁹ Zit. nach Mann, *Supermacht*, S.17. Mann spricht folgerichtig vom „Streben nach einem neuen, zeitlich begrenzten, territorial gestützten Imperialismus“ (S.18).

Machtposition der USA gelten kann. „Command does not mean that other states cannot use the commons in peacetime. Nor does it mean that other states cannot acquire military assets that can move through or even exploit them when unhindered by the United States. Command means that the United States gets vastly more military use out of the sea, space, and air than do others; that it can credibly threaten to deny their use to users; and that others would lose a military contest for the commons if they attempted to deny them to the United States. (...) Command of the commons is the key military enabler of the U.S. global power position.”²⁸⁰ Mit dem kontrollierenden Zugriff auf den Weltraum ist es in den letzten Jahrzehnten gelungen, den Aufstieg der Land- gegenüber der Seemacht wieder in gewissem Umfang rückgängig zu machen, der einst für die Erosion des britischen Empire verantwortlich war. Einige wenige Systeme sichern das us-amerikanische Kommando über die Commons: auf See sind es die atomaren Unterseeboote, deren Stückkosten von ca. 2 Mrd prohibitiv hoch sind, sowie die Flugzeugträger (Stückpreis 5 Mrd \$), im Weltraum sind es der „space control“ (Rumsfeld) dienende Satelliten²⁸¹ und Antisatellitensysteme; der Luftraum endlich wird ab 5000 km Höhe singulär von den USA kontrolliert. Und endlich: die globale ideologisch-kulturelle Rahmung des Militärischen hat sich verändert: gab es nach dem Ende des Kalten Krieges kurzzeitig die verbreitete Hoffnung auf eine breite Abwertung und Entfunktionalisierung des Militärs, so hat sich dies mittlerweile weitgehend geändert: Gewalt, Krieg und Militär drangen nicht nur mit ihrer Privatisierung in bislang vorbehaltene Räume und Kulturen ein, sondern sie werden auch immer mehr als notwendiges und unverzichtbares Merkmal der Weltordnung des neuen Jahrhunderts akzeptiert.

Die militärische Überlegenheit der USA ist unstrittig. Doch reicht sie aus, um ein Empire zu tragen? Welche defensive Kapazität hat sie, besitzt sie offensive Schlagkraft, kann sie erobern und Territorien halten? Ist sie ohne Alliierte zu einer unilateralen, umfangreichen und offensiven globalen Machtprojektion imstande? Hinsichtlich der außerordentlichen militärischen Ressourcen der USA gibt es deutliche Begrenzungen.

Rußland, Frankreich, China und Großbritannien sind zu einer nuklearen Abschreckung imstande, weitere vier Staaten kommen hinzu (Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea) und haben – begrenzte – Trägerkapazitäten, die allerdings die USA nicht erreichen können. Zwischen 16 und 25 Staaten besitzen B- und/oder C-Waffen.

²⁸⁰ Barry R. Posen: Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony, in: International Security 1/2003 S.5-46, hier: S.8

²⁸¹ Die USA stellen rund die Hälfte aller aktiven Satelliten im Weltall; der Irakkrieg wurde von über 50 Satelliten unterstützt.

Die beeindruckende Position der USA – deutlich vor allem an ihrer konkurrenzlosen Feuerkraft und weltweiten Einsatzbereitschaft – relativiert sich weiter, wenn jenseits der Kriegführung der Aspekt des Bodenkrieges und des Regimewechsels berücksichtigt wird: im Irak waren Anfang 2004 direkt oder indirekt acht von 10 Divisionen der Army gebunden und ein Drittel der Kampfбатаillone der Nationalgarde mussten aktiviert werden²⁸². Die USA haben zwar rund 1,45 Millionen Menschen unter Waffen – dies sind aber nur 5 % aller Soldaten weltweit. In Afghanistan waren es die lokalen Warlords der Nordallianz, die den Bodenkrieg führten. Und im Unterschied zu den Militäreinrichtungen der Imperien der Vergangenheit unterliegen die US-Basen in der Welt zumindest in gewissem Umfang dem lokalen Recht. Diese Basen folgten – bis zum Irakkrieg – nicht der Ratio lokaler imperialer Befriedung, sondern globaler Logistik. Lokale Macht und Befriedung sind nicht ihr unmittelbarer Zweck. Diese Funktionsverschiebung reflektiert sich auch im Fehlen eines imperialen Habitus des Militärs, wie er für die klassischen Empires typisch war.

Die militärisch-technische Revolution stärkt nicht einseitig nur die Starken. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen schreitet fort und die Feuerkraft der Guerilla und Terroristen nimmt zu. Angriffe auf zivile Ziele sind billig – die Attacke auf das WTC kostete höchstens eine halbe Million Dollar. Die Militärausgaben der USA dagegen wachsen wieder rapide: von 400 Mrd \$ 2004 auf beantragte 470 Mrd \$ in 2005; die direkten Kosten des Irakkrieges lagen Anfang 2004 bei 4 Mrd \$ im Monat²⁸³. Und die neuen Waffen der Starken machen Kriege nicht unblutig: in Afghanistan starben etwa 10 000 Zivilisten und bis zu 4000 militärische Kombattanten²⁸⁴.

7 Empire reloaded

7.1. Die neue Grammatik

Bis in jüngste Zeit gab es nur zwei gleichsam zulässige Ansichten über das „American Empire“: a) so etwas gibt es nicht b) und wenn es doch so etwas geben sollte, dann entstand es aus Zufall und gleichsam aus Versehen oder als geradezu ohnmächtige Reaktion auf externe Umstände. Jedenfalls sei es letztlich eine wohltätige („benign“) Angelegenheit. Nun aber gibt es eine

²⁸² 148 000 Soldaten im Irak, 30 000 im Golf, 10 000 in Afghanistan; die Army hatte 2003 nur 3 von 33 Brigaden, die für zusätzliche „Missionen“ hätte eingesetzt werden können, da 21 Brigaden in Übersee stationiert waren. Insgesamt hatte die Army 370 000 Soldaten in 120 Ländern stationiert, s. James A. Russell: Occupation of Iraq: Geostrategic and Institutional Challenges, in: Strategic Insight v.1.8.2003 sowie Baltimore Sun v. 21.1.2004

²⁸³ David Isenberg: The Costs of Empire, www.realisticforeignpolicy.org v.22.4.004

²⁸⁴ Mann, Supermacht, S.169.

andere Rede. Der „neue Unilateralismus“ (Charles Krauthammer) der USA wird seit gut anderthalb Jahren begleitet von einer politischen und politikwissenschaftlichen Grammatik, die den Raum des Militärischen und der damit verknüpften fraglos schlagkräftigen US-Dominanz verlässt²⁸⁵. Sie operiert mit dem Begriff des „American Empire“.²⁸⁶

Vom „Empire“ oder „American Empire“ (nicht aber vom „Evil Empire“, das Ronald Reagan einst zum Thema hatte) sprachen Kissinger („Amerika am Höhepunkt: Imperium oder Anführer?“)²⁸⁷ ebenso wie der liberale Dissident Gore Vidal („Das letzte Empire“), die Literaten Tom Wolfe (das heutige Amerika sei jetzt „die größte Macht auf Erden, so omnipotent wie ...Rom unter Julius Cäsar“) oder Norman Mailer („to build a world empire“)²⁸⁸, Science Fiction Autoren wie Jerry Pournelle („...empires...have been the largest, longest-lasting and most stable form of political organization for most of the world through recorded history“),²⁸⁹ der Kulturkritiker Rothstein in der New York Times („An old idea transformed. Call it Empire.“)²⁹⁰, der Kolumnist Michael Lind („Ist Amerika das neue Römische Reich?“)²⁹¹, Maureen Dowd von der New York Times („The Empire Strikes First“)²⁹² oder der Demokrat Nye²⁹³ („Seit Rom gab es keine Nation, die so

²⁸⁵ Die Konkurrenten bringen andere Ressourcen ins Spiel, vgl. Außenminister J. Fischer im Interview mit der FAZ v. 17.3.2003: „Nach den Anschlägen wurde, und das teile ich, der Status quo dieser Welt stark in Frage gestellt. Es geht nun darum, ob man diesen Status quo mit einer Neuordnung von Ländern von außen, mit militärischer Macht und großen Risiken versucht oder ob man den von uns favorisierten kooperativen Ansatz wählt, der ja alles andere als zahn- und machtlos ist...Militärisch ist Europa aus der Sicht Amerikas unwichtig, aber nicht ökonomisch und politisch...Wir müssen unsere militärische Kraft verstärken, um auch in diesem Sektor als Faktor ernst genommen zu werden.“ Demgegenüber der neue Illusionismus über die Positionen des „alten Europa“ gerade von radikalen Kritikern des Irak-Krieges der USA: „In der begonnenen Umstrukturierung der Welt setzen die USA auf das Militärische, Frankreich und Deutschland auf das Politische. Um die heutigen Probleme der Menschheit zu lösen, setzen sie auf den ewigen Frieden, Präsident Bush und seine Umgebung dagegen auf den ewigen Krieg.“ Ignacio Ramonet, Warum gerade jetzt, in: *le monde diplomatique* 3/2003 S. 14.

²⁸⁶ S. zum folgenden vor allem die Website von H. J. Krysmanski zum Thema „Neue Weltordnung“ (2002) sowie Jürgen Wagner, *Das ewige Imperium*, Hamburg 2002; Philip S. Golub: *Das Imperium Americanum* als historisches Konzept, in: *le monde diplomatique* September 2002; Emily Eakin: „It takes an empire“, say several U.S. thinkers, in: *NYT* v.2.4.2002; Thomas E. Ricks *Empire or Not? A Quiet Debate Over U.S. Role*, in: *WP* v. 21.8.2001, S. A01; Tom Hayden: *It's Empire Versus Democracy*, *Alter-net.org* v. 27.9.2002; Thomas Bray: *Is America beginning to create an empire?* *The Detroit News* v. 23.1.2002; Franz Schurmann: *Travelers, Workers, Believers in the American Empire* *Directions*, *NCM Online*, 22.8.2002: „In Amerika passieren eine Menge Veränderungen. Die größte ist der Wandel von der Demokratie zum Empire.“

²⁸⁷ H. Kissinger: *Does America Need a Foreign Policy?* New York 2001. Kissinger lehnte das Imperiumskonzept ab. Schließlich seien die USA weit besser positioniert als das alte Rom oder das britische Empire. Siehe auch Raymond Aron: *The Imperial Republic. The United States and the World 1945-1973*, London 1975.

²⁸⁸ *International Herald Tribune* 25.2.2003. S. a. seinen Beitrag in *The New York Review of Books* vom 27.3.2003: „The underlying motive, however, still remains George W. Bush's underlying dream: Empire!“.

²⁸⁹ Nach UPI *International Desk* 24.2.2003

²⁹⁰ Edward Rothstein: *Cherished Ideas Refracted in History's Lens*, in: *The New York Times* v.8.9.2002, S.A17

²⁹¹ *FAZ* v. 5.1.2003

²⁹² *New York Times* v. 29.1.2003

²⁹³ Joseph S. Nye jr.: „The Paradox of American Power“, New York 2002, S. 1. Nye war Rektor der Kennedy School of Government an der Harvard University Dye und in der Clinton-Regierung Staatssekretär im Pentagon.

hoch über den anderen Nationen stand"), Patrick J. Buchanan („A Republic, not an Empire")²⁹⁴, die Historiker Schlesinger (die USA „would never be an empire"²⁹⁵), Gaddis („We are now even more so an empire, definitely an empire.")²⁹⁶, Niall Ferguson ("The Empire Slinks Back: Why Americans don't really have what it takes to rule the world." – „an Empire in Denial"²⁹⁷), Eric Hobsbawm²⁹⁸, Michael Hirsh ("relatively benign power")²⁹⁹ oder Paul Kennedy ("we are exercising a sort of Imperium"³⁰⁰), der Soziologe Etzioni ("Semi-Empire"),³⁰¹ oder die Politologen Stephen M. Walt („The end of the Cold war left the United States in a position of power unseen since the Roman empire")³⁰², John M. Owen ("If the United States is an imperial power, the world may never have known such a benevolent empire")³⁰³ und Andrew Bacevich von der Boston University ("Like it or not," erklärt er, "America today is Rome, committed irreversibly to the maintenance and, where feasible, expansion of an empire that differs from every other empire in history.") Jay Tolson in einer Titelgeschichte „The American Empire" des Magazins U.S. News & World Report („Are we witnessing a smart-bomb imperium?")³⁰⁴, oder die Neokonservativen Dinesh D'Souza („Die Amerikaner müssen letztlich erkennen dass die USA ein Empire geworden ist")³⁰⁵, Max Boot („America should not be afraid to fight 'the savage wars of peace' if necessary to enlarge the 'empire of liberty'")³⁰⁶, Deepak

²⁹⁴ Los Angeles Times v. 23.2.2003. S.a. ders. In USA Today v. 14.11.2002: "American empire is an intellectual construct of scribblers and think-tank denizens more familiar with the hazards of graduate school than of gunnery school. Americans won't send their sons to die for an empire concocted by talking heads whose boys won't be patrolling that empire. Look at what became of the British in Palestine, the French in Algeria. Do we really want our own Battle of Algiers in Baghdad? Our own intifada? An American empire in the Islamic world would put us at endless war in that most volatile of regions...". Buchanan steht sicherlich für jene Linie der politischen Kritik an den Neokonservativen, die von einem zumindest antiisraelischen Hintergrund aus operiert.

²⁹⁵ Zit. nach Luis Teodoro, World Domination, in: Today abs-cbnNews.com v. 20.9.2002

²⁹⁶ U.S. News & World Report v.13.1.2002

²⁹⁷ New York Times Magazine v. 27.4.2003 sowie seine 2004 publizierte Studie Colossus (Penguin Press)

²⁹⁸ Eric Hobsbawm: Only in America, in: The Chronicle of Higher Education v.4.7.2003. Er glaubt, dass die Welt zu groß und zu komplex sei, um von einer Macht dominiert werden zu können; die destabilisierenden Effekte dieser Situation seien evident. „Our problem is ... that the U.S. empire does not know what it wants to do or can do with its power, or its limits. It merely insists that those who are not with it are against it."

²⁹⁹ "U.S. allies must accept that some U.S. unilateralism is inevitable, even desirable. This mainly involves accepting the reality of America's supreme might – and, truthfully, appreciating how historically lucky they are to be protected by such a relatively benign power.", Michael Hirsh, Bush and the World, in: Foreign Affairs September / Oktober 2002.

³⁰⁰ Debattenbeitrag zu: The Reluctant Empire: In a Time of Great Consequence, in: The Brown Journal of World Affairs 1/2003, S.16.

³⁰¹ Amitai Etzioni: Implications of the American Anti-Terrorism Coalition for Global Architectures, in: European Journal of Political Theory 1/2001, S.9-30. Etzionis Text von 2001 sieht viele mögliche Varianten einer zukünftigen globalen Architektur, aber kein Empire, auch kein US-Empire.

³⁰² Stephen M. Walt: American Primacy. Its Prospects and Pitfalls, in: Naval War College Review 2/2002 S.9.

³⁰³ Owen, Transnational Liberalism, S.151.

³⁰⁴ Jay Tolson: The New American Empire, in: U.S. News & World Report v.13.1.2002

³⁰⁵ Dinesh D'Souza: In praise of American empire, in: The Christian Science Monitor v. 26.4.2002. Der "Gottvater" des amerikanischen Neokonservatismus Irving Kristol so schon weit früher am AEI ("The Emerging American Imperium," August 1997).

³⁰⁶ Zitiert nach National Review v.20.5.2002 S.48. Ähnlich Max Boot im Weekly Standard 7/2001: „The most realistic response to terrorism is for America to embrace its imperial role." und in der Financial

Lal vor dem AEI („In Defense of Empires“)³⁰⁷, der Mitherausgeber des „National Interest“ Dimitri K. Simes („a nascent imperial power... it increasingly looks, walks, and talks like one“)³⁰⁸, Thomas Donnelly vom PNAC („Ob die Vereinigten Staaten es gewollt haben oder nicht, irgendwie haben sie ein Imperium aufgebaut und können den sich daraus ergebenden Folgen sich nicht mehr entziehen.“)³⁰⁹, William Kristol („And if people want to say we're an imperial power, fine.“)³¹⁰ und Charles Krauthammer: "Es ist eine Tatsache, dass seit dem Römischen Reich kein Land kulturell, ökonomisch, technologisch und militärisch so dominierend gewesen ist wie die USA heute.“³¹¹ Amerika sei ein 'Imperium im Entstehen' („an empire in formation“), sagte Charles Fairbanks von der John Hopkins University. Für das Gros der neokonservativen Autoren geht es nur noch darum, die Anerkennung dieser Veränderung ins Bewußtsein zu bringen: „A new imperial moment has arrived, and by virtue of its power America is bound to play the leading role. The question is not whether the United States will seek to fill the void created by the demise of European empires but whether it will acknowledge that this is what it is doing.“³¹² Kurz - und in den Worten von Michael Mann: „Linke, Liberale und Konservative sind sich also einig: Es ist das Zeitalter des amerikanischen Empire.“³¹³

Eine der ausführlichsten frühen Darlegungen aus dem Empire-Lager stammt von Robert Kaplan, der vorschlägt, dass die führenden Politiker der USA sich mit den antiken Chronisten beschäftigen sollten, denn historisch habe sich kaum etwas geändert - also warum nicht vom Zweiten Punischen Krieg lernen oder von Kaiser Tiberius als Vorbildern für „America's soft imperial influence“? ³¹⁴

Times: „America's Destiny Is to Police the World.“ oder „Unfortunately, a cop's work is never done.“, zit. nach Robert W. Merry: Rome on the Potomac, in: The International Economy Sommer 2003, S. 15.

³⁰⁷ „In Defense of Empires“, vorgetragen am AEI von Deepak Lal (UCLA) am 30.10.2002

³⁰⁸ Dimitri K. Simes: America's Imperial Dilemma, in: Foreign Affairs 6/2003 S.91

³⁰⁹ in seiner Rezension „Die Vergangenheit als Vorspiel: Ein Imperiales Handbuch“ (Foreign Affairs Juli/August 2002)

³¹⁰ In den Fox News, zitiert nach NYT v. 10.5.2003

³¹¹ Zitiert nach Jonathan Freedland: Rome, AD ... Rome, DC? In: The Guardian v. 18.9.2002. Krauthammer, der dank seiner Affiliation an die Washington Post eine sehr einflußreiche Stimme ist, sah einst den unpolaren Moment als Übergang zu einer multilateralen Welt. Jetzt nicht mehr.

³¹² Sebastian Mallaby, Reluctant Imperialist, S.6

³¹³ Mann, Supermacht, S.26

³¹⁴ Warrior Politics: Why Leadership Demands a Pagan Ethos ('Eine Politik für Krieger: Warum Führung ein heidnisches Ethos braucht') Random House 2001; s. a. Andrew J. Bacevich: American Empire, in: Süddeutsche Zeitung v. 30.7.2002 sowie ders., American Empire, Harvard 2002; Peter Bender, Das Amerikanische und das Römische Imperium. Ein Vergleich, in: Merkur 9/10 (2000) S. 890-900. Von Kaplan stammt auch der Satz: „Demokratie wird nur eine kurze Klammer in der Geschichte gewesen sein.“ Zit. nach WOZ v.3.4.2003

Zur Frage des Empire gab Donald Rumsfeld eine Studie in Auftrag³¹⁵, richtete sein Stellvertreter Wolfowitz ein Panel ein um etwas darüber zu erfahren, wie lange Imperien existieren³¹⁶, äußerte sich der deutsche Außenminister J. Fischer ungläubig³¹⁷ und vom *Empire* sprach schließlich der zum Cäsar mutierte Präsident der USA³¹⁸ - er fand dabei ein ungehörtes Echo in den zehntausendfachen wortgleichen Beschreibungen der United States, die in den Demonstrationen am 15. Februar 2003 varriert wurden. Andere, von denen man es eher nicht erwartet hätte, sprachen vom Imperialismus³¹⁹ - fast niemand freilich versuchte sich an der Anwendung dieser Begriffe auf Europa.³²⁰ Anfang Mai 2003 zählte die New York Times, dass der Begriff „American Empire“ in den sechs Monaten davor fast 1000 Mal in Nachrichtenmeldungen auftauchte.³²¹ Die Zeit der imperialen Amnesie ist zu Ende gegangen.³²²

7.2. Milieus und Traditionen der Empire-Grammatik

7.2.1. Die taktische Reserve der Eliten

Den Ausgangspunkt dieses rhetorischen Booms bildete wohl im Herbst 2001 der Aufsatz "The Case for an American Empire" von Max Boot im Wall Street Journal³²³, der zur Begründung des Sinns einer militärischen Besetzung von Afghanistan und Irak die stabilisierende Wirkung anrief, welche die britische Herrschaft im 19. Jahrhundert in dieser Region gehabt

³¹⁵S. Thomas Powers: War and Its Consequences, in: The New York Review of Books v.27.3.2003: "To help Rumsfeld along in his thinking...his office sponsored a study of the histories of great empires — a word Washington officials were beginning to use. These stories all have sad endings but it wasn't the fall of empires that engaged Rumsfeld; it was how empires kept themselves in power."

³¹⁶The Brown Journal of World Affairs 1/2003 S. 14

³¹⁷„Ich bitte Sie, die Vereinigten Staaten sind doch kein Imperium. Ich kenne keine weniger imperial gesinnte politische Kultur als die amerikanische. Es ist mehr eine Kultur, die nach innen blickt, die wegwill vom Rest der Welt.“ J. Fischer in einem Interview in der FAZ v. 17.3.2003

³¹⁸Die eingangs diesem Text vorangestellten Äußerungen fielen auf der Rede Bushs in West Point im Juni 2002 und auf einer Rede zu Veteranen im Weissen Haus im November 2002. "America has never been an empire," erklärte Bush im Wahlkampf 2000, und: "We may be the only great power in history that had the chance and refused, preferring greatness to power and justice to glory", s. IHT v. 2.7.2003 George Washington sprach vom „rising American Empire“ und Thomas Jefferson erklärte Amerika zu „an Empire for liberty.“

³¹⁹Senator Edward M. Kennedy am 7.10.2002 zur NSS: "Die Doktrin der Administration ist der Ruf nach einem amerikanischen Imperialismus des 21. Jahrhunderts, den keine andere Nation akzeptieren kann und darf." [zit.nach „Monthly Review“ 7/2002 (Dezember)].

³²⁰Eine Ausnahme: Marcus Hammerschmitt: Im Gleichschritt zum Frieden, in: Telepolis v. 18.2.2003.

Siehe auch Charles Kupchan: The Ende of the American Era, Vortrag am 20.2.2003.

³²¹NYT v.10.5.2003

³²²Matthew Frye Jacobson, Imperial Amnesia: Teddy Roosevelt, the Philippines, and the Modern Art of Forgetting, in: Radical History Review 73 (1999), S. 116- 127.

³²³S. Weekly Standard v. 15. Oktober 2001 S. 27: "Afghanistan and other troubled lands today cry out for the sort of enlightened foreign administration once provided by self-confident Englishmen in jodhpurs and pith helmets.". S. auch Max Boot, The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power, New York 2002.

habe. Seitdem breitete sich die Empire-Idee zur Charakterisierung eines *globus americanus* schnell aus und fand rasch ihre massenkulturelle Unterfütterung durch die Medien der Softpower. Vom „Gladiator“ über den Zweiteiler „Julius Cäsar“, über das Großkinoprojekt „Imperium – Aufstieg und Fall des Römischen Reiches“, über die Verfilmung des Trojanischen Kriegs durch Wolfgang Peterson, über den Kampf um die Verfilmung von „Alexander dem Großen“ - die Eingewöhnung auf eine imperiale Kultur und ihre wunderbaren Kriege ist seit Ende der 90er Jahre in vollem Gange. Wie so oft, war Hollywood der Politik weit voraus. Doch ungeachtet dieser medialen Veralltäglichen vom Computerspiel „American Empire“ bis zum Star Trek - Film scheint die Rede vom American Empire jedoch im wesentlichen noch eine Sache medialer und strategischer Intellektueller zu sein. Die gängigen Vergleiche mit dem römischen Imperium sind Einübungen in Identitätsbildung, keine Theorie. Das „Empire“ ist als Selbstbeschreibung der USA von der Mehrheit der US-Bevölkerung offenbar (noch?) nicht akzeptiert. Insofern ist die kritische Befürchtung des den Demokraten nahestehenden Nye übertrieben, wonach sich die „USA im Griff einer heiklen Metapher“³²⁴ befänden.

Die Rhetorik der gegenwärtigen politischen *Entscheidungsträger* der USA (Rumsfeld, Bush, Powell etc.) lehnt explizit den Empire-Begriff ab – sie operiert mit klassischen Referenzen auf Begriffe wie Angst, Verteidigung, Sicherheit, Rache, Nation oder Freiheit, um ihr politisches Konzept vermarkten zu können. Vieles spricht dafür, dass sie von diesen Referenzen überzeugt ist und ihr eine Zusammenfassung in einem Begriff wie „Empire“ fremd ist. Die Ablehnung einer solchen Selbstbeschreibung kann indes kaum verwundern: fast alle Führer moderner Imperien wiesen derartiges weit von sich und auch die Vorläufer der gegenwärtigen US-Regierung teilten diese Position³²⁵. Dies steht sicherlich zunächst dafür, dass jene, die politisch herrschen und *Macht* ausüben, von diesem zentralen Code der Politik nicht sprechen, es sei denn, er ist nützlich als Fassade oder Trugbild³²⁶. Hier setzt sich bis heute die us-amerikanische Tradition fort, die an

³²⁴ Süddeutsche Zeitung v. 26.09.2002.

³²⁵ 1999 erklärte Clintons Sicherheitsberater Sandy Berger, die USA sei die "first global power in history that is not an imperial power." Zit. nach Niall Ferguson: Hegemony or Empire? In: Foreign Affairs September / Oktober 2003.

³²⁶ S. Franz Bosbach, Hermann Hiery (Hg.): Imperium/Empire/Reich, München 1999. Als Beispiel siehe C. Rice in einem Interview des ZDF v. 31.7.2003: "I wouldn't accept the comparison to the Roman Empire, of course, because the United States has no imperial ambitions. This is an unusual time. The United States has a preponderance of military power. It, of course, has a strong economy, a lot of influence in the world. But I think the point that's been missed here is that it is really the alliance of states that were on the right side of history after World War II, the countries that dedicated themselves to values -- human values of democracy and freedom of speech and freedom of religion and prosperity for people based on human dignity. That is really the alliance that is very, very powerful. Yes, the United States is the most powerful state within that alliance. But we see this, really, as an opportunity for states that share values to have an opportunity to bring those values to other parts of the world where they

den Empire-Begriff gebundene Konnotation zu Raum und Territorium zu vermeiden und konkrete imperiale Ambitionen hinter politisch abstrakten Universalismen (Menschenrechte, Internationalismus - die NSS spricht vom „distinctly American internationalism“ - , Humanismus, amerikanische „Werte“) oder der Rede von der „Führung“ („leadership“) zu verbergen.³²⁷ Und sicherlich spiegelt sich auch hier noch die taktische Rücksicht auf die traditionelle Geschichtskultur des *Antiimperialismus* der einstigen Kolonie, die auch zu den Basiswerten der USA gehört und wonach die USA als die genuine postkoloniale Macht erscheinen, deren Anfangsbestimmung der antiimperialen Kampf (nicht aber die Ausrottung der indigenen Bevölkerung Nordamerikas) war. Ein „American Empire“ wird da von vorneherein bestenfalls als „Empire of liberty“ gedacht und die einst mehr zufällig erworbenen Kolonien aus der imperialen Episode der 1890er und ihres „kolonialen Moments“ sind nach dieser großen Erzählung vom genuinen Antiimperialismus der USA schon lange wieder aus dem fragmentarisch gebliebenen Kurzzeitimperium entlassen und zehren zudem bis heute von den wohltätigen Konturen, welche nach dem Selbstverständnis der US-Eliten die guten Ziele wie die leichthändigen Mittel seines zivilisatorisch-modernisierenden Wirkens gerade im Unterschied zu rassistisch-brutalistischen Praxen des britischen Empire auszeichneten. Sie stehen zudem für die besondere Form einer kolonialen Herrschaft, deren Oszillieren zwischen Annexionsstatus und Selbstherrschaft hochflexibel und ausreichend diffus war, um vielfältigste Formen direkter Machtausübung wie ideologischer Rechtfertigungen zu gestatten: Länder wie Puerto Rico gehörten den USA, aber nicht zu ihnen. Ihr unmittelbarer politisch-militärischer Einschluß in ein Regime direkter Machtausübung war unnötig für eine Ordnung, in der die Vertreter des machtvollsten Teilsystems Ökonomie derlei Kostenaufwand offenbar für unnötig hielten. Ihnen ging es um Zugang („open door“ und „Freedom of the Seas“) und um Inkorporation in ein amerikanisch beeinflusstes und letztlich kontrolliertes System der die Gesellschaft umwälzenden und „zivilisierenden“ Kapitalakkumulation – mehr nicht. Sie waren zudem davon überzeugt, dass der Religion oder ihren säkulären Schwestern die moralische Integration der Eingeborenen überlassen werden könne und dazu keine gesonderte politische Regulation sinnvoll sei, aus der erst dann der Empireverdacht entspringen könne. Der gegenüber dem „American Empire“ durchaus traditionellen Rede vom „amerikanischen Jahrhundert“ dagegen fehlt die politische Schärfe: gegen ein Imperium kann man Front machen, gegen ein Jahrhundert nicht. Auch im Lager der US-amerikanischen Militärs sind die Zweifel am „Empire“ als

are not yet -- have not yet taken hold.”

³²⁷ Zum folgenden der exzellente Text von Susan Carruthers: The Imperial Interrogative: Questioning American Empire, präsentiert auf dem 3. Drew Colloquium in Transdisciplinary Theological Studies „An American Empire? Globalization, War and Religion“, 25-27.9.2003

Rethorik, Konzept oder Selbstbeschreibung offenbar beträchtlich.³²⁸ Insofern verlässt die Begriffspolitik der Bush-Administration die Praxis der Verschleierung der politischen Natur ihrer imperialen Aktionen nicht, die für die US-Regierungen seit jeher typisch war.

7.2.2. Die neokonservative Debatte

Eine Kerngruppe *neokonservativer* Ideologen und *strategischer* Intellektueller hat sich demgegenüber mittlerweile die Rede vom „American Empire“ als politischen, zum Teil auch als wissenschaftlichen Kampf- und Zielbegriff zu eigen gemacht – für sie ist „the logic of neoimperialism...too compelling...to resist“, weshalb ein „imperialist revival“ notwendig sei.³²⁹ Schließlich sind für sie die Amerikaner nun die „undisputed masters of the world.“³³⁰ Ein einigermaßen konsistenter Konsens hat sich aber auch im neokonservativen Milieu bislang nicht etablieren können.

Dissens gibt es zunächst hinsichtlich der Unterscheidung von „Empire“ und „Imperialismus“. Die Mehrheit der prominenten neokonservativen Wortführer spricht zwar vom „Empire“, lehnt aber zumeist den Begriff des „Imperialismus“ ab, ohne dass allerdings eine solche Position in irgendeiner Weise analytisch durch eine Ausarbeitung des Unterschieds zwischen beiden Begriffen untermauert worden wäre. Sie baut auf die verbreitete Ansicht, dass vom Imperialismus nur rede dürfe, wer einen territorial präsenten, direkten Kolonialismus beweisen kann. Imperialismus kollabiert hier unversehens in eine bestimmte, klassische Form des Kolonialismus. Auffällig ist freilich, dass sich dies in jüngster Zeit geändert hat: klare Bekenntnisse zum Begriff „Imperialismus“ auf Seiten prominenter Neokonservativer wie Boot, Kaplan, Rosen oder Mallaby haben sich deutlich gehäuft.³³¹ Robert Cooper – ein führender außenpolitischer Berater des britischen Premierministers Tony Blair – entwickelte etwa die Idee des „cooperative empire“, um Zonen der Unordnung (Afghanistan, Burma, Somalia, Kolumbien, Zimbabwe) zu restabilisieren und das alte britische Empire mit im

³²⁸ Barry McCaffrey, US- General im Ruhestand, gehört dazu: "Of 10 US Army divisions, eight are deployed around the world and only two are standing by - we have the smallest army since 1939. I must confess that I am uncomfortable with this idea of an American Empire. We have already seen that our ability to change the economics and culture of other countries is very limited." S. Boston Globe v.21.6.2003

³²⁹ Sebastian Mallaby, "The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire," in: Foreign Affairs 2 / 2002) S.2-3, 6. Mallaby verlangte eine Rückkehr zu jenen Tagen, in denen "orderly societies [imposed] their own institutions on disorderly ones." (Los Angeles Times v. 26.1.2003)

³³⁰ Charles Krauthammer, zitiert nach The Guardian v. 18.9.2002.

³³¹ Max Boot: "U.S. imperialism has been the greatest force for good in the world during the past century", in: USA Today, zit. nach ABC News v.7.5.2003. Für Mallaby ist der "Neoimperialismus" "the rich man's burden".

neuen Spiel zu halten. „What is needed“, erklärte Cooper, „is a new kind of imperialism, one compatible with human rights and cosmopolitan values: an imperialism which aims to bring order and organization.“³³² Da schimmern dann nicht nur die alte britisch-imperiale Kultur, sondern auch ein politischer Triumphalismus nach dem militärischen Sieg über den Irak durch und endlich auch die Herkunft der Neokonservativen aus linken Milieus und die damit verbundene Eingewöhntheit in die Verwendung des Begriffs „Imperialismus“. An einer präzisen Unterscheidung zwischen „Empire“ und „Imperialismus“ ist auch dieser Gruppe jedoch wenig gelegen.

Einige wenige Vertreter des neokonservativen Feldes, die nicht selten als verbal zurückhaltendere Grenzgänger im Regierungsraum operieren, lehnen demgegenüber den Begriff „Empire“ zumindest vordergründig ab³³³. Nach ihrem Verständnis ist ein „Empire“ eine schrankenlose Durchgriffsdiktatur, als welche man die USA nicht bezeichnen könne. Danach wäre allerdings auch die Verwendung des Begriffs zur Charakterisierung des „britischen“, in mancherlei Hinsicht auch des „römischen“ Empire unangebracht.

Allerdings sind sich aber auch die neokonservativen Verfechter des Begriffs keineswegs einig, *ob es ein American Empire bereits gibt* (und es verteidigt oder ausgedehnt werden müsse), *ob wir es mit einem rising empire zu tun haben* (so George Washington im März 1783) oder *ob es angesichts der neuen weltpolitischen Situation erst hergestellt werden müsse* – entsprechend variieren die Begründungen für eine im Endeffekt gleichermassen revisionistische Politik. Schließlich ist die Entstehung eines Empire kein

³³² Robert Cooper: Why We Still Need Empires, in: Guardian v.7.4.2002, S.27 sowie Ottawa Citizen v.5.5.2002 S.A14, zitiert nach Ivan Eland: The Empire Strikes Out. The „New Imperialism“ and Its Fatal Flaws, in: Policy Analysis Nr.459 v.26.11.2002, S.4. Siehe auch Robert Cooper, The Post-Modern State, The Foreign Policy Centre 2002

³³³ S. etwa Philip Zelikow: The transformation of national security, in: The National Interest Spring 2003, der nach den Personalangaben der Zeitschrift „inoffiziell an der Vorbereitung der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA mitwirkte“. Zelikow hält den Begriff für „böartig“. Unter „Empire“ werde beschrieben „any circumstance where a powerful country exerts influence over lesser powers, whether direct or indirect, physical, cultural or commercial“, eine „shallow equation of all sorts of economic and cultural influences with „imperialism““. But these imperial metaphors, of whatever provenance, do not enrich our understanding; they impoverish it. They use a metaphor of how to rule others when the problem is how to persuade and lead them. Real imperial power is sovereign power. Sovereigns rule, and a ruler is not just the most powerful among diverse interest groups. Sovereignty means a direct monopoly control over the organization and use of armed might. It means direct control over the administration of justice and the definition thereof. It means control over what is bought and sold, the terms of trade and the permission to trade, to the limit of the ruler's desires and capacities. In the modern, pluralistic world of the 21st century, the United States does not have anything like such direct authority over other countries, nor does it seek it.“ Siehe ähnlich auch Dan Morgan, A Debate Over US „Empire“ Builds in Unexpected Circles, in: Washington Post v. 10. 8. 2003

Ereignis, sondern ein Prozess. Auch hier gibt es allerdings charakteristische Veränderungen: seit Ende 2002 häuften sich Stimmen aus dem neokonservativen Lager, wonach die USA bereits mitten im Empire-Business steckten und die schlichte Frage sei: „How do we manage this world?“³³⁴ Naheliegt eine nächste Argumentationszeit: dass es das American Empire schon sehr lange gegeben habe und es dieses Empire noch sehr lange geben werde.³³⁵

Und endlich besteht auch unter den neokonservativen Intellektuellen keineswegs Einigkeit, *wer und was denn eigentlich zum American Empire zu rechnen sei*. Eine recht atemberaubende Zielsetzung publizierte noch vor *Nineeleven* James Kurth vom Swarthmore College in der neokonservativen Theoriezeitschrift *The National Interest* in einem Artikel, dessen Überschrift „The Next NATO“ untertitelt war mit „Building an American Commonwealth of Nations“. Globalisierung, so Kurth, meine nichts anderes als die Globalisierung des „American way“ und eine buchstäbliche Expansion der USA. Europa als der am stärksten amerikanisierte Teil der Welt müsste einem erweiterten Amerika angehören. „Amerika“ müsse also neu definiert werden: „Worum es in Wirklichkeit geht... sind nicht einfach amerikanische Interessen oder amerikanische Ideale. Es geht um amerikanische Identität, vor allem um die Neuerfindung der amerikanischen Identität durch die politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten, um sie für die neue Ära der Globalisierung zu rüsten. Während Amerika bei weitem die stärkste Macht und die größte Ökonomie auf dem Globus ist, glauben diese Eliten, dass es nicht länger ausreicht für Amerika, nur aus dem nordamerikanischen Kontinent und nur aus Amerikanern zu bestehen; diese Definition von Amerika ist überholt...es ist noch nicht möglich für Amerika gleichermaßen auf jedem Kontinent zu existieren und gleichermaßen aus Völkern von überall auf der Welt zu bestehen; diese Definition von Amerika ist voreilig. Die Definition von Amerika die am besten zur gegenwärtigen Epoche passt...ist eine, welche als Teil der neuen und vergößerten amerikanischen Identität Europa einschließt, jenen Kontinent, der am weitesten den amerikanischen Weg gegangen ist.“³³⁶ Was Kurth hier richtig fasst, ist die Schlüsselrolle der USA im Prozess der Globalisierung³³⁷ und die argumen-

³³⁴ So die Fragestellung eines Interviews mit Robert D. Kaplan in *Atlantic Unbound* v. 16.6.2003. S.a. den neokonservativen Historiker Niall Ferguson: *The „E“ Word. Admit it: America is an empire*, in: *Wallstreet Journal* v. 7.6.2003: „If this isn't imperial power, I don't know what is....we will have cause to celebrate the advent of this American empire.“

³³⁵ So anspruchsvoll Niall Ferguson: *Colossus: The Price of America's Empire*, New York 2004, nach dessen Ansicht die USA schon lange ein liberales Empire sind und das Problem nicht ist, dass es zu viel, sondern dass es zu wenig American Empire gibt. Als gutes Empire sei es im übrigen nichts besonderes – außer dass es im Geiste des Antiimperialismus nicht nur entstand, sondern sich auch – z.B. in der Wendung gegen die Sowjetunion – entwickelte.

³³⁶ *The National Interest* 65 (2001).

³³⁷ Vgl. Leo Panitch: *Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie*, in: *Z* 52 (2002) S.80f., wonach die Bewältigung des zweiten großen Globalisierungsschubs im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts die

tative Linie ist die Radikalisierung der Empire-Idee (in deren Spannungsfeld „Förderung“ und schließlich sogar Integration in einem globalen American Empire liegen). Dies ist knüpft an der klassischen Idee eines Übergangsregimes zu einem Territorialimperium an, die Carl Schmitt 1950 in „Nomos der Erde“ skizzierte und ist aber doch von ihr radikal verschieden. Schmitt beschrieb diese „eigenartige Mischung aus offizieller Abwesenheit und effektiver Anwesenheit“ so: „Der territoriale Boden-Status des gelenkten Staates wird nicht in der Weise verändert, dass sein Land in Staatsgebiet des lenkenden Staates verwandelt wird. Wohl aber wird das Staatsgebiet in den spatialen Bereich des kontrollierenden Staates und dessen special interests, d.h. in seine Raumhoheit, einbezogen. Der äußere, entleerte Raum der territorialen Souveränität bleibt unangetastet, der sachliche Inhalt dieser Souveränität wird durch Sicherungen des ökonomischen Großraums der kontrollierenden Macht verändert. Die politische Kontrolle oder Herrschaft beruht hier auf Interventionen, während der territoriale Status quo garantiert bleibt. Der kontrollierende Staat hat das Recht, zum Schutz der Unabhängigkeit oder des Privateigentums, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, zur Wahrung der Legitimität oder Legalität einer Regierung oder aus anderen Gründen, über die er selbst nach Ermessen entscheidet, in die Verhältnisse des kontrollierten Staates einzugreifen.“³³⁸ Ein amerikanisches Empire, wie es sich Kurth hier vorstellt, hat wenig zu tun mit dieser handfesten Eingemeindungsvorstellung, sondern geht von einer weitgehend autonomen Selbstassimilation vormals verschiedener Ordnungen aus. Deutlich wird dies an einer Skizze der klassischen Protektors- und Kolonialisierungsidee, die ebenfalls Kurth 2003 vortrug: „Essential to every empire is an imperial class--the civil officials, military officers and business managers who go forth from the empire's metropole to its dominions and colonies to carry out its policies and practices. In other words, it is inherent in an empire that certain people will be imperial emigrants... it is useful to distinguish between the three different components of an imperial class--civil, military and business... The problem, perhaps the void, in the American imperial class lies in the civil officials. There is no obvious equivalent of the Indian Civil Service or the Colonial Civil Service of the British Empire...The real civil servants of the American empire are not American in their physical origin. They are, however, American in their intellectual apparatus...From the perspective of the American empire, these imperial immigrants/emigrants--local in their outer appearance, American in their inner attitudes--are perfect candidates for political and economic

Existenz eines Staates verlangte, der in der Lage war, die anderen Staaten anzuleiten, anzuführen, zu organisieren und sie zu beeinflussen und es daher in dieser Zeit zu einem Wiederaufbau der imperialen Kapazitäten der USA gekommen sei; im Zentrum ihrer Aktivitäten steht die Herstellung, Sicherung und Ausweitung freier Kapitalmärkte.

³³⁸ Zit. nach FAZ v. 19.11.2002

leadership in the empire's outer and even inner domains. And, indeed, a significant number of current officials in Latin America, Europe and East Asia are graduates of American universities, and an even larger cadre of graduates is now entering into official careers. The ability of the American empire to govern its domains will depend upon its success in producing this distinct kind of immigrant/emigrant to serve as its distinct kind of imperial civil official. In the empires of the past, the metropole served as the mind, and the colonies served as the body. The American empire is attempting to solve the imperial mind-body problem in a new way. In a sense, it seeks to perform a series of brain-transplants, to put an imperial mind into a colonized body."³³⁹ Diese Vorstellung ist insofern durchaus realistisch, als fast alle der 3,8 Millionen US-Amerikaner, die im Ausland leben, in nur vier Ländern (Kanada, Mexico, Europa und Israel) leben. Ein globales American Empire, dessen Führungspersonal aus stammländischen US-Amerikanern sich rekrutiert, ist da schlecht zu machen.

Während aber derartig handfeste territorialpolitische Erwägungen auch im neokonservativen Milieu eher selten sind, gibt es durchaus intensive Debatten über den Modus der Machtausübung. Während Boot den USA eine globale Empire-Rolle zudenkt, die sich formal über die UN realisiert, tritt Mallaby für eine eigene US-geführte internationale Körperschaft jenseits der UN ein und schreibt Kaplan den USA kurzweg die alleinige Akteursrolle zu („We and nobody else will write the terms for international society“³⁴⁰). Wesentlich weiter als Kurth geht demgegenüber der Historiker Niall Ferguson, der die USA auffordert, „(to) make the transition from informal to formal empire“³⁴¹. Neokonservative wie Ferguson teilen freilich diese Ansicht nicht, dass eine unmittelbare, direkte Einbeziehung in ein formelles Regierungssystem vorliegen müsse, um von einem „Empire“ reden zu können. Auch das britische Empire habe weite Teile des Globas indirekt – d.h. vor allem mit ökonomischen Mitteln – beherrscht. Daher sprechen sie problemlos vom American Empire. „It is certainly true that in economic terms, the United States accounts for a much higher share of global output than the United Kingdom ever did, and it is also true that in military terms, the United States enjoys a greater lead over its rivals (one even bigger than that enjoyed by the United Kingdom immediately after 1815). But in other respects, the two countries' positions are reversed. A century ago, the United Kingdom's formal empire was very large indeed, covering nearly a quarter of the world's surface and ruling roughly the same proportion of its population. Today, on the other hand, the United States' formal empire includes just 14 dependencies (of which the largest is Puerto Rico) and covers less than 11,000 square kilometers. A century ago, the United Kingdom

³³⁹ James Kurth: Migration and the dynamics of empire, in: The National Interest Spring 2003 ???

³⁴⁰ Robert D. Kaplan: Warrior Politics: Why Leadership Demands a Pagan Ethos, New York 2002 S.144f.

³⁴¹ Zit. nach Harvey, Imperialism, S.3

could draw wealth and personnel from the 15 million of its subjects who had settled in the temperate zones of the empire. Today, by contrast, fewer than four million Americans reside abroad, and nearly all of them live in Canada, Mexico, or Western Europe. A century ago, the United Kingdom was a net exporter of capital, on such a scale that it truly deserved to be called "the world's banker." Today, the United States is a net importer of capital on almost as large a scale. A century ago, British leaders could devote the lion's share of their attention and taxpayers' money to imperial defense and grand strategy, since before 1910, government provided only minimal care for the sick and elderly, and most of that was local. Today, Washington spends its money on social security, defense, welfare, and Medicare -- in that order."³⁴²

Von den wenigen erwähnten Ausnahmen abgesehen ist aber im gesamten neokonservativen Feld das „Empire“ das neue legitime und oftmals stupend stupid wie naßforsch hingeworfene Codewort geworden, das die Einzigartigkeit der USA und ihrer Stellung im internationalen System aufruft. „Empire“ – das ist cool. Dass die einschlägigen Positionen und Konzepte in dieser neuen Kultur des imperialen Revisionismus jedoch wenig konsistent und ausgearbeitet sind, ist offensichtlich und schert dabei kaum jemand. Niemand unterscheidet gründlich zwischen nationalstaatlicher Aktionsreichweite, globaler Hegemonie, Weltherrschaft - und was dies alles mit der Entstehung eines Empire zu tun haben könnte. Viel wesentlicher ist offenbar die Frage, wie eine neue Dominanzstruktur legitimiert werden kann. Dies geschieht auf einfache und traditionelle Weise, was nebenbei ihre simplifizierende Rezeption durch das liberale Lager durchaus befördert.³⁴³ Es geht um Werte. „We are the good guys“, so Boot – die USA sind ein „gütiger Hegemon“, ein „benevolent empire“ (Kagan), ein „impe-

³⁴² S. Niall Ferguson: Hegemony or Empire? in Foreign Affairs September/Okttober 2003. S. auch den Versuch des Präsidenten des Nixon-Centers in Washington und Mitherausgebers der "National Interest" Dimitri K. Simes: America's Imperial Dilemma, in: Foreign Affairs 6/2003 „Empires“ zu definieren: "empires exercise great authority over large and varied territories populated by diverse ethnic groups, cultures, and religions. They rely on a broad range of tools and incentives to maintain this dominance: political persuasion, economic advantage, and cultural influence where possible; coercion and force when necessary... empires do not always have sovereignty over their domains. This was certainly the case with Athens. It was also the case in the early period of the Roman Empire, when Rome sought domination rather than direct control over its dependencies."

³⁴³ Vgl. etwa die Darstellung des einflußreichen liberalen Politikwissenschaftlers John J. Mearsheimer: Hearts and Minds, in: The National Interest Fall 2002 (???): "Indeed, some conservatives argue that it is time to create an American empire, where the United States dominates the entire globe and shapes it according to its own interests. Presumably, this ambitious strategy would keep great power rivals at bay as well as eliminate the terrorist threat. This strategy of empire is unilateralist at its core. It aims to allow the United States to operate as freely as possible on the world stage, unconstrained by allies, multilateral institutions or international law. It also calls for a wide-ranging war on terrorism, which means targeting a broad array of terrorist organizations, host states and states seeking weapons of mass destruction. The key instrument for winning that war is America's mighty military machine. Proponents of empire believe that if the United States makes clear its willingness to use force and then wins a few victories, other foes will either desist from active opposition or even jump on the American bandwagon."

rialism of...good intentions“ (Ignatieff). „We are an attractive empire“, schrieb das Wall Street Journal, „the one everyone wants to join.“³⁴⁴ Es gilt demnach zu unterscheiden zwischen dem *guten* und dem *schlechten* Empire. Das gute Empire hat gute Absichten, wie schon 1919 der politische Theoretiker John Watson in seinem Buch „The State in Peace and War“ zum britischen Empire vermerkte: „Political rule over others“, schrieb er, „(is) justified if the rulers exercise their authority for a good that transcends their own desires“³⁴⁵. Ein Empire trägt danach die Möglichkeit des Guten in sich – zum Beispiel indem es nicht nur Sicherheit schafft, sondern auch die Institutionen der bürgerlichen Demokratie in der Welt durchsetzt; so verbindet ein Empire aufs schönste die gebieterische Logik der Sicherheit mit der Tugend der Weltverbesserung. Imperiale Aneignung und Absicherung unruhiger Orte schafft Ruhe, Ordnung und Sicherheit für die Bewohner des Empire und die neuhinzukommenden Eingeborenen, denen mit der neuen Ordnung auch demokratische Werte und Einrichtungen gebracht werden. In Gebieten wie dem Irak ist ein American Empire „the last hope of democracy and stability alike.“³⁴⁶ In den Worten von Boot im Jahr 2002: „We don't want to enslave other countries and loot their resources. We want to liberate oppressed peoples and extend to them the benefits of liberal institutions.“³⁴⁷ Derselbe Boot vermerkt freilich, dass die Durchsetzung solcher Ziele im Zweifel mit der Gewehrspitze zu erfolgen habe, auf gute alte imperialistische Art also.³⁴⁸ Der zentrale Wert, um den es dabei geht, ist Freiheit – nicht Gleichheit. Die neokonservativen 'Empire-Gelehrten' (E. Eakin in der New York Times) heben also vor allem hervor, dass Amerika heute nicht nur mit roher Gewalt operiert, sondern seine „wohlwollende Herrschaft“ (Wolfowitz) auch mit ökonomischen, kulturellen und politischen Mitteln realisiert. Man möchte andere Völker lieber zu Konsumenten oder gar Amerikanern machen als sie mit Krieg zu überziehen. „Wir sind

³⁴⁴ Zit. nach Robin, Endgame, S.28

³⁴⁵ Zitiert nach Ivan Eland: The Empire Strikes Out. The „New Imperialism“ and Its Fatal Flaws, in: Policy Analysis Nr.459 v.26.11.2002, S. 3

³⁴⁶ Michael Ignatieff, „The Burden,“ in: NYTimes Magazine v. 5. 1. 2003 S. 54.

³⁴⁷ Max Boot, „The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power,“ Gespräch mit James Gibney, in: Slate, May 8, 2002, www.slate.msn.com/?id=2065505; es geht, wie Boot an anderer Stelle anruft, darum, to „feed the hungry, tend the sick, and impose the rule of law“, s. M. Boot, The Case for American Empire, S.30. Boot ist Olin Senior Fellow on National Security Studies beim Council on Foreign Relations. So argumentiert auch Robert D. Kaplan: Warrior Politics: Why Leadership Demands a Pagan Ethos, New York 2002 S.147, 154, wonach die imperiale Ordnung eine „dependable form of protection for ethnic minorities and others under violent assault“ sei, wie ja das aktuelle Beispiel des Minderheitenschutzes mit den Mitteln des Luftkriegs im Irak zeigte. Und als früheres Beispiel Ronald Steel: Pax Americana, New York 1967, S.14ff., wonach die USA „an imperial power“ seien, „engaged in a kind of welfare imperialism, empire building for noble ends rather than for such base motives as profit and influence“, Ziele wie „permitting other nations to enjoy the benefits of freedom, democracy, and self-determination.“

³⁴⁸ Max Boot schrieb dies in USA Today. „But it should definitely embrace the practice.“ In Iraq this „means imposing the rule of law, property rights and other guarantees, at gunpoint if need be.“ Zit. nach I.H.Daalder, James M. Lindsay: American Empire, Not 'If' But 'What Kind', in: NYT v.10.5.2003.

immer noch ein attraktives Imperium", sagt Max Boot. Und aus genau diesem Grunde müsse man sich für eine Pax Americana stark machen. Gerade in einer anarchischen Welt, mit Schurkenstaaten und terroristischen Zellen, biete eine den Globus beherrschende USA den besten Garanten für Frieden und Stabilität. "Es gibt eine positive Seite am Empire," sagt Robert Kagan. "Es ist in mancher Hinsicht die gütigste Ordnungsform." Und: "Die Wahrheit ist, dass die wohlwollende Hegemonie der Vereinigten Staaten für weite Teile der Weltbevölkerung gut ist. Sie ist ohne Zweifel ein besseres internationales Arrangement als alle realistischen Alternativen."³⁴⁹ Für D'Souza sind die USA ebenfalls exzeptionell: „Das amerikanische Empire ist die großmütigste imperiale Macht aller Zeiten...Wenn ein Empire so wirkt, brauchen wir mehr davon.“³⁵⁰ Dieser Blick reflektiert wohl erneut auf die Güte des Militärischen – schließlich geben die USA rund 60mal soviel für militärische Zwecke aus wie für Entwicklungshilfe – und von dieser geht ein Drittel nach Israel und ein Fünftel nach Ägypten. Das bemerkenswerte Selbstbewußtsein, das aus solcherart Großmut kommt, fragt nicht danach, ob es überhaupt Akzeptanz findet. Hinter dem Mantel der Operation Großmut verbirgt sich allerdings nicht selten eine imperiale Rethorik, die kaum ein Blatt vor den Mund nimmt.

7.2.3. Die liberale Debatte

Sicherlich stand für einen Großteil der öffentlichen Weltmeinung die Politik der USA nach 9/11 dafür, dass sich eine US-Hegemonie oder gar ein US-Imperialismus erst herausbildet und insofern eine grundsätzlich neue Situation entstanden ist. Diese Meinung soll hier nicht zur Debatte stehen, auch wenn sie widerspiegelt, was just für nicht wenige in der amerikanischen Administration das Charakteristikum der Situation ist: 9/11 sei ein Bruch und das Militärische stehe für das Ganze (sei also etwa das entscheidende Charakteristikum eines „Imperialismus“). Auch Liberale und Linke, die seit Jahrzehnten die Frage nach der dominanten Rolle der USA im internationalen System untersucht haben, sind nur sehr selten begriffssystematisch und theoretisch der Frage nachgegangen, ob die Position und der Charakter der USA sinnvoll mit dem Begriff „Empire“ gekennzeichnet werden könnte. Für sie war die „atavistische“ (Ikenberry) Rede vom Empire und vom Imperialismus im Zusammenhang mit den USA gleichermaßen gegenstandslos, da für sie beides direkte territoriale Beherrschung impliziert und da die USA keine anderen Länder direkt regiert, ist insbesondere in der vom Liberalismus dominierten Wissenschaftskultur der USA die impe-

³⁴⁹ William Kristol, Robert Kagan, "The Benevolent Empire", in: Foreign Policy, Sommer 1998.

³⁵⁰ Dinesh D'Souza: In praise of American empire, in: Christian Science Monitor v. 26.4.2002

riale Dimension unsichtbar geblieben. Amy Kaplan hat schon vor Jahren drei Gründe für eine solche Absenz des *Empire* in der amerikanischen Wissenschaft genannt: "the absence of culture from the study of US imperialism; the absence of empire from study of American culture; and the absence of the United States from the postcolonial study of imperialism"³⁵¹. Die liberale Alltagsunterscheidung ist simpel: „Überzeugung und Akzeptanz sind für Hegemonie, Befehl/Zwang und Gehorsam / Unterwerfung für Imperium die entscheidenden Kriterien.“³⁵²

In der liberalen Kultur hat sich statt dessen „Hegemonie“ als der politisch offenbar noch relativ problemlos für eine breite Öffentlichkeit tragbare Begriff etabliert. Dieser Begriff ist auch weit verbreitet für die Charakterisierung der Beziehung zwischen den USA und dem „Rest der Welt“ seit 9/11, die als ein deutliches „Hervortreten“ einer Hegemonie charakterisiert wird. Zumindest für jene, die in der gramscianischen Tradition des Verständnisses von Hegemonie stehen, bedeutet Nineleven und die folgende Politik freilich genau das Gegenteil, also ein „Zurücktreten“ oder eine *Krise der Hegemonie*, da sie für eine Krise der Führungsfähigkeit der USA und ihrer Fähigkeit zur kooperativen Produktion von Konsens steht. Vielmehr hat die Politik der US-Administration auf globaler Ebene einen wohl fast einmaligen *Dissens* hervorgerufen. Seit 2000/01 ist dann aber auch das „Empire“ nicht nur im Feld der Wissenschaft zum Thema und zum analytischen Problem geworden – ein Übergang zum Konzept des Empire bedeute den Verlust der Hegemonie, so die Furcht der Liberalen. Die Unipolarität des Militärischen konfrontiere die Multipolarität der Ökonomie. Im Feld der traditionell liberalen Diskurse gibt es eine auffällig rasche Wende zu diesem Begriff, zuweilen mit starken Elementen der Akzeptanz, die sich allerdings als neutrale Deskription darstellt (Michael Ignatieff, Andrew J. Bacevich, Charles S. Maier), oft aber auch mit kritischer Distanz (Nye, Ikenberry, Nairn u.a.).³⁵³ Die Bestimmung des „Empire“ in liberaler Sicht ist dabei durchaus traditionell: „The term 'empire' refers to the political control by a dominant country of the domestic and foreign policies of weaker countries“ formuliert Ikenberry 2004.³⁵⁴ Verschiedene Formen des Empire werden unterschieden nach dem Maß der Formalität und der Direktheit der Kontrolle. Ikenberry gelten die europäischen Kolonialimperien des 19. Jahrhunderts als jene Formen des Empire, die ihre politische Kontrolle direkt und formell ausübten; das britische Empire dagegen verband koloniale

³⁵¹ Amy Kaplan nennt in: 'Left Alone with America': The Absence of Empire in the Study of American Culture, in: Amy Kaplan & Donald E. Pease (Hg.), *Cultures of United States Imperialism*, Durham, 1993 S.11.

³⁵² Werner Link: Imperial oder pluralistischer Frieden? In: *Internationale Politik* 5/2003 S.56

³⁵³ Vgl. Jarvis, Bush-Doctrine, S.377, der Empire, Hegemonie und Primat gleichsetzt oder die Adresse von Paul Schroeder vor der American Historical Association in Chicago am 3.1.2003, wonach Hegemonie gegenüber dem Empire mildtätiger (benign), konsensualer und respektvoller für die unterschiedlichen Interessen sei.

³⁵⁴ G. John Ikenberry: Illusions of Empire, in: *Foreign Affairs* 2/2004

Herrschaft mit den Merkmalen eines „informal empire“ und das sowjetische Imperium oprierte mit Zwang und weniger direkten Formen der Kontrolle. Es gibt aber auch eine weichere Form und einen sanften Funktionsmodus des Imperiums - ihm gilt die Rede vom „Empire by invitation“ oder vom „consensual empire“ (Charles S. Meier), dem Vorzug der „seduction to coercion“ (Juan A. Alsace)³⁵⁵, dem „Empire by Integration“ (Geir Lundestad)³⁵⁶ oder der „gütige Hegemonie“ (Brzezinski). „If Empire is defined loosely“, schreibt Ikenberry, „as a hierarchical system of political relationships in which the most powerful state exercises decisive influence, then the United States today indeed qualifies. If the United States is an empire, however, it is like no other before it.“ Was ist in „realistischer“ liberaler Sicht die einmalige Spezifik des so eher locker definierten amerikanischen Imperiums? Ikenberry sieht sie darin, dass die „U.S.-led order is a negotiated system wherein the United States has sought participation by other states on terms that are mutually agreeable.“³⁵⁷ Getauscht wurde nach Ikenberry Sicherheit und Zugang zu einem Regime des freien Handelns gegen Kooperation; charakteristisch für das Empire ist weiter eine Machtausübung seitens der USA, die durch Regeln und Institutionen gebändigt wird; und endlich die Gewährung von Voice für schwächere Staaten in der amerikanisch geführten Ordnung, die informelle Beteiligung also an dem Politikprozess in den USA und dem internationalen Institutionen (dass allerdings ein Recht auf *exit* aus dem *geschlossenen* american empire nicht existiert, erwähnt Ikenberry nicht, für den der amerikanische Militarismus „has helped (to) create a stable, open political space“). Damit aber hat sich eine deutliche Veränderung in der Rede über die Stellung der USA im internationalen System ergeben: wer früher die hegemoniale Position

³⁵⁵ Juan A. Alsace: In Search of Monsters to Destroy: American Empire in the New Millennium, in: Parameters Herbst 2003 S.124.

³⁵⁶ „First, in absolute and clearly also in relative terms, the United States emerged in 1945 as the strongest power in centuries. Its tremendous lead over other Great Powers provided the basis for an expression which was more comprehensive than that of the Soviet Union and in important respects also more comprehensive than that of Britain in the 19th century. It can in fact be argued that the United States created its own version of "empire." One distinguishing characteristic of this "empire" was that it was informal; it resembled the informal parts of the British Empire. In key areas one could talk of the United States actually being invited to play the role it did. This is what I have earlier called "empire by invitation." Second, starting in the 1960s it became obvious that America's relative strength was declining and its influence receding somewhat. In its heyday (1945-early 1960s) the United States had suffered defeats in Eastern Europe - the Soviet backyard - and China - the world's most populous country. Now it suffered an increasing number of setbacks and outright defeats in many different regions. In part this reflected the fact that the balance between superpower and "local" force was changing in favor of the latter. In America's relations with its allies the emphasis shifted somewhat away from invitational and cooperative arrangements against the Soviet enemy to trilateral economic disputes among the more troubled America, an increasingly integrated Western Europe, and a Japan which now had probably the second largest economy in the world. Yet, even in 1990 the United States was still clearly number one among the world's countries, with no clear successor in sight.“ Geir Lundestad: The American Empire“, Oxford 1990, S.31ff.

³⁵⁷ G. John Ikenberry: Illusions of Empire, in: Foreign Affairs 2/2004

der USA der letzten Jahrzehnte anerkannte und verteidigte, hat zugleich deren Beschreibung als Empire fast immer weit von sich gewiesen, in der Regel mit dem Hinweis auf „fehlende Kolonien“ und auf die für die USA typischen Formen indirekter und informeller Herrschaft (die dann als „Hegemonie“ beschrieben wurde³⁵⁸). Hier überlappen sich die Begriffe und was als „weiche“ Formen eines Empire beschrieben wird hat anderswo und zuvor Hegemonie geheißen. In der Politik nach 9/11 wird hier eine Veränderung in Richtung auf ein System direkter, formeller – also etwa mit Protektoraten operierender – Herrschaft gesehen, doch diese Veränderung betrifft nach liberaler Ansicht die Beziehungen zwischen den USA und der Peripherie. Die Beziehungen zwischen den USA und den großen Mächten dagegen sind kein Empire – dieses Gefüge habe keinen Vorläufer und eigentlich gar keinen Begriff.³⁵⁹ Radikale Kritikformulierungen sehen demgegenüber im American Empire nun ein *military empire*, das als ein Imperium der Militärbasen funktioniert.³⁶⁰ Die liberale Kritik an der neokonservativen Empire-Option konzentriert sich jedoch vor allem darauf, dass ein American Empire unrealistisch und illusionär, aufwendig, delegitimierend und daher riskant sei – und letztlich nicht funktionieren würde. Mearsheimer fasste Mitte 2002 die Kritik zusammen: „Why is an American empire an unrealistic objective? First, empires are very difficult to build today because of nationalism....Some argue that the United States is different, because it would create a benign empire. After all, it is a democracy, and most Americans believe that democracies pursue enlightened foreign policies. Unfor-

³⁵⁸ S. Ikenberry, Illusions: „In contrast to empire, this negotiated order depends on agreement over the rules of the system between the leading state and everyone else. In this way, the norms and institutions that have developed around U.S. hegemony both limit the actual coercive exercise of U.S. power and draw other states into the management of the system.“

³⁵⁹ S. Ikenberry, Illusions: „But ultimately, the notion of empire is misleading--and misses the distinctive aspects of the global political order that has developed around U.S. power. The United States has pursued imperial policies, especially toward weak countries in the periphery. But U.S. relations with Europe, Japan, China, and Russia cannot be described as imperial, even when "neo" or "liberal" modifies the term. The advanced democracies operate within a "security community" in which the use or threat of force is unthinkable. Their economies are deeply interwoven. Together, they form a political order built on bargains, diffuse reciprocity, and an array of intergovernmental institutions and ad hoc working relationships. This is not empire; it is a U.S.-led democratic political order that has no name or historical antecedent.“ Eine andere verbreitete Ablehnung des Begriffs gibt Nye: „Some say the United States is already an empire and it is just a matter of recognizing reality. It's a mistake, however, to confuse the politics of primacy with those of empire. The United States is more powerful compared with other countries than Britain was at its imperial peak, but it has less control over what occurs inside other countries than Britain did when it ruled a quarter of the globe. For example, Kenya's schools, taxes, laws and elections -- not to mention external relations -- were controlled by British officials. The United States has no such control today. We could not even get the votes of Mexico and Chile for a second U.N. Security Council resolution. Devotees of the new imperialism say not to be so literal. "Empire" is merely a metaphor. But the problem with the metaphor is it implies a control from Washington that is unrealistic and reinforces the prevailing strong temptations toward unilateralism.“ Joseph S Nye: Ill-Suited for Empire, in: Washington Post v. 25. 5. 2003.

³⁶⁰ So Chalmers Johnson: The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic. New York 2004. Ikenberry kritisiert an dieser These, dass die treibenden Kräfte, motivierenden Ziele und auch die Widerstände einer solchen Empirevariante von Johnson nicht thematisiert werden.

tunately, large numbers of people outside the United States—even in other democracies—are sharply critical of American foreign policy, which is not always benign toward them...Therefore, if the United States pursues empire, even a democratic Pax Americana, it will end up as public enemy number one. Second, using military force to topple regimes and replace them with pro-American leaders is a daunting task...Third, the extensive use of military force is no way to deal with terrorists because they make poor targets for conventional military operations... The final problem with fighting wars to root out terrorism is that most Americans do not have much appetite for participating in the fight.”³⁶¹ Eine wesentliche Rolle spielt auch der Hinweis auf die absehbare Erfolglosigkeit einer Option des militärisch akzentuierten politischen Unilateralismus, weil er zwingend in Widerspruch zu den engen ökonomischen Verbindungen vor allem zwischen den USA und Europa geraten müsse: „For all that has changed in transatlantic relations over the past decade,“, schreibt ein Autor des Brookings-Institute, „the core of the relationship remains largely in tact. This core consists of a commitment to a set of values — peace, democracy, liberty, and free enterprise — that is shared by Americans and Europeans alike. The mutual commitment to uphold and defend these values provides the fundamental basis of the U.S.-European relationship — it is what created the sense of community for more than half a century. And no matter what differences exist or may emerge across the Atlantic (or, indeed, within Europe itself), the commitment to these values will ensure that their resolution will be peaceful rather than by force of arms. That, given the continent’s bloody history, is no mean achievement. Divorce is also made more difficult by the unprecedented degree to which the United State and Europe have become economically intertwined. On the trade side, more than a third of all U.S. exports outside NAFTA are destined for the EU, while 27 percent of all non-NAFTA U.S. imports originate in the EU. Twenty-seven percent of the EU’s non-EU exports go to the United States, while almost a fifth of the EU’s imports from outside the union come from the United States. The degree of financial interdependence is greater still. In 2001, the EU accounted for more than 60 percent of all foreign direct investment into the United States (or about \$800 billion), while over 45 percent of all U.S. FDI in 2001 was invested in Europe.”³⁶² Diese Argumentation ist weit verbreitet. Krell verweist darauf, dass 1999 45,2 % der US-Investitionen im Ausland nach Europa gingen und 60,5 % der europäischen Investitionen in die USA. Allein die europäischen Investitionen in Texas sind höher als alle japanischen Investitionen in den USA. Mehr als ein Drittel des US-Exports nach Europa wird als firmeninterner Handel US-amerikanischer Konzerne in Europa

³⁶¹ John J. Mearsheimer: Hearts and Minds, in: The National Interest Fall 2002 (???)

³⁶² Ivo H. Daalder: After Transatlanticism, What? München 2003

abgewickelt, im umgekehrten Fall sind es zwei Fünftel. Insgesamt hängen sechs Millionen Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks hiervon ab³⁶³. „Trotz aller Rhetorik über das 'asiatische Jahrhundert' gilt es zu sehen, dass die amerikanische Wirtschaft während der zurückliegenden acht Jahre [1994-2001 (d. Verf.)] zehnmal mehr in den Niederlanden als in China investiert hat. Die europäische Wirtschaft erzeugt mehr als 60% aller neuen Arbeitsplätze, die von internationalen Investoren in den USA geschaffen worden sind.“³⁶⁴ Für diese Autoren sticht das Argument der Ökonomie gegen die Idee des Empire – tatsächlich belegen solche Indikatoren nur, dass die EU gegenwärtig nur imstande ist, allein in den Sphären der Produktion und Finanzen mit den USA global zu konkurrieren. Eine politische, territoriale Logik der Macht Europas, die global projiziert werden könnte, existiert gegenwärtig noch nicht.

Daneben freilich gibt es eine deutlich ausgeprägte Linie der Akzeptanz des Gedankens eines „American Empire“, für die etwa die von dem Autor Michael Ignatieff (Harvard) später als „zurückhaltend“ bezeichnete Ausarbeitung steht, der Anfang 2003 in der *New York Times* versuchte, jenseits historischer Vergleiche den *ambivalenten* Gehalt des Begriffs für eine „humanitäre“ und „demokratische“ liberalimperialistische Interpretation näher zu bestimmen und die Spezifik der aktuellen Situation betont – ein Empire „lite“ ist nicht mehr zu haben³⁶⁵: „Yet what word but "empire" describes the awesome thing that America is becoming? It is the only nation that polices the world through five global military commands; maintains more than a million men and women at arms on four continents; deploys carrier battle groups on watch in every ocean; guarantees the survival of countries from Israel to South Korea; drives the wheels of global trade and commerce; and fills the hearts and minds of an entire planet with its dreams and desires. (...) Being an imperial power, however, is more than being the most powerful nation or just the most hated one. It means enforcing such order as there is in the world and doing so in the American interest. It means laying down the rules America wants (on everything from markets to weapons of mass destruction) while exempting itself from other rules (the Kyoto Protocol on climate change and the International Criminal Court) that go against its interest. It also means carrying out imperial functions in places America

³⁶³ S. Gert Krell: *Arroganz der Macht. Arroganz der Ohnmacht*, Frankfurt 2002 S. 9.

³⁶⁴ Daniel S. Hamilton, *Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war. Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage*. Robert-Bosch-Stiftung Stuttgart 2002, S. 29f. Freilich: von Mitte der 60er bis Mitte der 70er sank der Anteil der USA am Weltexport von 15 % auf 11 %, während der Exportanteil der Güter aus US-Fabriken bei 17 % blieb – und andererseits benötigen die USA Anfang 2003 ca. 1,5 Mrd \$ ausländisches Kapital.

³⁶⁵ Michael Ignatieff: *The Burden*, in: *NYT-Magazine* v.5.1.2003. Zur Kritik s. Matthew Rothschild: *Empire's Apologists*, in: *The Progressive* 3/2003. Ignatieff hat bereits mit „How to Keep Afghanistan from Falling Apart: The Case for a Committed American Imperialism“ im *NYT-Magazine* v.26.7.2002 diese Argumentation angedeutet. „America's entire war on terror is an exercise in imperialism. This may come as a shock to Americans, who don't like to think of their country as an empire. But what else can you call America's legions of soliders, spooks and special forces straddling the globe?“

has inherited from the failed empires of the 20th century -- Ottoman, British and Soviet. In the 21st century, America rules alone. (...) America's empire is not like empires of times past, built on colonies, conquest and the white man's burden. We are no longer in the era of the United Fruit Company, when American corporations needed the Marines to secure their investments overseas. The 21st century imperium is a new invention in the annals of political science, an empire lite, a global hegemony whose grace notes are free markets, human rights and democracy, enforced by the most awesome military power the world has ever known. It is the imperialism of a people who remember that their country secured its independence by revolt against an empire, and who like to think of themselves as the friend of freedom everywhere. It is an empire without consciousness of itself as such, constantly shocked that its good intentions arouse resentment abroad. But that does not make it any less of an empire, with a conviction that it alone, in Herman Melville's words, bears "the ark of the liberties of the world" (...) Regime change is an imperial task par excellence, since it assumes that the empire's interest has a right to trump the sovereignty of a state. (...) Being an empire doesn't mean being omnipotent. (...) the Americans cannot afford to create a global order all on their own. European participation in peacekeeping, nation-building and humanitarian reconstruction is so important that the Americans are required, even when they are unwilling to do so, to include Europeans in the governance of their evolving imperial project. The Americans essentially dictate Europe's place in this new grand design. The United States is multilateral when it wants to be, unilateral when it must be; and it enforces a new division of labor in which America does the fighting, the French, British and Germans do the police patrols in the border zones and the Dutch, Swiss and Scandinavians provide the humanitarian aid. This is a very different picture of the world than the one entertained by liberal international lawyers and human rights activists who had hoped to see American power integrated into a transnational legal and economic order organized around the United Nations, the World Trade Organization, the International Criminal Court and other international human rights and environmental institutions and mechanisms. Successive American administrations have signed on to those pieces of the transnational legal order that suit their purposes (the World Trade Organization, for example) while ignoring or even sabotaging those parts (the International Criminal Court or the Kyoto Protocol) that do not. A new international order is emerging, but it is designed to suit American imperial objectives. America's allies want a multilateral order that will essentially constrain American power." Oder, in der kurzen Aufforderung der Unterzeile des großen Aufsehen erregenden Artikels von Ignatieff an seine amerikanischen Mitbürger: „Get used to it“ – gewöhnt Euch an das Empire!

7.2.4. Linke Kritik und Positionen

Liberalen wie neokonservative Bestimmungen des "Empire" sehen in ihm ein politisches Projekt, für das ein Bezug auf ein „heimisches“ Territorium und die Fähigkeit charakteristisch sind, Ressourcen global zu mobilisieren. Die Linke, die immerhin eine Tradition der Analyse des Empireproblems hat, betont demgegenüber in der Regel das Kommando über die Akkumulation des Kapitals im Raum und in der Zeit als Kern eines imperialen Projekts bzw. als unterscheidenden Inhalt des Imperialismus³⁶⁶. Die Beziehung zwischen den beiden Aspekten einer territorialen Logik der Politik und einer kapitalistischen Logik stehen hier im Zentrum einer Analyse. Während die neokonservativen Diskurse die Rede vom American Empire als politisch-rechtliche Konsequenz einer neuen militärisch-politischen Selbststärkung der ökonomisch wie kulturell uneinholbar dem Rest der Welt davongezogenen USA interpretieren, haben Nineleven und American Empire in der Linken unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen – die in aller Regel fortsetzen, was an Differenzierung in der Linken zuvor schon existierte. Einig ist sie darin, dass das Maß an wirklicher Veränderung neue Begriffe oder die Wiederanrufung alter Begriffe wie „Imperialismus“ erfordert. Anfang der 90er Jahre hatte die Linke im wesentlichen aufgehört, eine internationale Imperialismusdebatte zu führen. Auch im linken Diskurs tauchte der Begriff praktisch nicht mehr auf, er war zur historischen Reminiszenz geworden. Nineeleven, die neuen Kriege der 90er und danach, die zunehmenden Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Zentren und die langandauernde Vertiefung der sozialen und ökonomischen Ungleichheit in der Welt haben auch auf der politischen Linken eine neue Imperialismusdebatte hervorgebracht. Von einer konsensfähigen, ausgearbeiteten materialistischen Imperialismustheorie ist sie allerdings noch weit entfernt und dementsprechend gibt es auch keinen Konsens darüber, wie diese neue Konstellation zu charakterisieren sei: geht es um einen partnerschaftlichen Kollektivimperialismus nach dem Muster des kautskianischen „Ultraimperialismus“? Und gibt es dabei die sukzessive Herausbildung eines neuen globalen, transnationalen Subjekts, dessen Kern eine ebenso neuartige - transatlantische - ruling class oder internationale Managerklasse ist? Oder hat sich diese Konstellation des informellen Imperialismus nach 1945 mittlerweile zu einem Empire mit einem „ortlosen“, also von den ursprünglichen nationalen und territorialstaatlichen Bezügen weitgehend losgelösten Subjekt verallgemeinert, wie es Hardt/Negri nahelegen, die das Empire allerdings unmittelbar der Zeit des formellen Imperialismus nach-

³⁶⁶ Beispiele: Richard W. Van Alstyne: *The Rising America Empire* New York 1974 (1960); Lloyd C. Gardner, Walter F. LaFeber, Thomas J. McCormick: *Creation of the American Empire*, Chicago 1973; Michael Parenti: *Against Empire*, San Francisco 1995. Unter diesem Aspekt ist der theoretische Zugang Rosa Luxemburgs zur Imperialismusanalyse ungebrochen attraktiv.

folgen lassen und daher ständig mit prekären Übergangskategorien („Passagen“) operieren müssen? Oder entsteht endlich eine hierarchische Struktur, die eine grundsätzliche positionelle Differenz zwischen den USA und ihrer ruling class und dem „Rest der Welt“ einschloß und als Neukonfiguration eines American Empire beschrieben werden muss? Und geht es bei einem solchen American Empire in der Tradition des klassischen Imperialismus weiterhin um eine Ausweitung der politischen Kontrolle von einem Territorium auf ein anderes und ist es insofern die politische Form einer Beziehung ökonomischer Ungleichheit und Ausbeutung?

Die einen sehen eine „US-Hegemonie im Abschwung“ (von Wallerstein über Bello bis Todd)³⁶⁷ oder bereits eine posthegemoniale Situation; sie argumentieren in der Regel mit Einzelaspekten der ökonomischen Situationen der USA (insbesondere ihrer Angewiesenheit und Fähigkeit zum Kapitalimport) oder betonen wie die liberale Autoren die krisenhafte Beziehung zwischen florierendem ökonomischem Multilateralismus und einem Projekt des politischen Unilateralismus. Diese – oft eher sozialdemokratische – Linke interpretiert die Entwicklung um und nach 9/11 entweder als dramatische Beschleunigung eines ohnehin seit den 80er Jahren evidenten Declines der amerikanischen Hegemonie oder als einen dramatischen Vorgang des abrupten *Rückfalls in den Imperialismus*. Sie akzentuiert den Gedanken der Anomalie und des Bruchs: „Having reached the boundaries of post modern power, the United States has gone back to old fashioned understandings on the nature of power. Under this process we are witnessing a backward movement from empire to imperialism, from the society of control to the disciplinary society and from soft power to hard power.“³⁶⁸ Michael Mann spricht in seiner Studie von einem „neuen Imperialismus“, der nach seiner Meinung in einen neuen Militarismus einmünde.³⁶⁹ Andere sehen eine sukzessive, langjährig sich entwickelnde Abkehr vom Isolationismus³⁷⁰, die den Keim der Krise durch „imperialen Überdehnung“ (Paul Kennedy) in sich trägt.³⁷¹ Noch pronocierter akzentuiert Mark Taylor diese Position in einem

³⁶⁷ Z.B. Jonathan Friedman and Christopher Chase-Dunn (Hgs.): *Hegemonic Declines: Present and Past*. Walnut Creek, California 2003; Immanuel Wallerstein: *U.S. Weakness and the Struggle for Hegemony*, in: *Monthly Review* 3/2003; *When Will Bush Fall?* *Commentary* No.117 v.15.7.2003; Walden Bello, Interview, in: *TAZ* v.28./29.6.2003

³⁶⁸ Alfredo Toro Hardy: *Models of Global Governance and their Relationship to US Power*, London 2003. S. auch Stephen Howe: *American Empire: the history and future of an idea*, in: *Opendemocracy* v.12.6.2003, für den das Zeitalter formeller Imperien zu Ende ist (mit direkter Kontrolle fremder Territorien) und der deshalb im Falle der USA vom „imperialism after empire“ spricht. Vgl. auch William Appleman Williams: *Empire as a way of life: An essay on the causes and character of America's present predicament, along with a few thoughts about an alternative*, New York 1980.

³⁶⁹ Michael Mann: *Die ohnmächtige Supermacht*. Frankfurt/New York 2003 S. 12, 22.

³⁷⁰ Siehe den Hinweis von Hassner, *United States*, S.14, wonach die USA zwischen 1801 und 1904 in 101 Fällen ihre Navy gegen andere Länder einsetzte.

³⁷¹ Während der neue bushistische Expansionismus den „imperial understretch“ beklagt, s. Richard N. Haass: *Imperial America*, Konferenz des Brookings Institute v. 11.11.2000.

Tagungsstatement im Herbst 2003: "Could it be that the U.S. is now learning, in a way that it historically was not forced to learn before, that it is not, indeed, cannot be, the or an empire. Hence, it cannot formulate policy unilaterally and preemptively on its own, cannot sustain a global domination project, without incurring penalties of various sorts from the larger, and often more powerful global matrix of power."³⁷² Alle genannten sehen in dieser Entwicklung mehr oder weniger explizit den Ausdruck einer politischen Defensive, eines Decline oder Rückfalls in eine historisch überholte Figur – doch keiner von ihnen kann allerdings sagen, wo denn dann die Offensive und der neue Hegemon zu verorten wäre. Das eine ist ohne das andere letztlich nicht zu haben.

Hardt / Negri, deren Buch „Empire“ schon lange vor Nineleven die neue linke Imperialismusdebatte initiierte, sehen demgegenüber im *Empire* die politisch-juristische Form einer postfordistischen Regulationsweise, die ohne Hegemonie eines Staates (und seien es die USA) oder einer Staaten-Gruppe auskommt und die unberührt bleibt von Ereignissen wie *Nineelevn* – für sie also gilt *der Gedanke der grundsätzlichen Kontinuität einer neuen, dezentrierten imperialen Konfiguration, die keinen besonderen staatsterritorialen Fokus mehr hat, da sie die Unterscheidung von innen und außen transzendiert hat, nach welcher der im klassischen Feld nationalstaatlicher Souveränität operierende Imperialismus fungiert hatte*.³⁷³ Für sie spielen die USA für die Beantwortung der Frage nach dem Ort der imperialen Macht eine wesentliche, aber keine singuläre Rolle – sie sind gleichsam der militärische Arm auch des Empire und stehen in der Ordnung der Pyramide der Macht oben. Eine territoriale Fixierung eines Empire, wie es die Rede vom American Empire mache, sei anachronistisch³⁷⁴. Sie heben in ihren Publikationen bis 2002 vielfach her-

³⁷² Mark Taylor: Response to Susan Carruthers, Conference „American Empire? War, Globalization & Religion“, 25.-27.9.2003

³⁷³ Für Georg Steinmetz: The State of Emergency and the Revival of American Imperialism: Toward an Authoritarian Post-Fordism, in: Public Culture 2 / 2003 S.323-345 reflektiert sich in der Konzeption Hardt/Negris eine singuläre, spezielle postfordistische Situation der 90er Jahre, für die ebenso eine transitorische, relativ dezentrierte politische Struktur und das Fehlen eines zentralen Feindbildes im ideologischen Raum charakteristisch war. Entsprechend charakterisierte 1998 Lawrence Summers, Minister unter Clinton, die USA als „first nonimperialist superpower“. (Lawrence Summers: America: The first nonimperialist superpower, in: New Perspectives Quarterly 15 / 1998, S: 34–35). Für Steinmetz sind die ideologischen, politischen und ökonomischen Bedingungen eines dezentrierten, multivalenten Systems seit 9/11 in der Auflösung und es wird auch deutlich, dass die Behauptung Hardt/Negri's unhaltbar ist, es gebe keine grundlegende Ungleichheit zwischen Kern- und Peripherie im Weltsystem mehr. Panitch/Gindin halten Hardt/Negris Zugang mittlerweile für geradezu bizarr. Auch für Smith ist mit den Türmen des WTC zugleich diese Konzeption des Empire ein für alle mal zusammengebrochen, s. Neil Smith: Scales of terror and the resort to geography: in: Environment and Planning D: Society and Space (2001) S.636.

³⁷⁴ Dies ist ein beträchtlicher Widerspruch in Hardt/Negri's Analyse: das Empire der Postmoderne hebt die Unterscheidung zwischen innen und außen auf, entwertet die Kategorien des Raumes und spricht von einem „non-place“ der Macht – doch die Pyramide der Herrschaft des Empire ist hochgradig im Sinne einer geopolitischen Moderne strukturiert nach verschiedenwertigen Nationalstaaten und Orga-

vor, dass das *Empire* keine Krise durchlaufen könne, aus der ein neues imperialistisches Projekt entstehen könnte und dass kein Staat – auch nicht die USA – im Zentrum eines solchen Projekts stehen könne. Für sie übernehmen die USA vor allem repressive *Funktionen* im Tätigkeits- und Aufgaben-, also Funktionszusammenhang des *globalen Empire*, dessen Spezifität sie im wesentlichen aus der Politik heraus entwickeln, dergegenüber sie die Frage der Kapitalakkumulation und damit verknüpften systemischen Expansivität weitgehend zurückstellen. Hardt/ Negri folgend, versucht Finzsch das Verhältnis von „Empire“ und „American Empire“ so zu beschreiben: „Vielmehr ist amerikanische Politik einerseits historisch der Vorläufer des Empire und das Empire reproduziert als Oberflächenphänomene abgestorbene Elemente des Amerikanismus, die wie Wiedergänger immer wieder amerikanische Kultur oder amerikanische Doktrin beschwören, während die Realität des Empire längst transnational un-amerikanisch ist. Andererseits bedient sich das Empire bestimmter Elemente amerikanischer Restsouveränität, um innere Probleme zu lösen.“³⁷⁵ Hardt / Negri interpretieren daher die Auseinandersetzungen zwischen einzelnen europäischen Ländern und den USA 2002/3 als *Kampf um die Hegemonie im neu entstandenen Weltsystem Empire* und das „American Empire“ als politisch-ideologische Kampfpositionierung eines Schlüsselakteurs in dieser globalen Auseinandersetzung. Auch Minca sieht hier einen, allerdings grundsätzlich anders gelagerten, ordnungsbildenden Kampf um Hegemonie: „Are we not being faced, perhaps, with an attempt to create a *counter-Empire*, characterised by a militarised globalisation and monolithic imperialism — a far cry from the domination of a biopolitical system of uncertain boundaries and high mobility that Hardt and Negri describe“³⁷⁶ Andere Autoren wie William A. Williams oder Ellen Maiksin Wood folgen der Vorstellung vom Empire, sehen es aber gegenwärtig als nicht reduzierbar auf die amerikanische Regierung und nicht deckungsgleich mit den USA; es habe sein Zentrum in global ansetzenden Agenturen und transnationalem Kapital. Eine Vorstellung freilich, die mit der Hardt/Negri'schen Empire-Konzeption wenig zu tun hat sondern einer auf die klassische Vorstellung vom Ultraimperialismus zurückgreift.

Während also die einen den *Rückfall* in den Imperialismus diagnostizieren und die anderen seine *Überwindung*, hebt eine dritte Richtung in der Linken das *Kontinuitätsmoment* hervor – dieses Mal aber die Kontinuität des *imperi-*

nisationen, der Gedanke der Globalität bedeutet zugleich Schließung (closure) der Welt, siehe Claudio Minca: *Empire Goes to War, or, The Ontological Shift in the Transatlantic Divide*, in: *ACME*, 2 / 2003, S. 231.

³⁷⁵ Norbert Finzsch: Von Wallerstein zu Negri: Sind die USA das „Neue Rom“? in: In: Sabine Sielke (Hg.) *Der 11. September 2001: Fragen, Folgen, Hintergründe*. Frankfurt/M. u.a. 2002 S.159-171.

³⁷⁶ Claudio Minca: *Empire Goes to War, or, The Ontological Shift in the Transatlantic Divide*, in: *ACME*, 2 / 2003, S. 232

alistischen Charakters der USA bzw. ihrer unilateralen Politik und ihrer herausragenden Position im internationalen System. Sie stellen den Akteur Nationalstaat USA ins Zentrum, sei es als klassisch dominante Imperialmacht (wie Petras), sei es – wie Panitch anknüpfend an Poulantzas – als Agieren eines neuen Staatstypus („prototypischer Globalstaat“ USA), der insbesondere den europäischen nationalstaatlich fundierten Imperialismus durchdringt, sei es – wie Martin Shaw – als globaler „western state“ oder „western empire“, also eines modernen, progressiven, westlich profilierten Staatenblocks. Alle genannten Autoren sehen in 9/11 *keinen* weitreichenden Bruch in einer veränderten Konstellation eines „neuen Imperialismus“ (Panitch). Doch es kommt in der Kontinuität zu einer Veränderung – daher die Rede vom „*new Imperialism*“. Für sie fasst die Rede vom American Empire nur Merkmalselemente des sich transformierenden US-Imperialismus und/oder seines politischen Systems, die sich schon zur Jahrhundertwende oder sukzessiv nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben. Für sie ist, wie es einst William Appleman Williams formulierte, das „Empire“ schon lange ein „way of life“ der amerikanischen Bürger.³⁷⁷ Edward Rhodes spricht vom „informal global American empire“³⁷⁸, Amiati Etzioni vom „Semi-Empire“ und Chalmer Johnson vom „verdeckten Imperialismus“³⁷⁹ – oftmals freilich, ohne zu fragen, ob der Irakkrieg für eine *territorial*politische Wende gegenüber der Tradition eines informellen Imperiums steht und welche Vorteile ihm gegenüber eine solche zeit- und ressourcenraubende Unternehmung bietet. Auf dieser Linken ist so weiterhin die Behauptung einer jahrzehntelangen, durchgängigen Konstanz der Dominanzposition der USA vorhanden, dergegenüber wir es bloß mit wechselnden Rethoriken zu tun haben, deren Ehrlichkeits-, Wahrheits- oder Wirklichkeitsgehalt variiert; folgerichtig wird hier die Nutzung eines gesonderten Begriffs „Empire“ zur Charakterisierung der gegenwärtigen Situation abgelehnt³⁸⁰ oder die Gültigkeit des Begriffs wird auf die gesamte Geschich-

³⁷⁷ Shaw, Petras, Panitch, in ???; William Appleman Williams: *Empire as a Way of Life: An Essay on the Causes and Character of America's Present Predicament along with a Few Thoughts about an Alternative*, New York 1980.

³⁷⁸ Edward Rhodes: *The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda*, in: *Survival* 1/2003 S.143. Auch Panitch/Gindin, *Empire*, sprechen von einem informellen, globalen amerikanischen Imperium.

³⁷⁹ S.a. Clyde Prestowitz *Rogue Nation: American Unilateralism and the Failure of Good Intentions*, Basic Books ??? 2003.

³⁸⁰ S. etwa Alexander Cockburn: *Dare call it an empire*, in: *Working for Change* 20.11.2002: „The basic aims of American international strategy have changed barely at all since the end of the Second World War. The difference is in the degree of frankness with which the brute realities of world domination are discussed.“ Perry Anderson weist in „*Casuistries of Peace and War*“ (in: *London Review of Books* v.6.3.2002) auf die Verschiebung der Argumente hin: „Historically, the United States has always reserved the right to act alone where necessary, while seeking allies wherever possible. In recent years it acted alone in Grenada, in Panama, in Nicaragua, and which of its allies now complains about current arrangements in any of these countries? As for the UN, Nato did not consult it when it launched its attack on Yugoslavia in 1999, in which every European ally that now talks of the need for authorisation

te des US-Kapitalismus seit etwa 1890 ausgedehnt³⁸¹ und das, was mit 9/11 geschah, ist nur ein „Hervortreten“ und „Deutlichwerden“ dieser Eigenschaft: „The American Empire is no longer concealed.“³⁸² Wobei allerdings die Frage bleibt, wozu die bisherige „Verhüllung“ und warum sie denn nun zuende ging. Oder: in was sich etwas „informelles“ (das „informal empire“) verwandelt, streift es seine Verhüllung ab. Die Frage nach dem Verhältnis von Kontinuität und Bruch wird so beantwortet: mit 9/11 hat sich eigentlich nichts Grundsätzliches geändert, die USA waren schon immer das hegemoniale imperialistische Land und die Entstehung eines „new imperialism“ ist keine Folge eines einzelnen Ereignisses. Verwandt, aber doch deutlich verschieden hiervon die Position von Peter Gowan, der hervorhebt, was er sieht als „the central fact of contemporary international relations: one single member...has acquired absolute military dominance over every other state or combination of states on the entire planet“; durch diese militärische Dominanz wird eine Einheit zwischen der Welt der kapitalistischen Staaten hergestellt, „whose empire is guarded not by any supra-state authority, but by a single hegemon.“³⁸³ Für Gowan ist mit dem Ende des kalten Krieges die „superimperialistische“ Position der USA wieder restauriert.

Eine vierte Position endlich, die etwa Georg Steinmetz vertritt, sieht demgegenüber Kontinuität und Bruch: *Kontinuität in der ökonomischen Regulationsweise, Diskontinuität in der Politik*, wo mit 9/11 die für die 90er Jahre charakteristische Phase des Fehlens eines klaren Projekts des amerikanischen Imperialismus beendet wurde. Im Unterschied zur relativ stabilen postfordistischen Ökonomie gab es hier eine hohe Suchdynamik und evidente Veränderungen, die sich primär auf den Staat und das System der politischen Macht, also auf die politische Regulationsweise fokussierten (Geopolitik, Veränderung des Staatsapparats, Transformation des Rechtssystems, Überwachung). Es vollzieht sich ein Schwenk zu einem „new political space“, einem „enhanced police state. Security in the disciplinary, not the social, sense is the focus of current government activity“. Steinmetz resümiert: „The political experimentation we are now seeing in the United States does not constitute a move away from post-Fordism, then, but toward a different brand of post-Fordism, one in which flexible specialization

from the Security Council fully participated, and which 90 per cent of the opinion that now complains about our plans for Iraq warmly supported.“

³⁸¹ S. William Appleman Williams: *The Tragedy of American Diplomacy*, New York 1972 S. 55: „The empire that results [from an advanced industrial nation's controlling endeavors] may well be informal in the sense that the weaker country is not ruled on a day-to-day basis by resident administrators, or increasingly populated by emigrants from the advanced country, but it is nevertheless an empire. The poorer and weaker nation makes its choices within limits set, either directly or indirectly, by the powerful society, and often does so by choosing between alternatives actually formulated by the outsider.“

³⁸² Leo Panitch, Sam Gindin, *Global Capitalism*, S.1.

³⁸³ Peter Gowan: *Neoliberal Cosmopolitanism*, in: *New Left Review* 11 (2001) S.81,89.

is conjoined with more explicitly imperialist politics and a more authoritarian interior order.“³⁸⁴ Für ihn entsteht ein neuer “Neoimperialismus” in den USA. Er ist kein klassischer Kolonialismus, denn zumindest die starken Staaten der Peripherie behalten zumindest ihre nominelle Selbstkontrolle – schließlich pflanzen die USA auch keine eigene Kolonialregierung im Irak. Hegemonie, die weiterhin zu verstehen sei als eine Funktion von Nationalstaaten, die territoriale und institutionelle Orte haben, konzentrierte sich weiterhin auf die international dominante USA. „The result, for now, is a process of reconfiguring the mode of regulation. This emergent framework is still post-Fordist with respect to its core model of industrial production, but its state model is domestically authoritarian and geopolitically imperialist.“³⁸⁵ Unipolarer Militarismus und geopolitische Imperialität werden kontrastiert zu einer multipolaren Ökonomie.

Ebenfalls Kontinuität wie Bruch akzentuiert David Harveys exzellente Studie “The New Imperialism”.³⁸⁶ Harvey unterscheidet im Anschluss an Arrighi territoriale und kapitalistische Logiken der Macht, deren Agenten besondere Interessen in unterschiedlichen Zeit-Raum-Konstellationen verfolgen.³⁸⁷ Imperialismus ist für einen Typus Kapitalismus charakteristisch, der die ungleichen geografischen Bedingungen ausbeutet und die notwendig durch die Austauschbeziehungen im Raum entstehenden Asymmetrien aufrechterhält, unter denen die Akkumulation des Kapitals geschieht.³⁸⁸ Als eine bestimmte Form der Produktion und Nutzung globalen Raums ist Imperialismus „a property of inter-state relations and flows of power within a global system of capital accumulation.“³⁸⁹ Der historische Prozess der Akkumulation meint aber immer auch *Überakkumulation* (von Gütern, Geld – und Arbeitskräften), aus der ständig neu der Ausweg der massiven Entwertung oder einer Erschließung neuer Kapitalanlagefelder im Inneren (z.B. zeitlich lang andauernde Investitionen zur Verbesserung der allgemeinen Bedingungen der Produktion, Inwertsetzung neuartiger - gegenwärtig und sicherlich langfristig insbesondere immaterieller - Ressourcen) bzw. der geografischen Expansion nach außen und räumlichen Umstrukturierung gegangen wird, wobei jeder dieser Auswege mit inten-

³⁸⁴ Georg Steinmetz: The State of Emergency and the Revival of American Imperialism: Toward an Authoritarian Post-Fordism, in: Public Culture 2 / 2003 S.338 und 327.

³⁸⁵ Georg Steinmetz: The State of Emergency and the Revival of American Imperialism: Toward an Authoritarian Post-Fordism, in: Public Culture 2 / 2003, S.341.

³⁸⁶ Oxford 2003

³⁸⁷ Das Profitinteresse ist nicht, wie das Interesse an Machtmaximierung in der Politik, auf den Staat bezogen; es ist individuell ausgerichtet, der staatliche Akteur dagegen handelt nach kollektivem Vorteil; Politik bezieht sich für einen gewissen Zeitraum (z.B. eine Wahlperiode) auf ein Territorium und bedarf der Legitimation, das Kapital operiert demgegenüber auf diffuse (Harvey: „molekulare“) Weise in Zeit-Raum-Kontinuitäten.

³⁸⁸ Diese Asymmetrien zeigen sich in unfairer und ungleichem Austausch, räumlich konzentrierten Monopolen und Ausbeutungspraxen, die auf die ungleiche Kapitalflüsse zurückgehen. Die Sicherung dieser Asymmetrien im Rausch gegen die Unterstützung seiner Macht ist der Kerngehalt imperialistischer Politik. Eine typische Dominanz der kapitalistischen Logik anzunehmen, sei typisch für die Konzeption „Imperialismus“ gegenüber anderen Konzeptionen von „Empire“; „zu Zeiten“ können allerdings auch die territoriale Logik in den Vordergrund treten (S.33).

³⁸⁹ Harvey, Imperialism, S.33

siver Staatsaktivität einhergeht (häufig aufgrund der Kreditfunktion des Staates). Hier kommt ins Spiel, was Harvey „*Accumulation by Dispossession*“ nennt und was er als „an important and continuing force in the historical geography of capital accumulation through imperialism“³⁹⁰ ansieht. Für Harvey sind all` die Merkmale der von Marx „primitiv“ oder „ursprünglich“ genannten Akkumulation in der Entstehungsphase des Kapitalismus in seiner weiteren Entwicklung nicht verschwunden, sondern durchgängiges und ständiges Merkmal einer kapitalistischen Entwicklung, zu der das Element der Gewalt und des Expansiven bzw. Imperialen schon immer gehörte.³⁹¹ Durch diesen kontinuierlichen Prozess der „Akkumulation durch Enteignung“ werden Krisen der Überakkumulation ständig neu gelöst: „What accumulation by dispossession does is to release a set of assets (including labour power) at very low (and in some instances zero) cost. Overaccumulated capital can seize hold of such assets and immediately turn them to profitable use.“³⁹² Diese Akkumulationspraxis spielte in den einzelnen Entwicklungsphasen des Kapitalismus eine unterschiedliche Rolle. In der ersten Phase der politischen Herrschaft der Bourgeoisie zwischen 1884 und 1945 trat sie anfänglich³⁹³ ebenso wie in den 30er Jahren in den Vordergrund, als im geopolitischen Kampf verschiedener kapitalistischer Hauptmächte ein Großteil der Welt krieglerisch ausgeplündert wurde. Nachdem im folgenden Zeitalter der us-amerikanischen Hegemonie nach 1945 das Problem der Überakkumulation noch begrenzt werden konnte, änderte sich Ende der 60er Jahre die Situation. Im Zentrum der folgenden Periode neoliberaler Hegemonie stand mit dem Projekt der Privatisierung ein ungeheurer Schub der „Akkumulation durch Enteignung“, die in der Zeit nach der Überakkumulationskrise 1973-1975 als primäre Wider-

³⁹⁰ Harvey, *Imperialism*, S.143

³⁹¹ „These include the commodification and privatization of land and the forceful expulsion of peasant populations; the conversion of various forms of property rights (common, collective, state, etc.) into exclusive private property rights; the suppression of rights to the commons; the commodification of labour power and the suppression of alternative (indigenous) forms of production and consumption; colonial, neo-colonial, and imperial processes of appropriation of assets (including natural resources); the monetization of exchange and taxation, particularly of land; the slave trade; and usury, the national debt, and ultimately the credit system as radical means of primitive accumulation.“ (Harvey, *Imperialism*, S.145) Diese Form der kapitalistischen Akkumulation bringt ihre eigenen Widersprüche und Opponenten hervor, die nach Harvey extrem divers sind und daher nicht als „Multitude“ homogenisiert werden dürften (ebd., S.169ff.) – was Hardt/Negri, auf die er sich bezieht, sicherlich nicht tun.

³⁹² Harvey, *Imperialism*, S.149

³⁹³ Lohnenswert, sich an diese innovative Frühphase kurz zu erinnern: „Despite the promised benefits of free trade, the problem was often that the locals were uncooperative. Either they did not play by the textbook rules as rational individual economic men (perhaps this had to do with the way Europeans introduced trade as piracy and conquest) or the natives just were not interested in trade. This was particularly a problem in China where there was much the British wanted but little the Chinese wanted from the British. One commodity they could market, if the Chinese government would only let them was opium. When the Chinese insisted on banning this product the Prime Minister, Lord Palmerston, asserted the right to free trade. He dispatched ships of war to bombard Canton and other port cities and after sufficient devastation the Chinese admitted to the rightness of the principle of free trade in the 1842 Treaty of Nanking, one of the world's first free trade agreements. It established free trade zones in China.“ Tabb, *Imperialism*, S.9.

spruchsbeziehung³⁹⁴ innerhalb der imperialistischen Organisation der Kapitalakkumulation in den Vordergrund zu treten begann und die durch eine globale Öffnung vorhandener und Schaffung neuer Märkte erreicht wurde. Angesichts der abnehmenden Stärke der us-amerikanischen Produktion realisierte sie sich durch eine neue Dominanz des US-Finanzkapitals, die sich am ausgeprägtesten unter Clinton im Medium eines „centralized multilateralism“³⁹⁵ der regionalen Triade USA / Europa / Asien zeigte. Der „neue Imperialismus“, von dem Harvey spricht, „appears as nothing more than the revisiting of the old, though in a different place and time“.³⁹⁶ Insofern haben wir es nach seiner Konzeption mit Kontinuität zu tun (Akkumulation durch Enteignung), aber auch mit Bruch – dem Übergang vom neoliberalen zum neokonservativen Imperialismus. Die Bush-Administration steht somit für eine Phase, in der *„Akkumulation durch Enteignung“ die dominante Form kapitalistischer Akkumulation wird, zu der aber auch ein eigenes politisches Projekt gehört*, denn bereits vor 9/11 war nach Harveys Ansicht das neoliberale Modell erschöpft. „The Bush administration’s shift towards unilateralism, towards coercion rather than consent, towards a much more overtly imperial vision, and towards reliance upon unchallengeable military power, indicates a high-risk approach to sustaining US domination, almost certainly through military command over global oil resources. Since this is occurring in the midst of several signs of loss of dominance in the realms of production and now (though as yet less

³⁹⁴ So Harvey, *Imperialism*, S.172,177. Er drückt sich in seinem Text *„Der ‚neue‘ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003, S.24f. vorsichtiger aus. Hiernach leben wir gegenwärtig in einer „Übergangsperiode“, in der sich das „Gleichgewicht zwischen der Akkumulation durch Enteignung und der erweiterten Reproduktion...bereits in Richtung der ersteren verschoben“ habe und es „eher wahrscheinlich (sei), dass sich dieser Trend verstärken wird. Damit wird er zum Kennzeichen des neuen Imperialismus“ (S.31). Siehe auch das Interview mit Harvey in Sozialismus 11/2003 S.27: „Der neue Imperialismus basiert nicht mehr auf Wohlstand durch erweiterte Kapitalreproduktion, sondern auf Akkumulation durch Enteignung.“ Auch Panitch/Gindin, *Empire*, sehen in den 70er Jahren die Veränderungen, vor deren Hintergrund die heutige Entwicklung zu interpretieren ist: „Of the three great structural crises of capitalism, the first (post-1870s) accelerated inter-imperialist rivalry and led to World War One and Communist revolution, while the second crisis (the Great Depression) actually reversed capitalism’s internationalizing trajectory. Yet the crisis of the early 1970s was followed by a deepening, acceleration and extension of capitalist globalization. And while this promoted inter-regional economic competition, it did not produce anything like the old inter-imperial rivalry.“ Während Harvey die substantielle Rolle der Politik im Prozess der Enteignung betont, stellen Panitch/Gindin die „Einbettung“ auch des „freien Marktes“ der Laissez-Faire-Periode in die konstitutiven Funktionszusammenhänge der Politik in den Vordergrund. Formelle und informelle Formen des Empire wurden gleichzeitig zwischen 1840 und 1870 entwickelt. Aber: „This is not to say there are not important differences between informal and formal empire. Informal empire requires the economic and cultural penetration of other states to be sustained by political and military coordination with other independent governments. The main factor that determined the shift to the extension of formal empires after the 1880s was not the inadequacy of Britain’s relationship with its own informal empire, nor the emergence of the stage of monopoly or ‘finance capital’, but rather Britain’s inability to incorporate the newly emerging capitalist powers of Germany, the US and Japan into ‘free trade imperialism’.“*

³⁹⁵ Harvey, *Imperialism*, S.68

³⁹⁶ Harvey, *Imperialism*, S.182

clearly) finance, the temptation to go for exploitative domination is strong.”³⁹⁷ Das zentrale Unterscheidungsmerkmal zwischen dem neoliberalen und dem neokonservativen Imperialismus ist, dass der Neokonservatismus nach innerer und äußerer *Ordnung* strebt, hierfür *moralpolitisch* und *militärisch* mobilisierte Machtressourcen die Schlüsselrolle spielen und explizit eine globale pax americana angestrebt wird. Kapitalistische wie territoriale Logiken verbindet – neben anderem – eine wesentliche Gemeinsamkeit, die Hannah Arendt als die fortwährende *Expansion von Macht* charakterisierte.³⁹⁸ Diese politische Logik eines globalen Regimes der Akkumulation durch Enteignung haben sich die Neokonservativen zu Eigen gemacht: „The neo-conservatives are, it seems, committed to nothing short of a plan for total domination of the globe.”³⁹⁹ Die Gefahr des „imperialen overstretch“ (overextension, overreach) ist dabei allerdings ständig präsent und die Frage steht, ob die USA groß genug und militärisch wie ökonomisch ausreichend ressourcenstark sind, um die ausgeweitete Weltökonomie des 21. Jahrhunderts zu managen - oder welche sie ablösende Form der Akkumulation politischer Macht in welcher territorialen Konstellation denkbar oder bereits im Entstehen wäre?

Ungeachtet dieser extrem unterschiedlichen Ansätze und Einschätzungen ist damit fast allen Analytikern der Linken gemeinsam die Diagnose des *krisenhaften Overstretch* eines unilateralen Projekts der USA. Nachdem seit den 60er Jahren die US-Dominanz im Bereich der Realakkumulation dahinschwand und seit Ende der 90er Jahre mit dem Ende des New-Economy-Bubble auch die Dominanz des US-Finanzkapitals neu erordnet, sind für sie bereits zwei der vier Säulen amerikanischer Dominanz erschüttert (hinzukommen die Kontrolle des „Geists des Kapitalismus“ durch die Kontrolle der *soft culture* und die Dominanz in der Sphäre der Gewalt). Walden Bello skizziert diese Krisendiagnose: „The great problem for unilateralism is overextension, or a mismatch between the goals of the United States and the resources needed to accomplish these goals. Overextension is relative. That is, it is to a great degree a function of resistance. An overextended power may, in fact, be in a worse condition even with a significant increase

³⁹⁷ Harvey, *Imperialism*, S.75. Am 25.10.2002 formulierte Harvey in einem Vortrag in Baltimore noch: „The kind of thing we've got now is a neo-liberal imperialism which is also at the same time a conservative imperialism. It puts together a conservatism and a free market neo-liberal ideology in a specific way which seems to me really quite different than the ways which were characteristic at the end of the 19th century. And this then leads to what I think is a fundamental difference. And the fundamental difference is that the United States is now the central singular power. There is no other power center. And this is what was clearly seen at the end of the last Bush administration. Having no other challenging power center, it was in a position therefore to actually set up the world economy in such a way as to guarantee its position for the next 50 years. And I think that this was the kind of thinking that was going on.“

³⁹⁸ „A never-ending accumulation of property“, schrieb Arendt, „must be based on a never-ending accumulation of power...The limitless process of capital accumulation needs the political structure of so „unlimited a Power“ that it can protect growing property by constantly growing more powerful.“ (Hannah Arendt, *Imperialism*, New York 1968, S.23).

³⁹⁹ Harvey, *Imperialism*, S.199

in its military power if resistance to its power increases by an even greater degree. Among the key indicators of US overextension are the following:

- Washington's continuing inability to create a new political order in Iraq that would serve as a secure foundation for colonial rule
- its failure to consolidate a pro-US regime in Afghanistan outside of Kabul
- the inability of a key ally, Israel, to quell, even with Washington's unrestricted support, the Palestinian people's uprising
- the inflaming of Arab and Muslim sentiment in the Middle East, South Asia, and Southeast Asia, resulting in massive ideological gains for Islamic fundamentalists—which was what Osama bin Laden had been hoping for in the first place
- the collapse of the Cold War Atlantic Alliance and the emergence of a new countervailing alliance, with Germany and France at the center of it
- the forging of a powerful global civil society movement against US unilateralism, militarism, and economic hegemony, the most recent significant expression is the global anti-war movement;
- the coming to power of anti-neoliberal, anti-US movements in Washington's own backyard—Brazil, Venezuela, and Ecuador—as the Bush administration is preoccupied with the Middle East
- an increasingly negative impact of militarism on the US economy, as military spending becomes dependent on deficit spending, and deficit spending become more and more dependent on financing from foreign sources, creating more stresses and strains within an economy that is already in the throes of stagnation.⁴⁰⁰

7.2.5. Eine alte Debatte in einer neuen Lage

War die Referenz auf das römische Imperium bislang eher eine Sache der isolationistischen und der neokonservativen Rechten oder der Linken, so ist sie mittlerweile in die Mainstream-Publizistik, die Diskurse der politischen Thinktanks und vor allem in die Kultur der Macht eingewandert. Das „Globale“, für das ein Clinton stand, wurde abgelöst durch das „Imperiale“. Das *I-Word* hat auf eine neue Weise Legitimität in der medialen, politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit erhalten und kann auf lange Sicht hin eine Schlüsselrolle sogar jenseits der clandestinen Subtexte der offiziellen Selbstbeschreibungen der USA spielen. Binnen kurzem ist eine erstaunliche Menge Einwohner der USA zu Anhängern der Ideen des US-Präsidenten Woodrow Wilson geworden, der nach dem ersten Weltkrieg

⁴⁰⁰ Walden Bello: The Crisis of the Globalist Project & the New Economics of George W. Bush, McPlanet Conference Berlin 27.6.2003. Für Bello ist unter Bush das "militärisch-industrielle Establishment" die "dominante Fraktion unter herrschenden Elite" und der prägende Konflikt jener zwischen Globalisten und Nationalisten (Unilateralisten).

für den Aufbau eines Systems kollektiv beherrschter Protektorate aus den kolonialen Überresten der deutschen und türkischen Reiche plädierte.

Dieser erstaunlich expansive begriffspolitische Diskurs um das Empire ist nicht nur ein dramatischer Bruch gegenüber jener liberalen und auch sozialdemokratischen Diagnose und Prognose vor allem aus den späten achtziger Jahren, demzufolge wir es mit einem „America in Decline“ zu tun hätten, das wie andere Reiche vor ihm unter der Last der militärischen Überdehnung und Belastung seine Position sukzessiv an andere neue Akteure (Japan, Europa) abtreten müsse. Die damalige Debatte prononcierte die Schwäche, die Empire-Debatte akzentuiert die Stärke der USA. Die 2001/2 geradezu explodierende Rede vom „Empire“ ist mehr noch für die *gesamte* amerikanische Geschichte der politischen Rhetorik, Ideologie und Selbstbeschreibung durchaus ungewöhnlich – wenn auch nicht völlig neu, denn Debatten über die USA als „Empire“ gab es mehrfach.

Ihre historisch – geopolitische Referenz findet die heutige Debatte in einem immer mehr oder weniger präsenten Bezug das römische Imperium („the United States will dominate the twenty-first century as Rome dominated the first“)⁴⁰¹, auf das eigene Herkunftsland – das britische Empire⁴⁰² – und auf die eigene Kolonialgeschichte, womit sie sich vorwiegend auf die ersten zwei Zyklen des Versuchs bezieht, ein amerikanisches Empire zu schaffen (1898-1919 bzw. zu Zeiten Roosevelts „New Order“)⁴⁰³. Bereits *vor* dem

⁴⁰¹ Jim Garrison: America As Empire: Global Leader Or Rogue Imperium? San Francisco Juni 2003

⁴⁰² Weniger freilich auf dessen militärische Aktivitäten, an die Eland, Empire, S.11 erinnert: zwischen 1800 und 1906 war das britische Empire in 98 Kriege und militärische Konflikte involviert. S. Michael W. Doyle: Empires, Ithaca, N.Y. 1986. In neokonservativer Sicht ist das britische Empire letztlich ein vorbildliches Unternehmen gewesen, dem nachzueifern die USA aufgefordert seien, so Ferguson, Empire, Vorwort: “Today, the principal barriers to the optimal allocation of labour, capital and goods in the world are, on the one hand, civil wars and lawless, corrupt governments, which together have condemned so many countries in sub-Saharan Africa and parts of Asia to decades of impoverishment; and, on the other, the reluctance of the United States and her allies to practice as well as preach free trade, or to devote more than a trifling share of their vast resources to programmes of economic aid. By contrast, for much (though certainly, as we shall see, not all) of its history, the British Empire acted as an agency for imposing free markets, the rule of law, investor protection and relatively incorrupt government on roughly a quarter of the world. The Empire also did a good deal to encourage those things in countries which were outside its formal imperial domain but under its economic influence through the ‘imperialism of free trade’. Prima facie, therefore, there seems a plausible case that the Empire enhanced global welfare - in other words, was a Good Thing.(...) Yet the fact remains that no organization in history has done more to promote the free movement of goods, capital and labour than the British Empire in the nineteenth and early twentieth centuries. And no organization has done more to impose Western norms of law, order and governance around the world.”

⁴⁰³ S. Neil Smith, Anne Godlewska (eds.): Geography and Empire, Oxford 1994; ders., American Empire: Roosevelt’s Geographer and the Prelude to Globalization, California 2003: “The central argument is that the American Century, understood as a specific historical period, was built with an equally specific but largely unseen geography and that revealing the historical geography of the American Empire tells us much about its politics. (...) By the end of the nineteenth century, U.S. economic expansion was outstripping its European rivals; yet, the amateur adventurism of 1898 notwithstanding, the

„modernen“ Imperialismus war somit im Zusammenhang mit den überseeischen Eroberungen der USA (Kuba, Philippinen) vom Empire die Rede. Zunächst war die Eroberung des kontinentalen Westens („forward west!“) durchaus ein Substitut der imperial-kolonialen Eroberungen Europas oder des zaristischen Rußland; da hierbei die indigenen Völker radikal ausgelöscht und marginalisiert wurden, schien es kein unmittelbar sichtbares Unterdrückungsverhältnis mehr zu geben, das als Anschauungsmaterial für eine imperial-koloniale Praxis des amerikanischen Kapitalismus dienen konnte. Der us-amerikanische Industriekapitalismus entwickelte sich zunächst im größten Binnenmarkt der Welt, der territoriale Aneignungen jenseits Nordamerikas völlig unnötig machte. Von Imperium wurde daher in dieser Zeit nicht sonderlich gesprochen. Die USA wurden eine große Macht „more or less without a formal empire.“⁴⁰⁴ Das imperiale Projekt der USA war nie ein Projekt unmittelbarer territorialer Einverleibung und direkter Koloniekonstruktion: „Its key conception was simply the open door. U.S. power, perhaps since the days of Monroe or of Commodore Perry in Japan, and certainly since the day of Mahan, has not been about moving in and taking over. It has been about holding the door open for capital and trade and proffering local democracy as “self-determination,” as “free-

United States had no significant historical empire beyond its natural boundaries, and this put the country in a precarious and highly contradictory position. The opportunities for economic expansion were dramatically circumscribed precisely when expansion was most urgent. The need for economic expansion was increasingly out of sync with the very limited possibilities for direct territorial expansion. Short of a global challenge to European colonialism and direct confrontation with anti-colonial governments, it was increasingly clear that a wholly different geographical strategy would have to underlie continued American expansionism; economic stagnation and depression loomed as the fateful price for geographical inertia. . . . Rather than following the European model, the United States fostered its own geography of economic expansion. (...) The argument about the synchrony and dislocation of geographic and economic expansion in the twentieth century lies at the heart of this book. The American Empire, which grasped for global power at the beginning, middle, and end of the twentieth century, was built on a strategic recalculation of geography with economics, a new orchestration of world geography in the pursuit of economic accumulation. It is commonly assumed that the closure of not only the continental but global frontiers in the last two decades of the nineteenth century, together with rapid innovations in transportation and communication implied the declining importance of geography in the pace and pattern of political and economic development. Indeed, the idea of the American Century portends a quintessentially liberal victory over geography as distinct from the nineteenth century European empires, whose conservatism was integral to geographical conquest: the American Century would seem to take us “beyond geography.” (...) This book challenges that presumption. In its success as much as its failure, the American Century was an inherently geographical project whose contours are largely disguised by the self-justifying loss of geographical vision that dominated U.S. intellectual and popular conceptions of the world through much of the century. This “lost geography” is no mere oversight, and its redress is of much more than academic interest. The deracination of geography in the liberal globalist vision associated with the United States in the twentieth century abetted a broad ecological self-justification for the American Empire insofar as the submergence of geographical differences effected an elision [omission] of political difference both at home and around the globe. A flattened geography enabled a politics flattened to the lowest common denominator of American globalism. A central goal of this book is therefore to begin to reconstruct the broad contours of the geography of the American Empire.”

⁴⁰⁴ Simon Bromley: Reflections on Empire, Imperialism and United States Hegemony, in: Historical Materialism 11.3, Leiden 2003 S.19.

dom,” as the local route to equivalent agency, control, and prosperity.”⁴⁰⁵ Kurth weist auch zu Recht darauf hin, dass es problematisch ist, in der Existenz solcher Kolonien die zentrale Differenz zwischen den USA und den europäischen Imperien zu sehen: „Some European empires included vast areas in which imperial rule was informal or indirect. Local leaders could even be given the title of king, prince, sultan or sheik, and retain many elements of sovereignty. This was the case with much of the British Empire (e.g., the Indian princely states, the Federated Malay States and the sheikdoms of the Persian Gulf) and even the French Empire (e.g., Morocco, Tunisia, Laos, Cambodia and Annam). These forms of imperial rule were not that different from the kind of hegemony the United States exercised at the same time over the countries of the Caribbean and Central America.”⁴⁰⁶ Das Vorliegen oder Fehlen unmittelbarer territorialer Eroberung und direkter kolonialer Herrschafts- und Aneignungsverhältnisse ist daher kein Kriterium für die Verwendung des Begriffs „Empire“.

Doch gleich mehrfach ist die *informelle Form* des American Empire im 20. Jahrhundert in dieser Zeit begründet: 1809 vermerkte Thomas Jefferson daß „no constitution was ever before as well-calculated for extensive empire and self-government“.⁴⁰⁷ Hardt / Negri haben den spezifischen „Netzwerk“- Charakter der Machtkonfiguration durch die amerikanische Verfassung skizziert, die so in hohem Maße zur Expansivität befähigt war. Diese sehr frühe, *besondere Form des sich formierenden Staates* ist die zentrale politische Prämisse der politischen Potenz der USA zur Imperialität und Fähigkeit, andere politische Systeme zu penetrieren. Die in den USA entwickelte moderne Unternehmensform und ihr Transfer (auch durch Direktinvestitionen) ins Ausland war ein weiteres wesentliches Moment informeller imperialer Aktivität, deren ideologische Verhüllung in der Menschenrechtsrhetorik des Woodrow Wilson ihren Höhepunkt erreichte. Einschlägigen historischen Arbeiten zu dieser Zeit bzw. dem britischen Empire werden heute geradezu Kultstatus zugesprochen.⁴⁰⁸

Allerdings wird dabei häufig mit Unterscheidungen operiert (z.B. jener zwischen formeller / informeller Herrschaft), die Kontinuitäten und Gleichheit zwischen britischem und us-amerikanischem Empire herunterspielen, wogegen andere tatsächliche Unterschiede zur Situation der römischen, spanischen oder britischen Weltreiche demgegenüber zu wenig klar herausgearbeitet werden – denn die gegenwärtige Situation ist tatsächlich gleich mehrfach ein Novum. Wo also liegen nun Differenzen zwischen den

⁴⁰⁵ John D. Kelly: U.S. Power, after 9/11 and before It: If Not an Empire, Then What?, in: Public Culture 2/2003 S. 357.

⁴⁰⁶ James Kurth: Migration and the dynamics of empire, in: The National Interest Spring 2003 ???

⁴⁰⁷ Zitiert nach Panitch/Gindin, Empire.

⁴⁰⁸ S. Michael Elliott: Why Empires Strike Out, in: Time v. 5.5.2003 mit Bezug auf das Buch „Empire“ des schottischen Historikers Niall Ferguson.

klassischen imperialen Projekten und der aktuellen Option eines "American Empire"? Für Eric Hobsbawm sind die gegenwärtige Weltsituation und das us-imperiale Projekt in mehrfacher Hinsicht präzedenzlos: „The great global empires of the past - such as the Spanish and notably the British - bear little comparison with what we see today in the United States empire. A key novelty of the US imperial project is that all other empires knew that they were not the only ones, and none aimed at global domination. None believed themselves invulnerable, even if they believed themselves to be central to the world - as China did, or the Roman empire. Regional domination was the maximum danger envisaged until the end of the cold war. A global reach, which became possible after 1492, should not be confused with global domination.“⁴⁰⁹

Festzuhalten ist, dass keines der klassischen Imperien – Spanien, England, Rußland – imstande gewesen ist, eine dauerhafte Suprematie zu sichern und die Entstehung von Konkurrenten (Feinden) zu verhindern. Mehr noch: sie verfolgten ein solches Projekt überhaupt nicht. Auch das britische Empire, durchaus unangefochten global operierend durch seine Beherrschung der Meere, strebte keine dauerhafte globale politisch-militärische Kontrolle und schon gar keine direkte globale territoriale Kontrolle an. Zum Zeitpunkt seiner höchsten Machtentfaltung beherrschte das britische Empire rund ein Viertel der Erdoberfläche. Die direkte, durch Kolonien ausgewiesene Kontrolle des britischen Empire in 1903 war weit umfangreicher als die der USA heute. Das Stützpunktwesen der USA wird jedoch durch eine globale Ordnung indirekter Kontrolle gesichert. In der Konstruktion von *Reichweite* liegt eine tiefgreifende und kaum zu überschätzende Differenz der imperialen Projekte.

Neu ist weiterhin die qualitative Differenz der gegenwärtig (seit 1989 existierenden) Verteilung von Macht gegenüber der Zeit des britischen Empire⁴¹⁰. Das betrifft die militärische Macht⁴¹¹ und auch die Dimension ökonomischer Macht: vor einem Jahrhundert betrug der Anteil Großbritanniens an der Weltproduktion nur rund ein Drittel des Anteils der USA heute.⁴¹² Neu ist auch, dass die USA Arbeitskräfte im großen Maßstab durch Immigration importieren können – die klassischen Imperien exportierten Arbeitskräfte, Ausbeutungs- und Herrschaftspersonal.

Neu ist, dass gegenüber der Zeit dieser Reiche mittlerweile neue Machtressourcen entstanden sind, die für die Sicherung militärischer Suprematie

⁴⁰⁹ Eric Hobsbawm: America's imperial delusion, in: The Guardian v.14.6.2003

⁴¹⁰ Von der ausgebeuteten Peripherie her gesehen freilich war die militärische Dominanz der imperialistischen Mächte des frühen letzten Jahrhunderts weitaus krasser – und die Ungleichverteilung der Überlebensfähigkeit im Krieg ebenso. Der jahrzehntelange Trend zur Verringerung dieser Differenz kehrt sich gegenwärtig – und vor allem seit 1989 – wieder um.

⁴¹¹ Siehe Paul Kennedy: "Even the Royal Navy was equal only to the next two navies - right now all the other navies in the world combined could not dent American maritime supremacy", zit. nach Ferguson, Empire, Vorwort.

⁴¹² S. Stephen Howe: American Empire: the history and future of an idea, in: Opendemocracy v.12.6.2003. Kritisch hierzu Dominic Lieven: Empire: The Russian Empire and its Rivals, London 2000.

von substantieller Bedeutung sind (Technik und Wissenschaft). Hier dominieren die USA – ein Faktum, das angesichts der militaristischen Orientierung der gegenwärtigen Bush-Administration leicht übersehen wird. Über diesen Fokus auf die militärischen Aspekte wird auch leicht übersehen, dass die USA im Finanzsektor in einer eigenen Liga spielen: der Dollar ist faktisch die planetare Leitwährung, weshalb die Preise der Waren in Dollar angegeben werden. Die Umsätze der Wallstreet machen fast zwei Drittel des globalen Börsenhandels aus. Dass die USA die größte Schuldnation der Welt sind, ist ein Zeichen ihrer Stärke. Auf der Basis dieser ökonomischen Stärke sind die USA imstande, Wirtschaftssanktionen zu verhängen, Vergünstigungen zu gewähren und globalen access für ihre Waren durchzusetzen („Freihandel“) – dies freilich war bereits die Politik des britischen Empire.⁴¹³ Dennoch ist die ökonomische Interventionsmacht der USA zu meist auf die Prägung der Kontexte und Bedingungen begrenzt. Die Kehrseite ist, dass die USA im Anlagen- und Maschinenbau keinen Vorsprung mehr hat und in internationalen Körperschaften nicht im Alleingang handeln kann.

Neu ist, dass im Zeitalter des real existierenden Globalkapitalismus realistischere nur *große* Staaten oder Staatenbünde ein Projekt globaler Suprematie und Machtprojektion angehen können; demgegenüber konnten einst kleine Staaten wie Holland oder mittelgroße Staaten wie Großbritannien eine weltpolitische Rolle spielen.⁴¹⁴

Politisch-militärische Aktivitäten in einer Welt mit vergleichsweise hoch verdichteten Zusammenhängen bringen aber auch hohe und schwer kalkulierbare Risiken mit sich (z. B. Attacken auf die Zentren des Empire selbst) und endlich sind die Kosten eines solchen Projekts ganz außerordentlich. Die ökonomische Dimension eines solchen Projekts wird als unproblematisch dargestellt – dabei spricht vieles dafür, dass die Stellung der US-Ökonomie in der Weltwirtschaft gegenüber den 50er und 60er Jahren weit schwächer ist und das Projekt eines primär militärisch abgestützten Empires die Gefahr einer weiteren - rüstungswirtschaftlichen - Schwächung dieser Stellung mit sich bringt. Wenn so oft eine riesige militärische Überlegenheit der USA mit dem Hinweis auf die aufgewandten Mittel belegt wird, bleibt unerwähnt, dass das Militärpersonal der USA das teuerste der Welt ist⁴¹⁵. Doch: „Im Moment sind die USA in der Lage, das imperiale Auf-

⁴¹³ Mann verweist auf einen Aspekt: Der Wert der US-Importe aus Frankreich liegt 13fach über dem der Waren aus Bangladesh – doch dieses zahlt mehr Importzölle an die USA wie Frankreich; 2002 waren es 331 Millionen \$ gegenüber 84 Millionen \$ Entwicklungshilfe der USA, s. Mann, *Supermacht*, S.82

⁴¹⁴ S. Eric Hobsbawm: Rücksichtslose und zänische Diva der Weltpolitik, in: *Le Monde Diplomatique* Juni 2003 S.16.

⁴¹⁵ S. Anatol Lieven: The Empire Strikes back, in: *The Nation* v.7.7.2003: "For one thing is gradually becoming clear: Given its immense wealth, the United States can afford a military capable of dominating the earth; or it can afford a stable, secure system of social and medical entitlements for a majority of its aging population; or it can afford massive tax cuts for its wealthiest citizens and no tax raises for the rest. But it cannot afford all three, unless it can indefinitely sustain them through a combination of massive trade deficits and international borrowing. This seems most unlikely, especially in the midst of a global economic downturn...For in the words of Arnold Toynbee, "great empires do not die by murder, but suicide." Belege für dieses recht sympathische Argument bringt Lieven allerdings nicht an.

treten im Wesentlichen zu finanzieren...Das ist tatsächliche imperiale Macht.“⁴¹⁶

Die Debatte um das Projekt eines „American Empire“ wird also in einer Situation geführt, die sich in vielfacher Hinsicht gegenüber jener der Vorgängerprojekte unterscheidet. *Reichweite, Ressourcen, Akteursgröße, Risiken* und *Kosten* setzen deutliche Unterschiede gegenüber den früheren imperialen Projekten.

7.3. Was ist ein Empire?

Wie aber wird der *Begriff* Empire selbst gefasst? Paul Johnson erinnerte Anfang 2003 daran, dass die Qualität des *Souveränen* als auszeichnende Bestimmung des Begriffs sich im 17. Jahrhundert im englischen Sprachgebrauch einzubürgern begann. Es ging um die *unbegrenzte* legale *Macht* der Krone gegenüber dem Papst. Alle wesentlichen Statute der Reformation enthielten diesen Begriff.⁴¹⁷ In den verbreiteten politikwissenschaftlichen Bestimmungen des Begriffs freilich spielt dieser Gedanke des Souveränen keine Rolle – er könnte aber zum Beispiel anschließend an den fruchtbaren Versuch Hardt/Negri's, staats- durch souveränitätstheoretische Erwägungen zu ergänzen, ein Schlüssel dazu sein: Souveränität als Eigenschaft des politischen Subjekts eines Empire⁴¹⁸. Außer Acht soll hier jene Position zum Beispiel von Martin Shaw gelassen werden, die das „Imperiale“ als Grundeigenschaft aller Staaten zu allen Zeit ansieht und daher nur daran interessiert ist, welche konkreten Formen imperialer Machtausübung voneinander unterschieden werden können.⁴¹⁹

⁴¹⁶ Mann, *Supermacht*, S.103

⁴¹⁷ So beginnt das Kapitel 12 des Statut 24 von Henry VII (1532/3) mit dem Satz: „This realm of England is an Empire“, zit. nach Paul Johnson: *From the evil empire to the empire for liberty*, in: *The New Criterion* 10/2003

⁴¹⁸ Siehe das Stichwort „Herrschende Klasse“ im HKWM 7 (Berlin 2004) von Hans-Jürgen Krysmanski.

⁴¹⁹ „Empire is above all a concept of rule, even if the links of certain kinds of rule with given economic conditions may be important. Indeed we can say that there is an imperial dimension to all state power. The state is a uniquely centred form of power: part of the meaning of state is that power 'radiates from a centre', as Mann (1993: 55) puts it. The key question, of course, is the nature of the inequality of power between 'centre' and 'periphery' as well as within each of these. In pre-modern history, the stretching of rule over relatively long distances (and in terms of the means of communication and transportation, most distances were long by today's standards) inevitably meant the imposition of the centre's interests and values on divergent peripheral communities. In modern times, it has become possible to construct much larger 'imagined communities' (in Benedict Anderson's famous phrase) with much faster and more two-way communication within national entities...Empire appears more as a relation between discrete national or ethnic groups, in which minority (or even majority) nationalities are subordinated by a state linked to the central nation. It has to be said, however, that from the standpoint of their minorities, virtually all modern states have had this imperial characteristic to a greater or lesser degree. Empire is, in this specific sense, a general characteristic of the modern state...In the post-Second World War system, there were radical changes...Rivalries of national empires were replaced by those of world blocs. Traditional European colonial empires were both absorbed into a wider Western system of power, centred on the USA (whose domination was not based on formal empire), at the same time as

Amitati Etzioni bestimmt Empires wie folgt: "Empires are defined as entities in which one member has a considerable amount of controlling power over the memberunits. Because membership in empires is not usually voluntary, and responsiveness to the needs of member-units is low, empires rely (by the definition followed here) relatively little on legitimation and draw much more on 'naked' power. Only a very few call for the United States to impose on its own a Pax Americana, the way Rome did on its world...Given that several big powers have a strong measure of self-interest in participating in the anti-terrorism coalition (granted that many actions, domestic and international, are driven by mixed motives), as do numerous smaller powers; given the coalition's limited scope and duration; and given that the United States has limited power over the many members of the coalition, one might refer to the coalition as a semi-empire."⁴²⁰ Etzioni geht es somit um das Verhältnis von *Legitimation* und *Charakter der Machtbeziehung* zwischen „Einheiten“ sowie um die *Breite des Spektrums* dieser Beziehungen. Die Auszeichnung "semi" begründet Etzioni mit dem Hinweis darauf dass die Zielsetzung des Empire "dünn" (nämlich auf eine Aufgabe, z.B. den Kampf gegen Terror begrenzt) sei und im Kern zwar Nationalstaaten stünden, die substantiellen militärischen Entscheidungen aber von den USA gefällt würden (anders als im Kosovo-Krieg) und multilaterale Strukturen auf Konsultation begrenzt seien. Ignatieff hebt die Fähigkeit, mit militärischen Mitteln Ordnung an den Grenzen des Empires zu schaffen und die reale Macht in einem Zentrum zu halten als die wesentlichen Merkmale eines Empire hervor.

Charles S. Meier hat folgende Bestimmung gegeben: „What, after all, distinguishes an empire? It is a major actor in the international system based on the *subordination* of diverse national elites who—whether under compulsion or from shared convictions—accept the values of those who govern the dominant center or metropole. The *inequality of power, resources, and influence* is what distinguishes an empire from an alliance (although treaties of alliance often formalize or disguise an imperial structure). (...)Two kinds of empire existed before World War I: "old" landed empires, products of centuries-long expansion over contiguous territories (and still largely agrarian and semi-authoritarian); and overseas colonial realms. (...) Empires claim universality but accentuate *divisions between inclusion and exclusion*, both on a world scale and within their own borders. Consider

national liberation movements and new national elites created post-colonial state forms. The post-imperial character of the Western bloc was real in important senses...and it was linked to democratization and internationalization. Martin Shaw: *The Problem of the Quasi-Imperial State: Uses and Abuses of Anti-Imperialism in the Global Era* (2001). Shaws Argumentation ist inkonsistent – das "Imperiale" als gleichsam ewige Machtrelation zwischen Zentrum und Peripherie verflüchtigt sich unversehens im Zeichen der Demokratisierung, Internationalisierung und Blockbildung in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg.

⁴²⁰ Etzioni, *Implications*, S.13

these external and internal effects in turn. (...) A major consequence of this preoccupation with the frontier has been a new political agenda. The salient issues today have shifted from the controversies over distribution that troubled the politics of the West... They have become questions of citizenship, residence, and belonging: who will be in and who will be outside our polities, and what intermediate rights—such as employment, welfare entitlements, and local suffrage—they might be granted. (...) *Empires are in the business of producing world order*. But not all orders are alike: some enhance freedom and development; others repress it. I believe that American empire has served some beneficial functions, above all in opposing far more authoritarian and repressive contenders for international dominance and in defending ideals of liberty and opportunity. Still, no matter how benevolent the intentions, the exercise of empire will generate some *violence*. The problem is that for every greater inclusive effort, there must still be those left outside the expanded walls clamoring to enter, or those not willing to participate vicariously in the lifestyles of the rich and famous—and those, indeed, embittered by the values of secular consumerism (which contemporary empires rely on to generate public loyalties) and imbued with far more zealous and violent visions of fulfillment. These issues of inclusion and exclusion, belonging and estrangement, the peace of empire and the violence it generates despite its efforts, is what twenty-first-century politics, certainly since September 11, is increasingly about.”⁴²¹ *Beziehungen der Ungleichheit* (die Widerstand provozierende Unterwerfung (Subordination) bis zur Exklusion zuspitzen) zwischen Zentrum (Metropole) und Rest (Peripherie) und der *globale Transformationsanspruch* (Schaffung einer neuen Weltordnung) sind für Meier die auszeichnenden Merkmale eines Empire. Einen substantiellen Pro-Empire-Text (“In Defense of Empires”) hat Deepak Lal am 30. 10. 2002 vor dem AEI vorgetragen. Er versucht sich wie Meier an einer kleinen Typologie der Empire, unterscheidet aber nicht „geopolitisch“ zwischen territorialen und kolonialen Empires, sondern zwischen *integrationspolitisch* zwischen “multikulturellen” (“multi ethnic conglomerates held together by transnational organisational and cultural ties”) und “homogenisierenden” Empires, für die stehen etwa die Reiche der Ottomanen, Habsburger oder Engländer einerseits, Chinas, der Sowjetunion und der USA andererseits. Für ihn ist auch Europa ein Empire. Der neokonservative Politikwissenschaftler James Kurth schließt daran an: “Today, there is only one empire--the global empire of the United States, a state which is neither national nor multinational in the traditional sense, but which is more accurately described as multicultural and transnational”.⁴²² Während hier der neuartige *transnationale* und damit *multikul-*

⁴²¹ An American Empire? In: Harvard-Magazine 2 / 2002. Hervorhebung RR.

⁴²² James Kurth: Migration and the dynamics of empire, in: The National Interest Spring 2003 ??? Kurth verweist auch auf die soft power, welche das US-Empire zu einer Repräsentation des Informationszeitalters mache.

turelle Charakter eines US-Empire hervorgehoben wird, der sich aus der neuartigen, massiven Immigration in die USA ergibt, betonen andere eher traditionell ansetzende Bestimmungen die *nationale* oder nationalstaatliche Basiertheit des Empires: „If empires are large-scale hegemonies in which a government constituted by one nation directly or indirectly controls the economies, societies, cultural lives, and life chances of other nations or peoples“, erklärt John D. Kelly, „then we can announce the United States as ruler of an empire“.⁴²³ Nach Jim Garrison, Präsident des State of the World Forum, besitzen die USA „nearly absolute power“ und seien deshalb eine, wie Raymond Aron es schon vor Jahren formulierte, „imperiale Republik“ geworden: „The fact that the United States has broken out of this multipolar framework to attain unipolar global dominance is an extraordinary achievement in the annals of history, not attained by any power since the time of Rome two thousand years ago.“⁴²⁴ Empires sind für ihn die *komplexeste* und *extensivste* Regierungseinrichtung. Ihre *Integrationsleistung heterogener Elemente* und ihre Fähigkeit, als Staat andere zu beeinflussen und zu kontrollieren, zeichnet sie aus. Als imperiale Macht dominieren die USA die internationale Ordnung, als Nationalstaat sind sie Gleiche unter Gleichen. Demgegenüber lehnt Martin Woollacott⁴²⁵ derlei Charakterisierungen der USA als Empire ab: auch die USA-Macht operiere kooperativ – Empires tun dies nicht. John O’Sullivan, Andrew Bacevich oder Niall Ferguson betrachten einzelne *Politikfelder* und die entsprechende Verteilung von Ressourcen. Sie stellen auf die Funktion des imperialen Bankers und Weltpolizisten ab und begrenzen die imperiale Natur der USA auf das „commercial empire“⁴²⁶ und das militärische Imperium USA. Münkler dagegen hebt die Irrelevanz des militärischen Faktors gegenüber kulturellen, zivilisatorischen und wirtschaftlichen Faktoren für die Bestandssicherung großer Reiche hervor; für ihn gibt es nur ein römisches und ein britisches Empire, deren Zentrum dauerhaft militärische *Expansionsfähigkeit* aufbieten konnte, die über einen gewissen Zeitraum die Kosten eines Empire intern mobilisieren konnten. Da die US-Ober- und Mittelschicht zu einem solchen Engagement nicht bereit sein werde, sei mit einer längeren Pax Americana nicht zu rechnen.⁴²⁷ Was ist, wenn ein Empire wirklich global geworden ist und es „kein Außen mehr gibt“, fragen sich weder Münkler noch Meier. Rosen hält ein Konzept, das „primacy or hegemony“ mit „empire“ gleichsetzt, für nutzlos; zu fragen sei, was die Form und Funktion eines Empires von einem nur mächtigen Staat unterscheidet. Sie erschließen sich, wenn nach den *Aufgaben* gefragt wird, die auf ein Empire – im Unterschied zu

⁴²³ John D. Kelly: U.S. Power, after 9/11 and before It: If Not an Empire, Then What?, in: Public Culture 2/2003 S. 349f.

⁴²⁴ America as Empire: Global Leader or Rogue Imperium?, San Francisco Juni 2003

⁴²⁵ Something is being born, but let’s not call it empire, in: Guardian 20.6.2003

⁴²⁶ John O’Sullivan: The Reluctant Empire: The U.S. leads the world – but doesn’t have to rule it, in: National Review v. 19.5.2003

⁴²⁷ Herfried Münkler: „Pax Americana“ – die USA, ein neues Rom? In: NZZ v. 29.3.2003

einem mächtigen Staat – zukommen. Rosen trifft folgende Unterscheidung: “Empire is the rule exercised by one nation over others both to regulate their external behavior and to ensure minimally acceptable forms of internal behavior within the subordinate states. Merely powerful states do the former, but not the latter.”⁴²⁸ Wer die *äußeren Beziehungen* zwischen Staaten (Nationen, Machtakteuren) im Sinne einer hierarchischen Ordnung zu regulieren und in die *inneren Beziehungen* dieser Akteure einzugreifen vermag, muss nach Rosen als „Empire“ charakterisiert werden⁴²⁹. Die zentrale - notwendige aber nicht hinreichende - Aufgabe eines Empire ist nach Rosen die Schaffung und Organisation einer hierarchischen zwischenstaatlichen Ordnung. Aus dieser Schlüsselaufgabe der Regulierung der äußeren Beziehungen anderer Staaten entsteht das Erfordernis für das Empire, ein Monopol an militärischer Macht zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Liegt dies vor, dann befindet sich ein Staat in der Situation, “that it can do what it must in any case.”⁴³⁰ Im Zentrum steht dabei die Fixierung der Regeln einer zwischenstaatlichen Hierarchie: „Imperial governance also involves the creation and enforcement of rules. The first rule of the empire must be to prohibit behavior that threatens its basic power position. Nonproliferation treaties and alliance diplomacy are today part of the set of imperial rules drawn up and enforced by the United States. NATO, ANZUS and the U.S.-Japan defense agreement are not really alliances among equals, but security guarantees offered by the imperial power to subordinates. As such they are mechanisms for codifying interstate hierarchy. The position advanced by the U.S. government in 2002, that it will act pre-emptively to destroy the programs of hostile states to construct weapons of mass destruction, is a logical extension of that policy, and one enabled by the improved power position of the United States after the end of the Cold War.”⁴³¹ Mit der ursprünglichen oder natürlichen Anarchie der zwischenstaatlichen Beziehungen umzugehen (Kenneth Waltz) bedeutet, dass die Staaten versuchen, durch eigene Machtsteigerung oder Allianzbildung die Verteilung der Macht auszubalancieren; *ein Empire dagegen schafft und setzt durch das hierarchische Prinzip, ohne an es selbst gebunden zu sein*. Die untergeordneten Staaten verhalten sich in der Empire-Situation opportunistisch und betreiben Machtsteigerung durch eigene Selbsttermächtigung oder Allianzbildung in Abhängigkeit von und mit Zielrichtung auf das Empire. Ihre Souveränität ist eingeschränkt. Zugleich eignet sich ein Empire *drei Funktionen der Regulierung innerer Beziehungen anderer Staaten* an: „an empire

⁴²⁸ Stephen Peter Rosen: An empire, if you can keep it, in: The National Interest Spring 2003 ???

⁴²⁹ Wallerstein sieht eben in dieser Fähigkeit, die Regeln der zwischenstaatlichen Beziehungen zu setzen und damit ein politisches System zu generieren den Ausweis von Hegemonie. Damit von einem Empire gesprochen werden könne, bedürft es weiterer Merkmale, siehe Patrick Karl O'Brien, Armand Clesse: Two Hegemonies: Britain 1846-1914 and the United States 1941-2001, Asghate 2002.

⁴³⁰ Stephen Peter Rosen: An empire, if you can keep it, in: The National Interest Spring 2003 ???

⁴³¹ Stephen Peter Rosen: An empire, if you can keep it, in: The National Interest Spring 2003 ???

must also *ensure the security* and internal stability of its constituent parts, *extract revenue* to pay the costs of empire, and *assimilate the elites* of non-imperial societies to the metropolitan core, tasks that presuppose influence over the internal affairs of other societies.”⁴³² Nach einer solchen Charakterisierung kontrollierte ein „Rom“ und seine Alliierten (mit ca. 2,7 Millionen freier Männer) ein Imperium mit rund 50 Millionen Menschen; war das Wilhelminische „Reich“ kein Empire über Zentraleuropa, sondern nur über die deutschen Länder; schloß das englische Empire nur seine Kronkolonien ein und waren die USA eine „de facto imperial power in much of the Western Hemisphere beginning in the late 19th century“ und über die Philippinen von 1898 bis 1946. Heute üben die USA „effective, if less than formal, hierarchical authority in the Western Hemisphere, in the Asian rimland, on the Arab side of the Persian Gulf and in the NATO area. At the start of 2003, it was trying to extend its hierarchical interstate order to the Balkans and Afghanistan, and was preparing to intervene in the internal affairs of Iraq. China, Russia and India ... certainly reject the right of the United States to intervene in their internal affairs, and thus remain the major countries outside the U.S. hierarchical order.”⁴³³ Hinsichtlich der empire-spezifischen Regulation der inneren Angelegenheiten ist nach Rosen der Fall USA differenziert zu sehen. Sie ist extensiv vorhanden hinsichtlich der „Sicherheit“. Der Aushub finanzieller Mittel zur Finanzierung der Kosten des Empire sei evident gewesen im Falle des Golfkriegs 1991, nehme ansonsten aber die (analytisch strittige) indirekte Form der Dollardominanz und der Kontrolle internationaler ökonomischer Organisationen an. Rosen bezweifelt das Vorliegen einer Absorption der Eliten aus der Peripherie in den Kern und hält sie, soweit sie vorkommt, nicht für das Resultat einer gezielten Politik sondern für das mitlaufende Nebenprodukt einer existierenden Kultur. Die Entstehung eines Empire hat nach Rosen substantiell zu tun mit der Entscheidung potentieller Konkurrenten, nicht in Konkurrenz zu treten: „The American empire did not emerge simply as the result of the growth of American power, but as a result of the collapse of Russian power, the decline of European and Japanese military spending relative to the United States, and the unwillingness of those countries to take military action or make military preparations in response to a host of security problems. A surprising number of major states are not now engaging in the self-help that Waltz says is at the heart of interstate relations, but are relying instead on the United States for their security.“ Diese Entscheidungen haben mit asymmetrischen Fähigkeiten zu tun, militärische Macht zu generieren: „Empires ultimately rest on military predominance.“⁴³⁴ So auch die

⁴³² Stephen Peter Rosen: An empire, if you can keep it, in: The National Interest Spring 2003 ???; Hervorhebung RR.

⁴³³ Stephen Peter Rosen: An empire, if you can keep it, in: The National Interest Spring 2003 ???

⁴³⁴ Stephen Peter Rosen: An empire, if you can keep it, in: The National Interest Spring 2003 ??? Rosen: “Viewed through the lens of imperial practice... U.S. nonproliferation policies compose a classic case of an impe-

Charakterisierung des Imperialen durch Ernst-Otto Czempiel: beim Imperium geht es um die „eingesetzten Mittel“. Ein Empire „exportiert in die internationale Umwelt seinen innenpolitisch aus dem Herrschaftssystem fließenden Anspruch auf Gehorsam für seine Befehle, die er notfalls mit Gewalt erzwingt. Er erweitert seine innerstaatliche Gewaltkompetenz auf Teile seiner internationalen Umwelt und pervertiert diese Kompetenz damit gleichzeitig. Denn im Imperium fehlt der Gewaltanwendung...die die Legitimität erzeugende Zustimmung der Beherrschten. Das imperiale System beruht auf der Ausübung einer Gewalt, die sich nur auf ihre militärische Überlegenheit berufen kann. Die Hegemonie dringt ebenfalls in ihre internationale Umwelt vor, um ihre Interessen dort zu verwirklichen. Sie verzichtet dabei aber auf die Gewalt, belässt es bei der Macht...Sie will nicht die Unterwerfung ihrer Umwelt, sondern deren Zustimmung. Die Hegemonie führt durch Vorbild, Konsensbildung und Interessenausgleich.“⁴³⁵ Was für Czempiel Hegemonie und Empire unterscheidet, sind die Mittel: „Wo Gehorsam gefordert und erzwungen wird, herrscht Imperialismus.“⁴³⁶ Für Czempiel setzten die amerikanischen Regierungen bis zu Bush2 auf Konsens, also Hegemonie. Mit Bush erfolgte der Wechsel zu einem imperialen Programm: die eingesetzten Mittel ändern sich. Nicht einbezogen ist hier die Frage, ob die Stillegung des Potentials, ein Dominanzprojekt auszubalancieren („counterbalancing“), in eine Bestimmung des Imperialen einbezogen werden muss – schließlich lassen sich weder die Bildung einer europäischen Schnellen Eingreiftruppe noch die französische Rede von der US-Hypermacht (und schon gar nicht die neue japanische Kooperation mit den USA im Irak oder auf dem Feld der Raketenabwehr) als eine Politik des militärischen Counterbalancing begreifen⁴³⁷.

Alle skizzierten Bestimmungen verbleiben im Feld des Politischen – die *Ökonomie* kommt bestenfalls, wie bei Rosen, als Moment der Finanzierung (Tribut) ins Spiel und mündet dann nicht selten in die Erwägung ein, dass Imperien aufgrund der Eroberungs- und Besatzungskosten wie auch der Verengung der Märkte auf die Beziehungen zwischen Besatzer und Kolonie eine ökonomisch für den Imperator eher unvorteilhafte Angelegenheit seien, dergegenüber Freihandel und Marktwirtschaft gut dastünden. Marktgesellschaften (zumal global entablierte) und so atavistischer Imperialismus, so die ideologische Volte, sind eher unverträglich. Für Pierre

rial effort to keep a monopoly on the forms of military power that help provide its dominance. Complementary to efforts at arms control, the United States has a strategy similar to that of the British in India: extending security guarantees to others in order to remove their need for independent military capabilities ”

⁴³⁵ Ernst-Otto Czempiel: Pax Aamericana oder Imperium Americanum? In: Merkur 11/2003 S.1003.

⁴³⁶ Ernst-Otto Czempiel: Pax Aamericana oder Imperium Americanum? In: Merkur 11/2003 S.1004

⁴³⁷ S. John Owen IV: Transnational Liberalism and U.S. Primacy, in: International Security 3/2001-2, S.120f. “No coalition has formed to counterbalance U.S. power because political liberalism constitutes a transnational movement that has penetrated most potential challenger states at least to some degree. (...) They tend to interpret the United States as benign and devote few state resources to counterbalancing it.”

Hassner dagegen sind die USA "...not a classic empire, like that of Rome, but rather a bourgeois, individualist one based on the acquisition of wealth rather than the winning of wars and, on the other hand, this is the first truly world-wide empire and has appeared at a moment when the threats facing humankind raise key questions on the interests of the international system and the planet itself, over and above those of the 'hyperpower'".⁴³⁸ Er stellt somit das Kriterium des *Raums* und die *Machtressource* in den Vordergrund ("wealth"). Bill Tabb dagegen akzentuiert den politikinhaltlichen Sinn, die politische Funktion eines imperialistischen Systems in den Vordergrund. Für ihn ist Imperialismus ein System "by which a dominant power is able through military conquest to control the trade, investment, the labor and the natural resources of other peoples."⁴³⁹ Eine imperiale Ordnung bringt direkte und indirekte Kontrolle, informelle Dominanz oder direkte Kontrolle hervor, doch das Element des außerökonomischen Zwangs ist substantiell.

Motyl hat einige gängige Definitionen der neueren Debatte zusammengefasst:⁴⁴⁰ Gemeinsam ist den verschiedenen Zugängen, dass unter Empire ein auf ein Territorium bezogenes politisches Regime zu verstehen ist, das eine dominierende Politik kennt, die aus einem Zentrum (Kern) kommt und das als Ganzes nicht demokratisch zu nennen ist. Traditionell ist der Begriff auf Nationalstaaten bezogen (und klammert andere Regimes – man denke an transnationale Konzerne oder ideologische Ordnungen – aus). Eine imperiale Beziehung erfordert ein Verhältnis der Dominanz / Unterordnung. Souveränität und Kontrolle sind wesentliche Merkmale des Empires. Es ist eine hierarchische Beziehung der Kontrolle, die Ungleichheit begründet. Wo die Unterscheidung zwischen formellem und informellem Empire eingebracht wird, geht es um die formelle juristische Gleichheit einerseits und die durch faktische Kontrollbeziehungen begründete Ungleichheit andererseits. Motyl selbst weist darauf hin, dass eine Empire-Situation dann gegeben sei, wenn ein Zentrum Beziehungen zu mehreren Peripherien hat, die ihrerseits keine Beziehungen untereinander haben (Nabe-Sprossen). Die damit verknüpfte Struktur des asymmetrischen Zugangs zu politischer Macht wird freilich bei ihm vernachlässigt. Von einer imperialen Situation liesse sich durchaus auch sprechen, wenn Beziehungen zwischen Knoten in einem Netzwerk von dominanten Zentren (hubs) reguliert oder determiniert würden, welche die Rolle eines materiell-organisatorischen Zentrums ein-

⁴³⁸ The United States: the empire of force or the force of empire? Chaillot Papers Nr.54, Paris September 2002, S.7. S.a. Christopher Coker: *Empires in Conflict*, RUSI Whitehall Papers 58, London.

⁴³⁹ William K. Tabb: *The Continuity of Imperialism and the Changing Structure of Core-Periphery Relations*, unveröff. Vortrag v. 7.10.2003, University of Massachusetts. Siehe die charakteristische Bestimmung des Empire durch Scott Nearing: *The American Empire*, New York 1921 S.16: "the characteristics of empire: . . 1. Conquered territory, 2. Subject peoples, 3. An imperial or ruling class, 4. The exploitation of the subject peoples and the conquered territory for the benefit of the ruling class."

⁴⁴⁰ Alexander J. Motyl: *Imperial Ends: The Decay, Collapse, and Revival of Empires*, Columbia University Press 2001

nehmen und im eigenen Interesse und zu eigenen besonderen Zielen das Verhalten von Akteuren regulieren können, die territorial und rechtlich von ihnen verschieden sind und wo kein Verhältnis der gegenseitigen Verantwortlichkeit existiert. So war das in sich äußerst vielfältig unterschiedlichste Grade von Ungleichheit und Freiheit organisierende politische Regime des britischen Empire eben nicht identisch mit der politischen Ordnung der britischen Inseln. Eine solche Fassung reflektiert freilich, dass eine traditionelle Geopolitik im Sinne einer absoluten Kontrolle von Territorien durch Nationalstaaten keine sinnvolle Bestimmung eines neuen Empire mehr sein kann. Einem Empire, das kein „Aussen“ mehr sondern nur noch „Lücken“ kennt, geht es nur um die operativen Fragen des „access“. Dominanz, die Ungleichheit begründet, hat dabei in der Regel als Kern militärische Gewalt. Gegenüber der akzeptanzerzwingenden Dominanz spielt – im gramscischen Sinn – die konsensbegründete und –begründene Hegemonie eine geminderte (aber keineswegs verschwundene) Rolle – auch ein Empire, erst recht ein amerikanisches, operiert mit der Softpower globaler Utopien, den Erfolgs- und Aufstiegsversprechen des *American Dream* und kultureller Bindung. Die Bestimmung des Verhältnisses beider entscheidet darüber, ob sinnvoll von einem „Empire“ gesprochen werden kann. Die behauptete neue Qualität des imperialen Moments geht davon aus, dass der Aufstieg der USA zur außerordentlichen Macht eine Änderung *des* Systems der internationalen Politik sei – und nicht eine Änderung *im* System. Wo es um eine Änderung im System geht, gelten die klassischen Probleme hegemonialer Strukturen (Aufstieg konkurrierender Mächte, Krise bzw. Niedergang des Hegemons durch selbstverstärkende militärische Überdehnung im expandierenden Raum, extreme ökonomische Kosten, „Big Government“) und damit die traditionellen Regeln des internationalen Systems weiter.

Seit 2001 ist oft von einem militärischen, kulturellen oder ökonomischen American Empire zu hören. Der Begriff Empire wird dabei für einzelne Bereiche zugelassen, selten aber zur Bezeichnung einer Ordnung oder eines Systems. Tatsächlich gehen imperiale Projekte auf ein Ganzes, das sie von anderen Ordnungen unterscheidet. Die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch in anderen Kapitalismusvarianten.

Merkmal	Imperiale Projekte...
Raum	... haben eine territoriale Basis, die sich durch <i>Größe</i> auszeichnet und (seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts) durch eine globale <i>Reichweite</i> (<i>reach</i> / <i>Machtprojektion</i>), wodurch „ <i>limitless</i> “ (Arendt) <i>Expansion</i> von <i>Macht</i> und <i>Eigentum</i> , also <i>Geopolitik</i> das zwingende Thema jedes imperialen Projekts wird („ <i>producing world order</i> “); sie besitzen die Fähigkeit zur „ <i>Verdichtung</i> “ und <i>Zonierung</i> des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des „ <i>Overstretch</i> “ – der „ <i>Überdehnung der Macht</i> “ ist ein genuin imperiales Problem
Zeit	... unterlegen ihrer Politik zumeist sehr <i>langfristige</i> Zeitkalküle („1000 Jahre“ oder gleich: „ <i>ewig</i> “)
Umwelt	... zeichnen sich gegenüber ihrer Umwelt durch starke Vorteile an Verfügung über <i>Ressourcen</i> [Kapital / Reichtum, Kultur, Macht] und daraus kommender Fähigkeit zur <i>Aneignung</i> (->Einfluß) aus, der ihre <i>Souveränität</i> sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein <i>Verlassen</i> des imperialen Raums (<i>exit</i>) verhindert [dagegen ist <i>voice</i> durchaus zugelassen]; <i>Ungleichheit</i> durch <i>Aneignung</i> ist das zentrale Merkmal dieser Beziehung (z.B. durch <i>Zonierung</i> , <i>Segregation</i> , <i>Attraktion</i> , <i>Grenzmanagement</i> etc.)
Kontrolle	... sind imstande a) nicht nur die <i>Außenpolitik</i> , sondern auch Bereiche der <i>inneren</i> Beziehungen anderer Staaten zu kontrollieren b) eine <i>hierarchisierte zwischenstaatliche</i> Ordnung zu schaffen bzw. zu kontrollieren c) <i>nichtstaatliche</i> Grenzen zu konstruieren und zu managen
Mittel	... können im politischen Raum sehr unterschiedliche <i>Machtressourcen</i> mobilisieren (Kapital, Recht, Kultur, Gewalt) und <i>direkte</i> / <i>formelle</i> als auch <i>indirekte</i> / <i>informelle</i> („ <i>Penetration</i> “) Mittel in der Regel „ <i>cäsaristisch</i> “ (un-demokratisch) und mit einem signifikanten Einsatz von <i>Zwang</i> einsetzen
Subjekt	... haben <i>staatszentrierte</i> komplexe Subjekte der Macht mit hoher sozialer, raum-zeitlicher Dichte
Inhalt	... reproduzieren mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs die Bedingungen und den Prozess der <i>Aneignung</i> (im Kern: den asymmetrischen Prozess der <i>Kapitalakkumulation</i> - aktuell mit dem Gewicht auf <i>Akkumulation durch Enteignung</i>) und finanzieren sich übrigens auch darüber („ <i>Tribut</i> “)
Moral	... setzen immer deutliche <i>moralpolitische</i> (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit manichäische) Unterscheidungen: sie sind „ <i>gute</i> “ („ <i>benign</i> “) Unternehmungen und legen deutlich fest, wo <i>Grenzen</i> zu ziehen sind: gegenüber dem „ <i>Außen</i> “ oder dem „ <i>Bösen</i> “
Kultur	... pflegen auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eigene <i>Superiorität</i> , <i>Aberkennungspolitiken</i> und <i>Respektversagung</i>
Leistung	... und bieten das <i>Management der globalen Akkumulation</i> , Zugang zu ihr und deren <i>Sicherung</i> , <i>Perspektive</i> und <i>Moral</i>

7.4. Breakout

Die Empire-Rethorik versucht insgesamt, die Unvermeidlichkeit, Funktionalität und Besonderheit der Ausbildung eines Empires neuer Art auszuweisen und die klassische Debatte „Unilateralismus“ versus „Multilateralismus“ abzulösen⁴⁴¹. In ihrem Zentrum steht der Gedanke, dass dem Zyklus der Reproduktion eines Mächtegleichgewichts ein Ende und eine *globale* politische und ökonomische Machtungleichheit *auf Dauer* gesetzt werden kann. Im Kern versucht die Rede vom *American Empire* zu fassen, dass Amerika nicht mehr bloß exzeptionelle Super-, Hyper- oder Hegemonialmacht sei. Solche Begriffe aus der Zeit des Kalten Krieges und der Konkurrenz der Systeme gelten als jetzt definitiv überholt. Gebraucht wird ein „Gorilla unter den geopolitischen Bezeichnungen“⁴⁴² – eben das *Empire*.

Diese begriffliche Verschiebung von „Hegemonie“ über „Dominanz“ zu „Empire“ setzt das *Verhältnis von Raum, Zeit und politischer Macht* neu. Erstens schiebt sich damit die klassische Vorstellung von einer *direkteren* politischen Kontrolle durch ein imperiales Zentrum in den Vordergrund. An die Stelle der Kontextsteuerung des Königreichs Saudi-Arabiens tritt in selektiven Zonen der Welt das US-Protectoratsregime über den Irak. Insgesamt soll dieses Empire, so Mann, aber „eine weitgehend indirekte und informelle Gestalt behalten“.⁴⁴³ Hegemonie durch Zwang (coercion) wird akzentuiert gegenüber der Hegemonie durch Führung (leadership) und Konsensorganisation bzw. Korruption. Die Dominanz durch ein attraktives, andere zur Übernahme anstachelndes Modell oder durch Führung, die anderen Akteuren auch Vorteile verschafft (z.B. durch eine Verbesserung des Ertrags wechselseitiger Beziehungen oder die Durchsetzung allgemeiner Interessen aller Akteure), wird abgebaut zugunsten eines Beziehungsgefüges, in dem ein Akteur zu seinen Gunsten unilateral die Macht anderer mindert und damit Konsens- und Kooperationschancen verkleinert. Zweitens wird der Zeitfaktor neu gefasst; der Krieg gegen Afghanistan – bzw. „gegen den Terror“ – operierte mit Begriffen wie „unendliche Gerechtigkeit“ oder „grenzenlose Freiheit“. Tatsächlich aber geht es um *indefinite dominance*: der „unipolare Moment“ nach 1989 soll in eine „unipolare Ära“

⁴⁴¹ Diese Debatte lebt von einfachen Entgegensetzungen: „Multiateralismus und Unilateralismus, Verhandlungen und Gewalt, Zuckerbrot und Peitsche“ (Mann, *Supermacht*, S.26). Samuel P. Huntington dagegen definierte 1999 die internationale Ordnung als uni-multipolar, in dem „the settlement of key international issues requires action by the single superpower but always with some combination of other states; the single superpower, however, can veto action on key issues by combinations of other states.“ (The Lonely Superpower, in: *Foreign Affairs* 2/1999 S.??? (18?)); Wilkinson bestimmte die Position der USA als unipolar ohne Hegemonie, eine „configuration where the preponderant capability of a single state is not matched by a preponderant influence.“ D. Wilkinson: Unipolarity without Hegemony, in: *International Studies Review* 2/1999; W.C.Wolforth: The Stability of a Unipolar World, in: *International Security* 1/1999 geht von einer uneingeschränkt unipolaren Systemlage aus. Das widersprüchliche Verhältnis von struktureller und operationaler Macht wird hier freilich kaum erörtert.

⁴⁴² Jonathan Freedland: Rome, AD ... Rome, DC? The Guardian v. 18.9.2002

⁴⁴³ Mann, *Supermacht*, S.27 – die „neuen Imperialisten haben nicht vor, permanent über fremde Länder zu herrschen“ (S.27).

(Krauthammer)⁴⁴⁴ übergehen. Drittens ist der Operationsraum des Regimes und der Kontrollbeziehung zwischen Zentrum und „Nicht-Zentrum“ global. Für Boot besteht das American Empire aus einem „inneren Kern“, zu dem Nordamerika, Westeuropa⁴⁴⁵ und das nordöstliche Asien gehören⁴⁴⁶; die neuen Hegemonialkämpfe dort sind das eine – der neue Tumult an der Peripherie ist das andere. Das American Empire ist ein Versuch, mit beidem umzugehen. Thomas P. M. Barnett hat den Raum des Empire als Kern charakterisiert, dem eine noch nicht integrierte „Lücke“ entgegensteht. Es kann angenommen werden, dass deren staatliche Gestalt aus rund 60 Staaten besteht, die ein Zentrum hat (eine variable *Achse des Bösen*) und ebenso fluktuierende terroristische Durchsetzungen. Eine territorialpolitische Fassung dieser Struktur ist jedoch problematisch: im Unterschied zu den Imperien der Geschichte kennt es kein Außen mehr. *Es ist von Allem betroffen und macht sich Alles zu eigen*. Es ist eine neue Ordnung, deren *Integration* durch die *Hubs* globaler Netzwerke vermittelt wird, *deren Gouvernementalität aber aus einem Zentrum kommt*. Ein modernes Empire operiert nur in Ausnahmefällen mit Protektoraten. Es beherrscht nicht die Beziehungen zu

⁴⁴⁴ „The unipolar moment has become the unipolar era.“, Charles Krauthammer: The Unipolar Moment Revisited, in: National Interest 70 (2002/3); s.a. derselbe, A costly charade at the UN, in: WP v. 28.2.2003: „...we should begin laying the foundation for a new alliance to replace the now obsolete Cold War alliances. Its nucleus should be the "coalition of the willing" now forming around us. No need to abolish NATO. The grotesque performance of France, Germany and Belgium in blocking aid to Turkey marks the end of NATO's useful life. Like the United Nations, it will simply wither of its own irrelevance. We should be thinking now about building the new alliance structure around the United States, Britain, Australia, Turkey, such willing and supportive Old Europe countries as Spain and Italy, and the New Europe of deeply pro-American ex-communist states. Add perhaps India and Japan and you have the makings of a new post-9/11 structure involving like-minded states that see the world of the 21st century as we do: threatened above all by the conjunction of terrorism, rogue states and weapons of mass destruction. As part of that rethinking, we should redeploy our bases in Germany to Eastern Europe, which is not just friendlier but closer to the theaters of the new war.“ Unipolarität schließt in dieser Sicht weder Allianzbildung noch einen Basiskonflikt zwischen dem American Empire und der islamischen Welt aus, siehe Charles Krauthammer: The Real New World Order. The American Empire and the Islamic Challenge, in: The Weekly Standard v.12.11.2001

⁴⁴⁵ Vgl. freilich das Mitglied im Defense Policy Board Ruth Wedgwood (Universität Yale) in der FAZ v. 26.1. 2003: „Scherzhaft sage ich: Die Nato-Erweiterung ist eine flankierende Maßnahme, um Westeuropa einzudämmen.“ Bzgl. der möglichen Optionen Europas unterscheidet Tudyka zwischen Assoziation (eine paritätische transatlantische Kooperation), Anschluß (Aufgehen Europas in eine amerikanische Union) und Dissoziation (Gegenmachtbildung); eine radikale Dissoziation allerdings ist für ihn unwahrscheinlich angesichts der unterschiedlichen Positionierungen einzelner europäischer Nationalstaaten, der ökonomischen und vor allem finanziellen Verflechtung und der wirtschaftspolitischen Kooperation. Wer, wie Robert Kagan, sich eine „Transformation Europas zu einer globalen Supermacht“ nur als einen Aufstieg zur gleichwertigen „Militärmacht“ vorstellen kann, wird die Selbstbescheidung Europas im globalen Machtspiel und damit die Anpassung an die Supermacht als einzige realistische Option deklarieren, s. Robert Kagan, Macht und Ohnmacht, Berlin 2003, S.76.

⁴⁴⁶ Max Boot: Savage Wars of Peace, in: Hoover Digest 3/2002. Andere skizzieren einen Kern des neuen Empire: neben einigen Gebieten in Afrika und Lateinamerika geht es da dann primär (zunächst und vorrangig) um erdölrelevante globale Felder (die Gürtel von Nordafrika bis zu den Philippinen bzw. vom Kaukasus bis Somalia). Mann, Supermacht, S.28 weist zu Recht darauf hin, dass der „Mittlere Osten“ ein flexibler Begriff ist und letztlich die gesamte muslimische Welt umfassen kann, von Nigeria bis Südostasien. Die Hauptstoßrichtung der US-Politik geht auf einen so breit gefassten Mittleren Osten und Nordostasien.

Staaten, sondern *zwischen* ihnen, indem es sie in eine übergreifende Ordnung einschließt⁴⁴⁷. Ein *neoliberales Empire* bringt eine neue Widersprüchlichkeit in die internationale Ordnung, denn es bedeutet in vielfacher Hinsicht eine Wende:

Die Wende zu einem neoliberalen Empire?		
	„Neoliberalismus“	„neoliberales Empire“
Staat	„Schwacher“ Staat	Big Government
Politik	Vermarktlichung des Staats (Transparenz, Verantwortlichkeit, Kundenorientierung, Good Governance; Privatisierung von Regierungsfunktionen); enge Verflechtung Staat / Konzerne; Abbau Sozialstaat	Politisierung des Staats (Geheimhaltung, Starke Exekutive, Privatisierung von Regierungsfunktionen – auch Militär, Abbau Bürgerrechte, Sicherheitsstaat); enge Verflechtung Staat / Konzerne; Abbau Sozialstaat
Modus	Hegemonie durch Konsens, Multilateralismus, Humanitäre Intervention, Staatskriege	Hegemonie mehr durch Zwang, Politisch-militärischer Unilateralismus Präemption, Staats- und Bürgerkriege
Finanzierung	Steuersenkungen, „private Welfare“	Staatsverschuldung, Expansion der Rüstungsausgaben
Zentrales Politikfeld	„Business“ Finanz („nicht-territoriale“ Marktmacht)	„Krieg“ Territorium (politisch-militärische Geopolitik)
Schlüsselakteure	Börse-IMF-Schatzamt-Weltbank-WTO, INC's	Weißes Haus, Pentagon, Geheimdienste, INC's
Integrationsmodus	Universalismus des „freien“ Marktes, Sicherung des Access, Legitimation durch internationale Institutionen und Netzwerke, Marktfundamentalismus, Inklusion	Universalismus des „freien“ Marktes und der Politik (Krieg gegen den Terror), Sicherung auch durch zeitweilige Protektorate oder Okkupation, imperiale Souveränität, Zentrum – Peripherie, neue Exklusionen
Raum	Neoliberale Globalisierung „kein außen mehr“	Militärischer Globalismus „innen/außen“
Recht	Formelle Gleichheit	Hegemoniales Recht, Exzeptionalismus
Kultur	Kommodifizierung	Kommodifizierung und Disziplinierung; Iconen Pipelines und Flughäfen
Ökonomie	Ökonomischer Unilateralismus, Shareholder und Enron-Kapitalismus, „Privatisierung der Welt“, Umverteilung nach oben	Ökonomischer Unilateralismus, Kriegsökonomie, Protektionismus (?), Ressourcenkriege, Private und öffentliche Güter, Umverteilung nach oben
Gesellschaft	Globale Ungleichheit	Globale Polarisierung

⁴⁴⁷ S. Kaplan, *Warrior Politics*, S.145: „The subsuming of the Warring States under the Confucian value system of the Han emperors was a good thing: its global equivalent can now only be achieved by the United States.“ Sowie Donald Rumsfeld, wonach Irak „(will) figure out a way to manage their affairs (that will be) consistent with the principles that we set out.“ (Time v. 5.5.2003)

Ideologie	Liberalismus	Militarisierter Neokonservatismus, Nationalismus / Moralpolitik / Ordnungsvorstellungen
Contra-Akteure	Multitude	Excluded / „Feinde“

Das Projekt eines US-amerikanischen imperialen Neoliberalismus ist „an attempt to merge the America whose business is business with the America whose business is war“⁴⁴⁸. In ihm kontiniert sich die Kultur der Zusammenballung und neuen Zentralität der Macht, die der Neoliberalismus und seine Kontrollindustrie für die weltweite verteilte Produktion seit drei Jahrzehnten hervorbringt und verdichtet sich in einem politisch imperialen Zugriff. Dieses Projekt zu Fall zu bringen, ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Gestalt der globalen politischen Ordnung – und deren innerer Verfassung. Eine von vielen Anfängen ist dabei, diesem Projekt seinen richtigen Namen zu geben.

Das American Empire als Wille und Vorstellung ist – noch – nur ein *Versuch*, aus der bisherigen strategischen Konstellation auszubrechen: *Breakout*. Seine Propagandisten lassen keine Zweifel, dass sie Kriege als die zentrale Chance einer Neugestaltung gleich der ganzen Welt ansehen – für einen Donald Rumsfeld schuf der 11. September 2001 „the kind of opportunities that World War II offered, to refashion the world.“⁴⁴⁹ Ressourcen, Rethorik, Konzept, Strategie und Politik des Empire-Lagers sind letztlich nicht neu erfunden. Aber die Lage der Welt und die Macht sind mit ihnen – jetzt.

8. Breakdown?

Doch für welche neue Krise der Macht, des Kapitals oder der Mentalität steht dieser neuimperiale Ausbruch? Ist er ein unzeitgemäßes Relikt des Kalten Krieges, propagiert und inszeniert von einer fossilen *warrior generation*, welche die reaganitische Imitation der 50er Jahre nachspielt – als *Blockbuster*, der sich als jämmerliche Tragikomödie ohne Aussicht auf Wiederholung, geschweige denn auf eine längere Spielzeit entpuppt? Ein ausgreifender Versuch, mit Gewalt die neuen Disparitäten des so nachhaltig wie nie globalisierten Kapitalismus in einer US-geführten politischen Ordnung zusammenzuspannen? Was sind seine Erfolgsaussichten? „Das American Empire entpuppt sich als militärischer Riese, ökonomischer

⁴⁴⁸ Pieterse, *Globalization*, S.45

⁴⁴⁹ Zitiert nach Bacevich, *American Empire*, S.227. Fast gleichlautend Bush eine Woche nach 9/11 zu einem seiner engsten Berater. „We have an opportunity to restructure the world toward freedom, and we have to get it right.“ Zit. nach Frank Bruni: *For President, a Mission and a Role in History*, in: *New York Times* v. 22.9.2001

Trittbrettfahrer, politisch Schizophrener und ideologisches Phantom. Das Ergebnis ist ein gestörtes und missgestaltetes Monster, das durch die Welt tapert und stakst.“⁴⁵⁰ Manns Resümee seiner Analyse der militärischen, ökonomischen, politischen und ideologischen Macht der USA sieht die USA im Niedergang, weil sie in der Tendenz ihre Macht überdehne. Zum einen spüren Staaten, die keinen machtvollen äußeren Machtbegrenzungen unterliegen, in der Regel keinen Anlaß zur Selbstbegrenzung: der Zuwachs von Macht schafft neue Interessensgebiete und widerum neues Streben nach Macht – und damit aber auch neue Furcht. Noch sei dieser Prozess nicht in voller Dynamik, aber er sei sichtbar. Doch: die Reichweite amerikanischer Macht reiche für die Durchsetzung einer imperialen Ordnung im globalen Maßstab nicht aus: „Der Riese ist auf den Militarismus allein zurückgeworfen. Das reicht nicht aus für ein Empire.“⁴⁵¹ Was – wie Umweltkrisen, Gesundheitsgefahren (AIDS, SARS), ökonomische Krisen, demographische Probleme, Armut, Ressourcenerschöpfung etc. - als nichttraditionale Bedrohungen im Zeitalter kapitalistischer Globalisierung immer unmittelbarer die USA tangiere, ist der Strategie der Bush-Administration mit ihrem Bias zum Militärischen kaum im Sichtfeld. Ein Blick, für den alles eine primär militärische Dimension hat, übersieht den Eigensinn aller zivilen Welten. Schon aus dieser grundlegenden Erwägung heraus kann eine solche militärische Hegemonie den Verlust ökonomischer Dominanz weder kompensieren noch rückgängig machen. Der zu erwartende *imperial overstretch* führe zu außenpolitischem Scheitern – auch während des Kalten Krieges übte die USA keine wirklich globale Hegemonie aus. „Die Hoffnung ist dass dem der freiwillige Verzicht auf das imperiale Projekt auf Seiten der USA folgen wird, denn das könnte einen Großteil der US-Hegemonie bewahren.“⁴⁵² Das Empire ist ungeordnet und unzulänglich organisiert. „Ich bezweifle“, sagt Mann, „dass es ein amerikanisches territoriales Empire geben wird.“⁴⁵³ Für Mann wird der Übergang vom informellen amerikanischen Empire, das über Teile der Dritten Welt herrschte, zu einem Empire direkter territorialer Herrschaft scheitern: „Das Zeitalter des Empire ist vergangen.“⁴⁵⁴ Die USA könnten die ordnungsstiftende und legitimationsbildende Rolle der UN nicht übernehmen. Die Chancen zu einer sozialen Abstützung imperialer Herrschaft in den kritischen Zonen des Islam sind gering – und die Existenz solcher lokaler und regionaler Eliten sind entscheidend für die Sicherung eines Empire. Die ideologische Macht der USA werde herausgefordert durch Ethnonationalismus, antiimperialen religiösen Fundamentalismus und durch ein globales Kommunikationssystem, das auch die Stimme der Opfer globalisiert. Die soft power der USA

⁴⁵⁰ Mann, Supermacht, S.27

⁴⁵¹ Mann, Supermacht, S.333.

⁴⁵² Mann, Supermacht, S.27 – wer sollte ein imperiales Projekt „freiwillig“ aufgeben?

⁴⁵³ Mann, Supermacht, S.113

⁴⁵⁴ Mann, Supermacht, S.129

schwindet, so Nye: "Between 1989 and 1999, the budget of the United States Information Agency (USIA) decreased ten percent; resources for its mission in Indonesia, the world's largest Muslim nation, were cut in half. By the time it was taken over by the State Department at the end of the decade, USIA had only 6,715 employees (compared to 12,000 at its peak in the mid-1960s). During the Cold War, radio broadcasts funded by Washington reached half the Soviet population and 70 to 80 percent of the population in Eastern Europe every week; on the eve of the September 11 attacks, a mere two percent of Arabs listened to the Voice of America (VOA). The annual number of academic and cultural exchanges, meanwhile, dropped from 45,000 in 1995 to 29,000 in 2001."⁴⁵⁵ Die *Bushworld* (Maureen Dowd) ist in eine tiefe Krise geraten: "for the first time since World War II" klagte Anfang 2004 Robert Kagan, "a majority of Europeans has come to doubt the legitimacy of U.S. power and of U.S. global leadership." Nach einem Jahr Krieg im Irak wurde auch ein Kagan skeptisch: "It is unclear whether the United States can operate effectively over time without the moral support and approval of the democratic world.... But it is an open question whether the United States can "go it alone" in a material sense. Militarily, it can and does go it virtually alone, even when the Europeans are fully on board, as in Kosovo and in the Persian Gulf War. Economically, it can go it alone too if it must, as with the reconstruction of places such as Iraq."⁴⁵⁶ Der neue ökonomische Unilateralismus stößt an Grenzen, wie zum Beispiel die Rücknahme der Zölle auf Stahlimporte am 4. Dezember 2003 zeigte: ökonomische Multipolarität setzt sich durch. Die Kosten einer globalen imperialen Konstruktion übersteigen die Fähigkeiten der USA. Die Bilanz des Einsatzes der stärksten Ressource, der militärischen Gewalt, überzeugt kaum: Das chaotische System fragmentierter Macht in Afghanistan setzte sich fort, der Nahostkonflikt verschärfte sich, der globale Terrorismus existiert weiter und bekam mit dem Irak einen neuen Fokus. Die bisherigen Standards und Zeitregeln für militärische Präemption und präventive Kriege sind zerstört, ohne dass neue kalkulierbare Regeln an ihre Stelle gesetzt werden konnten. Das internationale Regime der Rüstungskontrolle und Abrüstung wurde massiv beeinträchtigt. „Selektive Welt-herrschaft“ (Czempiel) ist das Äußerste, was das Projekt „American Empire“ zu leisten vermöge. Der militärische Unilateralismus hat nur dann hegemoniebildende Kraft, wenn er gemeinsame Interessen der Hauptmächte der kapitalistischen Welt anruft - Krieg der USA gegen China, Indien oder Brasilien ist auf lange Zeit keine gangbare politische Möglichkeit. In der

⁴⁵⁵ Joseph S Nye fr., The Decline of America's Soft Power, in: Foreign Affairs 3/2004.

⁴⁵⁶ Robert Kagan: America's Crisis of Legitimacy in: Foreign Affairs 2/2004 S.???

amerikanischen Bevölkerung konnte der Unilateralismus zu keiner Zeit eine mehrheitliche Unterstützung gewinnen.⁴⁵⁷

Die neue Zeit dieses Projekts ist freilich auch eine neue Zeit der Revolte.

⁴⁵⁷ Der Feststellung "As the sole remaining superpower the US should continue to be the preeminent world leader in solving international problems" stimmten Mitte 2000 11 %, Mitte 2002 17 % und Anfang 2003 12 % der befragten Amerikaner zu, s. PIPA/Knowledge Networks Poll v.29.4.2003